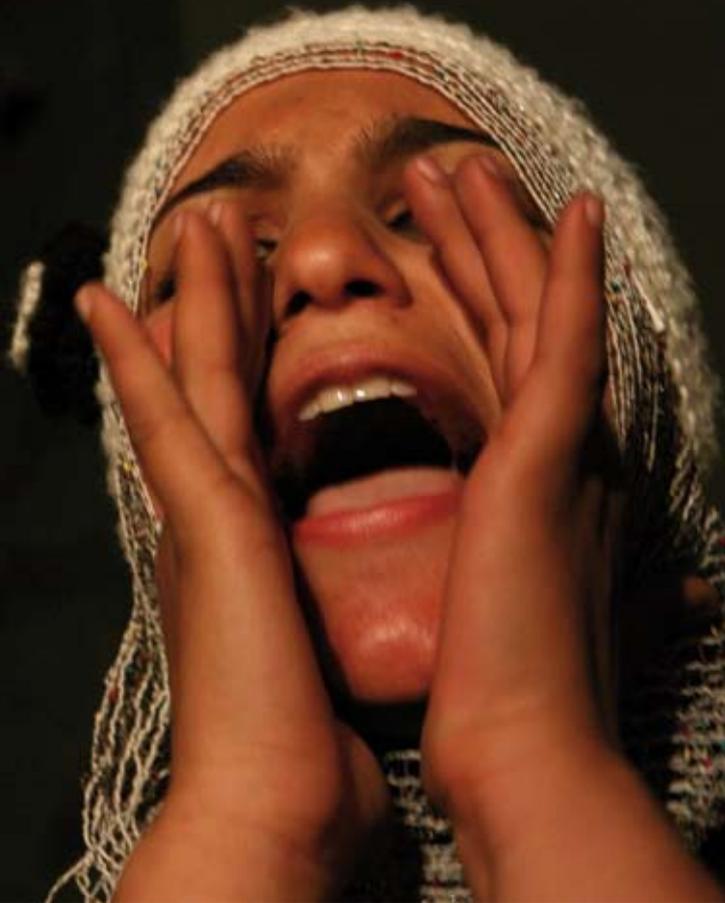


Der Schlepper



Quartalsmagazin für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein

Fluchtgrund Naher Osten



Widerstand zwischen
Hoffnung und Exodus
Jenin - Bagdad - Damaskus



Für eine Kultur des Respekts und der Solidarität

Christliche Flüchtlinge aus dem Irak seien in ihrem Exil in Syrien und Jordanien in großer Not, erklären seit Anfang des Jahres evangelische und katholische Bischöfe gebetsmühenhaft. Das bestätigt das UNHCR, legt allerdings Wert darauf, dass auch andere Minderheiten oder geflohene Moslems aus dem Irak Aufnahme in Deutschland finden sollten. Die Gesamtzahl der Menschen, die der Kriegs- und Attentatsgewalt und dem Chaos im Irak zu entkommen suchen, weiß niemand so recht. Geschätzt werden fast drei Millionen Binnenvertriebene und allein in den Nachbarländern Syrien und Jordanien um die zweieinhalb Millionen aufgenommene Flüchtlinge.

Tatsächlich betraf die Hälfte der 28.527 im Jahr 2007 von der zuständigen Bundesbehörde – in bedrückender Mehrzahl negativ – entschiedenen Asylanträge Flüchtlinge aus dem Nahen und Mittleren Osten. Für deren Asylgesuche gibt es offenbar gute Gründe: In Ägypten zum Beispiel beherrschen 54 Familien und von ihnen bezahlte Polizeikader das Land und garantieren mit Regimekritikern regelmäßig gut ausgelastete Knastkapazitäten. In Syrien erfoltet sich eine Familiendiktatur seit Anfang der 1970er Jahre die Loyalität von Kurden, Kommunisten, Islamisten, Palästinensern oder Menschenrechtlern. Im Libanon wird die Bevölkerung aufgerieben im Machtkampf der schiitischen Hizbollah und den christlichen Maroniten. In Palästina degenerieren israelische Siedlungspolitik und Einmauerung der besetzten Gebiete sowie innerpalästinensische Gewalt und Kleptokratie systematisch die sozialen Fundamente der Gesellschaft.

Ungerührt unterstützen die USA mit öffentlich geheuchelten Demokratisierungsversprechen die Willkürregime in der Region, plündern die Ölvorkommen des Irak und sind dort verantwortlich für eine seit Kriegsbeginn immer weiter eskalierende schier unendliche Gewaltspirale. Auch in Europa haben im 60. Jahr der Menschenrechtsdeklaration die Regierenden mehr ihre guten Geschäfte denn die Verteidigung demokratischer und völkerrechtlicher Prinzipien im Sinn. Denn der 1995 begonnene Barcelona-Prozess hat

die Einrichtung einer Freihandelszone im Mittelmeerraum bis 2010 zum Ziel. Da passen Flüchtlingsströme nicht ins Bild. Der akribische opferreiche Abwehrkampf gegen Schutzsuchende an seinen Außengrenzen ist Europas Ausweg aus dem Dilemma. Deutschland sekundiert diese Strategie und organisiert von innen mittels Bleiberechtsverweigerung, Rücknahmeabkommen, Widerrufverfahren oder Zurückschiebungen den Kehraus insbesondere zulasten syrischer, irakischer, kurdischer oder palästinensischer Flüchtlinge.

Aber überall im Nahen Osten gibt es auch diejenigen, die den Spiralen von Machtmissbrauch, Korruption und Unterdrückung ihre Überzeugungen von Menschenwürde und fairer Teilhabe entgegenhalten. Frauengruppen und Menschenrechtler demonstrieren vor Gefängnissen und dokumentieren die Fälle der Verschwundenen, Ärzte und Therapeuten identifizieren die Toten und heilen die Überlebenden, unerschrockene Redaktionen und Journalisten demaskieren die Herrschaftslügen, Dorfgemeinschaften und Gewerkschaften widerstehen mit zivilem Ungehorsam, Lehrer und Kulturschaffende zeigen Kindern und Jugendlichen Alternativen für ein von Gewalt und Korruption beherrschtes Leben auf.

Das vorliegende Heft benennt historische und politische Ursachen und ihre aktuellen Wirkungen. Es dokumentiert beispielhafte Geschichten. Die der Täter und der Opfer, der Widerständigen und der Resignierten. Es wartet nicht mit wohlfeilen Lösungen auf. Die Beiträge leisten keine vollständige Bestandsaufnahme. Das Bemühen aber gilt der Gegenöffentlichkeit angesichts von Politik und Medien, die es sich hierzulande mit dem Nahen Osten gern einfach machen. Dessen Menschen allzu oft als notorisch unfriedliche, religiöse oder ideologische Irrläufer verunglimpfen. Das Heft zielt aber auch auf Exekutiven, die den aus der Region bei uns Schutz und Asyl Suchenden regelmäßig unlautere Motive unterstellen und ihnen eine Zukunft im Einwanderungsland Deutschland vorenthalten.

Für eine Kultur des Respekts und der Solidarität zwischen Abendland und Morgenland.

Martin Link
Kiel, 13. Oktober 2008

Impressum

Das Quartalsmagazin für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein - Der Schlepper wird herausgegeben vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.. Angebote zur Mitarbeit sind erwünscht. Beiträge bitte nur als Text-Datei zusenden. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wider.

Redaktion des Sonderhefts Naher Osten: Martin Link (v.i.S.d.P.), Andrea Dallek, Nicola Abu Khalil, Veit Raßhofer • **Layout:** Bernhard Karimi, Den Haag, Niederlande

Druck: hansadruck, Kiel • **Fotos** in diesem Heft von Martin Link und dem Freedom-Theatre Jenin • **ISBN:** 978-3-941381-00-1

Der Schlepper online im Internet: www.frsh.de/schlepp.htm • **Diese Ausgabe ist gefördert** durch Bingo Lotto Schleswig-Holstein.

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. • Oldenburger Str. 25 • D-24143 Kiel • Tel.: 0431-735 000 • Fax: 0431-736 077 • office@frsh.de • www.frsh.de

Bankverbindung: Flüchtlingsrat S.-H., EDG Kiel, KtoNr.: 152 870, BLZ: 210 602 37

FLUCHT | ASYL

Berichte über Folter und Misshandlungen nahmen zu
AMNESTY INTERNATIONAL 4

„Wir benutzten so ein kleines Boot zum Aufpumpen“
ANNA KOKTSIDOU... 6

Grauensvolles Sterben auf dem Weg zu einem menschenwürdigen Leben
HIDIR COSGUN..... 7

Deutschland und Syrien blasen zum großen Kehraus
MARTIN LINK & KAI WEBER 8

Ein altes Thema ganz neu: Mission, Taufe und Konversion
FANNY DETHLOFF..... 10

EU-Staaten schließen „Pakt gegen Flüchtlingsschutz“
KARL KOPP 12

NAHER OSTEN

Wasserprobleme im Nahen Osten
WOLFGANG POMREHN..... 13

Frauen ins öffentliche Leben!
FAIHA ABDEL HADI..... 15

Die arabischen Christen am Ende?
ALEXANDER FLORES..... 17

Presse und Internet im Nahen Osten
VEIT RASSHOFER..... 20

Nawal El Saadawi: Feministin in Ägypten
IRMA ALU..... 24

ISRAEL | PALÄSTINA

Israel muss sich seiner Geschichte stellen
ILAN PAPPÉ 27

Anwesende Abwesende und indigener Widerstand
NUR MASALHA 30

„Nahost-Quartett fundamental gescheitert“
MEDICO INTERNATIONAL U.A..... 32

Ohne Tilgung von Schulden kein Ende der israelischen Besatzung
SHIR HEVER..... 33

Zwischen Annexionsverbot und Rückkehrrecht
HANAN KADRI..... 36

Einbürgerung nach religiöser Zugehörigkeit
RAN COHEN UND TSAFIR COHEN 40

„Ein Gefängnis für eineinhalb Millionen Menschen“
AHMAD ABU TAWHINA 43

Zwei-Klassen-Gesundheitssystem
TSAFIR COHEN 45

Das Free Gaza Movement
JEFF HALPER 47

Gaza-Embargo
MATTHIAS JOCHHEIM 48

Gerichtliche Klage, Anbau von Oliven und internationale Proteste
MARTIN FORBERG..... 50

Frieden im Nahen Osten?
MARTIN FORBERG..... 52

Addameer Prisoner Support and Human Rights Association
ADDAMEER 54

Statistikbericht palästinensischer Opfer
MA`AN 55

„Ich liebe es, Häuser abzureissen“
JEFF HALPER 56

Von Einwanderung gezeichnet
VEIT RASSHOFER..... 58

Der Holocaust sollte lehren, gegen jedes Unrecht aufzutreten
URI AVNERI 61

IRAK

Nach dem Krieg ist vor dem Krieg
MICHAEL KIRSCHNER 63

Gestrandet im Zweistromland
VEIT RASSHOFER..... 66

Blood for Oil?
MARTIN LINK..... 68

SYRIEN

Im Land des Deutschen Stuhls
MARTIN LINK..... 70

Eine halbe Heimat
CHARLOTTE WIEDEMANN..... 72

LIBANON

Politik des kreativen Chaos
MARIE NASSIF-DEBS 74

KURDINNEN

Die Kurden – Ein Jahrzehnte langer Kampf für Freiheit
CHIRA GERMIANI..... 76

Unterdrückung kurdischer Opposition in Syrien
KAMAL SIDO..... 78

Kurdistan: Anfal, unser Leben
SHAZADA HUSSEIN MOHAMMED & GULNAZ AZIZ QADIR..... 79

KRIEG | MENSCHENRECHTE

Massive Angriffe auf die Menschenrechte
BAHEY EL DIN HASSAN..... 81

Der drei Billionen Dollar Krieg
ANDREA DALLEK 84

Welcher Frieden – und für wen?
HEINO SCHOMAKER..... 86

KUNST | KULTUR

Kultur des Widerstands
VEIT RASSHOFER..... 88

„Wir werden auf der israelischen Mauer tanzen, bis sie fällt.“
MARTIN FORBERG..... 90

Hunger nach Unterhaltung
MONA NAGGAR..... 93

Kulturwochen Nahost – radius of art
ANKE MÜFFELMANN & KATRIN ECKSTEIN..... 95

Kulturwochen Nahost - radius of art
PROGRAMM 97

„Berichte über Folter und Misshandlungen nahmen zu“

amnesty international
www.amnesty.de/laenderberichte



Fluchtursachen im Nahen Osten

37% der 28.572 Flüchtlinge, über deren Asylgesuch das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Jahr 2007 entschieden hat, kamen allein aus den Ländern Irak, Iran, Syrien und Libanon. Gleichzeitig gehören diese schon seit vielen Jahren zu den Top Ten der Herkunftsländer von in Deutschland Schutz und eine friedliche Zukunft Suchenden.

Wie wenig Optimismus angezeigt ist, dass die Fluchtursachen im Nahen Osten weniger werden, belegt ein Blick in die Länderberichte des Jahres 2007 der Menschenrechtsorganisation amnesty international, die wir im Folgenden länderspezifisch zusammengefasst haben.

Ägypten

2007 wurden die Notstandsgesetze als reguläres Recht festgeschrieben. Unter anderem legalisierten sie längere Inhaftierungszeiten ohne Anklageerhebung, Folterungen und andere Misshandlungen, Einschränkungen der Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie unfaire Prozesse vor Militärgerichten und (Notstands-) Staatssicherheitsgerichten. Annähernd 18 000 „Verwaltungshäftlinge“ - Personen, die auf Anordnung des Innenministeriums festgehalten werden - verblieben unter erniedrigenden und unmenschlichen Bedingungen im Gefängnis, obwohl Gerichte bei einigen wiederholt Freilassung angeordnet hatten. Neben Streiks gegen steigende Lebenshaltungskosten, zunehmende Armut und andere Missstände kam es zu politischen Protesten der Muslimbruderschaft und der sich für demokratische Reformen einsetzenden nichtreligiösen Gruppen. Berichten zufolge nahm das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen zu.

Libanon

Im Jahr 2007 wurden mehr als 40 Menschen bei Bombenanschlägen und anderen Angriffen getötet. Hunderte verloren während der monatelangen Kampfhandlungen zwischen der libanesischen Armee und der bewaffneten Gruppierung Fatah al-Islam im palästinensischen Flüchtlingsla-

ger Nahr al-Bared ihr Leben. Die Spannungen und Spaltungen im Land, das sich noch immer von dem verheerenden Krieg zwischen Israel und der Hisbollah im Jahr 2006 erholen musste, machten das Parlament praktisch handlungsunfähig. Frauen sahen sich rechtlichen und alltäglichen Diskriminierungen ausgesetzt. Palästinensische Flüchtlinge litten weiterhin unter Diskriminierung und der Verletzung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Berichte über Folter und Misshandlungen in Haft nahmen zu. Gerichte erließen nach wie vor Todesurteile.

Jordanien

Personen, die wegen Terrorismusverdachts festgenommen worden waren, mussten sich auch 2007 in unfairen Gerichtsverfahren vor dem Staatssicherheitsgericht (State Security Court - SSC) verantworten. Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen oder Todesurteile, obwohl sie angaben, gefoltert worden zu sein. Frauen waren weiterhin Diskriminierungen und familiärer Gewalt ausgesetzt, viele wurden im Namen der „Familienehre“ getötet.

Syrien

Der Ausnahmezustand, der seit 1963 in Kraft ist, gab den Sicherheitskräften auch 2007 umfassende Befugnisse für Festnahmen und Inhaftierungen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie auf Versammlungsfreiheit war stark eingeschränkt. Hunderte Menschen wurden festgenommen, Hunderte politische Gefangene blieben weiterhin in Haft, darunter gewaltlose politische Gefangene und Personen, die nach unfairen Gerichtsverfahren verurteilt worden waren. Menschenrechtsverteidiger



wurden schikaniert und verfolgt. Frauen und Mitglieder der kurdischen Minderheit litten weiterhin unter rechtlicher sowie alltäglicher Diskriminierung. Folterungen und Misshandlungen blieben straflos. Öffentliche Hinrichtungen wurden wieder aufgenommen.

Irak

Im Zuge anhaltender religiös und anderweitig motivierter Gewalt wurden 2007 Tausende von Zivilpersonen, darunter Kinder, getötet oder verletzt. Viele Zivilisten verloren ihr Leben bei Bombenanschlägen von Gruppen, die der irakischen Regierung und den von den USA angeführten multinationalen Truppen (Multinational Force - MNF) feindlich gegenüberstanden. Andere fielen religiös motivierten Morden zum Opfer, die von schiitischen und sunnitischen bewaffneten Gruppen begangen wurden. Hunderte von Menschen wurden entführt, gefoltert und getötet. Die Zahl der Flüchtlinge, die in Syrien, Jordanien und anderen Staaten seit Kriegsbeginn 2003 Zuflucht suchten, erhöhte sich auf zwei Millionen. Zwei Millionen Binnenvertriebene verschärften die humanitäre Krise weiter. Die irakischen Sicherheitskräfte waren für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich,

darunter widerrechtliche Tötungen, Vergewaltigungen und andere Formen der Folter sowie willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen. Die MNF tötete Zivilisten und hielt mehr als 25 000 Häftlinge ohne Anklageerhebung oder Gerichtsverfahren in ihrem Gewahrsam, darunter einige bereits seit mehreren Jahren. Auch Angestellte privater (z.B. US-amerikanischer) Sicherheitsfirmen töteten Zivilpersonen und genossen Immunität. Die Todesstrafe kam häufig zur Anwendung.

Iran

Journalisten, Schriftsteller, Akademiker, Frauenrechtlerinnen und andere engagierte Bürger waren auch 2007 von willkürlichen Festnahmen, Reiseverboten, Schikanen sowie der Schließung ihrer Nichtregierungsorganisationen betroffen. Minderheiten wurden vom Staat nach wie vor unterdrückt. Die Diskriminierung von Frauen war weiterhin fest im iranischen Recht und in der Praxis verankert. In Gefängnissen und Haftzentren wurde in großem Umfang gefoltert. Eine im April angekündigte Offensive zur Verbesserung der Sicherheitslage führte zu einem massiven Anstieg von Hinrichtungen. Mindestens 335 Menschen wurden im Berichtsjahr hingerichtet, unter ihnen

auch zur Tatzeit minderjährige Straftäter. Nach wie vor wurden Steinigungen, Amputations- und Prügelstrafen verhängt und vollstreckt.

Israel

Israelische Streitkräfte töteten im Jahr 2007 in den besetzten Gebieten über 370 PalästinenserInnen, zerstörten über 100 Häuser und schränkten die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung noch weiter ein. Im Juni 2007 verhängte die israelische Regierung eine Blockade über den Gazastreifen, so dass die 1,5 Millionen Menschen zählende Bevölkerung praktisch interniert wurde. Dies kam der Verhängung einer Kollektivstrafe gleich und führte im Gazastreifen zur bislang schwersten humanitären Krise. Die meisten Bewohner waren auf internationale Hilfe angewiesen, um zu überleben. Straffreiheit blieb in der Westbank die Norm für israelische Soldaten sowie für Siedler, die schwerwiegende Vergehen begingen, darunter auch Tötungen, tätliche Angriffe und Sachbeschädigung. Tausende von Palästinensern wurden festgenommen. Diejenigen, die sicherheitsrelevanter Vergehen beschuldigt wurden, erhielten oft unfaire Verfahren vor Militärgerichten. Etwa 9.000 palästinensische Erwachsene und Kinder saßen in israelischen Gefängnissen, einige von ihnen hielt man jahrelang ohne Anklage oder Verfahren fest. Bei Angriffen palästinensischer Gruppierungen wurden 13 Israelis getötet.

Palästinensische Autonomiegebiete

Die Gewalt zwischen den verschiedenen palästinensischen Gruppierungen erfuhr in der ersten Hälfte des Jahres 2007 eine dramatische Eskalation und führte dazu, dass Westbank und Gazastreifen von verschiedenen politischen Kräften regiert wurden. Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Gruppen, die zum Teil der Fatah-Partei der Palästinensischen Autonomiegebiete (PA) unter Präsident Mahmoud Abbas und zum Teil der Islamischen Widerstandsbewegung (Hamas) unter Ministerpräsident Isma'il Haniyeh angehörten, hatten Hunderte von Toten zur Folge. Beide Seiten begingen schwere Menschenrechtsverstöße, darunter auch willkürliche Festnahmen und Folter.

„Wir benutzten so ein kleines Boot zum Aufpumpen“

Anna Koktsidou ist Korrespondentin des Deutschlandfunks in Athen. Gekürzter Abdruck des Manuskriptes „Die neuen Fremden“ mit freundlicher Genehmigung des DLF.



Flüchtlinge aus dem Nahen Osten in Griechenland

Die minderheitenfeindliche Familiendiktatur in Syrien, der Gottesstaat Iran, Milizengewalt im Libanon, israelische Besatzungswillkür und innerpalästinensische Gewalt in Palästina, Kriege und Attentate im Irak und in Afghanistan: Das sind nur einige der seit langem bestehende Gründe, die Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten in die Flucht schlagen. Doch in Europa sind sie nicht willkommen. Insbesondere Griechenland ist zum Frontstaat der europäischen Flüchtlingsabwehrpolitik geworden. Anna Koktsidou berichtet über die Fallen, die Europa für Flüchtlinge in Griechenland ausgelegt hat.

Sie versuchen, über die Türkei und das östliche Mittelmeer nach Samos, Lesbos oder Chios zu kommen, auf eine jener griechischen Inseln also, die schon vom türkischen Festland aus zu sehen sind. Die griechischen Behörden sind überfordert - und geraten zunehmend in die Kritik, seit Flüchtlingsorganisationen ihnen im Herbst vergangenen Jahres systematische Menschenrechtsverletzungen vorwarfen: Von skandalösen Übergriffen der griechischen Küstenwache ist die Rede. Von einem Asylrecht, das internationalen Mindeststandards nicht gerecht wird. Und von untragbaren Zuständen in überfüllten Auffang- und Flüchtlingslagern.

Flucht übers Meer

„Die Wahrheit mag bitter sein, aber sie muss ans Licht“, überschrieben im Herbst letzten Jahres die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl, der Europäische Flüchtlingsrat ECRE und eine Gruppe von griechischen Anwälten ihren Bericht über die Situation an der griechischen Grenze zur Türkei (www.proasyl.de): Darin erhoben sie schwere Vorwürfe gegen die griechische Küstenwache und sprachen von systematischen Menschenrechtsverletzungen: Bootsflüchtlinge würden regelmäßig abgefangen, eingeschüchtert und zur Umkehr gezwungen, mehr noch: Geschlagen und misshandelt, ins Meer geworfen oder auf unbewohnten Inseln ausgesetzt. Der Bericht stützte sich auf Aussagen von über 100 Augenzeugen und Betroffenen. Die Athener Regierung kündigte eine Untersuchung an.

„Wir benutzten so ein kleines Boot zum Aufpumpen. Wir fuhren etwa gegen zwei Uhr nachts los. Nach sechs Stunden auf dem Meer erreichten wir endlich die griechische Küste. Etwa 300 Meter vor der Insel

Lesbos wurden wir von der Küstenwache entdeckt. Es war ein schnelles, weißes Boot. Sie umkreisten uns mit großer Geschwindigkeit. Die Polizisten warfen uns eine Leine zu und wir wurden an Bord geholt. Wir waren müde, völlig erschöpft und wollten nur noch schlafen. Wir legten uns auf den Boden. Die Polizisten schrien: „Nicht schlafen, sitzen!“ Sie haben uns getreten. Ein anderes Schiff wurde gerufen. Sie gingen ruppig mit uns um, als sie uns auf dieses Schiff brachten. Wir flehten sie an: Wir sind Menschen, bitte helft uns.“

„Das Schiff fuhr zurück. Sie warfen unser Boot knapp zwei Kilometer vor der türkischen Küste ins Wasser. Danach wurden wir mit Gewalt auf das Boot zurückgetrieben. Sie machten vorher ein kleines Loch und gaben uns nur ein Paddel. Verzweifelt paddelten wir, um das Ufer zu erreichen. Doch wir waren so erschöpft. Nach knapp einer Stunde gaben wir auf. Wir dachten: Jetzt müssen wir sterben. Das Wasser war ganz ruhig. Nach einiger Zeit schliefen wir ein. Dann kam ein großes Schiff und rettete uns.“

Allein im Mai wurden 57 boat-people vor Samos aufgegriffen, 95 vor Farmakonissi, 26 vor Patmos und 300 vor Leros. Die Überfahrt ist nicht nur wegen der Wellen und wegen des Windes gefährlich - die Boote drohen immer wieder auch zwischen die Fronten der beiden Erzrivalen Griechenland und Türkei zu geraten: zwischen dem türkischen Festland und den griechischen Ägäis-Inseln gibt es praktisch keine internationalen Gewässer - die Hoheitsgebiete beider Länder stoßen in den schmalen Meerengen unmittelbar aneinander; so müssen die türkischen und griechischen Patrouillenboote aufpassen, dass sie nicht auf die andere Seite geraten und auf diese Weise Zwischenfälle

Grauensvolles Sterben auf dem Weg zu einem menschenwürdigen Leben

An Europas Grenzen spielen sich immer wieder menschliche Tragödien ab. Laut PRO ASYL wurden im Jahr 2007 mindestens 1861 tote Flüchtlinge in den Gewässern vor Europa gezählt. Doch auch Landwege nach Europa können tödlich sein.

Am 30.07.08 sind in der Türkei 14 Flüchtlinge in einem Lastwagen auf ihrer Flucht in ein vermeintlich besseres Leben qualvoll erstickt. In einem Außenbezirk von Istanbul (Kücükçekmece- Kayabasi Köyü) sind die Leichen von 13 Flüchtlingen entdeckt worden. Ein weiterer Flüchtling ist am folgenden Tag im Krankenhaus gestorben. Nach Angaben der türkischen Behörden starben die 14 Menschen aus Pakistan und Birma an Sauerstoffmangel. Weitere 20 Flüchtlinge wurden in der Nähe des Fundortes der Leichen lebendig, jedoch stark geschwächt entdeckt und in umliegende Krankenhäuser gebracht. Die meisten Flüchtlinge haben das Weite gesucht, nachdem sie ausgesetzt worden waren. Im Laufe des Tages wurden 46 weitere Flüchtlinge aufgespürt und als illegale Einwanderer in Gewahrsam genommen. Überlebende sollen in ihre Heimat abgeschoben werden.

Überlebende der Tragödie berichten, dass die Fahrt im türkischen Grenzort Van begann. Für die rund 1667 Kilometer nach Istanbul Küçükçekmece braucht der Lastwagen mindestens 26 Stunden. Als die ersten Menschen im Frachtraum bewusstlos zusammenbrachen, schlugen die Flüchtlinge in Panik an die Wände. Der Fahrer geriet in Panik und hielt an. Bei Küçükçekmece entdeckte er die vielen leblosen Körper der Menschen. Er hat die Flüchtlinge 200 Meter unter einer Umgehungsstrasse vom Dorf Kayabasi ausgesetzt und ist geflüchtet.

Die Türkei ist ein wichtiges Transitland für Flüchtlinge aus dem Nahen und fernen Osten und Nordafrika auf dem Weg nach Europa. Tausende verzweifelte Menschen machen sich jedes Jahr auf den gefährlichen Weg. Laut Radikal vom 30.07.08 geben türkische Sicherheitskräfte an, dass in den letzten 3 Jahren ca. 35.000 Flüchtlinge als illegale Einwanderer in Gewahrsam genommen wurden.

Hidir Cosgun arbeitet im Projekt access beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein

provozieren. Trotzdem versuchen sie, die Flüchtlingsboote auf die andere Seite abzudrängen.

Flucht über Minenfelder

An der Landgrenze zwischen der Türkei und Griechenland ist es genauso gefährlich - dort sind immer noch ganze Abschnitte vermint. Die Minenfelder sind zwar markiert, aber in der Dunkelheit schwer auszumachen. Nach Angaben der Vereinten Nationen hat es dort in den letzten zehn Jahren 100 Tote gegeben - doch das schreckt offenbar niemanden ab: Allein 2007 wurden an dieser Grenze am Fluss Evros 17.000 Flüchtlinge aufgegriffen.

Skarlatos Kyralanis' Äcker reichen bis direkt an den Grenzfluss Evros heran. Der Fluss ist hier nicht mal einhundert Meter breit und eigentlich ganz leicht zu überqueren - es ist scheinbar nur ein ganz kleiner Schritt in die Europäische Union: „Manchmal kommen sie mit einem Plastikboot rüber. Manchmal schwimmt einer mit einem Seil vor, macht es fest und zieht die anderen an das Ufer. Das geschieht meistens nachts. Morgens finde ich immer wieder liegengelassene Boote oder Ruder. Es kommt auch vor, dass sie um Hilfe bitten. Ich habe sie auch schon zur Polizei oder zum Militär gebracht, wenn sie danach gefragt haben. Das ist das Mindeste, was ich tun kann.“

Der Fluss ist doch nicht so leicht zu überwinden, sagt Kyralanis. Manche Flüchtlinge können nicht schwimmen, manche sind krank, oder sehr geschwächt, andere laufen in die Minenfelder, die die NATO-Partner Griechenland und Türkei auf beiden Seiten dieser Grenze errichtet haben. Die Minenfelder sind zwar umzäunt und Totenkopfschilder warnen vor Zutritt. Trotzdem gibt es Flüchtlinge, die den Maschendraht zerschneiden und hinein gehen.

Illegale Einwanderung gab es an dieser Grenze schon immer, aber jetzt nimmt sie zu, glaubt Skarlatos Kyralanis: „Im Herbst und im Winter kommen viel mehr Menschen als zu den anderen Jahreszeiten. Vielleicht arbeiten sie ja den Sommer hindurch, um Geld für die Passage zu verdienen. Die müssen ja dafür sehr viel bezahlen. Ein Grieche nimmt 2000 Dollar, um sie von hier bis nach Athen zu befördern. Da kann man sich ja vorstellen, was die Türken nehmen, um sie von der irakischen Grenze bis nach Evros zu bringen. Das ist doch eine Riesensstrecke!“

Das EU-Mitglied Griechenland sieht sich wegen seiner Flüchtlings- und Asylpolitik immer schärferer Kritik ausgesetzt: Die EU-Kommission geht vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die griechische Asylpolitik vor. Und das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen forderte die europäischen Staaten auf, keine Flücht-

linge mehr nach Griechenland abzuschicken - denn nirgendwo sonst in Europa ist die Anerkennungsquote so niedrig wie in Griechenland: sie liegt bei 0,6 Prozent.

Athen mahnt europäische Solidarität an. Und schafft an den Außengrenzen weitere Fakten: „Wir waren etwa 25 bis 27 Personen, als wir den Fluss Evros überquerten. Wir liefen auf griechischem Boden, als wir von Uniformierten entdeckt wurden. Sie forderten uns auf, stehen zu bleiben, und sie schossen in die Luft.“

Die Haftbedingungen waren schrecklich. Am Dienstag, dem 20. März 2007, nahm die Polizei uns gegen vier Uhr morgens alle mit. Sie fuhren uns mit einem Lastwagen weg. Wir wurden zum Fluss gebracht. Dort waren ungefähr 150 Flüchtlinge aus dem Irak, Somalia, Eritrea, Algerien, Iran und so weiter. Die Polizisten zwangen uns - immer in Gruppen von 20 bis 30 Personen - in ein Boot zu steigen. Wir wurden zum anderen Ufer des Evros gebracht - auf die türkische Seite. Ein griechischer Mann machte den Transport. Er fuhr hin und wieder zurück. Ich wurde mit meiner kleinen Tochter in der Nähe der türkischen Seite ins Wasser gestoßen, und das Boot fuhr weg.“



Deutschland und Syrien blasen zum großen Kehraus

*Martin Link, Kiel, ist Mitarbeiter des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein.
Kai Weber, Hildesheim, ist Mitarbeiter des Flüchtlingsrates Niedersachsen.*



Deutsch-syrisches Rücknahmeabkommen unterzeichnet

Der 1995 begonnene Barcelona Prozess hat die Einrichtung einer Freihandelszone im Mittelmeerraum bis 2010 zum Ziel. Syrien, der größte Handelspartner der EU in der Region, wird das letzte Land sein, das ein Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet. Dass die EU angesichts der Unterdrückung in Syrien den Vertragsabschluss unter den Vorbehalt entschiedener Verbesserung der Menschenrechtssituation stellen wird, ist nicht zu erwarten.

Die willkürliche Verhaftung von (vermeintlichen) Regimegegnern, Berichte über Folter, unmenschliche Zustände in den Gefängnissen sowie die systematische Unterdrückung der Kurden und anderer Minderheiten stellten für die Bundesregierung ebensowenig ein Hindernis für die Unterzeichnung eines Rücknahmeabkommens mit der Arabischen Republik Syrien dar.

Abschiebungsgefahr nicht nur für SyrerInnen

Am 14. Juli 2008 wurde das deutsch-syrische „Abkommen über die Rückführung von illegal aufhältigen Personen“ in Berlin unterzeichnet – und kaum dass die Tinte trocknen konnte, schon fünf Tage später kommentarlos vom Kieler Innenministerium zur konsequenten Anwendung ans Landesamt für Ausländerangelegenheiten und in die Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein durchgereicht.

Dabei wäre ein kritischer Blick in das Landesverwaltungsgesetz mehr als angemessen. Das Rücknahmeabkommen lässt erhebliche Zweifel an seiner Datenschutztauglichkeit aufkommen. Darüber hinaus scheint den Autoren ganz besonders daran gelegen zu sein, zu Lasten der betroffenen Ausreisepflichtigen den berichtigten syrischen Verfolgungsbehörden alle nur mögliche Zuarbeit angedeihen zu lassen.

Das Abkommen muss noch von syrischer Seite ratifiziert werden und tritt erst 30 Tage nach der letzten, auf diplomatischem Weg erfolgten Notifikation in Kraft. Gleichwohl wird es bereits angewendet. Es sieht weitreichende Verpflichtungen nicht nur zur Übernahme

eigener Staatsbürger vor, sondern auch von Menschen ohne Staatsangehörigkeit bzw. aus Drittstaaten, die sich unmittelbar vor der Einreise in dem jeweils anderen Vertragsstaat aufgehalten haben. Damit sind künftig nicht nur die fast 7.000 in Deutschland lebenden, oft langjährig geduldeten syrischen Flüchtlinge von Abschiebung bedroht, sondern auch Palästinenser/innen, Staatenlose oder sonstige Personen, die aus bzw. über Syrien nach Deutschland geflohen sind – nicht zuletzt zahlreiche IrakerInnen.

Betroffen sind auch diejenigen Flüchtlinge, denen die Behörden unter Hinweis auf eine unzureichende Mitwirkung bei der eigenen Abschiebung (etwa im Rahmen der Passbeschaffung) ein Bleiberecht nach der gesetzlichen Bleiberechtsregelung verweigern.

Hohe Zeit der Denunzianten

Auch wenn das Abkommen der Form nach eine zweiseitige Verpflichtung auf Übernahme von „illegal aufhältigen Personen“ vorsieht, dürfte es in der Praxis nur dem Zweck dienen, unliebsame Flüchtlinge aus Deutschland nach Syrien abschieben zu können. Laut Protokoll zur Durchführung des Abkommens reicht schon die Aussage des Betroffenen selbst, er sei Syrer, für eine Abschiebung aus. Darüber hinaus sind die syrischen Behörden bereits dann zu einer Rückübernahme bereit, wenn die syrische Staatsangehörigkeit z.B. durch eine Denunziation bzw. Behauptung Dritter „glaubhaft gemacht“ wird. Das kann auch geschehen durch (Kopie) einer Geburtsurkunde, eines Wehrpasses, Führerscheins oder sonstige Indizien.



Darüber hinaus sollen auch Staatenlose und Drittstaatler/innen nach Syrien abgeschoben werden können, wenn Belege für einen Aufenthalt in Syrien vor der Flucht nach Deutschland vorliegen und eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland nicht erteilt wurde. Konkret genannt werden als hinreichende Belege zum Nachweis des Aufenthalts: Reisedokument für palästinensische Flüchtlinge, Registerkarte der UNWRA-Behörde in Syrien, gültiger Aufenthaltstitel, Visum mit Einreisestempel, Aufenthaltstitel für staatenlose Personen, Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige, Fingerabdrücke sowie „ein beglaubigtes, vom Mukhtar ausgestelltes Dokument, wonach die genannte Person in Syrien wohnhaft ist“.

Regelmäßige Akteneinsicht für syrische Verfolgungsorgane?

Zur Beantragung der Rücknahme einer Person sind die zuständigen Ausländer-

behörden gem. Vertrag gehalten, der „Vertragspartei“ nicht nur die Fingerabdrücke der Betroffenen zu übermitteln, sondern auch „sonstige Unterlagen zum Nachweis der Staatsangehörigkeit der betreffenden Person“ und „Informationen über sonstige im Einzelfall bei der Übergabe erforderliche Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen“. Ob das bedeutet, dass sämtliche hier behördenbekannten Informationen oder nach Ermessen der Behörde nur eine Auswahl aus der Asyl- und Ausländerakte an die syrischen Geheimdienste durchgereicht werden, bleibt abzuwarten.

In Sachen „Nachweis des Aufenthaltes in Syrien“ gehen manche Behörden in Deutschland bereits jetzt ungewöhnliche Wege: Mehrfach beauftragte der LK Goslar eine Privatperson damit, nach Syrien zu reisen, um dort Ermittlungen zur Feststellung der Staatsangehörigkeit und zur Beschaffung von Personalstandsurkunden durchzuführen. Mehrere

Ausländerbehörden bedienen sich des Angebots der „Mawla Law Corporation“ (www.allgoodlawyers.com/guestbook-view.asp?key=1024), einzelfallbezogene Recherchen in Syrien durchzuführen. Der Landkreis Goslar zahlte an diese Organisation mehrere Tausend Dollar, um konkrete Nachforschungen betreffend einzelne Familien in syrischen Dörfern durchzuführen, mit dem Mukhtar zu sprechen oder Fotos zu machen.

Das Deutsch-Syrische Rücknahmeabkommen kann aus dem Internet heruntergeladen werden: www.frsh.de/behoe/pdf/bmi_rueck_syr_14.7.08.pdf

Fotos: Martin Link, Altstadt Jerusalem 2003

Ein altes Thema ganz neu: Mission, Taufe und Konversion

Pastorin Fanny Dethloff ist die Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Kirche.



„Asyltaktischer Glaubenswechsel“ und amtlich verlangte religiöse Heimlichkeit

Verfolgte Christen im Nahen Osten sollen laut aktuellen Debatten nach Europa geholt werden, damit sie Schutz und Sicherheit finden. Wie aber ist die Situation für Flüchtlinge in Deutschland, die hier zum Christentum konvertiert sind?

Ein heikles Thema geistert durchs Land: der Übertritt zum Christentum. Klar lassen sich Jugendliche taufen, manchmal auch aus verschiedensten Gründen Erwachsene.

Doch waren wir als Kirchengemeinden gerade froh, wenn wir einen Dialog auf Augenhöhe zwischen christlichen und islamischen Gemeinden hin bekamen, droht dieses alte und nun wieder neue Missionsthema, viele Dialoge auch zu verbauen. Kein Thema bitte, heißt es an Runden Tischen!

Und selbst die großen christlichen Kirchen tun sich ja z.T. schwer, sich zu positionieren, sind es doch kleinere Migrantengemeinden selbst, die die Mission vor allem betreiben. Aber auch Pastorinnen und Pastoren, Pfarrer der katholischen Kirche brauchen Beratung, wenn sie das tun, was seit Jahrhunderten christliche Gemeinden taten: ihrem universellen Auftrag nachzukommen und Menschen, egal welcher Herkunft, welchen Bildungs-, Gesundheits- oder Familienstands zu taufen.

„Asyltaktischer Glaubenswechsel“ so argwöhnt der Staat, wenn es sich bei den Täuflingen um Menschen mit fragilem Aufenthaltsstatus handelt.

Religion im stillen Kämmerlein?

Hier verhalf eine Tagung am 11. April 2008 in Hamburg zur ersten Klärung. Und auch einige Verwaltungsgerichte helfen dabei, langsam Licht am Ende des Horizonts anzuzünden. War es doch bislang in Deutschland üblich, jeden wieder in seine z.T. durch islamisch geprägten Recht verfassten Staat zurückzuschicken. Man könne doch auch im Kämmerlein beten

und müsse das nicht in der Öffentlichkeit tun. Man muss ja nicht als Christin ohne Tschador vor die Tür treten. Man könne doch heimlich Christ sein, so schlimm könne es doch nicht sein, dem Freitagsgebet fern zu bleiben. Das ist nur theoretisch denkbar – und nur für einen Beamten, der in Deutschland vielleicht sich eher dem Christentum distanziert gegenüber versteht und es eben vorzieht, sonntags allein im Wald spazieren zu gehen, dort meditativ für sich zu sein statt die nächste Kirche aufzusuchen.

Apostasie wird Offizialdelikt

Gerade viele Konvertiten brauchen den Halt der Gemeinschaft, gehen regelmäßig in Hauskreise, um gemeinsam die Bibel zu lesen, treffen sich sonntags in Kirchengemeinden zu Gottesdienst und Bibelschule und geraten in Panik angesichts der Option, ins sogenannte Heimatland zurück zu müssen.

Gerade da, wo die Scharia offiziell Gesetz ist, wie im Iran, kommt es zu gravierenden Bedrohungslagen. Ist ein Rückkehrer nämlich als Abtrünniger der einzig wahren Lehre erkannt, ist dies ein todeswürdiges Verbrechen. Bislang wurde dies im Familienkreis oder der Nachbarschaft geahndet: keine Arbeit, keine Familienbande, – schlimmer noch, bedrohte die Familie den/diejenige mit dem Tode, verletzten gar die Person, zerstörten Hab und Gut, blieben die Täter straffrei. Das soll sich nun noch weiter verschärfen. Es droht, dass der Übertritt zum Christentum ein Offizialdelikt wird. Und noch einmal: der Abfall vom Islam, als dem einzig wahren Glauben, die Apostasie ist ein todeswürdiges Verbrechen.

Zum Tag des Flüchtlings 2008:

Kampagne SAFE HAVEN in Kiel gegründet

Schleswig-Holsteinisches Netzwerk fordert Neuaufnahme von Flüchtlingen

Zum schleswig-holsteinischen Netzwerk *SAFE HAVEN* - *Flüchtlinge aufnehmen! - Sichere Zufluchtsorte schaffen!* haben sich unter anderem der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, die Freien Wohlfahrtsverbände, der schleswig-holsteinische Landesbeauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, die Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Kirche, die Kieler Bildungs- und Beratungsstelle für MigrantInnen (ZBBS), das Behandlungszentrum für Folteropfer Refugio, und zahlreiche interessierte Einzelpersonen zusammengetan.

Auch bundesweit setzen sich Kirchen, Verbände sowie Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen für ein nationales Resettlement-Programm – allerdings nicht nur für IrakerInnen – ein. Ziel ist die jährliche Aufnahme von relevanten Kontingenten nach Maßgabe der Bedürftigkeit der Betroffenen.

Die Schleswig-Holsteiner Kampagne *SAFE HAVEN* fordert ein, dass eine verstärkte humanitäre Flüchtlingsaufnahme gleichzeitig auch einhergehen muss mit einer Liberalisierung der Flüchtlingsinnenpolitik gegenüber den schon im Lande aufhältigen Asylsuchenden. *SAFE HAVEN* hat sich vorgenommen, in Schleswig-Holstein insbesondere kommunale Resettlement-Initiativen zu begleiten und gegenüber Politik und Medien für die Idee einer großzügigen Flüchtlingsaufnahme zu werben.

Mehr Informationen über die Schleswig-Holsteinische Kampagne und Kontakt zum Netzwerk *SAFE HAVEN* gibt es beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein auf www.frsh.de und über laufende bundesweite Resettlementaktivitäten bei *PRO ASYL* unter www.save-me-kampagne.de



Angst und Panik bei Christen auch im Exil

In den kleineren Migrantengemeinden geht die Angst um. Man berichtet von Verfolgung, man fühlt sich beobachtet und ausspioniert, selbst hier im sicheren Exil. Nichts ist davon wirklich belegbar. Doch die Panik ist spürbar, begleitet man Menschen, die hier als Christen aus dem Iran leben.

Mehrere Fälle hat es in Schleswig-Holstein gegeben, die zunächst durch das BAMF abgelehnt wurden und danach vor dem Verwaltungsgericht Schleswig dann positiv gewertet wurden und als Vergleich endeten.

Auf der europäischen Ebene ist es ein Stück weiter geklärt. Die Richtlinien sehen klar vor, dass eine Bedrohung aus religiösen Gründen ausreicht, damit Menschen Schutz erhalten. Und niemand konnte in Europa bislang die deutsche ausgefeilte Unterscheidung zwischen

forum internum und forum externum, wonach nur ein Missionar wirklich Schutz erhalte.

Kirchen ist dies Denken fremd, denn es gilt, dass jede/r der getauft ist, eigentlich seine Lehre weitergeben sollte. Verschiedene Ämter, die dies eher tun wie z.B. Pastoren oder Missionare, sind im Taufbefehl (Matthäusevangelium 28, 18-20) nicht erwähnt, denn alle Getauften sollen ihrerseits die Lehre weitergeben.

Auf christliche Wurzeln besinnen im Umgang mit Flüchtlingen

Als Kirchen wurde gerade noch einmal deutlich gemacht (missio und ein Gutachten der EKD), dass es nicht angehen kann, dass Christinnen und Christen aus Glaubensgründen der Verfolgung preisgegeben werden. Das viel beschworene christliche Abendland tut gut daran, sich auf seine Wurzeln an dieser Stelle zu beziehen.

Und selbst wenn es jemand nicht ernst meint, die Taufe behält als heilkräftiges Symbol, als Sakrament, die Gültigkeit. Der Wahn, alles prüfen zu können, alle Gewissen, alle Lebensgeschichten, alle Biographien genau zu beurteilen, ist ein Allmachtsanspruch, der dringend in die Schranken gewiesen werden muss.

Einige Kirchengemeinden haben dies für sich als Grundhaltung herausgearbeitet, dass, wenn sie jemanden taufen, bei dem die Problematik einer drohenden Abschiebung vorliegt, sie auch den Schutz mit gewähren, der notfalls erforderlich ist. Sie helfen bei Anwaltssuche und Vertretung bei den Verfahren. Sie haben aber auch vorsorglich Beschlüsse zu Kirchenasylgewährung verfasst, um keine Unklarheit aufkommen zu lassen.

Irakische Christen rein – Konvertiten raus?

Es ist nicht besonders einsichtig, aus den Krisengebieten irakische Christen willkommen heißen zu wollen und andererseits Christen, auch wenn sie erst hier durch verschiedenste Erfahrungen geprägt sich zum Übertritt entschlossen haben, abzulehnen und zurück zu schicken.

Dies ist ein echter interkultureller Auftrag! Die eigenen christlichen Grundlagen in einer säkularisierten Gesellschaftswirklichkeit zu erinnern, die frommen und missionarischen Konvertiten, die die deutsche Umwelt als gottesfern betrachten und kaum Ausdruck haben, für ihre Kritik, ihren Glauben und ihre Hoffnung, hier leben zu können - und die verschiedenen Sprachebenen der Juristen, Behörden und Kirchen zusammenzubringen.

In dieser Gemengelage gibt es viele Missverständnisse und Fehltritte, viele geschichtsträchtigen Barrieren und offene Fragen. Besser wir schaffen es, eine Fragekultur wieder herzustellen, als zu vorschnell andere in ihren eigenen Fundamenten abzuwerten. Asyltaktischer Glaubenswechsel jedenfalls ist eine brutale Abwertung der meisten Getauften, die auf eine Zukunft in Freiheit hoffen.

Europäischer Rat tagt in Brüssel:

PRO ASYL: EU-Staaten schließen „Pakt gegen Flüchtlingsschutz“

Während ihres Treffens am 15./16. Oktober werden die Staats- und Regierungschefs der EU den sogenannten Europäischen Pakt für Migration und Asyl beschließen. Die PRO ASYL vorliegende Entwurfsfassung lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die Abwehr von Flüchtlingen und Migranten wird gemeinsam gestaltet, den Rest machen die Nationalstaaten überwiegend nach eigenem Gusto. Im Zentrum der von der französischen Regierung ausgehenden Initiative steht die Kombination einer verstärkten Aufrüstung an den Außengrenzen, die Einbindung von Transitstaaten in die Flüchtlingsabwehr und die Neuauflage des „Gastarbeitermodells“.

Vor exakt neun Jahren beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU im finnischen Tampere: Ziel einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik sei eine „offene und sichere Europäische Union, die uneingeschränkt zu ihren Verpflichtungen aus der Genfer Flüchtlingskonvention und aus anderen einschlägigen Menschenrechts-Übereinkünften steht.“ „Bundeskanzlerin Merkel und ihre Kollegen schließen jetzt einen ‚Pakt gegen den Flüchtlingsschutz‘, der vor allem ein Ziel verfolgt: um die Festung Europa noch eine zweite Wallanlage zu errichten“, so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL.

Aufrüstung an den Außengrenzen:

Mit martialischen Worten fordert der Europäische Rat die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, „alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel einzusetzen, um eine wirksamere Kontrolle an den Land-, See- und Luftaußengrenzen zu gewährleisten“. Der Preis der Abschottung Europas - die Tausenden von Toten an den EU-Grenzen - findet keine Erwähnung. Die Grenzschutzagentur FRONTEX soll mit höheren Mitteln ausgestattet werden. Dies ist ein Blankoscheck für eine Organisation, deren Budget ständig wächst, die aber weder vom europäischen noch von den nationalen Parlamenten wirksam kontrolliert wird.

Kooperation um jeden Preis:

Wo FRONTEX operiert, gibt es qua definitionem nur „irreguläre Migration“, die gemeinsam mit „Partnerstaaten“ wie Libyen, Marokko, Tunesien, Mauretanien zu bekämpfen ist, welche menschenrechtlichen Standards diese Staaten auch immer haben mögen. Um zu gewährleisten, dass Flüchtlinge möglichst nicht die europäische Außengrenze erreichen, sollen sie bereits in den Transitstaaten abgefangen oder dorthin zurückverfrachtet werden. Mit diesen Staaten möchte die EU „eine ambitionierte Politik der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit“ betreiben und die Rückkehr von Flüchtlingen und Migranten auch in Transitländer sichern.

„Europa des Asyls“:

Die Regierungschefs verkünden zwar auch ein „Europa des Asyls“. Jedoch die Antwort auf die Frage, wie denn Schutzsuchende in dieses „Europa des Asyls“ gelangen, liegt in den beiden vorhergenannten Schlüsselementen - Grenzschutz und Kooperation mit Drittstaaten - des Paktes: Der Zugang für Flüchtlinge nach Europa bleibt in der Regel versperrt und geschieht ansonsten nur unter Lebensgefahr.

Revival der gescheiterten „Gastarbeiterpolitik“:

Möglichkeiten der legalen Einwanderung anzubieten, bleibt im Ermessen der einzelnen Mitgliedsstaaten. Der Pakt verpflichtet demgemäß zu nichts Konkretem. Wenn die Staaten legale Einwanderung zulassen wollen, sind sie aufgefordert, den Formen der temporären oder zirkulären Migration den Vorzug zu geben. PRO ASYL hält dies für den Versuch einer Neuauflage der gescheiterten Gastarbeiterpolitik.

Der Widerstand wächst:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einem Beschluss vom 2. September 2008 unmissverständlich klargestellt, dass dieses Konzept der zirkulären Migration die Menschenrechte verletzt, insbesondere das Recht auf Schutz der Familie und das Recht auf Schutz vor Diskriminierung.

Über 250 Organisationen aus Europa und Afrika bringen am 17./18. Oktober in Paris ihre Ablehnung gegen diesen Pakt, „den wesentlich von sicherheitspolitischen Prinzipien bestimmten Umgang mit Migration, der den Tod Tausender von Menschen in Kauf nimmt“ zum Ausdruck.

Karl Kopp, Europareferent
PRO ASYL
www.proasyl.de

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.

Wasserprobleme im Nahen Osten



Es drohen Dürren und Landverlust an den Küsten

Wolfgang Pomrehn ist freier Journalist und lebt in Berlin. Vom Autor ist im September 2007 bei Papyrossa das Buch „Heiße Zeiten – Wie der Klimawandel gestoppt werden kann“ erschienen.

Ohne Wasser geht gar nichts. Das ist eine Binsenweisheit, die sich den Menschen im Nahen Osten und anderen trockenen Gebieten des Planeten täglich aufdrängt. Entsprechend konfliktrichtig ist schon heute die Frage der Verteilung des kostbaren Nasses, das zum Beispiel Euphrat und Tigris oder auch den Jordan hinab fließt.

Klimawandel und Bevölkerungswachstum werden künftig für weitere Verknappung sorgen, womit die Auseinandersetzungen an Intensität zunehmen werden, wenn die betroffenen Staaten und Bevölkerungsgruppen keine Mechanismen für friedliche und gerechte Konfliktlösung finden.

Manchmal kann es aber auch zu viel des Guten sein. Das wissen nicht nur Monsun geplagte Bangladeschis, davon bekommt man auch in Ägypten langsam eine Ahnung. Dort ist das Nildelta langfristig vom Anstieg des Meeresspiegels bedroht, auch dieser eine Folge des Klimawandels. Das Delta macht zwar nur einen winzigen Teil der Fläche des Wüstenstaates aus, ist aber extrem dicht besiedelt, liefert außerdem einen erheblichen Teil der landwirtschaftlichen Produktion und zudem auch des Fangs an Süßwasserfischen.

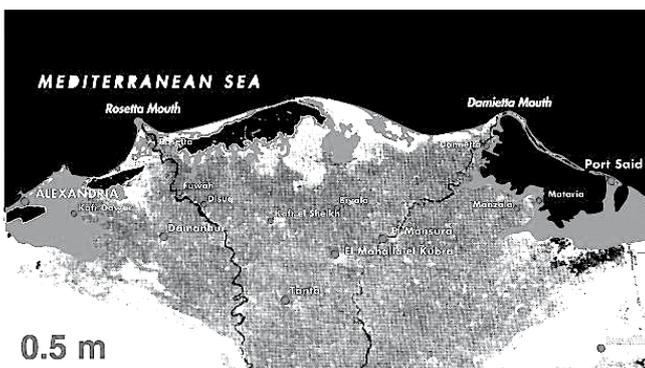
Knappes Wasser

Eigentlich muss man in einem wärmeren Klima, wie es uns die Wissenschaftler voraussagen, wenn nicht endlich etwas gegen die Treibhausgas-Emissionen

unternommen wird, nicht automatisch mit Trockenheit, Dürren und Wassermangel rechnen. Schließlich führen höhere Temperaturen auch zu verstärkter Verdunstung über den Weltmeeren, sodass mehr Wasserdampf in der Luft sein wird. Und dieser wird unweigerlich auch als Regen und ein bisschen Schnee wieder runter kommen. Eigentlich.

In der Praxis werden diese Niederschläge jedoch höchst ungleichmäßig verteilt sein. Vor allem in Teilen der nördlichen Breiten wird es vermehrt regnen, aber auch zum Beispiel Regionen wie das Horn von Afrika können mit mehr Wolkenbrüchen rechnen. Freuen wird man sich dort darüber aber nicht unbedingt, denn das meiste wird in Form von schweren Unwettern fallen, was für Ernten und Infrastruktur genauso verheerend wie Dürren sein kann.

Immerhin gibt es jedoch Studien, die errechnet haben, dass eine mäßige Erwärmung die Wasserversorgung in vielen Regionen verbessern würde. Dafür müsste allerdings die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre in den



Das Nildelta. Die dunkelgrauen Flächen wären bei einem Meeresspiegel-Anstieg von einem halben Meter, die hellgrauen Flächen bei einem Anstieg von einem Meter bedroht.

Weiterführende Internetlinks

IPCC Arbeitsgruppe II „Impacts, Adaptation, Vulnerabilities“, Beitrag zum Vierten Sachstandbericht, Zusammenfassung für Entscheidungsträger (Englisch)

<http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/wg2/ar4-wg2-spm.pdf>

Climate Change Will Expose Near East to Water Shortage by 2050

<http://memrieconomicblog.org/bin/content.cgi?article=145>

Impacts of Climate Change. Ergebnisse einer im Auftrag der UNO erstellten Studie.

<http://www.grida.no/climate/vital/impacts.htm>

nächsten Jahrzehnten nicht allzu weit über dem heutigen Niveau stabilisiert werden. Und das wird nur möglich sein, wenn insbesondere in den Industriestaaten die Emissionen der Gase drastisch eingeschränkt wird. Vor allem handelt es sich um Kohlendioxid, das bei der Verbrennung von Kohle, Erdölprodukten und Erdgas entsteht. Sollten die derzeit noch wachsenden Emissionen aber nicht oder nur zaghafte reduziert werden, dann werden in vielen heute schon trockenen oder halbtrockenen Gebieten die Probleme zunehmen.

Eine Weltregion hat jedoch auf jeden Fall den „Schwarzen Peter“ gezogen: Die Länder rund um das Mittelmeer. Selbst bei geringfügiger globaler Erwärmung sagen alle Klimamodelle für diese Staaten folgendes voraus: Erstens wird es heißer und zweitens nehmen die Niederschläge ab, wobei für beides gilt, dass je schlimmer die globale Erwärmung ausfällt, desto heftiger werden die entsprechenden Auswirkungen zwischen Gibraltar und der Levante sein. Dabei wäre für die Region schon eine weitere Erwärmung schlimm genug, denn sie bedeutet aufgrund der steigenden Verdunstung automatisch weniger Wasser, denn in trockenen Regionen wie denen am Mittelmeer regnet das verdunstete Wasser selten in der Nachbarschaft wieder ab.

Das Middle East Media Research Institute zitierte kürzlich eine Studie, die die Folge des Klimawandels für die Region von Nordafrika bis Südasien untersucht hat. Demnach ist bei einem Anstieg der Jahresmitteltemperatur um drei Grad Celsius in vielen der betroffenen Ländern mit einer Abnahme des Niederschlags um rund 40 Millimeter im Jahr zu rechnen. Nur der Sudan sowie Teile der Sahara

und der Arabischen Halbinsel könnten mit vermehrten Niederschlag rechnen. In einigen Gebieten am Roten Meer wäre übrigens ein weiterer Anstieg der Tageshöchsttemperaturen durchaus lebensbedrohlich.

Die Landwirtschaft leidet schon heute in vielen Gegenden der Region unter erheblichen Bewässerungsproblemen. Der Studie zufolge könnten von Nordafrika bis Westasien die Erträge künftig um 15 bis 35 Prozent abnehmen. Besonders Reisbauern werden Probleme haben, aber auch Mais und andere Feldfrüchte werden schlechter gedeihen. Bodenerosion, Dürren und Hochwasser würden zukünftig die Ernährung der Bevölkerung in vielen der betroffenen Länder gefährden. Die Autoren schätzen, dass bis 2050 die Grundwasserreserven um 70 Prozent abnehmen werden.

Steigende Fluten

Im Nildelta droht dem Grundwasser noch aus einer anderen Richtung Gefahr. Der steigenden Meeresspiegel bedroht die Sandbarrieren, die das flache und sehr niedrige Land und die Frischwasser-Lagunen bisher vor dem besonders salzigen Mittelmeerwasser schützen. Ist der Strandwall erst einmal erodiert, kann das salzige Nass ins Land eindringen und die küstennahen Grundwasserreservoirs ungenießbar machen. Selbst wenn man das Land durch Deichbau vor dem steigenden Meer schützen könnte, würde das Grundwasser in der Küstenregion vermutlich versalzen werden.

Dass das Wasser der Ozean steigt ist gewiss, strittig und unklar ist allenfalls in welchem Ausmaße. Derzeit sind es etwa drein Zentimeter pro Jahrzehnt oder 30

Zentimetern in Hundert Jahren. Ursache ist zum einen das Tauen der Gebirgsgletscher und vor allem des Grönlandeises und zum anderen die Tatsache, dass das Wasser in den Meeren wärmer wird und sich daher ausdehnt. Der UN-Klimarat IPCC sagt voraus, dass der Meeresspiegel zum Ende des Jahrhunderts maximal um 58 Zentimeter höher sein wird.

Diese Aussage ist allerdings nicht ganz unbestritten, denn ihr liegt die Annahme zu Grunde, dass sich das Abtauen auf Grönland nicht beschleunigen wird. Sollte sich das als zu optimistisch herausstellen, könnte der Meeresspiegel in den nächsten 90 Jahren auch durchaus um einen Meter steigen. Insgesamt ist im Eis Grönlands genug Wasser eingefroren, dass weltweit die Pegelstände um sieben Meter steigen lassen könnte, doch dieser Prozess würde sich auch im schlimmsten Szenario über mehrere Jahrhunderte erstrecken.

Aber schon ein Meter wären für das Nildelta katastrophal. Das Tal des Stroms und sein Delta machen nur 2,5 Prozent der Fläche des Wüstenstaates aus, aber beherbergen das Gros der Bevölkerung. Bis zu 1600 Menschen leben auf einem Quadratkilometer im Delta, das zu dem intensiver Landwirtschaft dient. Bisher wird das Land, das meist weniger als zwei Meter über dem bisherigen Meeresspiegel liegt, durch einen ein bis zehn Kilometer breiten Sandstreifen geschützt.

Dieser Schutzstreifen ist durch den Meeresspiegel-Anstieg konkret gefährdet. Die Süßwasser-Lagunen, die er vom Salzwasser trennt, liefern heute ein Drittel des ägyptischen Fischfangs. Außerdem wären neben landwirtschaftlichen Flächen auch die Städte Alexandria und Port Said bedroht. Für ein Land wie Ägypten, das ohnehin Schwierigkeiten haben wird, die wachsende Bevölkerung zu versorgen, sicherlich keine rosigen Aussichten.



Frauen ins öffentliche Leben!

Dr. Faiha Abdel Hadi ist feministische Autorin und Wissenschaftlerin in Palästina. Aus dem Englischen übersetzt von Anke Immenroth.



Internationale Konferenz in Amman fordert mehr politische Beteiligungsmöglichkeiten für Frauen

Im Mai 2008 fand in Amman ein Symposium statt, dass sich mit der Beteiligung von Frauen am öffentlichen Leben beschäftigte. In drei Arbeitsgruppen wurden unterschiedliche Bereiche der Teilhabe am öffentlichen von arabischen Frauen diskutiert.

Die politische Beteiligung der Arab Woman & Democracy

In Amman fand vom 18. – 20. Mai 2008 das Symposium „Woman`s Participation in Public Life“ (die Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben) statt, das von „The Union of Jordanian Woman“ in Kooperation und mit der Beteiligung der „KVINFO/DENMARK“ organisiert wurde. Der Demokratie galt das gemeinsame Interesse der TeilnehmerInnen bei den verschiedenen Tätigkeiten während des Symposiums. Durch die verschiedenen Vorträge und Abhandlungen, die dort präsentiert wurden, durch die Diskussionen in Gruppen wurde bestätigt, dass das Fehlen von Demokratie die Entwicklung für die arabischen Frauen genauso negativ beeinflusst wie die Entwicklung und den Wohlstand der arabischen Gesellschaft. Das Symposium hatte zum Ziel, ein Arbeitsprogramm und darauf folgende Mechanismen zu entwickeln. Der Inhalt des Symposiums wurde in drei Gruppen

aufgeteilt: Frauen in NGO`s, Frauen in politischen Parteien und Frauen in Entscheidungs-/Führungspositionen.

Frauen in NGO`s

Die erste Gruppe diskutierte die politische Rolle der NGO`s sowie die Bedeutung, der Demokratie im inneren System eine Gestalt zu geben. TeilnehmerInnen aus arabischen Ländern sprachen über die Grenzen der politischen Partizipation von Frauen in NGO`s. Zum einen dürfen sich NGO`s nicht in die Politik einmischen. Außerdem sind sie dem Staat untergeordnet: dem Außenministerium, dem Informationsministerium oder dem Kultusministerium.

Einige TeilnehmerInnen schlugen vor, den Druck durch Kampagnen zu erhöhen, um Vereinigungen zu helfen, die aufgelöst worden sind. Außerdem wurde vorgeschlagen, die Verbindung zwischen



Foto:
Fotoworkshop Freedom Theater, Jenin 2008

NGO`s und den Menschenrechtsorganisationen zu vertiefen.

Vicki Therkildsen, Mitglied des dänischen Parlaments, stellte dem gegenüber, dass die NGO`s eine große Rolle bei der Entwicklung der Frauenbeteiligung in der Politik darstellen und dass sie keine Autorisierung des Staates benötigen, da sie ja genau deswegen eine „Nicht-Regierungs-Organisation“ seien. Außerdem bemerkte sie, dass Dänemark das Recht eine NGO zu gründen garantieren und auch das Recht auf Versammlungsfreiheit, welches einhergeht mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung.

Frauen in politischen Parteien

Die zweite Gruppe diskutierte die Stellung der Frauen in politischen Parteien und den demokratischen Mechanismus der zur Zeit innerhalb der Parteien angewandt wird.

Die TeilnehmerInnen sprachen über legale Grenzen, wobei in manchen arabischen Ländern gar keine Parteiengesetze existieren. Nationale Verfassungen in wiederum anderen Ländern besitzen kein Mehr-Parteien-System, und wiederum andere arabischen Ländern werden mit Notstandsgesetzen regiert. Es wurde über soziale Grenzen gesprochen, das Fehlen von Themen die eine Partei für Frauen und Jugendliche interessant macht.

Es wurde vorgeschlagen, zu fordern, die Bestimmungen zur Gründung einer Partei zu lockern – und am wichtigsten, überhaupt das Recht zu haben, eine Partei zu gründen.

Frauen in Entscheidungspositionen

Die dritte Gruppe diskutierte die sozialen, kulturellen und politischen Hindernisse, die es den Frauen verbieten, eine Führungsposition zu erreichen. Hier fehlt die Anerkennung von Frauen als eine gleichwertige Beteiligte während eines Entscheidungsprozesses. Es überwiegen oft patriarchalische Mentalitäten mit ihrer traditionellen Rollenaufteilung - ein Zustand, der sich ganz klar im Ausbildungscurriculum widerspiegelt.

Trotz der Fortschritte in der Entwicklung von Konzepten in Bezug auf die



politischen Partizipation von Frauen, wird die Beteiligung von Frauen an politischen Prozessen schwieriger.

Es müssen Gremien eingesetzt werden, um eine UN-Resolution zu implementieren, die die Menschenrechte generell und die Frauenrechte im Besonderen einfordert.

Die Staaten der Welt, namentlich die 191 UN-Mitglieder, die sich verpflichteten, die (Millenium-) Ziele bis 2015 zu erreichen, sollten danach gefragt werden.

Offene Fragen des Symposiums

Offen geblieben sind einige Fragen, z.B. die nach Methoden, um Staaten zu befragen, die ihre Verträge nicht einhalten. Ebenso offen blieb die Frage, wie das Vertrauens in die Welt mit ihren internationalen Legitimationen wieder erlangt werden kann. Wie profitieren Frauen von UN-Resolutionen, die für ihr

Wohlergehen stehen, und die die Staaten der Welt vertraglich festgesetzt haben, wie die Resolution 1325 und die Resolution zur Abschaffung jeglicher Form der Diskriminierung von Frauen? Wie kann die Angelegenheit der `gender equality` hervorgehoben werden, ohne dass es nur exklusiv eine Angelegenheit für Frauen ist, sondern eine Angelegenheit der Freiheit ihrer Nationen?

Foto: Martin Link, Jenin 2008

Die arabischen Christen am Ende?



Situation und Perspektive der Christen im Nahen Osten

Alexander Flores
(Hochschule Bremen)

Das Gewicht der Christen in den arabischen Ländern, in denen es sie überhaupt in nennenswerter Zahl gibt, nimmt seit langem ab – nicht absolut, wohl aber im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Nur im Osten der arabischen Welt gibt es überhaupt nennenswerte einheimische christliche Gemeinschaften: im Fruchtbaren Halbmond und in Ägypten. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich; für die genannte Region insgesamt liegt er bei zehn Prozent.

Es ist schwer, die Auswanderung der Christen quantitativ zu erfassen; daher hier nur der Hinweis auf die palästinensischen Christen, deren absolute Zahl zwar nicht zurückgeht, sich aber auch nicht wesentlich erhöht, was bei der kräftigen Zunahme sowohl der jüdischen wie der muslimischen Bevölkerung einen relativen Rückgang bedeutet. In Jerusalem war der Rückgang auch absolut. Ende 1946 betrug die Zahl der Christen in der Stadt 31.330 und damit 19% der Gesamtbevölkerung. Heute liegt ihre Zahl bei 10.000 – etwa 2% der Gesamtbevölkerung! Das läßt manche von dem drohenden Verschwinden der Christen aus Jerusalem sprechen, das doch immerhin die Wiege des Christentums war.

Geburtenrate und Emigration

Das schwindende Gewicht der Christen liegt einmal an der Geburtenrate, die bei ihnen im allgemeinen niedriger ist als bei den Muslimen – im Einklang mit dem immer noch durchschnittlich höheren Bildungsgrad der Christen. Es liegt aber zweifellos auch an der Emigration, die seit langer Zeit eine wichtige Erscheinung in dieser Weltregion ist, und zwar für alle Teile der Bevölkerung. Grund für die Emigration schlechte wirtschaftliche Perspektiven der Betroffenen im Heimatland und die Erwartung, in den Ländern der Emigration bessere vorzufinden. Daß Christen stärker auswandern als Muslime, hat wieder durchaus handfeste und angebbare Gründe: ihr relativ hoher Bildungsgrad, der ihnen das Fußfassen in der Emigration erleichtert, die Tatsache, daß sich in Nord- und Südamerika bereits viele christliche Araber niedergelassen haben, die dann andere Familienangehörige nachziehen, und der Umstand, daß Christen in der Regel in den Westen

auswandern, wo sie sich dann für immer niederlassen (auch wenn das oft ursprünglich nicht beabsichtigt war), während Muslime in größerem Maß eine Arbeit in den arabischen Golfstaaten annehmen, die dauerhafte Immigration fast unmöglich machen.

Die Emigration hängt also eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung und den bescheidenen wirtschaftlichen Perspektiven der arabischen Länder zusammen. Sie wird in den einzelnen Ländern sicher noch durch politische Probleme wie den Bürgerkrieg im Libanon oder die Situation in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten intensiviert. Konkreter islamisch motivierter Druck auf Christen von seiten der muslimischen Bevölkerungsmehrheit oder staatlichen Autoritäten spielt da wohl selten eine Rolle – mit der allerdings bemerkenswerten Ausnahme von direkten Angriffen von Islamisten auf Christen, wie sie öfter in Ägypten und gelegentlich auch in Palästina vorkommen.

Rückzug aus der Gesellschaft

Und doch – jenseits des Gesagten stößt man im Gespräch mit arabischen Christen und in der hier behandelten Debatte immer wieder auch auf ein subjektives Moment, das sicherlich selten Hauptmotiv für Emigration ist, aber als zusätzlicher Faktor hinzukommen mag. Das ist ein sich-umwohl-Fühlen in der eigenen Gesellschaft, ein Gefühl der Beengung, Bedrängung und Benachteiligung, das viele Christen empfinden und das sie über Emigration nachdenken läßt, aber viele auch zum weitgehenden Rückzug aus der Gesellschaft treibt, obwohl sie im Land bleiben. Dieses Gefühl, so vielschichtig es auch sein mag, läßt sich mit einem Blick

auf die Lage der Christen in der islamischen Geschichte und deren Veränderung im Umbruch zur Moderne besser verstehen.

Tradition und Moderne: die christliche Situation

Unter vormodernen Bedingungen war die rechtliche Lage der Christen in islamischen Gesellschaften von zwei Elementen gekennzeichnet: erstens einen durch islamische Vorschriften konsekrierten untergeordneten Status und zweitens, in diesem Zusammenhang, ein bestimmtes Maß an Schutz und institutioneller Autonomie. Alles das ist unter den Begriffen dhimma und millet bekannt und braucht hier wohl nicht näher charakterisiert zu werden. Als die traditionellen arabischen Gesellschaften vom 19. Jahrhundert an durch Modernisierungsprozesse verändert wurden, geschah mit den Christen wie mit anderen religiösen Minderheiten zweierlei: Rechtliche Diskriminierung von Nichtmuslimen wurde schrittweise aufgehoben, so daß sie am Ende dieses Prozesses in ihren individuellen Rechten mit den Muslimen gleichgestellt waren. Gleichzeitig schwanden die Schutzmechanismen und die institutionelle Autonomie erodierte. Theoretisch sollte beides ja auch in einer Situation gleicher Rechte nicht mehr nötig sein.

Leider ist soziale Gleichheit von Christen in den heutigen arabischen Gesellschaften keineswegs gesichert, und dies vor allem aus folgenden Gründen:

Soziale und normierte Diskriminierung

Erstens: Der Modernisierungs- und Säkularisierungsprozeß, den arabische Gesellschaften durchmachten, war nicht konsequent. Er beseitigte zwar weitgehend die individuelle rechtliche Diskriminierung. Gleichzeitig verschwamm das Konzept der dhimma in seinen positiven Aspekten, also die Vorstellung, daß Christen zu einer Minderheit gehören,

die von Rechts wegen staatlich geschützt ist. Das wäre akzeptabel gewesen, wenn der nivellierende Effekt der individuellen Emanzipation vollständig gewesen wäre. Er war es nicht. Die Modernisierung ließ viele der traditionellen kommunitären Zugehörigkeiten unangetastet, und weil ihre Resultate oft prekär waren, verstärkte sie manche Gruppenzugehörigkeiten noch. Eine davon war die Religionszugehörigkeit. Eine Person wird als zu dieser oder jener Gruppe gehörig wahrgenommen, Religionszugehörigkeit ist wichtig. Dabei geht es nicht um irgendeine Essenz der jeweiligen Religion, sondern um die harte soziale Tatsache, ob jemand zur eigenen Gruppe gehört oder nicht. Da werden dann in vielen Fällen, bei denen es um Mehrheitsentscheidungen oder um die Entscheidung der Behörden geht, die der Mehrheit entgegenkommen wollen, Angehörige der Mehrheit gegenüber denen der Minderheit bevorzugt. Da die überwältigende Bevölkerungsmehrheit in fast allen arabischen Ländern muslimisch ist, bedeutet das eine soziale Benachteiligung der Christen. Weiter wurden nicht alle rechtlichen Diskriminierungen von Nichtmuslimen abgeschafft. In Personenstands- und Erbschaftsfragen z.B. sind die bestehenden Gesetze immer noch weitgehend an vormoderne Vorschriften angelehnt, und die wurden in einer Zeit muslimischer Dominanz formuliert und schreiben diese Dominanz, wenn auch modifiziert, fort. Diese Faktoren: theoretische Homogenisierung bei Fortbestehen eines praktischen Konfessionalismus, was sich gegen Minderheiten auswirkt sowie die modifizierte Weiterexistenz diskriminierender Vorschriften, erklären zu einem Teil das Unwohlsein vieler Christen.



Foto: Martin Link, Jerusalem Juni 2008

Die Christen im arabischen Osten befinden sich in mancher Hinsicht in einer prekären Situation. Das liegt nicht am Islam als solchem, wie oft unterstellt wird.

Janusgesicht des Westens

Zweitens: All das wird akzentuiert durch die Bedeutung des Westens für die arabische Welt und durch die besonderen Beziehungen, die Christen oft zum Westen hatten bzw. immer noch haben. Für die Araber im allgemeinen hat der Westen ein Janusgesicht: auf der einen Seite der Unterdrücker und Kolonialherr, auf der anderen Hort einer Modernität, die nicht nur als Garant von Stärke und Macht gefragt war, sondern auch wegen ihrer humanistischen Aspekte: Freiheit, Gleichheit und Teilhabe. Konsequenterweise war die arabische Reaktion auf die doppelte Herausforderung des Westens auch eine doppelte – Ablehnung und Attraktion. Christen, oder zumindest

christliche Intellektuelle, waren da zwischen zwei Positionen hin- und hergerissen. Infolge des Besuchs meist christlicher Privatschulen hatten sie früheren und besseren Zugang zu einer westlichen Erziehung; sie waren empfänglicher für westliche Modelle als ihre muslimischen Landsleute, weil diese Modelle ihnen ein Ende ihres minderen Status versprachen; viele von ihnen waren z.B. als Händler in engem praktischem Kontakt mit Europa; und teilweise wurden sie auch von Europa hofiert, protegiert und instrumentalisiert. Während der direkten Kolonialherrschaft hatten manche von ihnen Privilegien als Agenten europäischer Herrschaft. Sie spielten also eine wichtige Rolle bei der Einführung westlicher Ideen in ihre Gesellschaften und bei deren Modernisierung. Als nach der Unabhängigkeit autoritäre Regimes die Macht in den arabischen Ländern übernahmen und sich selbst als Agenten der Modernisierung etablierten, wurde diese Rolle obsolet, und in gewissem Maß wurden Christen auch der Kollaboration mit den Kolonialmächten beschuldigt, obwohl viele von ihnen heftig gegen sie gekämpft hatten und Pioniere des arabischen Nationalismus gewesen waren.

Heutige arabische Misere

Und drittens: All dies muß im Zusammenhang mit der heutigen arabischen Misere gesehen

werden. Schwache Ökonomien, enorme soziale Probleme, autoritäre Regimes, die weder willens noch fähig sind, diesen Problemen zu steuern, die Islamisten, die meist die stärkste und lautstärkste Opposition gegen diese Regimes und den Status quo stellen; die Zivilgesellschaft also von zwei Seiten bedroht und eingezwängt – alles das macht die arabische Misere insgesamt aus, bedeutet aber vor allem nichts Gutes für religiöse Minderheiten. Die Christen nehmen das wahr. Das mag ein zusätzliches Motiv für Emigration sein, kann aber auch zu einer Art von „innerer Emigration“ führen, einer gewissen Resignation und einem Rückzug aus dem öffentlichen Leben, was die arabischen Gesellschaften kulturell verarmen läßt. Es versteht sich, daß viele Beobachter diese Entwicklung und diese Haltung bedauern. Sie fordern von den arabischen Gesellschaften, die gleichberechtigte Teilhabe der Christen zu ermöglichen, sie fordern aber auch von diesen selbst, diese Möglichkeit – und sei es in Antizipation – wahrzunehmen, so daß sie von neuem die befruchtende und bereichernde Rolle für die arabische Gesellschaft und Kultur aufnehmen, die sie in der Vergangenheit ausgefüllt haben.

Um zusammenzufassen: Die Christen im arabischen Osten befinden sich in mancher Hinsicht in einer prekären Situation. Das liegt nicht am Islam als solchem, wie oft unterstellt wird. Es liegt vielmehr daran, daß sie lange Zeit als Dhimmi in einer untergeordneten Position waren und auch nach der offiziellen Aufhebung der „dhimma“ aufgrund des Fortlebens bestimmter Vorschriften und Traditionen und aufgrund ihrer Situation als Minderheit Nachteile in Kauf nehmen müssen. Ihre Probleme werden durch die mißliche Lage der heutigen arabischen Welt verschärft, die viele von ihnen (und auch manche nichtchristlichen Araber) in die Emigration treibt. Die Lösung oder Abschwächung ihrer Probleme ist wohl sinnvoll nur im Rahmen der Arbeit an den Problemen der Region insgesamt anzugehen. Diese Probleme und dieser Zusammenhang werden heute auch von arabischen Intellektuellen wahrgenommen und gelegentlich intensiv diskutiert, und das kann nach Lage der Dinge nur begrüßt werden.



Foto: Martin Link, Jerusalem Juni 2008

Presse und Internet im Nahen Osten

Das Internet wurde als Medium gefeiert, das der Demokratie auf die Sprünge helfen könne. Das war verfrüht, allein die Unübersichtlichkeit und die Schwierigkeit, die dort veröffentlichten Informationen zu bewerten, setzen dem Grenzen. Ein Führer durch die Websites des Nahen Ostens.

Veit Raßhofer arbeitet in der Redaktion von Zenith - Zeitschrift für den Orient und lebt in Hamburg.

Syrien

Auch wenn Syrien erst kürzlich wieder diplomatisch aufgewertet wurde, vor allem durch den französischen Staatschef Sarkozy, und Erfolge auf internationaler Bühne verbuchen konnte, so bleibt es doch das am stärksten abgeschottete Land der Region. Unabhängige Pressezeugnisse gibt es dort nicht, das Internet wird streng kontrolliert. Größere Publikationen gibt es nur in arabischer Sprache, was einen Informationsfluss ins Ausland erschwert. Wer im Internet surft, wird auf viele Organisationen stoßen, die sich die Menschen- und Bürgerrechte auf die Fahnen geschrieben haben. Meist genügt ein Blick, um zu sehen, dass sie ihre Aktivität längst eingestellt haben. Sie sind nichts mehr als Überbleibsel der Hoffnung auf eine politische Liberalisierung, die nach dem Amtsantritt des derzeitigen Präsidenten 2000 aufkeimten, jedoch schnell wieder zunichte gemacht wurden. Eine Ausnahme von der Regel bildet hier das in London ansässige Syrian Human Rights Committee SHRC (www.shrc.org), auf dessen Website meist mehrmals in der Woche über politische Gefangene, Verhaftungen und die Situation im Land berichtet wird. Interessante, aber nicht allzu aktuelle Inhalte bietet auch das Damascus Center for Theoretical and Civil Rights Studies (www.dctcrs.org). Erwähnenswert ist dazu die Website Free Syria

(www.free-syria.com), hinter der die 2006 gegründete National Salvation Front steht. Die treibende Kraft hinter dieser oppositionellen Bewegung ist Abdelhalim Khaddam, syrischer Außenminister von 1970 bis 1984, dann bis 2005 stellvertretender Präsident. Aufgrund interner Machtverschiebungen musste er seinen Posten räumen, ihm wurde dazu die Mitgliedschaft in der Staatspartei entzogen. Seitdem versucht er, aus dem Exil die Opposition zu einen. Interessant, aber eher der Blog-Szene zuzurechnen, ist Creative Syria (www.creativesyria.com), wo viele Informationen über Syrien feilgeboten werden; hier sind wichtige syrischstämmige Forscher und Wissenschaftler vor allem aus dem angelsächsischen Raum beteiligt.

Libanon

Der Libanon verfügt seit jeher über eine vielfältige Presse- und Medienlandschaft sowie über eine lebendige Szene in Hinblick auf Bürger- und Menschenrechte. Sie ist prinzipiell frei von staatlichen Repressionen, aber auch immer in Gefahr, in die Händel der verschiedenen politischen Fraktionen verwickelt zu werden. Im Jahr 2005, nach der sogenannten Zedernrevolution, die den Rückzug der syrischen Armee aus dem Land zur Folge

Foto: Martin Link, Jenin 1992

In Jordanien herrscht eine paradoxe Lage: Das (all-)mächtige Königshaus gibt sich modern, thematisiert Menschen- und Bürgerrechte und sieht sich in einer Rolle als Erzieher der Untertanen. Allerdings ist Kritik am Königshaus tabu, auch die ihm nahestehenden Eliten sind kaum antastbar.

hatte, wurden mehrere Anschläge auf christliche, syrienkritische Journalisten verübt. Zwei von ihnen, Samir Kassir und Gebran Tuani, wurden getötet. Mitte Mai 2008 mussten die Fernsehsender Future TV und Future News, die Radiostation Radio Orient und die Zeitung Al-Mustaqbal ihre Aktivitäten für fünf Tage einstellen, da sie von der Hisbollah-Miliz beschossen und umstellt worden waren. Alle diese Medien gehören dem antisyrischen Politiker Saad Hariri (die Ermordung von dessen Vater, dem früheren Präsidenten Rafik Hariri, hatte im Frühjahr 2005 zur Zedernrevolution geführt). Neben arabischsprachigen Publikationen wie An-Nahar oder Al-Anwar gibt es die christlich geprägte französischsprachige Tageszeitung L'Orient Le Jour (www.lorient-lejour.com.lb), die vielzitierte englischsprachige Daily Star (www.dailystar.com.lb) sowie die Wochenzeitungen La Revue du Liban (www.rdl.com.lb) und Monday Morning (www.morning.com). Interessant auch die online-Publikation NOW/The New Opinion Workshop (www.nowlebanon.org), die nach der Zedernrevolution gegründet wurde, Unabhängigkeit von allen politischen und religiösen Fraktionen beansprucht, ihre grundsätzliche Ausrichtung aber schon durch ihr Logo verdeutlicht: Die Freiheitsstatue. Sie ist ein Zwischending zwischen klassischer Zeitung und Internetblog. Als Beispiel für Menschenrechtsaktivismus soll hier noch die rührige Organisation Centre libanais des Droits Humains (www.solida.org) genannt werden.

Jordanien

In Jordanien herrscht eine paradoxe Lage: Das (all-)mächtige Königshaus gibt

sich modern, thematisiert Menschen- und Bürgerrechte und sieht sich in einer Rolle als Erzieher der Untertanen. Auf der anderen Seite gibt es ein frei gewähltes Parlament und eine Regierung, die sich um die das Tagesgeschäft kümmert. Doch wird immer wieder Kritik an der rechtlichen Situation im Land geäußert: dies betrifft vor allem das Versammlungsrecht, die Frauenrechte, Folter in den Gefängnissen, das Vorgehen der Geheimdienste, die Administrationshaft. Und: Kritik am

Königshaus ist tabu, auch die ihm nahestehenden Eliten sind kaum antastbar. Dies alles spiegelt sich in der Presse und bei zivil- und bürgerrechtlichen Organisationen wieder. Mit den genannten Einschränkungen, aber gleichzeitig sehr couragiert und hochwertig berichtet die Tageszeitung Jordan Times (www.jordantimes.com), ähnliches ist von der Wochenzeitung The Star (<http://star.com.jo>) zu behaupten. Das gleiche Bild ergibt sich im Bereich der Menschen- und Bürgerrechte: Hier ist die interessanteste Organisation das Amman Center for Human Rights Studies (www.achrs.org). Ein Institut an der Jordan University in Amman, das Center for Strategic Studies (www.css-jordan.org) bietet interessante Inhalte, etwa regelmäßige Umfragen zu politischen Themen.

Ägypten

Wer das heutige Ägypten schon einmal bereist hat, dem werden sicher die vielen Polizisten aufgefallen sein, die sich vorrangig an den touristischen Anziehungspunkten tummeln. Während dieser



Foto: Martin Link, Jerusalem Juni 2008

Teil der Sicherheitskräfte sich dem Schutz der Reisenden widmet, die in der Vergangenheit schon öfter Ziel von Anschlägen geworden sind, arbeiten andere Behörden diskreter für den Schutz des Staates. Ägypten ist protodemokratisch, der Kritik am herrschenden System und an der regierenden Partei sind enge Grenzen gesetzt. Zur Presse: Sie gehört zur traditionsreichsten in der arabischen Welt, ist farbig und abwechslungsreich, aber fast durchgehend in arabischer Sprache. Interessante Themen hat die monatlich erscheinende Egypt Today (www.egypt-today.com). Die englischsprachige Ahram Weekly (<http://weekly.ahram.org.eg>) berichtet wie die im Mutterhaus erscheinende ehrwürdige arabische Tageszeitung Al-Ahram „halbamtlich“, wie das gerne genannt wird: sie steht der Regierungspolitik sehr nahe. Die Bürger- und Menschenrechtsbewegung ist vielfältig, hat aber mehr als die Presse unter staatlichen Sanktionen zu leiden. Herauszuheben ist die Egyptian Organization for Human Rights (<http://en.eohr.org>), mit vielen aktuellen Nachrichten und Berichten, zu nennen sind auch die Egyptian Initiative for Personal Rights (www.eipr.org), das Ibn Khaldun Center for Development Studies (www.icds.org), das von dem auch auf internationaler Ebene bekannten Professor an der American University in Cairo, Saad Eddin Ibrahim, geleitet wird. Der wurde am 2. August dieses Jahres – nicht zum ersten Mal übrigens – wegen der „Schädigung des Ansehens Ägyptens im Ausland“ zu zwei Jahren Haft mit Zwangsarbeit verurteilt. Im Klartext: Die

Regierung stürzte sich an seinen in verschiedenen internationalen Publikationen erschienenen Artikeln. Zuletzt soll hier noch das Cairo Institute for Human Rights Studies (www.cihrs.org) genannt werden. Der Fokus dieses Zentrums liegt nicht alleine, aber vorrangig auf Ägypten.

Israel

Die Presse in Israel ist vielgestaltig. Aber bei näherem Blick tun sich Fragen auf: Wieso gibt es nur eine Zeitung, die liberale Ha'aretz (www.haaretz.com), die regelmäßig eigene Reporter in die besetzten Gebiete schickt? Wieso werden Verlautbarungen des Militärs, das Besatzungsregime allgemein, nur allzu selten kritisch hinterfragt? Es gibt noch zwei weitere große, konservativere Tageszeitungen, die auch in englischer Sprache verfügbar sind: die Jerusalem Post (www.jpost.com)

und der Internetableger von Yedioth Ahronot (www.ynetnews.com). Sehr aktiv und kritisch, was die Bürgerrechte und soziale Rechte in Israel angeht, ist die Association for Civil Rights in Israel (www.acri.org.il/eng/), interessant ist auch das Adva Center (www.adva.org). Für die Belange der arabischen Bürger Israels treten insbesondere Adalah – Legal Center for Arab Minority Rights in Israel (www.adalah.org) und die Arab Association for Human Rights (www.arabhra.org) ein. Das Lager der Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Menschenrechte im Nahostkonflikt und einen gerechten Frieden mit den Palästinensern einsetzen, ist sehr groß – sein Einfluss ist eher umgekehrt proportional dazu sehr klein. Ein wichtiges Kriterium für ihre Seriosität (übrigens auch bei ihren palästinensischen Counterparts) ist die Bereitschaft zu Selbstkritik und die aktive Kooperation mit dem gegnerischen Lager. Eine kleine Auswahl: B'Tselem leistet wichtige Dokumentations- und Feldarbeit vor Ort in den besetzten Gebieten (www.btselem.org), Gush Shalom ist eine der ältesten Organisationen, die eher auf dem Feld der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit angesiedelt sind (<http://zope.gushshalom.org>). Hervorragende und äußerst wichtige Arbeit leisten auch die Physicians for Human Rights – Israel (www.phr.org.il), die ihr Themengebiet sowohl auf die Situation in Israel selbst als auch auf die Lage der Palästinenser beziehen. Äußerst interessant ist auch das Thema von Keshev – Center for the Protection of Democracy in Israel (www.keshev.org.il) – dort analysiert man die israelische Medienberichterstattung kritisch und ausgewogen. Auf eine andere Art

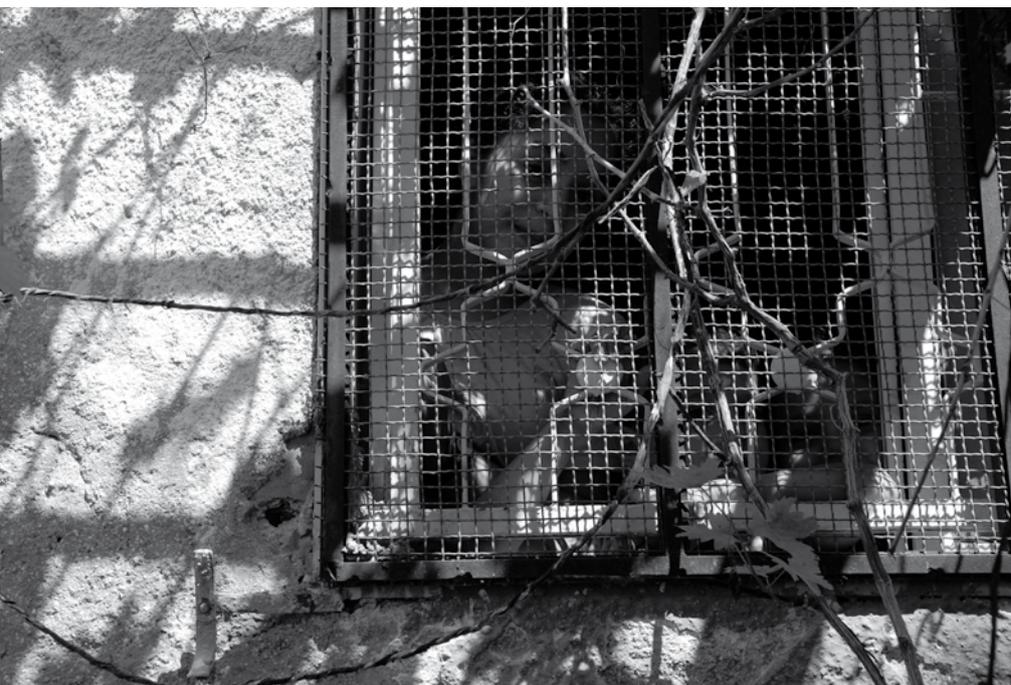


Foto:
Fotoworkshop Freedom Theatre Jenin 2008



ausgewogen ist auch das MidEast Peace Web (www.mideastweb.org) – auf dessen etwas unübersichtlicher Website sind Unmengen an Informationen zu finden, neben vielen Friedensorganisationen werden dort auch solche der israelischen Siedlerbewegung vorgestellt.

Palästina

Die palästinensische Zivilgesellschaft zeigt sich vielfältig und lebendig. Trotz – vielleicht auch gerade wegen – des andauernden Nahostkonflikts. Das zeigte sich auch im Internet. Die früher sehr lesenswerte Jerusalem Times hat allerdings ihren Internetauftritt offensichtlich eingestellt, viele Seiten wie das eigentlich sehr ambitionierte Khalil Sakakini Cultural Centre zeigen sich nicht mehr regelmäßig aktualisiert. Doch gibt es viele andere positive Beispiele: Wer sich für Kunst interessiert, ist bei der virtuellen Galerie der Universität Birzeit richtig am Platz (<http://virtualgallery.birzeit.edu>). Aktuelle Nachrichten aus und über Palästina bieten das Journalistennetzwerk Palestine News Network (<http://english.pnn.ps>) und die Nachrichtenagentur Ma'an (www.ma-news.net). Und das monatlich erscheinende Magazin This Week in Palestine (www.thisweekinpalestine.com) feierte dieses Jahr das zehnjährige Bestehen und überrascht immer wieder durch seine breit angelegten, hervorragend bearbeiteten Themen. Die Stadt Al-Bireh, mit Ramallah im Westjordanland „verwachsen“, hat wie viele andere Städte und Gemeinden einen sehr guten Webauftritt – das Besondere: dort wird auch auf

andere „Gemeindeseiten“ verlinkt (www.al-bireh.org).

Die Nichtregierungsorganisationen beziehen sich, wie nicht anders zu erwarten, zum allergrößten Teil auf den Konflikt mit Israel. Es können hier nur die wichtigsten genannt werden: Stellvertretend für Gaza das seit Jahren hervorragend geführte und mehrfach ausgezeichnete Palestinian Centre for Human Rights (www.pchrgaza.org) und das Gaza Community Mental Health Programme (www.gcmhp.net), das die psychologischen Folgen der Besatzung dokumentiert und erforscht. Ebenso im Gazastreifen sitzt das Mezan Center für Human Rights (www.mezan.org), dessen Leiter Issam Younis den diesjährigen Menschenrechtspreis der Stadt Weimar erhielt. Für die Westbank wiederum stellvertretend Miftah – Palestinian Initiative for the Promotion of Global Dialogue and Democracy (www.miftah.org), wo federführend die auch international bekannte Hanan Ashrawi beteiligt ist. Die Palestinian Human Rights Monitoring Group bringt viele aussagekräftige Berichte und Statistiken, z.B. auch zur Todesstrafe in Palästina (www.phrmg.org). Al-Haq dokumentiert seit 1979 Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten (www.alhaq.org). Der Palestine Monitor (<http://palestinemonitor.org>) bringt sehr viele aktuelle Meldungen und Nachrichten, hier ist Mustafa Barghouti involviert.

Sehr viel zu lesen gibt es auch bei Seiten wie Electronic Intifada (<http://electronicintifada.net>) oder, fokussiert auf die Mauer (oder, wenn man es so eher mag, die Sperranlagen), die Anti-Apartheid Wall

Campaign (www.stopthewall.org). Die letzten drei sind, wie schon ihr Name andeutet, klar parteiisch, deswegen aber nicht weniger informativ. Auch wenn Linklisten den Nachteil haben, dass sie manchmal viele überholte Links anbieten, muss hier allein wegen der Vielzahl an Organisationen darauf verwiesen werden: bei den meisten schon genannten Seiten lassen sich gute Links zu anderen Seiten finden; eine sehr umfangreiche Liste bietet auch das Israel/Palestine Center for Research and Information (www.ipcri.org); dazu sollen das Palestinian-Israeli Peace NGO Forum (www.peacengo.org/links.asp) und das Civil Society Network on the Question of Palestine (www.un.org/depts/dpa/ngo), eine UN-Organisation, genannt werden.

Allgemeine Informationen

Die umfangreichste Website zur Region, das Arabic Network for Human Rights Information (www.anhri.net/en), ist zu mehr als 80 Prozent nur in arabischer Sprache verfasst. Interessant ist das Programme on Governance in the Arab Region POGAR, eine Initiative des UN Development Programme UNDP (www.pogar.org). Zu POGAR gehört unter anderem auch der Arab Human Rights Index (www.arabhumanrights.org). Viele eher wissenschaftliche Artikel zu Politik und Gesellschaft der Länder des Nahen Ostens bietet das unabhängige und renommierte, in den USA ansässige Middle East Research and Information Project MERIP (www.merip.org). Wer stärker auf die Menschenrechte bezogene Informationen sucht, sollte natürlich auch immer die einschlägigen Organisationen wie Amnesty International (www.amnesty.org), Human Rights Watch (www.hrw.org), Fédération Internationale des ligues des Droits de l'Homme (www.fidh.org) konsultieren. Das gleiche gilt für die Meinungs- und Pressefreiheit, hier kommen z.B. Reporter ohne Grenzen (www.rsf.org), der International Freedom of Expression Exchange IFEX (www.ifex.org) oder die International Federation of Journalists (www.ifj.org) in Frage. Ihre Stärken variieren je nach einzelnen Ländern, oft arbeiten sie mit vor Ort ansässigen Organisationen zusammen.

Foto:
Fotoworkshop Freedom Theatre Jenin 2008

Nawal El Saadawi: Feministin in Ägypten



Muslimische Feministin kämpft gegen die Unterdrückung der Frauen

Irma Alu studiert Islamwissenschaften in Hamburg.

Wann immer der Blick auf den Nahen Osten gerichtet wird, ist eines der Themen, die die Öffentlichkeit interessiert, die Situation der muslimischen Frau.

Schon Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelten sich Debatten um den Status der Frau im britisch besetzten Ägypten. Bereits seit den 1880ern gab es Werke von Frauen, die sich der Beschränkungen in ihrem Leben bewusst waren und sich schriftlich dazu äußerten. Ein größeres Publikum fanden jedoch die Schriften von Männern zur Lage der ägyptischen Frau, allen voran die Werke des ägyptischen Richters Qasim Amin.

Als Reaktion auf das Buch eines Franzosen, welches die Ägypter als rückständig bezeichnete, vor allem aufgrund des Status ihrer Frauen, verfasste Amin einige Werke, in denen er sich für die „Befreiung der Frau“ aussprach und weitgehende Veränderungen verlangte, die für Aufruhr sorgten. Es entstand eine Debatte in intellektuellen Kreisen um die Stellung der Frau im Islam und in der ägyptischen Gesellschaft, angeführt von Männern, die Wege aus der vermeintlichen Rückständigkeit ihres Landes suchten und für die Unabhängigkeit Ägyptens eintraten. An dieser Unabhängigkeitsbewegung hatten auch die Frauen Ägyptens teil. Zum ersten Mal gab es öffentliche Demonstrationen von und mit Frauen, sie führten den Kampf weiter als ihre Ehemänner inhaftiert wurden.

Ihr Einsatz war willkommen, er hatte vorrangig nationale Ziele, feministische Forderungen standen dabei noch im Hintergrund. Jedoch waren in dieser Zeit organisatorische Strukturen entstanden, auf die die Frauen auch nach der formellen Unabhängigkeit Ägyptens zurückgreifen konnten, um ihre Ziele zu verfolgen. 1920 gründeten einige Frauen um Huda Sha'rawi die Egyptian Feminist Union (EFU), die noch bis in die 50er Jahre hinein aktiv war.

Die Richtungen des Feminismus im Islam

Die Anfänge des „muslimischen Feminismus“ werden oft nach Ägypten verortet, wobei der Begriff „Feministin“ bis heute von den Frauen, denen er zuteil wird, unterschiedlich angenommen wird. Azza Karam hat in ihrem Buch „Women, Islamisms and the State“ politisch organisierte Frauen in Ägypten befragt und in drei verschiedene Gruppen eingeteilt; in säkulare, muslimische und islamistische Feministinnen. Erstere lassen die Religion als Privatsache außen vor, ihr Engagement für die Emanzipation der Frau ist eher eingebettet in eine Menschenrechtsdebatte.

Die Gruppe der muslimischen Feministinnen strebt einen Einklang zwischen Gleichberechtigung und Islam an, sie interpretieren den Koran neu und versuchen zu belegen, dass die Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Islam möglich ist. Die dritte Gruppe sieht die Stärke der Frau in ihrer „natürlichen“ Rolle in der Familie, als Mutter und Ehefrau. Gerade der Versuch, es den Männern gleichzutun und sich in „männlichen“ Gefilden zu behaupten, sei das, was die Frauen unterdrücke und sie ihrer Würde beraube.

Diese Islamistinnen sind sich einer gewissen Benachteiligung von Frauen bewusst und sucht sie durch eine Rückkehr zu islamischen Prinzipien und durch die Aufwertung der „natürlichen“ Stellung der Frau (in der Familie) zu eliminieren. Sie sehen sich nicht als Feministinnen, wehren sich gegen den Begriff. Dies macht deutlich, dass die Bezeichnung „Feministin“ zwar generell für Frauen gebraucht werden kann, die sich für eine

Die meisten gesundheitlichen Probleme der ländlichen Bevölkerung durch Armut und Mangelernährung verursacht sind und dass viele der psychischen und körperlichen Leiden der Mädchen und Frauen von sexueller Unterdrückung und Fremdbestimmung herrühren.

Verbesserung ihrer Situation einsetzen, dass die Inhalte ihres Engagements und die angestrebten Ziele jedoch sehr variieren können.

Nawal El Saadawi

Die wohl prominenteste ägyptische Feministin der letzten Jahrzehnte ist Nawal El Saadawi. 1931 in einem ägyptischen Dorf namens Kafr Tahla geboren, wuchs sie als zweites von neun Kindern auf. Ihre Mutter, stammte aus einer wohlhabenden Familie aus der Nähe von Kairo, ihr Vater war Beamter im Bildungsministerium. Ihre Eltern legten Wert auf Bildung und keinem der neun Kinder wurde eine gute Schulbildung verwehrt, auch nicht den Töchtern. Dennoch erlebte Saadawi schon in ihrer Kindheit in der eigenen Familie gesellschaftliche und geschlechtsbedingte Unterschiede. Die ersten Lebensjahre verbrachte sie im Heimatdorf ihres Vaters, Kafr Tahla. Hin und wieder besuchte sie ihre Familie mütterlicherseits in der Stadt. Sie bekam einen Eindruck von dem unterschiedlichen Leben der ärmeren Frauen auf dem Land und dem der besser gestellten Frauen in der Stadt.

Saadawi fielen nicht nur gesellschaftliche Unterschiede auf, sondern auch schon früh die Unterschiede, die aufgrund des Geschlechts gemacht wurden. Einen direkten Vergleich hatte sie mit ihrem einem Jahr älteren Bruder, der gewisse Privilegien genoss, die sie selbst nicht hatte und von einigen Pflichten entbunden war, die für sie und ihre Schwestern galten.

Gesundheitliche Aufklärung als politischer Akt

Im Alter von sechs Jahren wird Saadawi beschnitten, ein Eingriff, der unangekündigt und gewaltsam erfolgt, im Beisein ihrer Mutter und anderer weiblichen Verwandten. Diese Prozedur, die – wie sie in der Schule erfährt – auch nichtmuslimischen Mädchen widerfahren ist, hinterlässt tiefe seelische Verletzungen bei ihr.

Sie studiert Medizin an der Universität in Kairo und arbeitet anschließend für einige Zeit als Ärztin auf dem Lande. Dort muss sie feststellen, dass die meisten gesundheitlichen Probleme der ländlichen Bevölkerung durch Armut und Mangelernährung verursacht sind und dass viele der psychischen und körperlichen Leiden

der Mädchen und Frauen von sexueller Unterdrückung und Fremdbestimmung herrühren. Saadawi erkennt, dass sie als Ärztin machtlos ist, solange die Strukturen erhalten bleiben. Sie nimmt einen Posten im Gesundheitsministerium an, gibt die Zeitung „Health“ heraus, betreibt Forschungen zum Thema Frauen und Neurosen. Ihre Arbeit als Direktorin für Gesundheitserziehung im Gesundheitsministerium verliert sie Anfang der 70er Jahre, nachdem sie ihr erstes Sachbuch „Women and Sex“ veröffentlicht, ein Werk, das eben jene Tabuthemen behandelt, mit denen sie sich als Ärztin und Psychiaterin in den Jahren zuvor befasst hat.

Das Buch wird im Libanon gedruckt, da es in Ägypten sofort zensiert wird. Sie arbeitet eine Zeit lang als UN-Beraterin für Frauenprogramme in Afrika und dem Mittleren Osten, ihre schriftlichen Werke werden zunehmend politisch. 1981 wird sie aufgrund regimekritischer Äußerungen unter Präsident Sadat für einige Monate eingesperrt und wird erst nach seinem Tod entlassen. Sie gründet die Arab Women's Solidarity Association (AWSA), die sich u.a. die „Entschleierung des Verstandes“ zum Ziel setzt, die Zusammenhänge zwischen politischen und religiösen, nationalen und internationalen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren in der arabischen Gesellschaft aufdecken und verstehen will. Die AWSA erhält drei Jahre nach ihrer Gründung Beraterstatus bei den Vereinten Nationen, ihr ägypt-



Foto: Martin Link, Jenin 1992

tischer Zweig wird aber 1991 von der Regierung geschlossen, nachdem sie sich kritisch zum Golfkrieg äußert. Ihre Gelder werden einer religiösen Frauenorganisation übertragen.

Angriffe von Fundamentalisten

Kurze Zeit später findet sich Saadawis Name auf der Todesliste einer fundamentalistischen Gruppierung und sie flüchtet bis 1996 in die USA. Im Jahre 2001 gibt sie ein Interview, in dem sie bestimmte religiöse Praktiken als Relikte aus der vorislamischen Zeit bezeichnet. Daraufhin erhebt ein ägyptischer Anwalt Klage gegen sie, wegen Abfalls vom wahren Glauben und verlangt, dass sie (als Abtrünnige) von ihrem Mann (als Muslim) zwangsgeschieden wird. 2008 gibt es eine weitere Klage gegen sie von einem anderen Anwalt, der ihr aufgrund ihrer Ansichten und Äußerungen die Staatsbürgerschaft entziehen und sie des Landes verweisen will. Beide Fälle werden zugunsten Saadawis entschieden, sie lebt noch immer mit ihrem Mann, Sherif Hetata, in Ägypten.

Die wiederholten Angriffe von Fundamentalisten, denen Nawal El Saadawi ausgesetzt ist, lassen vermuten, sie würde sich islamkritisch äußern. Generell steht sie allen drei monotheistischen Religionen kritisch gegenüber. Sie alle bergen patriarchalische Strukturen in sich, in allen wird die Frau dem Mann untergeordnet, alle drei Religionen wurden oder werden missbraucht um wirtschaftliche Interessen durchzusetzen und politische Machtkämpfe auszutragen. Sie kommt bei näherer Untersuchung des Korans zu der Ansicht, dass die Praktiken, die Frauen in muslimischen Ländern benachteiligen, ihre Wurzeln nicht im Koran, sondern in Traditionen und machtpolitischen Interessen haben.

Unterdrückung der Frau ist weltweites Phänomen

Die Unterdrückung der Frau ist für sie ein weltweites Phänomen und keine Besonderheit der nahöstlichen Länder. Da Frauen die Hälfte der Bevölkerung jeden Landes ausmachen, kann man ihre Probleme nicht von anderen gesellschaftlichen Themen, wie Menschenrechte oder sozialer Gerechtigkeit trennen. Die Unterdrückung von Frauen lässt sich nicht entkoppeln von dem Problem der Armut oder der Benachteiligung aufgrund von Klassenzugehörigkeit. Gerade in unterent-



wickelten oder patriarchalisch organisierten Ländern trifft Armut die Frauen am härtesten. Oftmals sind sie aufgrund einer geringen Schulbildung und durch soziale Strukturen von ihren oder anderen verwandten Männern abhängig, können sich und ihre Kinder selten selbstständig ernähren. Wie andere Globalisierungskritiker auch, prangert sie die Ausbeutung der Dritten Welt von Seiten des Westens an, die sich unter dem Deckmantel der Globalisierung und Entwicklungshilfe vollzieht und die ärmeren Länder arm und abhängig hält.

Weiterhin äußert sie sich sehr kritisch bezüglich der Nahost-Politik der USA, die entweder aus wirtschaftlichen Gründen (z.B. Öl) mit fundamentalistischen Regimen zusammenarbeitet oder ihnen durch islamfeindliche Äußerungen Zulauf verschafft. Frauen sind ebenfalls die ersten Opfer fundamentalistischer Mächte, die sie in ihren Rechten beschneiden und sie in eine traditionelle Rolle zu pressen versuchen. Die gefährlichste Waffe gegen Frauen sei die Gehirnwäsche durch Medien, veralteten Erziehungssystemen und religiös-fundamentalistischen Lehren, die bei Frauen ein falsches Bewusstsein

wecken. Solche Systeme schüren Angst, vor Männern, vor Entehrung, gesellschaftlicher Stigmatisierung, vor Krieg und dem verderblichen Einfluss fremder unislamischer Mächte. Solche Ängste machen Frauen blind und gehorsam, locken sie wieder zurück in den „Schutz“ der Männer.

Während Saadawis frühen literarischen Werke sich hauptsächlich auf Frauen in einer muslimischen Gesellschaft, vornehmlich in Ägypten, und den Einschränkungen unter denen sie leiden müssen, befassten, konzentriert sich ihr Aktivismus der letzten Jahrzehnte immer mehr auf die internationale Politik. Die Lage der Frau in Ägypten, der arabischen Frau überhaupt, ist für sie nicht ausschließlich ein Gradmesser für Demokratie und Fortschrittlichkeit im Nahen Osten oder zur Beurteilung des Islam, sondern sie ist auch ein Spiegelbild für den Umgang der westlichen Welt mit dem Nahen Osten.



Foto: Martin Link, Jenin 2008

Israel muss sich seiner Geschichte stellen

Ilan Pappé ist israelischer Historiker und hat eine Professur in Exeter. Erstveröffentlichung: ZEIT ONLINE 13.5.2008 [http://www.zeit.de/online/2008/20/israel-ilan-pappe]

Die Staatsgründung Israels 1948 fällt zusammen mit der Enteignung der Palästinenser. Solange Israel dies ignoriert, ist keine Lösung des Nahost-Konflikts möglich.



Es gibt nur wenige Zusammenhänge, die so sensibel sind wie der zwischen dem Holocaust, Israel und dem, was die Palästinenser al-Nakbah (die Katastrophe) nennen. Daher überrascht es nicht, dass sich Wissenschaftler, Journalisten und Essayisten, die sich mit dem Palästina-Konflikt beschäftigen, jeweils nur einem dieser drei Themenkomplexe gewidmet haben, als gebe es keine Verbindungen zwischen ihnen. Sechzig Jahre nach dem Beginn der Enteignung der Palästinenser ist es höchste Zeit, diesen Konflikt zu verstehen und zu seiner Lösung beizutragen.

Die zionistische Bewegung in Palästina

Verschiedene Faktoren haben zu dem Untergang der Palästinenser 1948 beigetragen. Der wichtigste war zunächst die zionistische Ideologie und später die israelische Politik. Seitdem die zionistische Bewegung in Palästina im späten 19. Jahrhundert angekommen ist, hat sie davon geträumt, so viel Land wie möglich zu erobern, um darauf einen jüdischen Staat zu gründen. Ein wichtiger Aspekt dieser Vision war das Ziel, so wenig Palä-

stinenser wie möglich in dem zukünftigen jüdischen Staat anzusiedeln.

Diese Vision wurde zur Realität, als die Briten Februar 1947 nach 30jähriger Herrschaft beschlossen, Palästina zu verlassen. In weniger als einem Jahr, zwischen Februar und Oktober 1948, hat die israelische Armee systematisch 500 palästinensischen Dörfer und elf Städte entwurzelt und zerstört. Die Hälfte der einheimischen Bevölkerung wurde in dieser Zeit vertrieben. Ihre materiellen und kulturellen Besitztümer wurden von den Israelis beschlagnahmt und damit auch die palästinensischen Spuren im Land verwischt.

Das hätte jedoch nicht stattfinden können, hätten nicht einige Faktoren der beschriebenen Entwicklung in die Hände gespielt. Zum einen war die britische Mandatsregierung verantwortlich, weil sie sich nicht einmischte, als es noch möglich war. Die Vertreibung fand also unter den Augen von Beamten und Soldaten statt. Zweifelsohne hat auch die arabische Welt eine negative Rolle gespielt. Die Impotenz ihrer Armeen und der mangelnde Einsatz

Fotos S.27-29 Martin Link: Ausstellung zur Internationalen Konferenz zu gewaltfreiem Widerstand am 4. Juni 2008 in Bil'lin



ihrer Chefs haben die ursprüngliche Hoffnung einer pan-arabischen Solidarität in eine Farce verwandelt. Für die Palästinenser sollte sich herausstellen, dass es ein kolossaler Fehler war, ihre Interessen von der Arabischen Liga vertreten zu lassen. Diese war dazu unfähig. Aber der wichtigste Faktor, der häufig übersehen wird, ist die internationale Gleichgültigkeit gegenüber der Vertreibung. Diese israelische Politik wäre nicht durchgeführt worden, hätte es nicht die Tolerierung durch die internationale Gemeinschaft gegeben. Die zionistische Führung wusste, dass sie sich auf die Passivität und das Stillschweigen verlassen konnte.

Kolonialismus und Antisemitismus in Europa als Ursachen für Aussiedlung europäischer Juden

Das war keine Selbstverständlichkeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als der Kalte Krieg gerade begonnen hatte, waren die Großmächte auf das Wohlwollen der

arabischen Länder angewiesen. Gewissenhaftere Teile der westlichen Gesellschaft unterstützten zunehmend anti-koloniales Gedankengut. Sicher versuchten die beiden führenden maroden Kolonialmächte England und Frankreich, ihre Präsenz und ihren Einfluss in der arabischen Welt aufrechtzuerhalten. Aber zumindest augenscheinlich waren sie gezwungen, den Eindruck zu erwecken, als würden sie das Recht der arabischen Bevölkerung auf Unabhängigkeit und Souveränität unterstützen.

Besonders als Frankreich sich vehement gegen die symbolische Unabhängigkeit Algeriens stemmte, weil es die Interessen seiner Staatsbürger in dem Land wahren wollte, stellte sich die europäische öffentliche Meinung hinter die algerische Unabhängigkeitsbewegung. Nichtsdestotrotz: Strategische Überlegungen, christlicher Zionismus unter den britischen Führern und ein nicht zu unterschätzender Antisemitismus haben London dazu bewegt, die Ansiedlung vom europäischen Juden weit weg von Europa inmitten der arabischen Welt zu unterstützen.

Die Vereinten Nationen entschieden am 29. November 1947 über die Zukunft Palästinas. Man sprach den Palästinenser weniger als die Hälfte des Landes zu und schlugen eine Wirtschafts- und Währungsunion mit den jüdischen Siedlern vor, die mehr als die Hälfte des Landes

bekamen. Nur ein Faktor hatte die UN-Sonderkommission dazu bewegt, jedes konventionelle Prinzip von Staatlichkeit und Unabhängigkeit über Bord zu werfen, um die zionistische Bewegung zu befriedigen: der Holocaust.

Jüdischer Staat als Kompensation für den Holocaust

Die Schaffung eines jüdischen Staates als Kompensation für den Holocaust war ein starkes Argument. So stark, dass niemand der prompten Ablehnung der UN-Resolution seitens einer überwältigenden Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung Beachtung schenkte. Mehr als deutlich wurde hier der europäische Wunsch, etwas wieder gutzumachen. Die Europäer, und besonders Deutschland, erhofften sich von dem neu gegründeten jüdischen Staat Vergebung. Schließlich war es viel einfacher, die Sünden der Nazis gegenüber der zionistischen Bewegung zu korrigieren, als den Juden der Welt gegenüber zu treten. Es war weniger komplex und, noch wichtiger, man musste sich nicht mit den Holocaust-Opfern selbst auseinandersetzen, sondern nur mit einem Staat, der versprach, diese zu repräsentieren. Palästina war nun das Land der Juden Europas, auch derjenigen, die noch nicht angekommen waren und auch nie vorhatten, jemals anzukommen. Europas Schuld, Deutschland zu erlauben, die europäischen Juden auszurotten, sollte durch die Enteignung der Palästinenser gebüßt werden.

Das hat zu dem geführt, was Edward Said die Kette der Opfer genannt hat. Die Palästinenser wurden zu den Opfern der Opfer. Dieses Konzept wurde von Israel und seinen Verbündeten nie akzeptiert.

Für die Palästinenser sollte sich herausstellen, dass es ein kolossaler Fehler war, ihre Interessen von der Arabischen Liga vertreten zu lassen.



Ebenso wenig fand es die Zustimmung der deutschen politischen Elite, die sich mir der Formel, Israel als einziges Opfer in diesem Konflikt anzusehen, äußerst wohl fühlte. Die Israelis hingegen mussten sich nicht vor westlichem Druck fürchten und haben die Enteignung der Palästinenser bis heute fortgesetzt. Die Grenzen ihres Handelns wurden von dem israelischen Journalisten Aryeh Caspi treffend definiert: Solange die Israelis den Palästinensern nicht das antun, was die Nazis den Juden angetan haben, bewegen sie sich innerhalb des legitimen und moralischen Rahmens zivilisierten Verhaltens. Dennoch ist das Repertoire dieser Aktionen auch innerhalb dieser Grenzen ziemlich erschreckend, wie sich derzeit im Gazastreifen zeigt.

Die Europäer, und besonders Deutschland, erhofften sich von dem neu gegründeten jüdischen Staat Vergebung.

Kurswechsel Israels hängt von Europa ab

Die deutsche Zurückhaltung beeinflusst die derzeitige Chance auf Frieden. Natürlich sind die USA am ehesten in der Lage, effektiven Druck auf Israel auszuüben. Aber jede Möglichkeit, Israel zu einem Kurswechsel zu bewegen, hängt von Europa ab. Eine starke europäische Position ist ohne eine Änderung der deutschen Politik nicht möglich. Dabei hat Deutschland sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf Regierungsebene die Pflicht, so einen Politikwechsel zu unterstützen. Es war wichtig und gerechtfertigt, dass die ersten Jahrzehnte nach dem Holocaust der Aussöhnung mit der jüdischen Welt gewidmet waren. Nun ist es Zeit, sich um die Opfer der Opfer zu kümmern. Deutschland ist keine unbedeutende Verbindung in der Opferkette und kann seine Verantwortung nicht zurückweisen.

Die andauernde Gewalt in Israel und Palästina hat das Potenzial, nicht nur den Nahen Osten in endlose Kriege zu verstricken, sondern auch Europa. Aber

dieser naive Artikel beschäftigt sich mit Moral und Gerechtigkeit, die auch für die junge deutsche Generation wichtig ist. Eine Generation, die sich bewusst ist, dass sie als Nation ihrer Vergangenheit begegnen muss. Man trifft sie als freiwillige Helfer in den besetzten Gebieten und sieht ihr Engagement in den zahlreichen europäischen Solidaritätskampagnen für Palästina. Wir brauchen sie alle, weil die Geschichte uns lehrt, dass Besatzung und Enteignung irgendwann zu einem Ende kommen.

Die Rede von Kanzlerin Angela Merkel kürzlich in der israelischen Knesset machte jedoch deutlich, dass Deutschland in naher Zukunft keine konstruktive Rolle im Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern spielen wird. Merkel präsentierte eine fast beschämend parteiische, pro-israelische Position, in der sie die Besatzung mit keiner Silbe erwähnte. Stattdessen fand sie lobende Worte für Israel, das als Vorbild für Gerechtigkeit, Demokratie und Zivilisation diene. Das wird nur die aggressiven und gewalttätigen Aspekte der israelischen Politik stärken und gleichzeitig die Palästinenser jegliche Hoffnung auf eine bessere Zukunft nehmen. Ohne Hoffnung wird die Verzweiflung jedoch immer noch größer, was wiederum zu mehr Gewaltbereitschaft führt.

Wir müssen einen Abschluss für das 20. Jahrhundert finden. Nicht um zu vergessen und schon gar nicht um zu vergeben, sondern um ein normales und gesundes Leben zu führen. Das gilt für die Opfer und die Täter gleichermaßen.



Anwesende Abwesende und indigener Widerstand

*Nur Masalha lehrt an der School of
Theology, Philosophy and History;
St Mary's University College
(University of Surrey), England.*



Landnahmepolitik innerhalb Israels während der Post-Nakba Zeit

Die infolge der 1948er Vertreibungen, der „Naqba“ (Katastrophe), verbliebenen internen Flüchtlinge, die 25% der insgesamt 1 Million palästinensischen Bürger Israels ausmachen, werden im israelischen Recht als „Anwesende Abwesende“ bezeichnet. Insbesondere die Land- und Siedlungsexpansion gehörte immer schon zum Kern der Flüchtlingsproblematik und des Konfliktes zwischen den zionistischen Immigranten/Siedlern und den einheimischen Palästinensern, erklärt Nur Masalha. Wir drucken seinen Text mit freundlicher Genehmigung der INAMO-Redaktion hier gekürzt ab.

Die Bindung der zurückgebliebenen palästinensischen Bürger in Israel zu dem Land ihrer Vorfahren kann man kaum genug betonen. Vor der Nakba war die palästinensische Gesellschaft größtenteils eine ländliche Gesellschaft, Landwirtschaft war die wichtigste Quelle zur Sicherung des Lebensunterhalts und das Bebauen des Landes das Rückgrat der palästinensischen Ökonomie. Für die indigenen Einwohner Palästinas war das Land ein Mittel zur Sicherung des Lebensunterhaltes, ein Symbol von Identität, Überleben und Sicherheit angesichts der Vertreibungen, Enteignung und Zerstreuung ihrer Landsleute 1948.

Basierend auf der zionistischen Prämisse, mehr Land für die zukünftigen jüdischen Einwanderer und Siedler zu benötigen, zerstörte die israelische Politik der Landkonfiszierung den Lebensunterhalt vieler israelischer Araber, schränkte die Entwicklung arabischer Orte sehr ein und drohte, das Überleben einer in Israel territorial verankerten palästinensischen Bevölkerung zu unterminieren.

1 Million Acre Land konfisziert

Die Nakba führte zu einer schwerwiegenden Zerrüttung der Ökonomie der verbliebenen palästinensischen Bevölkerung in Israel, einschließlich der internen Flüchtlinge. Ihr Eigentum belief sich auf rund 300.000 Dunam Land, das der israelische Staat als „Eigentum von Abwesenden“ deklarierte. Kurz nach dem 1948er Krieg konfiszierten die israelischen Behörden beinahe 1 Million Acre Land palästinensischer Flüchtlinge.

Die Geschichte der Enteignung begann unmittelbar nach 1948. Das massive

Bemühen, arabisches Land, das palästinensischen (internen und externen) Flüchtlingen gehörte, zu übernehmen, wurde gemäß strenger Legalität durchgeführt. Das Land wurde auf der Grundlage von Gesetzen enteignet, die das israelische Parlament verabschiedet hatte, und wurde in jüdische Kontrolle und Besitz übergeben.

Die palästinensischen Bürger innerhalb Israels, einschließlich der internen Flüchtlinge, wurden für 18 Jahre unter eine repressive Militärverwaltung gestellt (1948-66). Obwohl die unmittelbare Militärregierung, die für die arabischen Gebiete Israels eingesetzt worden war, 1966 abgeschafft wurde, war der Ausnahmezustand nie wirklich aufgehoben worden. Die Vorschriften sind mit einigen Veränderungen bis zum heutigen Tag gültig. Darüber hinaus haben israelische Regierungen seit dem Ende der Militäradministration gesetzliche und administrative Maßnahmen ergriffen, die darauf abzielen, das Land der zerstörten Dörfer zu konfiszieren, um die Rückkehr der internen Flüchtlinge zu verhindern.

Tag des Bodens

Die fortlaufende Landenteignung ist wahrscheinlich das explosivste Thema in der Beziehung zwischen der palästinensischen Bevölkerung in Israel und dem jüdischen Staat. Es ist ein Thema, das großen Ärger und Bitterkeit bei den palästinensischen Bürgern Israels ausgelöst hat und das sie dazu gebracht hat, selbst aktiv zu werden. Die Aktivitäten erreichten einen Höhepunkt am Tag des Bodens am 30. März 1976, der mit einem friedlichen Generalstreik begann und zu einer Konfrontation mit der israelischen Grenzpolizei eskalierte, bei der sechs Palästinenser



Foto Martin Link:
Jenin-Camp mit altem
Bahnhofsgebäude der
ehemaligen Bagdadbahn

erschossen wurden. Seit 1976 ist der 30. März ein „Nationaltag“ für Gedenken und Proteste der palästinensischen Bevölkerung – Proteste, die sich hauptsächlich direkt gegen die staatliche Politik der Landenteignung und Landnutzung richten. Ein wichtiges Memorandum, das der israelisch-palästinensische Rechtsanwalt und führende Experte in Landfragen, Hanna Naqqara, vor dem Arabischen Volkskongress in Nazareth am 17. Februar 1979 vorgetragen hat, verdeutlichte die Auswirkungen der israelischen Landpolitik auf die internen Flüchtlinge:

„Zehntausende (israelische?) Araber sind immer noch weit weg von ihren zerstörten Dörfern und ihrem gestohlenen Land. Es gibt ein Heer von lokalen Flüchtlingen aus Saffuriyya, al-Mujaydil, Ma´lul, Hittin, Nimrin, al-Shajara, ´Arab al-Khisas, ´Arab al-Baqqarah, al-Kabri, al-Mansura, al-Zib, al-Bassa, ´Amqa, Shaykh Dawud, al-Birwa, al-Damun, al-Ruways, al-Ghabisiyya, Iqrit, Kafr Bir`im, ´Anan, Farradiyya, al-Manshiyya, Mi`ar, Sha`b, al-Nahr, al-Sai`ra, Suhmata, Tarbikha, Umm al-Faraj und andere. Dieses Heer lokaler Flüchtlinge ist durch die Politik fortlaufender ethnischer Regierungen geschaffen worden, die dazu da sind und daran arbeiten, ein einheimisches Volk zwangsweise zu vertreiben und ein neues Volk anzusiedeln.“ (www.badil.org)

Armeeeinteressen und jüdische Besiedlungsstrategien

Die jüngste Folge dieser Landpolitik war die Krise in Umm al-Fahem, einer arabischen Stadt in der Wadi ´Ara Region, die im Mai 1998 begann, als die israelische Regierung ankündete, eine nahe gelegene Militäreinrichtung auszubauen und dafür 4,500 Acre lokaler arabischer landwirtschaftlicher Nutzfläche zu enteignen. Während der dreitägigen Aufruhr, die auf die örtliche Demonstration am 27. September 1998 folgte, wurden mehr als 400 arabische Bewohner bei Zusammenstößen mit der Grenzpolizei verletzt.

Darüber hinaus überträgt die Israelische Landbehörde (ILA) weiterhin intern Land an den Jüdischen Nationalfonds (JNF) – 1991 waren es 12,500 Acre, 1998 10,000 Acre, um nur einige jüngere Beispiele zu nennen. In Wirklichkeit gibt es kaum eine Trennung zwischen der ILA und dem JNF, da letzterer sechs der 13 Mitglieder des ILA-Vorstandes nominiert (die anderen sind Regierungsoffizielle). Professor Amnon Rubinstein kritisierte in einem Artikel in Haaretz vom 13. Oktober 1991: „Diese Übertragungen stellen ein schwerwiegendes Problem dar, weil Land, das eigentlich zur Nutzung aller israelischer Bürger gedacht war, an eine Agentur übergeben wird, die Land nur an Juden verkauft und verpachtet.“ Entsprechend der Selbstdefinition wird dieses Land, ob es von der ILA oder von dem JNF kontrolliert wird, beinahe ausschließlich für

das Erreichen der zionistischen Ziele wie jüdische Besiedlung und Bevölkerungsverteilung genutzt.

2% Landeigentum für 20% der Bevölkerung

Diese Politik der Landnutzung führte unvermeidbar zu der massiven Enteignung der palästinensischen Bevölkerung, die internen Flüchtlinge eingeschlossen. Obwohl die palästinensischen Bürger Israels 20% der Gesamtbevölkerung ausmachen, kontrollieren sie nur 2% der kommunalen Gebiete des Landes. Hochwürden Riah Abu al-´Assal aus Nazareth (1998 als anglikanischer Bischof von Jerusalem eingesetzt) sagte folgendes: „1948 waren 16,5 Dunam pro Kopf für die arabische Minderheit erlaubt. Heute sind rund 0,5 Dunam erlaubt. Wir haben keinen Platz mehr, um unsere Toten zu begraben... Ich übertreibe nicht. Ich lebe in einer Stadt namens Nazareth, die zur überfülltesten Stadt des Landes geworden ist... Auf dem griechisch-orthodoxen Friedhof in Nazareth – und die griechisch-orthodoxe Gemeinde zählt über 11,000 Menschen – werden die Gräber derer ausgegraben, die vor zehn Jahren gestorben sind, um die neuen Toten zu begraben.“

Hilfsorganisationen: „Nahost-Quartett fundamental gescheitert“

Internationaler Bericht zeigt Defizite und Lösungsansätze im Nahost-Friedensprozess

„Das Nahost-Quartett, bestehend aus EU, Russland, UNO und den USA, scheitert. Denn weder wurde das Leben der Palästinenser verbessert noch die Aussicht auf Frieden erhöht.“ Dies erklären CARE Deutschland-Luxemburg, medico international Deutschland und 16 weitere internationale Hilfsorganisationen in ihrem Bericht THE MIDDLE EAST QUARTET: A PROGRESS REPORT aus Anlass des Treffens des Nahost-Quartetts am 26. September 2008 in New York. Die Organisationen warnen in dem Report, dass sich die Lage seit der Annapolis-Konferenz des Quartetts im November 2007 nicht verbessert oder teilweise sogar verschlechtert habe. In folgenden Punkten war das Nahost-Quartett erfolglos:

Siedlungen: Das Nahost-Quartett scheiterte darin, die israelischen Behörden für die andauernde Erweiterung der illegalen Siedlungen verantwortlich zu machen. Laut des Reports sprach das Quartett 18-mal über die Siedlungen. Dennoch beschleunigt sich die Siedlungsexpansion – mit drastischen Folgen für das tägliche Leben der palästinensischen Bevölkerung.

Zugang und Bewegungsfreiheit: Das Quartett hatte keinen maßgeblichen Erfolg in seinem Ziel, die Bewegungsfreiheit der Palästinenser in ihrem eigenen Gebiet zu verbessern, so dass diese arbeiten, zur Schule gehen, grundlegende Versorgung erhalten und Waren importieren als auch exportieren können. Die Zahl der Beschränkungen, inklusive Check-Points, Mauer und gesperrter Straßen, erhöhte sich von 561 im November 2007 (Annapolis-Konferenz) auf rund 600 im August 2008.

Gaza-Streifen: Trotz Einstellung der Gewalt im Gaza-Streifen war das Nahost-Quartett nicht weder in der Lage, die Blockade aufzuheben noch eine erhebliche Verbesserung der humanitären Situation sicherzustellen. 80 Prozent der Bevölkerung im Gaza-Streifen ist ganz oder teilweise abhängig von Hilfe, viele Nothilfprojekte sind noch immer ausgesetzt.

Der Report untersucht die Fortschritte von zehn der vom Nahost-Quartett selbst aufgestellten Ziele, u.a.:

- Israel soll alle Siedlungsaktivitäten einfrieren
- Dringende Schritte sind notwendig, um Zugang und Bewegungsfreiheit zu verbessern
- Respektierung des Gewaltverzichts zwischen Hamas und Israel
- Erhöhung des humanitären und kommerziellen Zugangs durch Übergänge des Gaza-Streifens sowie die sofortige Wiederaufnahme ausgesetzter Projekte der UNO und anderer Geldgeber
- Fortsetzung der palästinensischen Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus und Umsetzung einer umfassenderen Sicherheitsstrategie

Der Report fand heraus, dass es in fünf von zehn Punkten keine Fortschritte, sondern entweder keine Veränderung oder sogar eine Verschlechterung der Situation gab. Dem zugrunde liegen Daten, die die Hilfsorganisationen vor Ort erhoben haben.

Zwar hat das Quartett seit der Annapolis-Konferenz teilweise Erfolge erzielt: Bei der Unterstützung der palästinensischen Sicherheitsreform, der Sicherung finanzieller Zusagen, Erhöhung der Benzinlieferungen in den Gaza-Streifen sowie Stimulation des Privatsektors. Doch in den dringendsten Bereichen gab es keine Erfolge. Laut Report können diese Verfehlungen eine Bedrohung für den Frieden in der Region bedeuten.

Aufgrund dieser Punkte rufen die Hilfsorganisationen das Nahost-Quartett dazu auf, um:

- Die beschlossenen Abkommen durchzusetzen und sicherzustellen, dass alle Parteien dafür verantwortlich gemacht werden, wenn sie ihre Verpflichtungen im Friedensprozess nicht einhalten oder gegen das Humanitäre Völkerrecht sowie die Menschenrechte verstoßen.
- Den UNO-Sicherheitsrat dabei zu unterstützen, eine Resolution zu verabschieden, die die humanitären und wirtschaftlichen Folgen der Siedlungsaktivitäten für die palästinensischen Gemeinden und den weiteren Friedensprozess behandelt.
- Einen neuen Lösungsvorschlag anzuwenden, mit welcher der Zugang und die Bewegungsfreiheit in den besetzten Palästinensergebieten verbessert wird. Das Geflecht von Beschränkungen sollte aufgehoben werden.
- Die Blockade des Gaza-Streifens und die Politik der kollektiven Bestrafung schnellstmöglich zu beenden.
- Den Gewaltverzicht zwischen Hamas und Israel zu bestärken und mit regionalen Regierungen zusammenzuarbeiten, um die palästinensische Aussöhnung zu fördern.

Der vollständige Bericht steht unter www.medico.de/presse zum Download bereit.

Jerusalem, 25. September 2008
CAFOD; CARE Deutschland-Luxemburg;
CARE France; CARE Nederland; CARE Norge;
CARE Österreich; CARE International UK;
Christian Aid; DanChurchAid; diakonia;
Euro Mediterranean Human Rights Network (EMHRN);
medico international; Medicos del Mundo;
Oxfam International; Save the Children Sweden;
Save the Children UK;
United Civilians for Peace (UCP);
World Vision Jerusalem

Ohne Tilgung von Schulden kein Ende der israelischen Besatzung

Der israelische
Wirtschaftswissenschaftler
Shir Hever arbeitet für das *Alternative Information Center* in Jerusalem, Israel, (www.alternativenews.org).
Aus dem Englischen von
Jannis Hagmann und Julia Gebert.



Internationale Hilfsgelder ohne nachhaltigen Erfolg

Im israelisch-palästinensischen Konflikt fließen hohe Geldsummen – vor allem von Europa nach Palästina. Doch können diese Zahlungen den israelischen Staat von seiner finanziellen Verantwortung gegenüber den Palästinensern befreien?

Die von Israel besetzten Gebiete im Westjordanland und im Gazastreifen sind auf humanitäre internationale Hilfe angewiesen. Dieser internationale Ausgleich für Israels Verantwortungslosigkeit ist jedoch kein Ausnahmezustand mehr. Israel verlässt sich seit Jahrzehnten auf jene Hilfsgelder, die die unter harschen wirtschaftlichen Bedingungen lebende Bevölkerung vor dem Hungertod bewahren und damit auch den internationalen Druck auf Israel verringern. Dabei gerät jedoch in Vergessenheit, dass die internationale Hilfe weder ein Substitut für die israelische Verantwortung gegenüber den Palästinensern darstellt noch die israelischen Schulden begleicht.

In den neunziger Jahren begannen europäische Länder sowohl eigenständig als auch im Rahmen der EU, hohe Summen

an die Palästinenser zu überweisen. Das Ziel: Aufbau einer ökonomischen Infrastruktur zur Stärkung eines zukünftigen palästinensischen Staates. Diese Geldtransfers, die meist über den Weg der Vereinten Nationen erfolgten, sollten die palästinensischen Gebiete ökonomisch so weit stärken, dass sich daraus ein lebensfähiger Staat entwickeln konnte. Das Ziel der Sponsoren war es, einen Beitrag zum Ende der seit 1967 existierenden Besatzung zu leisten und auf eine Zweistaaten-Lösung hinzuarbeiten. Der israelische Staat hat diese Zukunftsvision jedoch nie akzeptiert. Internationale Hilfsgelder flossen hauptsächlich in den Aufbau von Infrastruktur, Industrie und den Tourismussektor. Doch oft ohne nachhaltigen Erfolg: Die Bauprojekte litten an Restriktionen, Rohstoffe konnten nicht frei importiert werden und die Arbeiter wurden am

Foto:
Fotoworkshop Freedom Theatre:
Tanz auf der Mauer, Jenin 2008

Dieser Text wurde, mit freundlicher Genehmigung durch die Redaktion, der Ausgabe Nr. 5 der Zeitschrift *Diwan*, einem Projekt der Fachschaftsinitiative *IsTurArIrl* der FU Berlin, entnommen (<http://diwan-berlin.de>)



Eine Hungersnot nicht abschätzbaren Ausmaßes unter den Palästinensern würde folgen und eine ganze Generation von Palästinensern würde nachhaltige Schäden davon tragen, von denen sie sich vermutlich nie erholen würde. Zudem hätte dies sicherlich internationale Sanktionen und in Israel eine innenpolitische Krise zur Folge.

Zugang zu den Baustellen gehindert. Auch bombardierte das israelische Militär halb-fertige Gebäude und Bauprojekte. Der Aufbau der palästinensischen Wirtschaft durch internationale Hilfgelder scheiterte und die zweite Intifada im Jahr 2000 und die darauf folgende Krise brachten die Realität der israelischen Besatzung in all ihrer Härte zum Vorschein.

Humanitäre Hilfe statt wirtschaftlicher Entwicklung

Auf diese neue Situation reagierten die Geldgeber mit einer Neuausrichtung ihrer Strategie: Anstatt wie zuvor Entwicklung zu fördern, wurden Gelder nun zunehmend im Rahmen humanitärer Hilfsprojekte nach Palästina geschickt. So konnte durch die Versorgung der palästin-

schen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medizin eine humanitäre Katastrophe größeren Ausmaßes abgewendet werden. Israel schaute dem wohlwollend zu, konnte es diese Gelder doch besteuern und zusätzliche Einnahmen verbuchen, da humanitäre Organisationen ihre Produkte von israelischen Firmen bezogen.

Die Haltung der israelischen Regierung ist widersprüchlich: Einerseits verhindert sie aus Angst vor der Konkurrenz mit palästinensischen Unternehmen eine Entwicklung der Wirtschaft in den besetzten Gebieten, andererseits fürchtet sie aber das komplette Abrutschen des Lebensstandards der palästinensischen Bevölkerung, das weitere internationale Kritik am israelischen Besatzungsregime zur Folge hätte.

Europa könnte seine Zahlungen einstellen

Israel geht davon aus, dass der Fluss internationaler Hilfgelder auf absehbare Zeit nicht abreißen wird. Und tatsächlich sieht es so aus, als zögen es die europäischen Geber vor, weiterhin großzügig in die Tasche zu greifen anstatt ihr Schweigen zur israelischen Politik zu brechen. Es ist aber wichtig, sich vor Augen zu führen, dass Europa seine Hilfe für die Palästinenser durchaus einstellen kann, da diese auf völlig freiwilliger Basis geleistet wird. Im Gegensatz dazu ist der israelische Boykott gegen die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) völkerrechtswidrig. Gemäß dem Abkommen von Paris aus dem Jahr 1994 ist Israel dazu verpflichtet, Steuern und Zölle, die es für die PA einzieht, danach wieder an diese zurück zu überweisen. Zurzeit belaufen sich die erhobenen Abgaben auf etwa vierzig Millionen Euro pro Monat. Zudem verfügt Israel offiziell noch immer über die faktische Souveränität in den besetzten Gebieten und ist somit dafür verantwortlich, dort zivile Infrastruktur aufzubauen – eine weitere Aufgabe, die es in den letzten vierzig Jahren nicht wahrgenommen hat.

Die israelische Regierung scheint keinen langfristigen Plan für eine Verbesserung der Situation in Israel/Palästina zu verfolgen. Stattdessen versucht sie, auf Zeit zu spielen und weigert sich, Zugeständnisse zu machen, um auf der internationalen Bühne nicht an Legitimität einzubüßen.

Vermeehrt sind mittlerweile jedoch Stimmen zu vernehmen, die die Effek-



Foto:
Martin Link, Bil'lin Juni 2008

tivität der Hilfsgelder in Frage stellen und dafür plädieren, die Übernahme der Kosten durch Israel einzufordern. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde mit der Gründung eines UN-Büros in Wien gemacht, das die durch den Bau der Mauer erfolgten Schäden dokumentiert. Auch die Palästinenser stoßen Kampagnen an, um auf ihr Recht auf Kompensationen für beschlagnahmtes Land hinzuweisen. Sollten sich Initiativen dieser Art mehrern, wird die Unterstützung für dieses Anliegen auch auf internationaler Ebene wachsen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Israel mit der Forderung konfrontiert werden wird, Verantwortung für seine Verbrechen zu übernehmen und Ausgleichszahlungen zu tätigen.

Foto:
Martin Link, Kalandia Juni 2008

Worst-Case-Szenario

Bleiben all diese Schritte in Richtung einer verantwortungsvollen Politik gegenüber den Palästinensern und eines ernst zu nehmenden Ausgleichs aus, werden wir mit folgendem Worst-Case-Szenario konfrontiert werden: Frustrierte Geldgeber stellen ihre finanziellen Hilfen ein und Israel setzt seine derzeitige Politik unverändert fort. Eine Hungersnot nicht abschätzbaren Ausmaßes unter den Palästinensern würde folgen und eine ganze Generation von Palästinensern würde nachhaltige Schäden davon tragen, von denen sie sich vermutlich nie erholen würde. Zudem hätte dies sicherlich internationale Sanktionen und in Israel eine innenpolitische Krise zur Folge.

Um eine solche Eskalation zu verhindern, muss eine Strategie entwickelt werden, die sich dem Widerstand verschreibt und versucht, einem solchen Worst-Case-Szenario entgegenzuwirken. Es muss internationale Unterstützung mobilisiert werden, um Israel für seine Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen. Israelischen Führungskräfte muss klar gemacht werden, dass jeder Übergriff auf Palästinenser seinen Preis hat. Die Geldgeber wiederum müssen betonen, dass ihre Hilfe Israel nicht von seinen Verpflichtungen befreit und dass es aus völkerrechtlicher Sicht allein dem israelischen Staat obliegt, die Palästinenser für verursachte Schäden zu kompensieren – auch wenn ein Teil der Hilfe schon von internationalen Geldgebern geleistet worden ist.

Kompensationszahlungen würden Israel an die Grenzen der Solvenz bringen

Die traurige Wahrheit ist, dass Israel nicht einmal hypothetisch dazu in der Lage wäre, seine Schulden zu tilgen, die sich während der vergangenen vierzig Besatzungsjahren gegenüber Palästinensern in Gaza, Westjordanland und den Flüchtlingen, die außerhalb der palästinensischen Gebiete leben, akkumuliert haben. Obwohl keine genauen Zahlen vorliegen, belaufen sich die Schulden mittlerweile zweifelsohne auf einen Betrag, den zu zahlen Israel nicht in der Lage wäre. Und auch die internationale Gemeinschaft wird kaum bereit sein, Israel beim Tilgen seiner Schulden zur Seite zu stehen – auch nicht die USA.

Der einzige Ausweg aus dem Dilemma (Notwendigkeit von Ausgleichszahlungen einerseits und die Abwendung eines Zusammenbruches der israelischen Wirtschaft andererseits) ist die Gründung einer demokratisch gewählten Institution, die sich der Kompensationszahlungen und deren Zahlungsraten annimmt. Diese Institution müsste sowohl für die israelische als auch für die palästinensische Bevölkerung repräsentativ sein – denn finanzielle Gerechtigkeit kann nur dann nachhaltig sein, wenn beide Konfliktparteien beteiligt und repräsentiert sind.



Zwischen Annexionsverbot und Rückkehrrecht

Hanan Kadri ist Juristin und lebt in Hamburg.



Der Konflikt zwischen Israel und Palästina im Lichte des Völkerrechts

Im Israel-Palästinensischen Konflikt geht es konkret um folgende Ansprüche und Streitpunkte: die territoriale Grenzen, Rückkehr der Flüchtlinge, die Siedlungen und die Grenzmauer (demografische Veränderung), Nutzung der Wasservorräte, Bildung eines Palästinensischen Staates, Jerusalem als Hauptstadt, die Sicherheitslage (extralegale Tötungen, Selbstmordattentate). Diese Streitpunkte lassen sich im Völkerrecht unter folgende rechtliche Begriffe subsumieren: das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Souveränität, die territoriale Integrität und die Menschenrechte.

Die Grundlagen hierfür und für die Lösung des Konflikts ergeben sich aus dem Völkergewohnheitsrecht, den völkerrechtlichen Grundsätzen und Prinzipien, diversen zwischenstaatlichen Abkommen, den zahlreichen UNO-Resolutionen und schließlich aus einem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes:

Die Haager Landkriegsordnung aus den Jahren 1899 und 1907

Im Mittelpunkt der Regelungen stehen die am Konflikt beteiligten Souveräne. Im Falle der „*occupatio bellica*“ (Okkupation während des Krieges) finden die Artikeln 42 bis 56 der Haager Landkriegsordnung Anwendung, welche den Schutz der Zivilbevölkerung regeln.

Die Zivilbevölkerung in besetztem Gebiet soll ungehindert in ihrer Entwicklung und unbehelligt in ihren Rechten bleiben. Die Besatzungsmacht ist zudem verpflichtet, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen und den geordneten Gang des Lebens der Zivilbevölkerung zu erleichtern.

Für „besetzte Gebiete“ wurden folgende Verhaltensmaßregeln festgesetzt: Privateigentum darf nicht eingezogen werden (Art. 46); Plünderung ist ausdrücklich untersagt (Art. 47); Kollektive Bestrafungen der Zivilbevölkerung sind verboten (Art. 50); der Besatzer ist nur Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten. (Art. 55).

Das Völkerrechtliche Prinzip des Annexionsverbotes

Dieses völkerrechtliche Prinzip hat sich bereits seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts herausgebildet – sog. Simson-Doktrin, benannt nach dem damaligen US-Außenminister. Es erklärt den Erwerb fremden Territoriums durch militärische Eroberung für null und nichtig.

Das Recht auf Rückkehr oder Entschädigung

Das inzwischen völkerrechtlich verbindliche „Recht auf Rückkehr“ ist in der Universalen Erklärung der Menschenrechte von 1948 verankert. Dort heißt es in Art. 11: „Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich das seine zu verlassen, und in sein Land wieder zurückzukehren“.

Die Vereinten Nationen haben das Rückkehrrecht der Flüchtlinge immer anerkannt. Die UN-Resolution 194 (III) vom 11. Dezember 1948, die bis in die jüngste Zeit immer wieder bestätigt und im Kontext neuer Resolutionen wiederholt worden ist (vgl. etwa Resolution 51/126 vom 13. Dezember 1996), fordert in ihrem Absatz 11, „das es den Flüchtlingen, die es wünschen, gestattet wird, in ihre Heimat so schnell wie möglich zurückzukehren, mit ihren Nachbarn in Frieden zu leben, und dass Entschädigungen gezahlt werden müssen für das Hab und Gut jener, die sich entschieden haben, nicht mehr in ihre Heimat zurückzukehren“.

Die Anerkennung dieser Resolution durch Israel ist sogar zur Bedingung seiner Aufnahme in die UNO 1949 gemacht worden. Die Resolution zeigt zudem einen Weg auf, der in den Verhandlungen die Forderung nach Rückkehr der Flücht-



linge für Israelis entschärfen und für die Palästinenser kompensieren könnte: eine angemessene Entschädigung.

Die Vierte Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten von 1949 (12. August 1949).

Der Zweite Weltkrieg, dessen Humanitäre Katastrophe und insbesondere die Vernichtung von Millionen von Juden offenbarte die Notwendigkeit detaillierter und verbindlicher Bestimmungen zum Schutze der Zivilbevölkerung. Daraufhin ergriff das Internationale Komitee des Roten Kreuzes die Initiative zur Schaffung eines soliden rechtlichen Rahmens. Das Ergebnis ist die Verabschiedung der Vierten Genfer Konvention über den Schutz von Zivilbevölkerung am 12. August 1949.

Die Vierte Genfer Konvention regelt die Behandlung der Zivilbevölkerung unter einem Besatzungsregime. Die Konvention legt unter anderem fest, dass die Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten weder die demografischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen noch die räumlichen Bedingungen verändern dürfe. Der Grundgedanke dieser Konvention basierte auf der Annahme, dass eine Besatzung

nur von vorübergehender Dauer sei. Israel aber richtete sich in den besetzten Gebieten nach eigenen Bekundungen für die Ewigkeit ein.

Bezügliche der Siedlungspolitik Israels innerhalb der Besetzten Gebieten ist an dieser Stelle beispielhaft Art. 49 Abs. 6 erwähnenswert: „Die Besatzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder entsenden“.

Die Aufnahme Israels in die UNO 1949

Durch die Aufnahme in die UNO (Resolution 273 III vom 11. Mai 1949) nahm Israel die sich aus der UN-Charta ergebenden Verpflichtungen an und verpflichtete sich, diese von nun an zu erfüllen. Die Anerkennung der Resolutionen 181(II) vom 29. November 1947 (Teilungsplan) und der Resolution 194 (III) vom 11. Dezember 1948 (Recht auf Rückkehr oder Entschädigung) durch Israel ist zur Grundlage seiner Aufnahme gemacht worden.

Die sog. Teilungsplan-Resolutionen 181(II) vom 29. November 1947 bestimmt u.a.: „Unabhängige arabische und jüdische Staaten sowie das Besondere Internationale Regime für den Stadtbezirk

von Jerusalem (...) sollen (...) zur Existenz gelangen.“

Die Resolutionen 194 (III) vom 11. Dezember 1948 regelt neben dem überstaatlichen Status von Jerusalem das Rückkehrrecht der Palästinenser, indem „denjenigen Flüchtlingen, die zu ihren Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies zum frühestmöglichen Zeitpunkt gestattet werden soll und dass für das Eigentum derjenigen, die sich entscheiden, nicht zurückzukehren, sowie für den Verlust oder die Beschädigung von Eigentum, auf der Grundlage internationalen Rechts oder nach Billigkeit von den verantwortlichen Regierungen und Behörden Entschädigung gezahlt werden soll.“

Die berühmte Resolution 242 vom 22. November 1967

Dabei handelt es sich um die Hauptgrundlage zum Rückzug Israels aus den seit Sommer 1967 besetzten Gebieten Westbank, Gaza-Streifen und Ost-Jerusalem. Mit der Resolution 242 bekräftigt der UN-Sicherheitsrat u.a. „dass die Erfüllung der Grundsätze der Charta die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten verlangt, der die Anwendung der beiden folgenden Grundsätze einschließen sollte:

a. Rückzug israelischer Streitkräfte aus (den) Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden;

b. Beendigung aller Behauptungen oder Formen eines Kriegszustandes sowie die Beachtung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in dem Gebiet und seines Rechts, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen in Frieden zu leben, frei von Drohungen und Akten der Gewalt;“ sowie „eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems zu erreichen.“

Resolutionen der UN-Generalversammlung zur „Palästina-Frage“

Mit der Resolution 3236 (XXIX) vom 22. November 1974 wurde das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbe-

Mit der Resolution 3236 (XXIX) vom 22. November 1974 wurde das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, sein Widerstandsrecht und sein Recht auf politische Vertretung anerkannt.

Foto:
Martin Link, Checkpoint Kalandia, Juni 2008

stimmung, sein Widerstandsrecht und sein Recht auf politische Vertretung anerkannt. Die UN-Generalversammlung

„...beträchtigt noch einmal die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina, darunter a) das Recht auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen, b) das Recht auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität;

beträchtigt noch einmal das unveräußerliche Recht der Palästinenser, zu ihren Heimstätten und ihrem Grundbesitz zurückzukehren, wovon sie vertrieben und entwurzelt worden sind, und fordert ihre Rückkehr;...“

Position des UN-Sicherheitsrates

Der Sicherheitsrat hat seine Position immer wieder bestätigt und die israelische Siedlungspolitik als „flagrante Verletzung“ der Vierten Genfer Konvention verurteilt, z.B. durch die Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates 446 vom 22. März 1979, 452 vom 20. Juli 1979 und 465 vom 1. März 1980. In einem internen Gutachten vom 21. April hat sogar der Rechtsberater beim israelischen Außenministerium die Rechtslage anerkannt. So die Resolution 446 vom 22. März 1979, mit der er Israel aufforderte, die Vierte Genfer Konvention genauestens einzuhalten und „die vorangegangenen Maßnahmen zurückzunehmen und sich jeder Handlung zu enthalten, die in ihrem Ergebnis den rechtlichen und geografischen Status verändern und

Im Israel-Palästinensischen Konflikt geht es also nicht nur um die Existenz eines Staates, es geht um die Existenz zweier Völker und ihre friedliche Koexistenz, wenn es denn schon nicht um ihr Zusammenleben geht.

die demografische Zusammensetzung der seit 1967 besetzten arabischen Territorien, einschließlich Jerusalem, materiell beeinflussen würden, und insbesondere keine Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in die besetzten arabischen Territorien zu verschicken.“

Zudem mahnte der Sicherheitsrat gegenüber Israel verschiedentlich das Prinzip des Annexionsverbots (Simson-Doktrin) an. Er ließ es dabei an Deutlichkeit nicht fehlen, wie z.B. in der Resolution 298 vom 25. September 1971, in der er feststellte, „dass alle legislativen und administrativen Aktivitäten Israels, um den Status von Jerusalem zu verändern, einschließlich Enteignung von Land und Eigentum, der Übersiedlung von Bevölkerung und dem Erlass von Gesetzen zur Einverleibung besetzten Gebietes, vollkommen unwirksam sind und den Status nicht verändern können.“

Die besondere Situation Ost-Jeruselems

Trotz oben genannter Resolutionen und des Annexionsverbot erließ Israel am 30. Juli 1980 ein Grundgesetz (Basic Law), in dem es Jerusalem zur „vollständigen und vereinigten“ (complete and united) Hauptstadt Israel machte. Der UNO-Sicherheitsrat verurteilte das Gesetz mit seiner Resolution 478 am 20. August 1980 als eine Verletzung des Internationalen Rechts und erklärte das erlassene Gesetz für null und nichtig und forderte dessen sofortige Aufhebung. Die UN-Mitgliedstaaten, die ihre diplomatischen Vertretungen in West-Jerusalem bereits etabliert haben, wurden aufgefordert, diese aus Jerusalem zu verlegen.

Die besondere Situation Ost-Jeruselems ist nicht nur durch die völkerrechtlich illegale Annexion im Jahre 1980 gekennzeichnet. Seit 1967 hatte die israelische Regierung das Stadtgebiet Ost-Jeruselems verdreifacht und die Kommunalgrenzen quer durch palästinensisches Eigentum und Häusern gezogen. Ende des Jahres 2004 hat die israelische Regierung eine Entscheidung getroffen, dass Grundbesitz in Ost-Jerusalem innerhalb der erweiterten Kommunalgrenzen, entschädigungslos enteignet und die betroffenen Eigentümer als Abwesende im Sinne des Gesetzes über das Eigentum Abwesender von 1950 erklärt werden können. Im November 2004 versandte das Militäretlichen Landbesitzern einen Brief, in dem es ihnen mitteilte, dass ihr Grundbesitz nun der Behörde für das Eigentum Abwesender in Israel unterstellt wurde (vgl. Nur Masalha, S.30f).

Foto:
Fotoworkshop Freedom Theater, Jenin 2008



Das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag vom 20. Juli 2004

Das gleiche Schicksal wird jenes palästinensische Land erfahren, welches durch die Grenzmauer von ihren Eigentümern abgeschnitten wird. Es handelt sich dabei um eine Grenzmauer die jüdische Siedlungen und deren Infrastruktur von palästinensischen Häusern trennen soll. Diese Mauer wird eine Länge von 750 Kilometern haben, obwohl die Grenze entlang der Westbank nur etwa 250 km beträgt.

Der Internationale Gerichtshof hatte in seinem Gutachten vom 20. Juli 2004 die Mauer als schwere Behinderung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser verurteilt, als Behinderung ihres Rechts auf Freizügigkeit, auf Arbeit, Gesundheit, Erziehung und einen angemessenen Lebensstandard. Er hat darin einen schweren Verstoß gegen den Internationalen Pakt über die ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte sowie die Konvention über die Rechte der Kinder gesehen. Er hat sich auch nicht von Israels Begründung überzeugen lassen, dass die Mauer aus Sicherheitsgründen notwendig sei, da sie zu diesem Zweck ohne weiteres auf israelischem Territorium ohne Verletzung der Rechte der Palästinenser hätte errichtet werden können. Darüber hinaus bewirken die Mauer und die sie begleitenden Regelungen eine unübersehbare demografische Veränderung, die Art. 6 der Vierten Genfer Konvention von 1949 und zahlreichen Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates widersprechen.

Bei Vollendung der Grenzmauer werden weitere 16,6 % des Territoriums der Westbank mit samt 237.000 Palästinensern und 320.000 jüdischen Siedlern einverleibt. Weitere 160.000 Palästinenser werden dann in fast vollkommen durch die Grenzmauer eingekreisten Kommunen leben. Die ca. 250 Checkpoints werden mit Vollendung der Mauer unweigerlich mehr.

Zusammenfassung und Fazit

Die Internationale Staatengemeinschaft muss sich eingestehen, dass derzeit kaum eine andre Region in der Welt gibt, in der der Anspruch des Völkerrechts so weit von seiner Durchsetzung entfernt ist wie



in den von Israel besetzten Gebieten. Das gilt für die Anschläge gegen zivile Ziele durch die Palästinenser, sei es durch Raketen oder sog. „Selbstmordattentäter“ ebenso wie für die gezielten Tötungen (extralegale Hinrichtungen) durch die Israelische Armee und die Zerstörung von palästinensischen Häusern, Gärten und Oliven-Hainen und andere landwirtschaftliche Flächen durch Panzer oder Bulldozer.

Die Forderung nach UNO-Friedenstruppen, die die feindlichen Parteien trennen könnten, ist wiederholt abgelehnt worden. Nirgends wie hier wird deutlich, dass die Ohnmacht der UNO nicht ihrer eigenen Unfähigkeit zuzuschreiben ist, sondern der Weigerung einer Seite, die Vermittlungsdienste der UNO zu akzeptieren. So ist die UNO abgesehen von der Gründungsphase des israelischen Staates in allen späteren blutigen Konflikten auf die Rolle der Beobachterin und Kommentatorin beschränkt und ihre Aufgabe der Friedenssicherung und Durchsetzung des Völkerrechts blockiert worden.

Im Israel-Palästinensischen Konflikt geht es also nicht nur um die Existenz eines Staates, es geht um die Existenz zweier Völker und ihrer friedlichen Koexistenz, wenn es denn schon nicht um ihr Zusammenleben geht.

Und es bleibt die Frage, ob mit der UNO auch das Völkerrecht aus diesem Konflikt herausgehalten werden soll und darf. Doch was mit der UNO möglich ist, lässt sich mit dem Völkerrecht nicht machen. Das Völkerrecht definiert die Grundregeln der Beziehungen zwischen Staaten und Völkern, die nicht einseitig aufgehoben werden können. Wo das versucht wird – und das zeigt dieser Konflikt – wird nie Frieden eintreten. Diese Regeln müssen in künftigen Verhandlungen die Matrix für eine Übereinkunft bilden, denn nur sie können die Grenzlinie einer gerechten und akzeptablen Lösung definieren. Innerhalb ihrer Vorgaben gibt es mehr als nur eine mögliche vertragliche Lösung. Werden jedoch ihre Mindestanforderung an Selbstbestimmung, Souveränität, territorialer Integrität und Menschenrechten, sowie das absolut zwingende Prinzip des Gewalt- und Folterverbots und das strikte Annexionsverbot missachtet, wird auch eine Vereinbarung am Widerstand der Völker scheitern, wie wir es nach den Verträgen von Camp David und Oslo erlebt haben.

Völkerrecht oder Gewalt

Hier liegt auch die Verantwortung der Staaten, die man nicht davon frei sprechen kann, dass sie diesen Konflikt bis zu einem permanenten Kriegszustand haben eskalieren lassen. Völkerrecht oder Gewalt, das ist die kurze Formel der Lehre aus fast vierzig Jahren Gewalt in den israelisch-palästinensischen Beziehungen. Die Alternative liegt jetzt nur im Recht, sie in die Realität umzusetzen, bedarf es allerdings mehr als die schlichte Hoffnung auf einen Neuanfang nach jeder palästinensischen oder israelischen Wahl. Es bedarf der radikalen Einsicht in die Notwendigkeit eines souveränen Palästinensischen Staates ohne Siedler auf dem Territorium der Westbank, des Gaza-Streifens und Ost-Jerusalems – in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht.



Einbürgerung nach religiöser Zugehörigkeit

Ran Cohen leitet die Abteilung Migranten & undokumentierte Menschen bei den Ärzten für Menschenrechte - Israel. Er lebt in Tel Aviv

Tsafrir Cohen ist Repräsentant von medico international in Palästina & Israel. Beheimatet in Berlin, lebt er zu Zeit in Ostjerusalem



Von Migranten und Flüchtlingen in Israel

Im Gegensatz zu der großen Anzahl von Staaten, deren Einwanderungspolitik auf verschiedenen Kriterien basieren, etwa dem tatsächlichen Lebensmittelpunkt, dem Bildungsstand, dem Alter beziehungsweise den Sprachkenntnissen, führt der Staat Israel eine sehr starre Immigrations- und Einbürgerungspolitik. Diese sieht eine Einwanderung und Einbürgerung nur aufgrund der religiösen Zugehörigkeit vor und nimmt lediglich Juden als gleichberechtigte Staatsbürger neu auf.

Im Lauf seiner Geschichte hat Israel Millionen von jüdischen Einwanderern aufgenommen und sofort zu Staatsbürgern gemacht, beginnend mit den Immigrationswellen aus Europa der Nachkriegszeit, über die Einwanderung der Juden aus den arabischen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens in den 50er Jahren bis zu der Aufnahme von über einer Million Juden aus der (ehemaligen) Sowjetunion während und nach deren Zusammenbruch. In den letzten Jahren jedoch muss sich Israel mit einem neuen Phänomen befassen: mit einer nichtjüdischen Immigration.

Arbeitsmigration nach Israel

Der Beginn des palästinensischen Volksaufstands, die erste Intifada im Jahr 1988 bedeutete auch den Beginn der Arbeitsmigration nach Israel. Von 1967 und bis dahin versorgten sich viele agrarwirtschaftliche Betriebe, Industrie- und Dienstleistungsbranchen mit billiger Arbeit aus den besetzten palästinensischen Gebieten. Der Ausbruch der Intifada führte zu einer Politik, die mittels Ausgangssperren, Abriegelungen und eines strengen Reiseerlaubnisregimes die Bewegungsfreiheit der Palästinenser einschränkte. Folglich sank die Zahl der in Israel beschäftigten Palästinenser stark. Ganze Branchen, vor allem der Bau und die Landwirtschaft, waren von diesen fast rechtlosen, billigen Arbeitskräften abhängig und stürzten in eine tiefe Krise. Die israelische Regierung beschloss daher, das Land für Arbeitsmigration zu öffnen. Die Migranten kamen vorwiegend aus Fernost und Osteuropa und arbeiteten auf dem Bau, in der Gastronomie, der Landwirtschaft und in der (Alten)Pflege. Diese Entwicklung fand ihren Höhepunkt in den Jahren 2002-03, als die Zahl der

Migranten bei schätzungsweise 350.000 lag, etwa fünf Prozent der israelischen Gesamtbevölkerung. Nach einer rigorosen Abschiebekampagne halten sich heute etwa 200.000, darunter viele Philippinen, Afrikaner und Chinesen, nur die Hälfte davon legal, im Land auf.

Seit den 90er Jahren ist Israel immer mehr zu einem integralen Bestandteil des reichen Nordens geworden. Es benötigt billige Arbeitskräfte und ist gleichzeitig attraktiv für Menschen aus dem Süden. Gleichzeitig werden Migranten als eine Gefahr für den Charakter des Staats und des demografischen Gleichgewichts betrachtet. Dabei geht es um die Definition Israels als „jüdischer und demokratischer Staat“. Beide Attribute sind integraler Bestandteil des israelischen Selbstverständnisses. Um beides sein zu können, muss es eine jüdische Mehrheit im Land geben: Sonst wird das Land entweder auf undemokratische Weise von einer jüdischen Minderheit beherrscht oder aber nicht mehr – mehrheitlich – jüdisch sein. In Israel selber sind 20% der Bevölkerung Palästinenser, die gleichzeitig israelische Staatsbürger sind. Fügt man die Palästinenser in den besetzten Gebiete hinzu, die schließlich seit über 40 Jahren unter israelischer Herrschaft leben, so gibt es eine hauchdünne jüdische Mehrheit in dem Gebiet, was sich aber durch die höhere Geburtenrate der Palästinenser voraussichtlich in den kommenden 5-10 Jahren umkehren wird (Dies ist der Hauptgrund dafür, dass Israel diese Gebiete schon seit über 40 Jahren ‚nur‘ besetzt hält und sie nicht offiziell annektiert).

Die israelische Immigrationspolitik bevorzugt deshalb zirkuläre Migration, die eine langfristige Perspektive im Land verhindert und stattdessen ein rigoroses

Ganze Branchen, vor allem der Bau und die Landwirtschaft, waren von diesen fast rechtlosen, billigen Arbeitskräften abhängig und stürzten in eine tiefe Krise.

Gastarbeiter- und Rotationsmodell verfolgt: Selbst wenn Migranten im Land seit Jahrzehnten leben, der Landessprache mächtig sind, deren Kinder in Israel geboren wurden und deren Lebensmittelpunkt eindeutig in Israel ist, erhalten sie keine unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigung und müssen stets fürchten festgenommen und ausgewiesen zu werden.

Flüchtlinge und Asylsuchende

Eine weitere Immigrationswelle, die Israel und die öffentliche Debatte über das Selbstverständnis des Staats beeinflusst, ist der Zustrom von Flüchtlingen und Asylsuchenden über die lange und schlecht abgedichtete ägyptische Wüstengrenze nach Israel in den letzten beiden Jahren. Im Juni 2008 hielten sich in Israel mehr als 10.000 Flüchtlinge auf. Die Mehrzahl kommt aus Eritrea (4.000) und dem Sudan (3.500, darunter 900 Über-

lebende aus Darfur). Jeweils mehrere Hundert Flüchtlinge aus dem Kongo und der Elfenbeinküste erhalten zeitweiligen Gruppenschutz, da beide Länder als „Krisenländer“ definiert werden. Geringere Zahlen kommen aus Birma, Nigeria und Liberia, und es gibt auch einzelne Asylsuchende aus dem Irak, dem Iran, Ägypten und dem Libanon.

Das Israel der Nachkriegszeit war einer der Initiatoren und Verfasser der internationalen Flüchtlingskonvention und unterschrieb und ratifizierte diese schon 1951. Gleichzeitig ist Israel in den sechzig Jahren seines Bestehens den Verpflichtungen kaum nachgekommen, die der Ratifizierung dieser Konvention innewohnen. In all den Jahren erteilte Israel nur 150 Menschen einen Flüchtlingsstatus.

Angesichts der jüdischen Geschichte in Europa besitzt der Schutz von Asylsuchenden eine hohen Stellenwert in den

Augen vieler Israelis, nicht nur aus rechtlicher Perspektive, sondern als moralische Pflicht ersten Grades. Die Diskrepanz zwischen diesem hehren, theoretischen Selbstverständnis und der realen Flüchtlingspolitik jedoch könnte kaum größer sein: Die Entscheidungsträger betreiben noch heute keine kohärente Politik zur Aufnahme von Flüchtlingen und zur Prüfung ihres Status' und haben es versäumt, ein angemessenes System zur Aufnahme von Flüchtlingen aufzubauen oder deren Rechte gesetzlich festzulegen und zu sichern.

Tote und Verletzte

Stattdessen werden die Flüchtlinge – auch diejenigen, die Darfur und den langen, gefährlichen Marsch überlebt haben und in einem erschöpften Zustand beziehungsweise schwer krank in Israel angekommen sind – in der Regel zuerst für Monate und ohne Gerichtsverfahren oder rechtlichen Beistand ins Gefängnis gesteckt oder in Militärbasen in der Negev-Wüste festgehalten. Als Proteste von israelischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen gegen diese Praxis laut wurden, entgegnete das Premierministerbüro: „Auch das ist Zionismus: Wenn wir Eindringlingen erlauben, sich in Israel niederzulassen, schaden wir der israelischen Lebensweise“. Weiter ertönt es aus dem Kabinett, Ägypten solle den Flüchtlingsstrom nach Israel unterbinden. Diesen Standpunkt vertrat dann Premier Olmert vehement bei Gesprächen mit Ägyptens Präsidenten Mubarak, woraufhin Ägypten seine Bemühungen, Flüchtlinge aus dem Grenzgebiet zu Israel fernzuhalten, verstärkte. Ägyptische Soldaten fingen an, auf Flüchtlinge zu schießen und töteten bis heute mehrere von ihnen, darunter Frauen und Kinder.

Dennoch steigen die Flüchtlingszahlen weiter an. Da die Kapazitäten der Gefängnisse mittlerweile erschöpft sind, werden Flüchtlingen nach einer Weile einfach irgendwo ausgesetzt mit der Auflage, sich nicht im Zentrum des Landes – hier ist vor allem Tel Aviv gemeint, wo ein Großteil der Migranten lebt – aufzuhalten. Sie erhalten vier- bis zwölfwöchige Aufenthaltsgenehmigungen. Immerhin werden sie nicht abgeschoben, falls ihnen im Herkunftsland Gefahr droht, doch da



Foto: Martin Link, Jenin Juni 2008

kein Asylverfahren eröffnet wird, bleibt ihnen der Zugang zum UN-Flüchtlingskommissariat verwehrt. Eine Aussicht, gar Anspruch auf eine längerfristige Regelung ihres Status besteht nicht: Sie bleiben also in einem labilen rechtlichen und zivilen Graubereich.

Offensichtlich ist die (fehlende) israelische Flüchtlingspolitik auf die Angst zurückzuführen, die Gewährung von Rechten für afrikanische Flüchtlinge könnte Tür und Tor öffnen für eine rechtlich untermauerte Forderung der mittlerweile Millionen von palästinensischen Flüchtlingen, die bei der Staatsgründung 1948 aus Israel flüchteten oder vertrieben wurden, und ihren Nachkommen nach einer Rückkehr in ihre Heimat.

Das Infiltrierungsgesetz

Der israelische Trick, durch den die Aufnahme von Flüchtlingen aus arabischen Ländern verhindert wird, heißt das Infiltrierungsgesetz. Dieses legt fest, dass Einwohner eines „feindlichen“ Staats kein Asyl in Israel erhalten dürfen. Dadurch wird es für Sudanesen, Iraker, Libanesen und Bürger anderer arabischer Länder unmöglich, in Israel Asyl zu erhalten. Flüchtlinge aus diesen Ländern finden sich für viele Monate, gar lange Jahre in israelischen Gefängnissen wieder. Sie werden zwar nicht ausgewiesen, doch erhalten sie nach ihrer Haftentlassung nicht einmal die

Migranten und Flüchtlinge werden als eine Gefahr für den Charakter des Staats und des demografischen Gleichgewicht wahrgenommen.

genannten kurzfristigen Aufenthaltsgenehmigungen, sondern lediglich einen Brief, der etwaigen israelischen Arbeitgebern von staatlicher Seite versichert, dass sie diese Menschen einstellen können, ohne sich dabei strafbar zu machen. Diese Praxis geht der Knesset offenbar nicht weit genug: Einem Antrag zur Verhängung von noch längeren Haftstrafen ist neulich in erster Lesung mit einer Mehrheit von 21 zu 1 zugestimmt worden.

Die israelische Immigrationspolitik und die Tatsache, dass Nichtjuden keinen legalen Status erhalten, trifft alle Migranten schwer: In Israel sind soziale Rechte, etwa Gesundheits- und Sozialsicherungsdienste, stark mit dem zivilen Status verbunden. Dass Migranten und Flüchtlinge als eine

Gefahr für den Charakter des Staats und des demografischen Gleichgewichts wahrgenommen werden, bedeutet, dass ihnen nicht nur politische Rechte abgesprochen werden, sondern dass ihnen der Zugang zu staatlichen Dienstleistungen vorenthalten wird und der Staat jedwede Verantwortung für sie ablehnt. Diese Politik verfolgt bewusst das Ziel, Migranten an der Integration zu hindern. Stattdessen sind sie gezwungen in einem abgetrennten System zu leben, das sie dazu verdammt, eine unterdrückte, arme und verletzte Randgruppe zu bleiben.

Integration und Einbürgerung stehen noch bevor

Israel hat zwar in letzter Zeit eine Reihe von positiven Schritten unternommen, darunter den Aufbau einer Einwanderungsbehörde, die Anerkennung von in Israel geborenen Migrantenkindern, sowie die Gewährung von befristeten Aufenthaltsgenehmigungen für Flüchtlinge aus Darfur. Die grundsätzlichen und komplizierten Herausforderungen, sprich die Integration und Einbürgerung von Nichtjuden, die Aufnahme von Flüchtlingen gemäß dem internationalen Recht und ohne Ansehen ihrer Herkunft, sowie der Aufbau einer Einwanderungspolitik, die nicht nur Juden berücksichtigt, stehen Israel noch bevor.

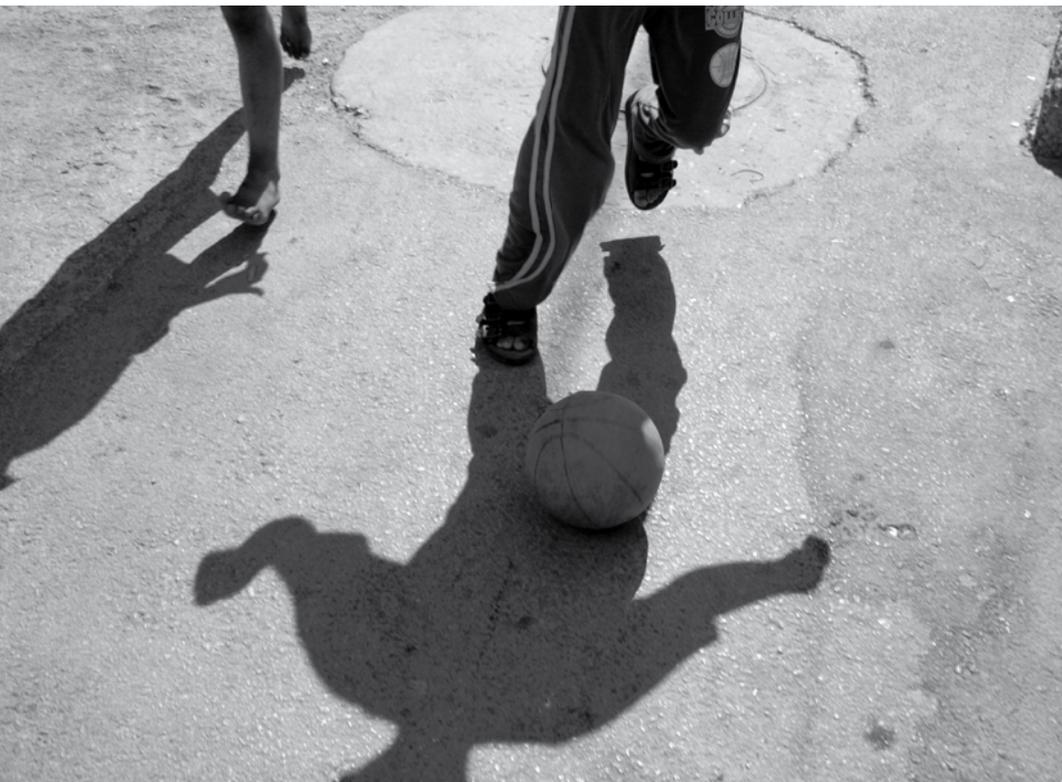


Foto: Fotoworkshop Freedom Theatre, Jenin 2008

„Ein Gefängnis für eineinhalb Millionen Menschen“

Dr. Ahmad Abu Tawhina ist der Leiter des Forschungsbereichs des Gaza Community Mental Health Programme in Gaza-Stadt, Palästina.



Alltag und Gesundheit im abgeriegelten palästinensischen Gaza-Streifen

Das Gaza Community Mental Health Programme wurde 1990 gegründet. Seither hat man dort etwa 20.000 Menschen behandelt, 45 % davon Frauen und Mädchen. Insgesamt gibt es 150 Mitarbeiter, davon ein Drittel Frauen, die in sieben verschiedenen Zweigstellen arbeiten. Veit Raßhofer führte ein Gespräch mit dem Leiter des Forschungsbereichs, Dr. Ahmad Abu Tawhina.

Merken Sie psychologische Auswirkungen seit der Abriegelung des Gaza-Streifens?

Ja. Die Einwohner hier sehen sich mit einem andauernden Trauma konfrontiert, und das bestimmt auch unsere Arbeit. Die Absperrung des Gaza-Streifens bedeutet die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, der Importe von lebensnotwendigen Gütern. Patienten, die dringend eine Behandlung außerhalb bräuchten, können nicht ausreisen. Viele starben inzwischen, während sie am Grenzübergang festgehalten wurden. Die Physicians for Human Rights in Israel versuchen immer wieder, die Ausreise von Kranken zu ermöglichen. Aber die Beschränkungen, die die israelische Armee aufgestellt hat, machen es auch für sie schwer, einzugreifen. Studenten, die an Universitäten im Ausland wechseln wollen, bekommen

keine Erlaubnis. Der Gazastreifen ist ein Gefängnis für die eineinhalb Millionen Einwohner, die täglich eine kollektive Bestrafung erfahren.

Hat die Machtübernahme der Hamas, der die Abriegelung folgte, Einflüsse auf ihre Arbeit?

Durch die Machtübernahme der Hamas hat sich international die Ansicht durchgesetzt, die Palästinenser müssten dafür bestraft werden. Es gab danach auch interne Kämpfe, in denen eine Anzahl Unbeteiligter getötet und verletzt wurde, auch das machte das Leben komplizierter. Diese dramatische Fragmentierung ist eines der Hauptarbeitsfelder des Zentrums.

In den Medien konnte man sehen, dass die Boote der Free-Gaza-Initiative,



Foto: Fotoworkshop Freedom Theatre: The Wall Jenin 2008



die im Sommer die Blockade von Seeher durchbrochen hatten, durch die Bewohner von Gaza enthusiastisch begrüßt wurden.

Klar, das war das erste Mal seit ungefähr einem Jahr, dass es jemandem erlaubt wurde, Gaza zu betreten. Und es war ein wichtiges Zeichen der internationalen Aktivisten, teilweise sind das ja bedeutende Persönlichkeiten, dass sie die Abriegelung ablehnen.

Gibt es das Gefühl von Hoffnungslosigkeit unter den Bewohnern von Gaza, das Gefühl, dass sie und ihre Situation zu wenig wahrgenommen werden?

Die Menschen hier fühlen sich von der internationalen Gemeinschaft vollständig im Stich gelassen. Die behandelt das Thema, als handle es sich hier um eine normale Situation, sie scheint es akzeptiert zu haben. Obwohl die Zahl der Kranken, die aufgrund fehlender medizinischer Versorgung sterben, täglich größer wird. Die Arbeitslosigkeit stieg aufgrund der Schließung der Grenzen stark an, sie liegt

heute bei über 80 % der arbeitsfähigen Bevölkerung. Die Zahl derjenigen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, steigt täglich an.

Was bedeutet das für ihre Arbeit?

Im vergangenen Jahr konnten unsere Mitarbeiter kaum zur Arbeit gelangen, da es keine Verkehrsmittel mehr gab, und wir verbrachten Monate im Dunkeln, da die Versorgung mit Öl und Benzin durch die Abriegelung unterbrochen wurde und das einzige Elektrizitätskraftwerk im Gazastreifen abgeschaltet wurde. Die Israelis haben schon viele Maßnahmen kollektiver Bestrafung durchgeführt, die aber nur Hass, Feindschaft, Aggression verstärken. Die Anstrengungen zur Aussöhnung auf beiden Seiten werden dadurch behindert.

Was sind die Auswirkungen auf Kinder?

Wir versuchen unser Bestes, aber das Trauma ist allumfassend, und niemand kann sich dem entziehen. Besonders nicht die Kinder. Die letzte Untersuchung, die wir durchgeführt haben, zeigte, dass

62 Prozent aller Kinder im Gazastreifen unter Traumata leiden, die ihr psychologisches Profil beeinträchtigen. Statistiken des Erziehungsministeriums zeigen, dass 25 Prozent aller Schüler dringend eine intensive psychotherapeutische Behandlung benötigen.



Foto:
Fotoworkshop Freedom Theatre, Jenin 2008

Zwei-Klassen-Gesundheitssystem



Gesundheit in den besetzten palästinensischen Gebieten

Tsafrir Cohen ist Repräsentant von medico international in Palästina & Israel. Beheimatet in Berlin, lebt er zu Zeit in Ostjerusalem.

Die Gesundheitssituation in den besetzten palästinensischen Gebieten ist ein Spiegelbild der hiesigen Gesamtsituation. Diese ist vor allem durch das israelische Enklavensystem bestimmt, das schwerwiegende Behinderungen der Bewegungsfreiheit für Menschen und Waren nach sich zieht und die Möglichkeit von Entwicklung nicht nur blockiert, sondern einen Rückschritt in unterschiedlichen Lebensbereichen verursacht.

Im Gesundheitsbereich bedeutet dies vor allem zweierlei: Der Zugang zu Gesundheitsdiensten ist massiv eingeschränkt, und die Grundlagen für ein gesundes Leben, etwa gesunde Nahrung, Kleidung, Hygiene, Bildung oder auch psychisches Wohlbefinden und soziale Kohäsion, werden stark beeinträchtigt.

Hintergrund

Seit über vierzig Jahren herrscht Israel über die besetzten Gebiete. Mit der Besetzung hat Israel auch die im internationalen Recht verankerte, beschränkte Verantwortung für die Gesundheit der dortigen Bevölkerung übernommen. In den folgenden 26 Jahren gab es zwei Gesundheitssysteme: eins für israelische Staatsbürger innerhalb der grünen Linie und für die Siedler in den besetzten Gebieten und eins für die palästinensischen Bewohner der besetzten Gebiete. Die Diskrepanz zwischen den beiden Systemen und das Fehlen eines materiellen und personellen Gesamtentwicklungsplans für das Gesundheitssystem in den besetzten Gebieten verursachten eine starke Abhängigkeit von Israels Gesundheitssystem.

Mit der Übergabe der Verantwortung an die palästinensische Autonomiebehörde im Jahr 1994 entledigte sich Israel dieser Verantwortung – übereinstimmend mit den damals unterzeichneten Osloer Verträgen. Doch die Bewohner der besetzten Gebiete blieben auch nach Oslo unter der effektiven Kontrolle Israels, und die palästinensischen Gebiete sind rechtlich gesehen nach wie vor besetzt.

Nach 1994 wurde das palästinensische Gesundheitsministerium aufgebaut – mithilfe massiver Geldspritzen aus dem Ausland. Die Behörde ist schwerfällig

und leidet unter vielen Schwächen, doch flankiert durch palästinensische Nichtregierungsorganisationen wie die Palestinian Medical Relief Society, die ‚feste‘ Kliniken und in entfernten oder isolierten Gebieten mobile Kliniken betreiben, entstand ein umfassendes Grundgesundheitssystem, das weniger abhängig ist von Israel, dafür umso mehr von ausländischen Geldgebern.

Zugang zu Gesundheit

Israel hat sich aber nicht nur seiner Verantwortung für die Gesundheitsdienste entledigt, sondern behindert das palästinensische Gesundheitssystem aktiv, indem es die Bewegungsfreiheit einschränkt – innerhalb der Westbank, zwischen der Westbank und dem Gazastreifen, zwischen dem annektierten Ostjerusalem und der Westbank und Gaza, sowie zwischen den besetzten Gebieten und dem Ausland. Vor allem spezialisierte Dienste und Notfalldienste sind hiervon betroffen.

Über 500 Checkpoints gibt es im Sommer 2008 in der Westbank, dazu andere Hindernisse wie Erdwälle und für Palästinenser gesperrte Gebiete. Einzelne Dörfer und ganze Regionen werden hierdurch von ihren urbanen Zentren getrennt, in denen sich die lokalen Gesundheitsdienste befinden.

Viele Orte hatten das Glück, weiterhin Zugang zu ihren angestammten Gesundheitsdiensten zu haben, doch die alten, direkten Straßen wurden – etwa weil sich in der Nähe eine Siedlung befindet – aus „Sicherheitsgründen“ gesperrt. Die neuen Routen in die lokale Klinik sind gerade für die arme Landbevölkerung so lang geworden, dass sie die Kosten für einen Arztbesuch nicht mehr tragen können.

Bei Notfällen kann dieser Zustand fatale Folgen haben: So viele Schwangere haben ihr Kind vor einem Checkpoint auf der Straße und ohne ärztliche Aufsicht zur Welt gebracht – mit tödlichem Ausgang für manche Babys beziehungsweise Mütter –, dass Frauen es heute vorziehen, in den letzten Schwangerschaftsmonaten in die Nähe eines Krankenhauses zu ziehen. Wer die Staus vor den Checkpoints an den Stadteingängen kennt, weiß, dass einem Krankenwagenfahrer auch Sirene und Rotlicht nichts nützen, da davor stehenden Autos weder vor noch zurück ausweichen können.

Besonders betroffen sind Notfallpatienten aus Dörfern, die komplett umzingelt sind. Hier gibt es unter Umständen nur ein Tor, das lediglich mehrmals am Tag für kurze Zeit geöffnet und in der restlichen Zeit auch nicht bemannt ist. Bei Notfällen müssen die in der Nähe Dienst tuende Soldaten informiert werden, damit sie das Tor öffnen und nicht auf die ‚Eindringlinge‘ schießen.

Jerusalem

Die besetzten Gebiete sind ein kleines Gebiet mit weniger als vier Millionen Einwohnern. Entsprechend gibt es wenige Referenzkrankenhäuser, und diese befinden sich vor allem in Ostjerusalem. In den sechs Krankenhäusern Ostjerusalems werden etwa Herz- und Augenoperationen, Radiotherapie oder Dialyse durchgeführt. Um die Mauer zu passieren und diese Krankenhäuser zu erreichen, benötigen Palästinenser aus anderen Teilen der besetzten Gebiete eine Genehmigung. Die ehemals kurze Fahrt zum Spezialisten wird dadurch zu einem mühevollen und mehrstufigen Hürdenlauf um Genehmigungen und durch Checkpoints, der Wochen dauern kann. Der Spezialistenbesuch ist keine Option mehr für die vielen Patienten, die aus unterschiedlichen Gründen keine Genehmigung erhalten; andere erschrickt diese Prozedur, oder sie übersteigt ihre Kapazitäten. So lassen sie sich in kleineren und weniger spezialisierten Krankenhäusern behandeln. Die sinkende Patientenzahl wiederum bedeutet, dass die Referenzkrankenhäuser zunehmend unter finanziellem Druck stehen und ihre Aktivitäten reduzieren müssten.

Viele Schwangere haben ihr Kind vor einem Checkpoint auf der Straße und ohne ärztliche Aufsicht zur Welt gebracht – mit tödlichem Ausgang für Babys oder Mütter.

Gaza

Gaza ist ein Ort, an dem man lieber nicht krank werden soll. Israel hat sich von Gaza angeblich getrennt, doch kontrolliert es den Seeweg und die Grenze zu Ägypten. Diese Kontrolle nutzte Israel, um den Gazastreifen komplett zu blockieren. Durch die einjährige Blockade war die ohnehin schwache Infrastruktur in diesem schmalen, überbevölkerten Streifen fast zusammengebrochen: Medikamente konnten erst nach langen Verzögerungen und in unzureichender Menge, Ersatzteile und andere, für die Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung notwendige Hilfsmittel gar nicht eingeführt werden. Die Situation ist nach wie vor labil, die Versorgung von Außen tröpfelt ungenügend hinein.

Die Krise führt dazu, dass immer mehr Patienten mit schweren Krankheiten ausreisen müssen, um in der Westbank, in Israel oder Jordanien behandelt zu werden. Hier wirkt die fast komplette Abriegelung durch Israel verheerend: 200 Patienten starben im letzten Jahr, während sie auf eine Ausreisegenehmigung für medizinische Zwecke gewartet haben. Im Mai 2008 erteilte Israel lediglich 500 schwer kranken Patienten Ausreisegenehmigungen, die anderen 500 mussten in Gaza bleiben.

Eine detaillierte, von *medico international* mitfinanzierte Studie der israelischen Nichtregierungsorganisation *Ärzte für Menschenrechte* vom August 2008, die auf über dreißig Zeugnisse basiert, brachte darüber hinaus die Erkenntnis, dass Patienten am Checkpoint regelmäßig verhört werden, um sie und ihre Familien zur Kollaboration zu bewegen. Weigern

sie sich, so werden sie zurück nach Gaza geschickt.

Allgemeine Bedingungen für ein gesundes Leben

Bewegungsfreiheit für Mensch und Ware sind eine Grundbedingung für eine lebensfähige Wirtschaft. Die wirtschaftliche Lage in den palästinensischen Gebieten hat sich folglich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert: Etwa die Hälfte der Palästinenser leben von 1-2 Dollar am Tag. Nur die massive Hilfe aus dem Ausland, die etwa die Hälfte des Bruttosozialprodukts ausmacht, verhindert heute eine humanitäre Katastrophe. Meines Wissens hungern die Menschen zwar nicht, doch mancherorts wird etwa auf Milchprodukte und andere Nahrungsmittel verzichtet, sodass gewisse Mangelerscheinungen auftreten. Die ausländischen Gelder ermöglichen zwar eine kostengünstige medizinische und medikamentöse Grundversorgung, doch mit zunehmender Armut fällt es den Menschen immer schwerer, sich um ihre Gesundheit oder um Hygiene zu kümmern.

Armut ist vor allem in den Peripherien und in von der Verdrängungs- und Isolierungspolitik der israelischen Administration besonders betroffenen Gegenden spürbar. In diesen Gebieten gibt es darüber hinaus weitere Probleme, die mit der Besatzung einhergehen. Im Jordantal etwa weigert sich die israelische Administration, die Verlegung von Wasserleitungen in die Häuser zu genehmigen. Tausende von Häusern haben deshalb weder fließendes Wasser, noch sind sie an einem Abwassersystem angeschlossen. Bemühungen um bessere Hygiene bleiben folglich nutzlos.

Das Free Gaza Movement – ein satanischer Kult?

Am 23. August 2008 erreichten die zwei Boote des Free-Gaza-Movements von Zypern kommend den Hafen von Gaza (www.freegaza.org). Sie wollten mit ihrer Aktion auf die andauernde Abriegelung des Gazastreifens aufmerksam machen, und in ihrer Fracht brachten sie, nicht nur als Symbol des guten Willens, medizinisches Versorgungsgut mit. Jeff Halper, Koordinator der israelischen Sektion des „Israeli Committee against House Demolition“, war bei dem Törn dabei, der in Deutschland für viel Medienaufsehen gesorgt hat – von der Reaktion auf die Aktion in Israel ist er enttäuscht.



In ungefähr einem Dutzend Interviews – und in dem, was ich über mich und unseren Trip las (geschrieben von „Journalisten“, die mit mir oder den anderen nicht einmal zu sprechen versucht hatten) – begegnete mir ein kollektives Bild von Gaza, von den Palästinensern und unserem endlosen Konflikt, das ich nur als Fantasie beschreiben kann. Anstatt mich auf meine Erfahrungen, Motive oder Ansichten hin zu befragen, zwangen meine Interviewer – gerade die vom Mainstream-Radio – mir ihre Slogans und monotonen Vorurteile auf (...). Ben Dror Yemini von der beliebten Tageszeitung Ma'ariv nannte uns einen „satanischen Kult“. Ein anderer kolportierte, dass ein prominenter Mitwirkender

des Free Gaza Movements ein palästinensischer Amerikaner sei, der durch das FBI verhört worden war – um anzudeuten, wir würden von „Terroristen“ unterstützt, manipuliert oder Schlimmeres. (...) Andere wurden deutlicher: Müsste man nicht sagen, dass wir Hamas einen PR-Sieg bereiteten? Wieso ich mich mit palästinensischen Waffen schmuggelnden Fischern solidarisiere, gegen mein eigenes Land, das nur die eigenen Bürger zu beschützen versuche? Einige schriegen mich einfach an, wie etwa ein Interviewer bei Arutz 99. (...) Und wenn alles zu spät war, fielen meine Reporter nur zu gern auf die alten Zynismen zurück: ‚Friede ist unmöglich. Juden und Araber sind unterschiedliche Wesen. Du kannst „ihnen“ nicht trauen.‘ Oder die blanke Unterstellung, sie wollten uns doch eh nur zerstören. Und dann wieder diese Bevormundung: ‚Gut, ich denke, es ist gut, einige Idealisten wie euch hier zu haben ...!‘

Nie gab es in den vielen Interviews eine echte Neugier für das, was ich tat oder wie das Leben in Gaza so ist. Niemand interessierte sich für eine andere Perspektive, besonders nicht, wenn es die geschätzten Leitsprüche betraf. Niemand ging über die alten, müden Slogans hinaus. Man verwies immer wieder auf Terrorismus, Kassam-Raketen, die Palästinenser, die unsere heroischen Anstrengungen, Frieden zu schaffen, brüskierten. Nie dagegen auf die Besatzung, den Häuserabriss, Abriegelung, Enteignung von Land oder die Ausweitung der Siedlungen. Vom Töten, Einsperren und der Verarmung der Zivilbevölkerung ganz zu schweigen.“

Jeff Halper

In Gaza wiederum hat die Blockade verheerende Umweltschäden verursacht: Da kein Zement eingeführt werden durfte, musste das Abwassersystem ausgeschaltet werden. Große Mengen Abwasser gelangten ins Meer. Der Fischbestand vor der Küste wurde dadurch stark belastet, doch mangelnde Aufklärung und die grassierende Armut führten dazu, dass die Menschen weiterhin Fisch aßen. Der Mangel an Kraftstoff führte dazu, dass Kochöl anstatt Benzin genutzt wurde. Ganz Gaza stank nach diesem ‚Falafelöl‘, und Krankheiten der Atemwege häuften sich. Die langfristigen Folgen sind noch unbekannt.

Die Folgen des Enklavensystems sind nicht nur physischer Natur. Es führt – beabsichtigt?! – zur Schwächung jener sozialen Kohäsion, mit deren Hilfe die Palästinenser die erste Intifada unbeschadet überstanden. Gazaer haben seit Jahren die Westbank nicht besuchen können, vor allem Arme und Frauen verlassen ihre Dörfer kaum noch. Die Palästinenser im reichen Ramallah, Sitz der Autonomiebehörde und der großen ausländischen Geldgeber, in der eine Art freie Marktwirtschaft entstanden ist, leben zunehmend ein gänzlich anderes Leben als ihre Landsleute in der Peripherie.

Hoffnungslosigkeit statt Solidargemeinschaft

Die schrumpfende soziale Kohäsion, gepaart mit einem wirtschaftlichen Niedergang und mangelnden Zukunftsperspektiven hinterlassen tiefe Spuren in der Psyche vieler Menschen. Häusliche Gewalt, Depressionen, die Annahme reaktionärer Erklärungs- und Lösungsmuster sind manche Folgen dieses Prozesses. Die Hoffnungslosigkeit wird zunehmend privat wahrgenommen, und folglich wird die Fähigkeit unterminiert, eine sich um die Gesundheit all ihrer Mitglieder bemühte Solidargemeinschaft aufrechtzuerhalten und weiter aufzubauen.



Gaza-Embargo

*Matthias Jochheim ist Mitglied
des Vorstands der deutschen
Sektion des IPPNW
(www.ippnw.de)*



Vom Zusammenbruch des Gesundheitswesens

Eine mit High-Tech-Überwachungstechnologie üppig ausgestattete, klimatisierte, zwar großdimensionierte aber nahezu menschenleere Schalterhalle, das ist „Erez Crossing“, der Übergang, durch den wir Anfang Juni von Israel nach Gaza einreisten – in die hermetisch abgeriegelte Region, die von der israelischen Regierung als „feindliches Gebiet“ deklariert wurde, seitdem dort die islamistische Hamas die Verwaltung übernommen hat.

Eindrücke

Es empfängt uns unser Gastgeber, Dr. Husam Al-Najar, ein in Deutschland ausgebildeter Umweltingenieur. Wegen des Mangels an Dieseltreibstoff haben viele Autofahrer auf Pflanzenöl umgestellt. Ein spezifischer Duft geht auch von dem großen Klärteich im Norden der Stadt Gaza aus. Dr. Al-Najar erläutert, dass wegen Mangel an Ersatzteilen die Belüftung der Abwässer nicht funktioniert, wodurch Methangas freigesetzt wird. Müllberge auf den Straßen erzeugen einen scharfen Gestank. Die städtische Müllabfuhr verfügt nur noch über 60% des benötigten Kraftstoffs für den Abtransport, und die nun eingesetzten Esel- und Pferdekarren können die fehlende Kapazität nicht kompensieren.

Beim Besuch im der anglikanischen Kirche gehörenden Ahli Arab Hospital in Gaza-City erläutern Direktorin Suhalia Tarazi und Chefarzt Dr. Maha Ayyad die enormen Schwierigkeiten beim Betrieb ihres 100-Betten-Hauses. Finanziell wird der Betrieb immer schwieriger, da die Patienten kaum noch in der Lage sind, Zuzahlungen zu leisten. Es ist nicht leistbar, ausreichend Lebensmittel und Medikamente für die stationären Patienten bereitzustellen. Die stundenlangen Stromausfälle und der Mangel an Dieseltreibstoff für die Notfall-Generatoren hatten die Leitung beinahe gezwungen, das ganze Haus zu schließen, so wie die Ambulanz im Vormonat. Das Personal kommt wegen des Treibstoffmangels für den öffentlichen Transport oft zu spät zum Dienst. Histopathologische Untersuchungen von Operationspräparaten sind enorm erschwert, da wenn dies in Gaza nicht geleistet werden kann, der Transport nach Jerusalem behindert wird: für

jedes einzelne Präparat muss eine gesonderte Genehmigung beantragt werden! Dringende Renovierungsarbeiten können wegen Zementmangels nicht ausgeführt werden. Zement gehört zu den Gütern, die „aus Sicherheitsgründen“ nicht nach Gaza durchgelassen werden. Das bittere Resümee von Direktorin und Chefarzt: „1,4 Millionen Menschen in einem Käfig zu halten, ist inhuman; die ganze Welt sieht uns zu, und niemand macht etwas.“

Befunde

Im Gaza-Streifen, einer Fläche, die ungefähr halb so groß ist wie der Stadtstaat Hamburg, leben etwa 1,4 Millionen Menschen, eine der weltweit höchsten Geburtenraten lässt bis zum Jahr 2030 eine Verdoppelung der Bevölkerungszahl erwarten. Der wirtschaftliche Niedergang, beschleunigt durch die seit Januar 2006 mehrfach verschärfte Blockade, hat dazu geführt, das inzwischen rund 80% der Bevölkerung in Gaza von Nahrungsmittelhilfen der UN abhängig sind, organisiert insbesondere durch UNRWA, die seit 1948 in der Region tätige UN-Hilfsagentur für palästinensische Flüchtlinge. Im April 2008 musste die UNRWA für vier Tage die Lebensmittelverteilung an 650.000 Bedürftige wegen Treibstoffmangels einstellen.

So ist im „Gaza Strip Inter-Agency Humanitarian Fact Sheet“ der Koordinierungsstelle OCHA vom Juni 2008 über die Folgen der Einschränkung von Strom- und Treibstofflieferungen zu lesen, dass die Gemüseproduktion beeinträchtigt wurde, weil Bauern nicht genügend Treibstoff für die Bewässerungspumpen erhielten. Eine UN-Untersuchung über die Ernährungssituation ergab, dass die Menschen in Gaza weniger essen: im Vergleich zum Januar



2008 reduzierte die Hälfte der Befragten ihre Ausgaben für Nahrungsmittel, 89% durch Erwerb qualitativ weniger wertvoller Waren, 75% durch geringere Mengen. - Die Wasser- und Abwasserbearbeitung erhielt im April nur 31% ihres Bedarfs an Treibstoff, was zu gravierenden Einschränkungen führte: 15% der Bevölkerung hatten nur 4 bis 6 Stunden pro Woche fließendes Wasser, 25% alle vier Tage, und nur 60% verfügten täglich über Trinkwasser. Keine der drei Abwasseranlagen funktionierte normal, Ersatzteil- und Energiemangel führten dazu, dass 77 Millionen Liter Abwasser überhaupt nicht oder unzureichend geklärt täglich in das Mittelmeer geleitet werden mussten. Eine Studie des palästinensischen Gesundheitsministeriums und der WHO ergaben dann auch, dass elf der 30 Strände des Gaza-Streifens mit Fäkal-Bakterien verunreinigt waren.

Brücken gegen Mauern

Als dieser Bericht verfasst wurde, war ein allerdings bisher keineswegs stabiler Waffenstillstand zwischen Hamas und der israelischen Regierung in Kraft getreten,

von dem zu hoffen ist, dass er die Not der Menschen in Gaza lindern kann. Denn wie die Direktorin des anglikanischen Krankenhauses sagte: „Hass zu produzieren, wird niemals Sicherheit bringen“. Kollektive Bestrafung ist weder ein legitimes, noch ein zielführendes Mittel, Frieden voranzubringen.

Von Januar bis April fielen dem häufigen Beschuss mit „Qassam“-Flugkörpern vom nördlichen Gaza-Streifen aus vier israelische Zivilisten zum Opfer. Im gleichen Zeitraum starben bei Luft- und Panzerangriffen der israelischen Armee über 300 Palästinenser im Gaza-Streifen, 61 davon Kinder (FR 11.6.08).

In der Region gibt es trotz allem, auf beiden Seiten der Mauer, Initiativen im Gesundheitswesen, die sehr gut kooperieren. Das Gaza Community Mental Health Programme (GCMHP) betreut nicht nur eine große Zahl psychisch traumatisierter Patienten, und leistet damit einen Beitrag zur Prävention zukünftiger Gewalt, sondern wirkt auch unmittelbar in politisch-soziale Zusammenhänge hinein, sei es durch Kurse in Schulen, die Konfliktlösungswege trainieren, sei es in

der Organisierung von Frauen, die ihre Stellung in der patriarchalen Familie und Gesellschaft stärken sollen. Es werden auch Schulungen mit palästinensischen Polizisten und Gefängnisbeamten durchgeführt, um die Menschenrechte im Bewusstsein dieser Berufsgruppen stärker zu verankern.

Ein israelischer Konterpart für Verständigung und Humanität sind die „Physicians for Human Rights - Israel“ (PHR), die auf unterschiedlichen Feldern für das Recht auf Gesundheit streiten: Sei es durch unmittelbare ärztliche Hilfe für mittellose Migranten in Israel, durch unbezahlte fachärztliche Konsultationen im Westjordanland, oder im politischen und juristischen Eintreten für das Recht schwerkranker Palästinenser, israelische Spezialbehandlungen in Anspruch zu nehmen. In Tel Aviv berichtete uns Miri Weingarten von den schwierigen Auseinandersetzungen mit den Regierungsinstitutionen um jeden einzelnen Patienten, der z.B. wegen einer Krebserkrankung Bestrahlung braucht oder wegen einer komplizierten Herzoperation eine Ausreisegenehmigung aus Gaza benötigt. Immer wieder werden solche Genehmigungen verweigert oder auch so lange verzögert, bis der Betroffene an der Erkrankung und fehlenden Therapie verstirbt, wie dies nach Schätzungen in über 100 Fällen in Gaza geschehen ist.

Gegenöffentlichkeit

Ihren politischen Mut haben PHR erst unlängst erneut unter Beweis gestellt, als sie Fälle veröffentlichten, bei denen der israelische Geheimdienst Schwerkranke bei der Ausreise aus Gaza nötigen wollte, als Informanten zu kooperieren, und andernfalls die bereits genehmigte Durchreise zu verhindern drohte.

Der israelisch-palästinensische Konflikt hat wesentliche Wurzeln in Europa, und ist für uns Europäer in seinen regionalen und globalen Wirkungen von erheblicher Relevanz. Als Teil des „Quartetts“ hat die EU und damit auch Deutschland de facto die Blockadepolitik um Gaza unterstützt, und trägt Mitverantwortung für die gravierenden humanitären Folgen.

Foto:
Fotoworkshop Freedom Theatre, Jenin 2008

Gerichtliche Klage, Anbau von Oliven und internationale Proteste

Martin Forberg
ist freier Journalist
und Mitglied des
AK Nahost in Berlin.



Gewaltfreier Widerstand in Palästina

„Man gewinnt immer, ob sie uns festnehmen oder durchlassen“.
Das sagte Jeff Halper, Gründer des „Israelischen Komitees gegen Hauszerstörungen“.
Es könnte auch ein Motto für den gesamten gewaltfreien Widerstand gegen die israelische Besatzung sein.
Diese Protestform kann die strukturelle und konkrete Gewalt, die durch die Besatzung ausgeübt werden, deutlich machen.
Die Asymmetrie der Situation, die ungleiche Machtverteilung wird öffentlich gekennzeichnet.

Der steinige Weg der Gewaltlosigkeit ist allerdings opferreich: Ende Juli 2008 erschossen israelische Soldaten im Dorf Nilin bei Ramallah ein Kind und einen Jugendlichen. Anfang Juni wurde am selben Ort Ashraf Abu Rahme von einem Soldaten aus einem knappen Meter Entfernung in den Fuß geschossen. Ein 14-jähriges Mädchen hat das gefilmt – das Video ging um die Welt und löste auch in Israel starke Irritationen aus.

Vielfältige Formen

Vor allem in vielen Dörfern des Westjordanlandes hat es seit dem Beginn des Baus der Mauer gewaltfreie Protestaktionen gegeben: nördlich und südlich von Jerusalem, aber auch in Hebron und im Jordantal sowie in Ost-Jerusalem selbst.

Bei den Demonstrationen geht es um illegale Landnahme, um Straßen, die von Palästinensern nicht benutzt werden dürfen, und um von Siedlern ausgeübte Gewalt.

Seit Februar 2005 werden z.B. im Dorf Bil'in westlich von Ramallah jeden Freitag vom dortigen „Bürgerkomitee (Popular Committee) Demonstrationen gegen die Mauer“ organisiert – gegen die Enteignung von etwa 60 % des Landes des Dorfes, gegen die nahe gelegenen Siedlung Modi'in Illit und ihre Erweiterungsbauten und gegen die Besatzung insgesamt. Modi'in Illit wurde zu einem großen Teil auf dem Boden von Bil'in errichtet.

Mitglieder des Bürgerkomitees haben unter Beweis gestellt, dass sie auch dann der Gewaltfreiheit treu bleiben, wenn sie selbst schwersten gewalttätigen Angriffen ausgesetzt werden: im Januar 2008 wurden Mohammed Khatib, Abdallah

Abu Rahme und Eyad Bornat von Siedlern zusammengeschlagen und schwer verletzt. Sie hatten sich unter einen Baukran gestellt, der einen Container für eine Siedlungserweiterung herunter lassen sollte.

Bil'in: Klage gegen kanadische Unternehmen in Montreal

Der gewaltfreie Widerstand der Dorfgemeinschaft erfährt breite palästinensische, israelische, aber auch internationale Unterstützung: z.B. vom „International Solidarity Movement“ (ISM), den „Anarchists Against The Wall“, dem von Uri Avneri gegründete „Friedensblock“ (Gush Shalom), der Frauenorganisation „Bat Shalom“ oder den „Rabbis for Human Rights“.

Durch eine Eingabe vor dem Obersten Gerichtshof Israels hat der israelische Rechtsanwalt Michael Sfard, erreicht, dass das Gericht im September 2007 entschied, der Verlauf der Sperranlage müsse so geändert werden, dass das Dorf wesentlich weniger Land verliert. Allerdings haben Regierung und Armee lange Zeit darauf nicht reagiert, um dann im Frühjahr 2008 einen neuen Verlauf festzulegen, durch den kaum weniger Land genommen worden wäre. Auf die abermalige Klage Bil'ins haben führende Richter des Obersten Gerichtshofes die israelische Regierung inzwischen scharf kritisiert und eine Verlegung der Route entsprechend dem ursprünglichen Gerichtsurteil gefordert.

Bil'in's nächster juristischer Schritt führt ins kanadische Montreal, vor den dortigen Verfassungsgerichtshof. Das palästinensische Dorf verklagt kanadische Immo-

Verleihung Carl-von-Ossietzky-Medaille 2008 an israelische und palästinensische Menschenrechtsgruppen

Das Kuratorium nominierte zwei Gruppen, die wegen ihres mutigen Einsatzes für die Menschenrechte geehrt werden sollen:

- die „Anarchisten gegen die Mauer“ aus Israel
- das Bürgerkomitee des Dorfes Bil'in aus Palästina

Am 4. Mai jährte sich zum 70. Mal der Todestag des Friedensnobelpreisträgers und Pazifisten Carl von Ossietzky, der wegen seines entschlossenen Widerstands gegen Militarismus, Krieg und Rassismus in das Konzentrationslager Sonnenburg (heute in der Stadt Slonsk in Polen) verschleppt und grausamer Folter ausgesetzt wurde. Vor diesem Hintergrund würdigt das Kuratorium die Zivilcourage der Organisationen, die - ganz im Sinne von Carl von Ossietzky - den wechselseitigen Feindseligkeiten, die in der israelischen und palästinensischen Gesellschaft vorherrschen, den gemeinsamen Kampf für gemeinsame Anliegen entgegensetzen.

Sie stehen beispielhaft für den gewaltfreien Widerstand gegen die von Israel errichtete Trennungsmauer auf palästinensischem Land sowie für Standhaftigkeit in vielfältigen Graswurzelaktionen von Palästinensern, Israelis und internationalen Unterstützerinnen und Unterstützern gegen die israelische Besetzung der Westbank und des Gazastreifens. Sie praktizieren eine Kultur, die eine gemeinsame Zukunft ohne Ausgrenzung und Zerstörung vorwegnimmt und demonstrieren bewusst, dass ein Zusammenleben in Freiheit und Frieden möglich ist.

Der Festakt zur diesjährigen Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille 2008 findet am 07. Dezember 2008, von 11:00 bis 13:00 Uhr im Haus der Kulturen der Welt in Berlin statt.

Mehr Informationen:

(Anarchists Against the Wall)

http://www.awalls.org/about_aatw , <http://www.awalls.org>

(Bil'in Popular Committee)

<http://www.bilin-village.org/english/>, <http://www.bilin-village.org/index.htm>.

Internationale Liga für Menschenrechte
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 396 21 22, Fax 396 21 47,
E-mail: vorstand@ilmr.de. Web: www.ilmr.de

bilienunternehmen, die in der Siedlung Modi'in Illit gebaut haben.

Die Kultivierung eines Olivenhains als Widerstandsakt

„Die Palästinenser sind Meister der Gewaltlosigkeit. Sie haben der allumfassenden Gewalt einer 41-jährigen militärischen Besetzung vom ersten Tag an widerstanden.“ Das meint Mustafa Barghouti. Der Arzt ist Vorsitzender der Partei Al Mubadara, der Palestinian National Initiative, die unter anderen von Edward Said gegründet wurde.

„In solch einer Situation eine Schule zu bauen, Arzt zu werden, den Olivenhain der Vorfahren zu kultivieren – all das sind Akte des Widerstands“, erklärt Mustafa Barghouti und ergänzt, auch der

bewaffnete Widerstand sei nach dem Völkerrecht legitim und legal – „unter der strikten Voraussetzung, dass er sich nicht Zivilisten als Ziele aussucht.“ Seine eigene Partei wolle die Menschen an der Basis der Gesellschaft organisieren und arbeite mit einer starken internationalen Solidaritätsbewegung zusammen.

Protest gegen deutsche Waffenexporte

Das ist auch für Deutschland ein wichtiges Stichwort: gerade der gewaltfreie Widerstand könnte aus der Bundesrepublik besonders intensiv unterstützt werden.

Vertreterinnen und Vertreter des gewaltfreien palästinensischen Widerstandes haben mehrfach deutlich gemacht, dass ihr Weg nur eine Chance hat, wenn sich

ein internationaler Druck auf die israelische Regierung entwickelt, die Besetzung des Westjordanlandes und die Blockade des Gazastreifens zu beenden. Ausdruck findet diese Forderung in der BDS-Kampagne – die drei Buchstaben stehen für „Boycott – Desinvestment – Sanktionen“.

Die Boykott-Forderung kann in Deutschland vor dem Hintergrund der Nazibarbarei (die unter anderem mit dem Boykott jüdischer Geschäfte begann) kaum erhoben werden – die Folge könnte die Gefährdung einer politischen Erinnerungskultur sein, die in der Bundesrepublik zu Recht besteht, die gefördert und nicht geschwächt werden sollte. Auch Beifall von der falschen (rechtsextremen und allgemein antijüdisch-rassistischen) Seite und eine politische Isolation ist zu befürchten.

Dies scheint palästinensischen und israelischen Vertretern der BDS-Kampagne durchaus bewusst zu sein, wie beispielsweise dem Publizisten Omar Barghouti. Er plädiert daher für Deutschland dafür, besonders die deutschen Waffenexporte zu thematisieren und sie öffentlich zu kritisieren. Und er tritt dafür ein, gegen jegliche deutsche Wirtschaftskooperation mit israelischen Siedlungen zu protestieren.

Über 100 europäische Nichtregierungsorganisationen unterstützen einen Aufruf, in dem die Aufwertung der Beziehungen zwischen der EU und Israel zum gegenwärtigen Zeitpunkt kritisiert und für eine Aussetzung des Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Israel plädiert wird. Schließlich ist die EU-Vereinbarung mit Syrien auch für eine gewisse Zeit auf Eis gelegt worden. Was zeigt, dass so etwas möglich ist.

Gewinnen kann der gewaltfreie Widerstand nur, wenn er internationale Unterstützung bekommt.



Links zum Thema:
www.bilin-village.org,
www.bilin-ffj.org
www.palsolidarity.org,
www.almubadara.org,
www.freegaza.org,
www.alternativenews.org.

Frieden im Nahen Osten?

Interview: Martin Forberg



Interview mit dem
israelischen Friedensaktivisten
Michael Warschawski

Der Publizist Michael Warschawski ist seit Jahrzehnten in der israelischen Friedensbewegung aktiv: Unter anderem hat er das „Alternative Information Center“ (AIC) in Jerusalem gegründet, eine israelisch-palästinensischen Organisation, die sich gegen die israelische Besatzung engagiert und gleichzeitig Recherchearbeit leistet.

Herr Warschawski, gegen internationale Proteste hat Israel gerade den Ausbau einer jüdischen Siedlung im Westjordanland beschlossen. Warum hält Israel an solchen Plänen fest, die einen Frieden mit den Palästinensern erschweren?

Michael Warschawski: Es gibt keinen Verhandlungsprozeß zum Frieden. Es gibt nur einen fortschreitenden Prozeß der Kolonisierung des Westjordanlands. Der Ausbau der Siedlungen ist Teil einer umfassenden Strategie. Insbesondere die Regionen, die nahe der „Grünen Linie“ liegen, will Israel de facto annektieren. Und das geht am Besten, indem man vollendete Tatsache zu schafft.

Unter den Siedlern gibt es ja große Unterschiede: die einen leben nur in den Siedlungen, weil es dort billiger ist – andere, wie in Hebron, aus religiöser Überzeugung. Erleichtert das eine politische Lösung?

Die Mehrheit der Siedler lebt definitiv nur aus ökonomischen Gründen dort. Für die meisten von ihnen ist das die einzige Möglichkeit, zu einem günstigen Preis an ein hübsches Eigenheim zu kommen – das könnten sie sich weder in Jerusalem noch in Tel Aviv leisten. Wenn man ihnen eine vergleichbare Alternative oder eine Entschädigung anböte, würden sie gehen.

Kann die internationale Gemeinschaft da nicht ein wenig nachhelfen?

Schauen Sie sich das Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag über die Mauer an. Es hat sich mit der Siedlungspolitik im Westjordanland beschäftigt und festgestellt, dass diese eklatant dem Völkerrecht widerspricht. Was will man

mehr? Was fehlt, ist die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft, dieser Einsicht auch Taten folgen zu lassen. Die gab es schon in der Vergangenheit nicht – und heute erst recht nicht.

Warum ist das so?

Das ist so, weil die Europäer heute fast alle auf die amerikanische Linie eingeschwenkt sind. Ich denke, das hat mit der Erweiterung der EU um Länder wie Polen und Tschechien zu tun, die sich stärker an den USA orientieren. Aber auch Staaten wie Italien, Frankreich und Spanien haben ihre Außenpolitik verändert.

Wer hat denn die Macht in den besetzten Gebieten – die Regierung oder die Armee?

Dort regiert de facto die Armee – und die ist strukturell eng mit den Siedlern verbunden. Es gibt meiner Meinung nach einen Masterplan für die Kolonisierung des Westjordanlands, der auf Ariel Sharon zurück geht. Er hat diese Politik über mehr als 30 Jahre hinweg gestaltet.

Wer führt seine Politik fort?

Die Armee – und die Regierung unterstützt sie dabei. Scharon war, wie schon Staatsgründer Ben Gurion, dagegen, dass Israel eine endgültige Grenze definiert. Beide hatten einen klaren Plan. „Unsere Grenze verläuft da, wo wir den letzten Baum pflanzen“, lautet ein berühmtes Statement von Ben Gurion, das Scharon immer wiederholt hat. Oder, wie Scharon es ausdrückte: „Der Unabhängigkeitskrieg ist noch nicht zuende“. Er wollte für die nächsten 50 Jahre kein Friedensabkommen mit den Palästinensern – um in dieser Zeit Tatsachen zu schaffen.



Michael Warschawski

Und was in zwei oder drei Generationen geschieht, wissen wir nicht. Vielleicht wird Palästina dann ein Teil Jordaniens sein? Oder Israel ein Teil von Zypern?

Und was hatte er mit den Palästinensern vor?

Scharon war klar, dass sie sich nicht, wie 1948, einfach vertreiben lassen würden. Also war er dafür, die Palästinenser in isolierten Zonen leben zu lassen und ihnen eine begrenzte Form der Souveränität zu geben – einen Kanton in Jenin, in Nablus oder in Ramallah. Er sagte ihnen: „Das ist euer Land, ihr könnt es Staat, Reich oder Königreich nennen, wie immer ihr wollt. Aber ich, Sharon, baue weiter Siedlungen, pflanze Bäume und israelisiere den übrigen Raum“.

Was sagt die Mehrheit der Israelis dazu?

Die meisten Israelis interessieren sich einfach nicht dafür. Wie viele andere koloniale Gesellschaften auch, haben wir eine Kolonialverwaltung, über deren interne Vorgänge selbst Teile der Regierung nicht informiert sind. Ich bin sicher, viele Minister wissen nicht, wo die „Grüne Grenze“ verläuft. Die Armee weiß das dagegen sehr genau.

Ist eine Zwei-Staaten-Lösung überhaupt noch realistisch? Immer mehr zweifeln daran.

Die Frage ist falsch gestellt. Es ist ja nicht so, als ob man in den Supermarkt geht, und dort entweder eine große Flasche Bier oder drei kleine kauft. Die Frage ist vielmehr, ob man an eine kurzfristige Einigung glaubt – dann wird es auf eine Teilung hinaus laufen, indem neben Israel ein palästinensischer Staat entsteht. Oder ob man meint, dass sich diese Option erübrigt hat. Dann bleibt nur noch die langfristige Perspektive übrig. Und was in

zwei oder drei Generationen geschieht, wissen wir nicht. Vielleicht wird Palästina dann ein Teil Jordaniens sein? Oder Israel ein Teil von Zypern?

Glauben Sie das wirklich?

Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, dass keine Situationen unveränderbar ist. Die französische Kolonialherrschaft über Algerien endete nach 130 Jahren. Warum soll die Besatzung der Westbank da unüberwindbar sein?

Weil einflussreiche Interessensgruppen in Israel das nicht wollen.

Es kommt darauf an, was die Palästinenser wollen. Und in ihren Köpfen ist der Wunsch nach einem eigenen Staat nach wie vor sehr lebendig. So lange die große Mehrheit der Palästinenser einen solchen Staat für möglich hält – so lange ist er möglich.

Wenn man den Machtkampf zwischen Fatah und Hamas betrachtet: zerfleischen sich die Palästinenser nicht inzwischen selbst?

Auch wenn manche Szenen, die man in Gaza sehen konnte, schwierig sind: das Maß an innerpalästinensischer Gewalt ist relativ gering, wenn man es mit anderen Weltgegenden vergleicht. Ich denke, es wird absichtlich dramatisiert. Außerdem hat es nichts mit Hamas zu tun. Immerhin war es der pro-amerikanische Flügel von Fatah, der versucht hat, die Hamas im Gazastreifen mit militärischen Mitteln zu stürzen, was zur jetzigen Situation geführt hat.

Aber die Raketen, die aus dem Gaza-Streifen auf israelische Städte wie

Sderot und Aschkelon fliegen, liefern der israelischen Armee doch nur einen Vorwand für ihre militärischen Aktionen. Außerdem sind sie unmoralisch, weil sie die Zivilbevölkerung treffen.

Ja, sie sind kontraproduktiv – so, wie es die Selbstmordanschläge waren. Aber sie sind in gewisser Weise unvermeidbar. Wenn einem alle anderen Wege des Widerstands verschlossen bleiben – was soll man machen? Was machen Gefangene, wenn sie eine Gefängnis-Revolt anzetteln? Sie schmeißen Matratzen und Stühle aus dem Fenster. So ähnlich ist es im Gaza-Streifen. Nur, dass es in diesem Fall selbst gebastelte Qassam-Raketen sind.

Gibt es denn keine Chance auf einen Waffenstillstand?

Sie stellen die Frage so, als ob es die palästinensischen Angriffe mit Qassam-Raketen auf Israel zur Blockade des Gaza-Streifens geführt hätte. Es verhält sich aber genau umgekehrt. Ob es einen Waffenstillstand gibt oder nicht, das war in den letzten 30 Jahren immer Israels Entscheidung. Und meistens hat man sich entschieden, diese Angebote zu sabotieren.

Wäre gewaltloser Widerstand nicht eine sinnvolle Option?

Um ehrlich zu sein – mir gefällt dieses Konzept eines speziellen gewaltfreien Widerstands nicht. Ist der übrige Widerstand etwa gewaltsam? Wir haben symbolische gewaltfreie Aktionen an zahlreichen Orten. Der diplomatische Kanal ist doch versperrt, weil die internationale Gemeinschaft kein Abkommen erzwingt oder voranbringt. Die Tatsache, dass sich Mahmud Abbas alle paar Wochen mit Herrn und Frau Olmert trifft, um ihren Kuchen zu essen, ist absurd – vielleicht ist das Masochismus? Denn die Kolonisierung und der Ausbau der Siedlungen in der Westbank – auch das ist eine Form der Gewalt. Selbst die Road Map ist in diesem Punkt absolut klar: als erster Schritt muss jede Form von Gewalt und jeder Siedlungsbau eingestellt werden. In meinen Augen ist es darum Israel, dass seine Aggression fort setzt – und damit entscheidet, ob es einen Waffenstillstand gibt oder nicht.

Addameer Prisoner Support and Human Rights Association

Addameer ist eine palästinensische Gefangenenhilfsorganisation mit Sitz in Ramallah.
Übersetzung: Doris Nedelmann



Seit 1967 haben israelische Behörden 700.000 Personen in den Besetzten Gebieten inhaftiert

Im Juni 2008 veröffentlichte die Gefangenenhilfsorganisation Addameer (Gewissen) eine hier gekürzt dokumentierte Protesterklärung zur Situation palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen.

Während der Vernehmungen werden die Inhaftierten vom Schlafen abgehalten, was in einigen Fällen durchgehend bis zu 48 Stunden dauerte. Vernehmungsbeamte zwingen sie, für lange Zeiträume in schmerzhaften Positionen (Shabeh) zu verharren, manchmal 24 Stunden lang hintereinander. Die Inhaftierten werden in Zellen von 1 mal 2,50 Metern eingesperrt und im Winter kalter Zugluft ausgesetzt zusätzlich zu kalten Wassergüssen über die Köpfe. Einige werden von der Toilettenbenutzung abgehalten, während andere bloßgestellt werden und über ärztliche Versorgung verhandeln müssen.

Schläge sind die Routinebegleitung jeder Haft und Vernehmungsprozedur. Eine weitere Praxis ist die Verhaftung von Familienmitgliedern und nahen Verwand-

ten, die zu den Vernehmungszentren gebracht werden, um die Inhaftierten unter Druck zu setzen. Diese und viele andere Praktiken werden in einer breiten systematischen Weise von den Vernehmungsbeamten und dem Militär gegen palästinensische Häftlinge angewandt.

In den Gefängnissen wird eine Serie von Verletzungen der Rechte der Gefangenen verübt. Diese umfassen, sind aber nicht beschränkt auf, die Isolierung in dunklen Zellen, körperlich grausame Befragungen, Verhinderung von Familienbesuchen, Auferlegung von Geldstrafen, Konfiszierung persönlicher Habe, Verbot von Erholungszeiten etc. Von besonderer Bedeutung bei dieser Verfahrensweise ist die absichtliche Vernachlässigung ausreichender Gesundheitsfürsorge. Allein in 2007/2008 starben insgesamt acht inhaftierte Palästinenser wegen fehlender ärztlicher Versorgung. Die Zunahme der Zahl derer, die hinter Gittern sterben, reflektiert den Kern der grausam harten Realität und der Haftbedingungen zusätzlich zu der Taktik der Vernachlässigung der Gesundheitsfürsorge.

Das Damun Gefängnis in der Nähe von Haifa war 1922 unter britischem Mandat als Tabak-Lagerungsgelände erbaut worden. Heute werden in diesem Gefängnis 77 inhaftierte palästinensische Kinder festgehalten, wo nicht einmal die Minimalstandards für Gesundheit, Hygiene und menschenwürdige Lebensbedingungen vorhanden sind. Dies ist ein einfaches Beispiel für die Haftbedingungen von Palästinensern seitens der israelischen Behörden.

Foto:
Martin Link
Altstadt Jerusalem 2003



Die Nachrichtenagentur Ma'an veröffentlichte am 5. Mai 2008 einen Bericht, der die Auswirkungen der israelischen Besetzung in Palästina statistisch festhält.

Statistikbericht palästinensischer Opfer

Seit September 2000 tötete die israelische Besatzungsmacht mehr als 6.000 Palästinenser, allein für das vergangene Jahr belief sich die Anzahl der Opfer der militärischen Aggressionen auf 1.400 Zivilisten.

In dem Zeitraum vom 28.09.2000 bis zum 30.06.2006 wurden 4.464 Tote und 47.440 Verletzte verzeichnet. Unter diesen befanden sich 826 Kinder unter 18 Jahren. Israelische Besatzungstruppen töteten gezielt 455 Einwohner.

Der Bericht dokumentierte weiter, dass in den vergangenen zehn Jahren jeder vierte Palästinenser festgenommen wurde. Israel verhaftete seit 1967 bis zum März 2008 650.000 Palästinenser. Allein seit dem Jahr 2000 wurden 40.000 Zivilisten willkürlich verhaftet, davon sind bis heute noch 9.400 in 30 israelischen Gefängnissen oder Lagern. 421 Häftlinge befinden sich dort seit mehr als 10 Jahren und 7 Inhaftierte seit mehr als 25 Jahren. Wie die Statistik weiter festhält, zerstörten Besatzungstruppen seit 2000 insgesamt 443 Häuser, mehr als 3.000 Personen wurden obdachlos. Für das Jahr 2004 wurden 329 Häuserzerstörungen gemeldet, von diesen befanden sich 154 in Ost-Jerusalem. Bis Mitte Mai 2006 haben militärische Befehlshaber 12 Schulen und Universitäten schließen lassen. 1.125 Schulen und weitere Bildungsinstitutionen mussten zeitweise ihren Betrieb einstellen. Weitere 359 Bildungseinrichtungen wurden bombardiert. Die Besatzungsmacht besetzte insgesamt 43 Schulen und benutzte diese als militärische Stützpunkte.

Israelische Bulldozer vernichteten bis Ende April 2005 mehr als 76.860 Dunum fruchtbares Ackerland, vernichteten 1.355.290 Millionen Bäume, 770 Getreidekammern und 756 Viehställe. Während dieser Angriffe wurden 14.749 Schafe und Ziegen, 12.132 Kühe, 15.256 Bienenstöcke und 403 Brunnen zerstört.

Im Vergleich hierzu sind seit 1840 knapp 3.900 Israelis ums Leben gekommen.

Quelle: Ma'an; 05. Mai 2008

Seit 1967 haben die israelischen Besatzungsmächte mehr als 700.000 Palästinenser verhaftet und inhaftiert. Heute gibt es ca. 9.500 palästinensische Gefangene und Inhaftierte in israelischen Gefängnissen, Haftzentren und Gefangenlagern. Davon verbrachten 278 mehr als 15 Jahre hinter Gittern, 14 waren über 25 Jahre gefangen und 2 über 30 Jahre lang inhaftiert. Zusätzlich dazu werden 803 Inhaftierte in sogenannter Verwaltungshaft gehalten, 327 inhaftierte Kinder, 75 weibliche Inhaftierte und Gefangene (fünf davon in Verwaltunghaft) und 46 gewählte Parlamentarier.

Das International Humanitarian Law (IHL) benannte und klärte viele der schweren Straftaten, die als „grave breaches“ (schwerwiegende Verstöße) beim IHL bekannt sind, wonach Täter vor Gericht gebracht und für ihre Aktionen bestraft werden müssen, seien sie Individuen oder Staaten. Folter und unmenschliche Behandlung von Gefangenen gehören zu diesen schwerwiegenden Verstößen; illegale Inhaftierung und vorsätzlich ungerechtfertigte Zerstörung von Besitzungen sind weitere Beispiele.

Während der Razzien wird von den israelischen Besatzungsmächten (IOF) scharfe Munition außerhalb oder in Häusern von Zivilisten abgefeuert, selbst wenn sich keine bewaffneten Palästinenser in der Nachbarschaft befinden. Im Jahr 2007 dokumentierte Addameer 24 Fälle von scharfem Beschuss auf Häuser bei der Festnahme unbewaffneter palästinensischer Zivilisten. In anderen Fällen von Verhaftungsrazzien benutzen die IOF Verwandte und/oder Nachbarn als menschliche Schutzschilde.

Das Entleeren von Hunden ist eine weitere Praxis der ausgebildeten „Polizei“ (lies: „Militär“). Das hat in vielen Fällen zu schweren Verletzungen von Familienmitgliedern, einschließlich Kindern geführt, die bei zahlreichen Gelegenheiten von Hunden angegriffen und gebissen wurden. Eine weitere Praktik ist die Zerstörung von Häusern und Besitzungen während der Verhaftungsrazzien. Allein im Jahr 2007 dokumentierte Addameer 45 Fälle derartiger Bestrafungen.



Foto:

Fotoworkshop Freedom Theatre
Jenin 2008

„Ich liebe es, Häuser abzureissen“

Jeff Halper ist der Koordinator des Israeli Committee Against House Demolitions (www.icahd.org). Zusammengefasst von Veit Raßhofer.



Häuserabrisse in Ostjerusalem

Viele Maßnahmen der israelischen Besatzungskräfte entgehen der öffentlichen Aufmerksamkeit. Eine davon ist der fortdauernde Abriss von Häusern, von denen die meisten angeblich illegal errichtet wurden. Doch in Jerusalem ist es für Palästinenser fast unmöglich, Baugenehmigungen zu erhalten.

Es war nur eine weitere dieser alltäglichen Tragödien, die nie publik werden. Um acht Uhr morgens bekamen wir beim ICAHD (dem Israelischen Komitee gegen Hausabbrüche) einen Anruf, dass die Grenzpolizei, reguläre Polizisten und Planiertraupen der Stadt Jerusalem sich unterhalb des palästinensischen Dorfes Anata sammelten. Die israelischen Behörden, die für die Zerstörung palästinensischer Häuser verantwortlich zeichnen – die Stadtverwaltung und das Innenministerium in Jerusalem, die „Zivil“-Verwaltung in der Westbank und die Armee – geben keine Vorwarnungen, auch nicht den Familien selbst. Zehntausende palästinensischer Familien müssen mit Abrissverfügungen leben. Alleine in Ostjerusalem, wo ein gutes Drittel aller palästinensischen Häuser dem jederzeit drohenden Abbruch entgeht, sind es etwa 22000.

Als wir aber an diesem Morgen den Anruf bekamen, wussten wir genau, welches Haus zuerst „in Angriff“ genommen werden würde: das der Familie Hamdan. Dort wohnen der 70-jährige Hassan Hamdan, seine 60-jährige Frau Nasiha, ein Sohn mit Frau und drei Kindern, dazu ein weiterer Sohn. Wir hatten das Haus im vergangenen Sommercamp des ICAHD, bei dem sich israelische und internationale Friedensaktivisten mit den Palästinensern zusammaten, zum zweiten Mal wiederaufgebaut – als Akt politischen Widerstandes gegen die Besatzung.

Abbruch morgens um halb sieben

Wir waren schon beim ersten Abbruch anwesend gewesen. Damals, an einem kalten und regnerischen Tag im November 2005, eilten wir morgens um halb

sieben nach Anata. Als wir ankamen, war der Ort des Geschehens schon abgesperrt. Aus der Entfernung sahen wir einen Bulldozer die Häuser niederreißen, nichts als einen Haufen Schutt zurücklassend. Die verzweifelten Familien standen inmitten ihres Hab und Guts im gefrierenden Regen, ohne zu wissen, wohin sie gehen sollten, wo sie an diesem Abend schlafen würden, wie sie ohne Zuhause und ohne finanzielle Mittel überleben könnten. Später erfuhren wir, dass am gleichen Tag fünf weitere Häuser abgerissen worden waren. Das Haus einer anderen Familie erlitt ein noch groteskeres Schicksal: Ein gerichtlicher „Kompromiss“ legte fest, dass die Familie eine Hälfte ihres Hauses mit eigenen Händen abreißen müsse, wohingegen die andere versiegelt werden sollte. Währenddessen sollte die Familie versuchen, eine Baugenehmigung einzuholen.

Spontane Protesthandlung

Nur ein kleiner, dabei aber verstörender Vorfall unterschied den erneuten Abriss von der normalen Routine. Während Shaadi Hamdan, der zweite, unverheiratete Sohn, und ich vor dem Haus standen, wurden wir von einem schlanken, blonden Grenzpolizisten angesprochen. „Ich wurde dazu geboren, palästinensische Häuser abzureissen,“ meinte er spöttisch, ein breites Grinsen auf dem Gesicht. „Ich liebe es, Häuser abzureissen. Ich wache morgens auf und bin hungrig danach, Häuser abzureissen.“ Dann ging er weg. Ich kann die Mischung aus Ärger, Fassungslosigkeit und Resignation, die sich in Shaadis Gesicht zeigte, gar nicht beschreiben.

Dann bemerkte ich, dass die zwangsweise Räumung des Hauses endete und



der Abriss gleich beginnen würde, und ergriff die Gelegenheit. Ich rannte in das Haus, in eine Ecke, in der früher die Küche war, bevor die überraschte Grenzpolizei reagieren konnte. Der Chef der Polizeieinheit kam zu mir herangestürmt und befahl mir, das Haus zu verlassen.

Mein Gewissen als Israeli, als Jude und als Mensch verbiete mir, diese illegale und unmoralische Handlung zu gestatten, erwiderte ich ihm. Ich informierte ihn darüber, dass ich ihn in zivilen Gewahrsam nähme, wegen Verletzung des Artikels 53 der Genfer Konvention, der den Abriss von Häusern in besetzten Gebieten untersagt. Dann forderte ich die ihn begleitenden Polizisten auf, ihn zu verhaften. Aufgebracht und erbost ließ er mir die Hände fesseln und mich mit Gewalt aus dem Haus werfen.

Polizei und Soldaten standen herum, lachten, aßen Sandwiches und tauschten die neuesten Sportnachrichten aus. Da sie so abgelenkt waren, sprang ich auf und rannte in Richtung des Bulldozers. Die Polizisten verfolgten mich und rangen mich zu Boden. Wütend über diese weitere Herausforderung seiner Autorität ließ mir der Chef enge Metallhandschellen anlegen und mich den Hügel hinab zu einem Polizeiwagen bringen. Außer einigen Blessuren passierte mir nichts. Der „zum Demolieren geborene“ Grenzpolizist bewachte mich, wobei er seine Genugtu-

ung über die Geschehnisse des Tages zum Ausdruck brachte.

Privilegierte Situation widerständiger israelischer Juden

Wir israelische Juden sind in einer privilegierten Situation. Wir wissen, dass Polizisten oder Soldaten nicht auf uns schießen, uns nicht schlagen, uns nicht lange einsperren, und so können wir Dinge tun, die die Palästinenser nicht tun können. Hätte Shaadi das gemacht, was ich tat, wäre auf ihn geschossen worden.

Wir kennen auch eine andere traurige Tatsache: dass niemand die Abbruchaktionen, die fast täglich in Jerusalem, der Westbank und, ja, auch in Gaza stattfinden, zur Kenntnis nimmt, solange nicht ein Israeli dramatische Aktionen unternimmt. Ich wurde an diesem Tag von Journalisten aus Südafrika bis Norwegen interviewt. Ich versuchte, meine Handlungen in einen größeren Kontext einzubetten, zu betonen, dass meine Erfahrungen verblassten gegenüber dem Verbrechen, das die israelischen Behörden gegenüber den Hamdans verübt hatten. Aber: nur die Verhaftung eines Israelis hat Nachrichtenwert; das Leid der Palästinenser, genauso wie ihr Anrecht auf Gerechtigkeit, wird ignoriert.

Die Familie Hamdan steht jetzt hoch verschuldet und ohne eigenes Zuhause da. Sie lebt auseinandergerissen bei Verwandten. Wir haben angeboten, das Haus wieder aufzubauen, aber Shaadi sagt, er würde diesen nicht enden wollenden Kreislauf aus Abriss und Wiederaufbau nicht mehr aushalten. Nicht in der Lage oder nicht willens, das Land zu verlassen – worauf die israelische Abbruchpolitik alleine abzielt –, wird er sich auf seinen Beruf als Tischler konzentrieren und versuchen, genug zum Leben zu verdienen. Unsichtbar, wie Millionen andere. Angesichts des Ausmaßes der Abbruchpolitik ist es unwahrscheinlich, dass wir weiter in Kontakt bleiben.

Abbruchpolitik zum Thema machen

Angesichts der 18000 Häuser, die in den Besetzten Gebieten seit 1968 abgerissen wurden, und den Tausenden anderen, die davon bedroht sind, werden wir unser Bestes tun, Widerstand zu leisten. In den vergangenen elf Jahren haben wir etwa 150 Häuser wiederaufgebaut, ein Tropfen auf den heißen Stein nur, aber bedeutsam in Hinblick auf die politische Wirkung. Der ICAHD war erfolgreich darin, die Abbruchpolitik bei Regierungen und NGOs auf der ganzen Welt zum Thema zu machen.

Der Abbruch des Hauses der Hamdans erinnert uns daran, dass Israel weiter Tag für Tag die Besatzung verschärft, durch den Abriss palästinensischer Häuser, die Enteignung ihres Landes, Siedlungsbau, den Aufbau eines Straßensystems, das israelischen und palästinensischen Verkehr trennt, die Errichtung der Mauer und Hunderte andere Maßnahmen, die der öffentlichen Aufmerksamkeit entgehen – alles unter Verletzung der Roadmap, von der die USA und Europa behaupten, dass sie sich ihr so verpflichtet fühlen.

*Foto: Martin Link
Demolierter Rohbau in Jerusalem, Juni 2008*

Von Einwanderung gezeichnet

Veit Raßhofer arbeitet bei der Redaktion von Zenith - Zeitung für den Orient und wohnt in Hamburg.



Die Geschichte Israels ist eine Geschichte der Einwanderung trotz Abschottung

Die Geschichte des Staates Israel ist bis heute eine Geschichte der Immigration und der Abschottung. Ob das so bleiben kann, ist aber fraglich.

Der Anteil der Einwanderer an der Gesamtbevölkerung Israels betrug im Jahr 2006 33,8 Prozent. Damit dürfte Israel weltweit das am stärksten von Immigration geprägte Land sein. Die Geschichte der jüdischen Einwanderung geht dabei bis in die 80er Jahre des 19. Jahrhunderts zurück. In Israel wird diesbezüglich von „Alija“, Plural „Alijot“, gesprochen. Bis 1948, bis zur Gründung des Staates Israel, werden fünf Alijot unterschieden.

So kamen von 1882 bis 1903 ca. 25.000 osteuropäische Juden nach Palästina – sie flohen vor Diskriminierung und Pogromen (erste Alija). Von 1904 bis 1914 folgten ca. 40.000 Neueinwanderer, die hauptsächlich aus Russland stammten und anders als die früheren Immigranten vorwiegend aus der Arbeiterschaft stammten. Hier kamen auch sozialistisch orientierte politische Flüchtlinge ins Land (zweite Alija).

Vor der Einwanderung hatte es vereinzelte jüdische Gemeinden gegeben, die zusammen etwa 20.000 Angehörige

hatten. Die dritte Alija von 1919 bis 1923 brachte wieder vorwiegend Siedler aus Osteuropa, vor allem aus Polen und der Sowjetunion, in das damalige britische Mandatsgebiet (offiziell ab 1922). Die vierte Alija schloss sich direkt daran an, sie führte bis 1931 zum Zuzug von etwa 80.000 Immigranten, auch sie vorwiegend aus Polen und dem Gebiet der Sowjetunion. Die fünfte Alija war größer als alle zuvor – zwischen 1932 und 1939 immigrierten etwa 200.000 Menschen, die vor allem vor der Verfolgung im Dritten Reich flohen. Zwischen 1939 und 1945 konnten sich ca. weitere 70.000 europäische Juden durch die Flucht nach Palästina dem Zugriff der Nazis entziehen. Kurz vor der Ausrufung des Staates Israel lebten ca. 600.000 Juden in Palästina.

Streit um Landbesitz

Während die Bevölkerung dort noch zu Anfang des 20. Jahrhunderts stark gemischt war, hatte sich inzwischen eine jüdisch-zionistische Gesellschaft mit einem



Foto Martin Link:
Jerusalem, Altstadt, Juni 2008

1989 fand eine Zäsur statt: Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion setzte eine bis dato nicht gekannte Einwanderungswelle von Juden aus dem ehemaligen Ostblock ein, die – die Angehörigen mitgerechnet – bis heute etwa 1,3 Millionen Menschen nach Israel brachte.

eigenständigen Wirtschaftssektor herausgebildet. Schon in der zweiten Dekade des 20. Jahrhunderts war es zu Unruhen zwischen Juden und Arabern gekommen, die sich vor allem um strittigen Landbesitz drehten. In den 30er Jahren hatten sich diese Spannungen verschärft. Von 1936 bis 1939 war es zu einem arabischen Aufstand gekommen, bei dem etwa 5.000 Araber/Palästinenser, 400 Juden und 200 Briten ihr Leben verloren.

Direkt nach der Unabhängigkeitserklärung Israels vom 14. Mai 1948 kam es zum Krieg mit den arabischen Nachbarstaaten. Schon am 9. April 1948 war es im Dorf Deir Yassin zu einem Massaker an Palästinensern gekommen, das von der vom späteren Ministerpräsidenten Begin geleiteten Terrororganisation „Irgun“ verübt wurde. Bis zu 120 Bewohner des Ortes starben, darunter Frauen, Kinder und Alte. Nach mehr als einem Kriegsjahr trug Israel den Sieg davon – zwischen 600.000 und 800.000 Palästinenser verloren gleichzeitig ihre Heimat, sie flohen und wurden vertrieben.

Etwa 150.000 Palästinenser, die im Staatsgebiet Israels ausgeharrt hatten, bekamen die israelische Staatsbürgerschaft. Direkt nach dem Krieg emigrierten Zehntausende europäischer Juden nach Israel, gleichzeitig hatte eine Masseneinwanderung orientalischer Juden eingesetzt, die aus ihren Heimatländern Iran, Irak, Marokko und Jemen zum überwiegenden Teil vertrieben worden waren. Zwischen 1948 und 1952 kamen mehr als 600.000 jüdische Immigranten in den neuen Staat. Dann flachte die Zahl der Einwanderer ab, doch immerhin zogen in den Jahren von 1960 bis 1989 ca. 15.000 jüdische Neubürger nach Israel.

In den Jahren 1984/85 und 1991 wurden etwa 20.000 äthiopische Juden über den Sudan nach Israel gebracht. 1989 fand eine Zäsur statt: mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion setzte eine bis dato nicht gekannte Einwanderungswelle von Juden aus dem ehemaligen Ostblock ein, die, die Angehörigen mitgerechnet, bis heute etwa 1,3 Millionen Menschen nach Israel brachte.

Die Mizrahim am Rand der Gesellschaft

In Israel trafen immer kulturelle Einflüsse aus aller Welt aufeinander. Doch wurde dies lange nicht wahrgenommen, es passte nicht in das ideologische Selbstbild. So ist es kein Zufall, dass das Einwanderungsministerium „Ministry of Immigrant Absorption“ heißt. Es sollte um die Anpassung der Einwanderer an das zionistische Gemeinwesen gehen. Doch war das eigentlich schon seit der Zeit der Staatsgründung eine Vorstellung, die nicht den Realitäten entsprach. Die damals eingewanderten orientalischen Juden, die Mizrahim, standen bis in die 80er Jahre als marginalisierte Gruppe da. Die von europäischen Juden geprägte Gesellschaft hatte lange Schwierigkeiten, die eigenständige Kultur und Lebenserfahrung der Mizrahim anzuerkennen.

Mehr als 50 Jahre nach der Einwanderung der Mizrahim zeigen statistische Untersuchungen immer noch signifikante Unterschiede: 29,1 % der männlichen Arbeitskräfte, die einen Mizrahi-Vater haben, gehörten 2006 der Berufsgruppe von Akademikern sowie Fach- und Führungskräften an, 39,5 % der der gelernten und ungelerten Arbeiter. Unter denen, deren Vater in Israel geboren wurde, gehören 41,8 % der ersten Gruppe und 25,9 %

der zweiten an. Deutlicher noch der Unterschied gegenüber denen, die einen europäischen oder amerikanischen Vater haben: Hier sind 53,6 % in der ersten und nur 22,9 % in der zweiten Gruppe zu finden. Bei den Arbeitskräften, die nicht der jüdischen Religion zugehörig sind – also vor allem bei israelischen Palästinensern – ist die Lage allerdings nochmals deutlich schlechter: nur 14,9 % zählen hier zu Akademikern sowie Fach und Führungskräften, 66,7 % sind dagegen gelernte und ungelerte Arbeiter. Dazu ist die Einkommensschere zwischen diesen Bevölkerungsgruppen von 1990 bis 2004 stetig gewachsen.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion als Zäsur

Die Einwanderer, die seit 1990 aus Osteuropa kamen, trafen auf eine andere Lebenswirklichkeit als die Mizrahim in den 50er Jahren. Allein ihre Anzahl brachte es mit sich, dass sie sich – von Ausnahmen abgesehen – schnell als eigenes Segment in der israelischen Gesellschaft etablieren konnten – mit eigenen Parteien, russischsprachigen Medien und einem vielgestaltigen Kulturleben. Mit den Aussiedlern aus Osteuropa wurden mindestens 200.000 Menschen eingebürgert, die nicht der jüdischen Religion angehören – vor allem Angehörige jüdischer Neubürger.

Die äthiopischen Juden dagegen wurden nach ihrer Ankunft in Israel intensiv betreut und teils auch bevorzugt gefördert. Auf der anderen Seite trafen gerade sie, die sich in ihrer Kultur, ihrem Aussehen sowie ihrem religiösen Ritus so offensichtlich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden, auch auf massive religiöse und rassistische Vorurteile.

Als zu Beginn der 90er Jahre Westbank und Gaza immer öfter abgesperrt wurden, trat in verschiedenen Sektoren der israelischen Wirtschaft – zu nennen sind hier vor allem die Baubranche und die Agrarindustrie – lähmender Arbeitskräftemangel auf. In den 1980ern hatten teilweise über 100.000 Palästinenser aus den besetzten Gebieten in Israel gearbeitet. Zuerst versuchte man, sie durch die russischstämmigen Immigranten zu ersetzen, was aber nicht erfolgreich war, da die zu besetzenden Stellen im Niedriglohnbereich angesiedelt waren. 1991 wurde daraufhin ein Gesetz zur Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer erlassen. Deren Zahl stieg bis 2002 kontinuierlich, bis

etwa 250.000 „Gastarbeiter“ eingesetzt wurden. Die Regierung gab das Ziel aus, bis 2008 alle palästinensischen Arbeiter „aus Sicherheitsgründen“ zu ersetzen – was aber wohl nicht komplett durchgesetzt wurde.

In fünf Branchen dürfen ausländische Arbeiter eingesetzt werden: im Bausektor, der Landwirtschaft, in der Industrie, im Gastronomiebereich und bei der häuslichen Pflege. Die meisten Bauarbeiter stammen aus der Türkei, China und Rumänien. Als Pflegekräfte werden hauptsächlich Frauen von den Philippinen und aus Nepal rekrutiert. Die Agrararbeiter stammen vorwiegend aus Thailand.

Missbrauch bei der Anwerbung ausländischer Arbeiter

Die Anwerbung und Beschäftigung dieser Arbeitskräfte übernahmen israelische und internationale Agenturen. Begünstigt durch fehlende Kontrolle gab es Missbrauch in großem Ausmaß. So wurden die gesetzlichen Vorgaben bezüglich der Vermittlungsprovisionen meist nicht beachtet. Während legalerweise nur einige Hundert US-Dollar erlaubt sind, wurden nach Angaben von Organisationen, die sich für die Rechte der ausländischen Arbeitnehmer engagieren, für die Beschaffung der begehrten Arbeitserlaubnis Thailändern im Schnitt zwischen 8.000 und 10.000 US-Dollar abverlangt, chinesischen Arbeitern sogar zwischen 16.000 und 18.000 US-Dollar.

Noga Dagan-Buzaglo schrieb dazu im Januar 2007: „Über die Jahre hinweg kam ein besonders düsteres Bild der Anwerbestrategien und der schlechten Arbeitsbedingungen zu Tage (...). Pässe wurden von den Vermittlern einbehalten, Löhne unter kompletter Missachtung des gesetzlichen Mindestlohnes bezahlt, Arbeitszeiten von 12 Stunden und mehr ohne Überstundenausgleich abverlangt, es herrschten unhaltbare Lebensumstände vor, und die Arbeiter wurden gleichsam an ihre Arbeitgeber gekettet.“ 2004 wurden erste Schritte zur Verringerung der Abhängigkeit der Arbeitnehmer von Vermittlern und Arbeitgebern eingeleitet, eine grundsätzliche Reform steht aber noch aus.

Die Aufenthaltserlaubnis ist strikt an die Arbeitsstelle geknüpft. Geht letztere verloren – aus welchen Gründen auch



immer – ist auch das Aufenthaltsrecht verwirrt. Vor allem dadurch kam es zu einer relativ großen Anzahl von Migranten, die ohne Aufenthaltserlaubnis in Israel leben, nach Schätzungen zwischen 80.000 und 120.000. Seit 2002, als sich die Arbeitslosigkeit im Land erhöhte, änderte die Regierung ihre Politik gegenüber dieser Gruppe. Bis dahin waren sie geduldet worden, nun wurde die „Immigration Police“ gegründet, und man schob in den Jahren 2003 und 2004 jeweils mehr als 1.500 Menschen ab. Dass allein die Arbeitslosigkeit ausschlaggebend war, bezweifelt der Politologe Jan Schneider, Mitarbeiter der Migration Research Group am Hamburgischen Weltwirtschaftsarchiv: „Die wahren Gründe für den Kurswechsel dürften indes in der Erkenntnis gelegen haben, dass es sich bei der Gastarbeitermigration nicht wie erwartet um ein vorübergehendes Phänomen handelte,“ schrieb er 2008.

Seit vergangenem Jahr gibt es in Israel auch eine Institution, die sich um die Prüfung von Asylgesuchen kümmert.

Früher hatte das Land hin und wieder auf Empfehlung des UNHCR Flüchtlinge aufgenommen. Nach Zahlen von 2007 lebten im Jahr davor 837 anerkannte Asylsuchende im Land. Es wurden 1348 neue Anträge auf Asyl gestellt, über 1425 Fälle wurde entschieden. Dabei wurde nur in fünf Fällen Asyl gewährt, 805 Fälle wurden nicht anerkannt, 339 Antragstellenden wurde ein humanitäres Bleiberecht eingeräumt.

Seit 2007 kamen vermehrt sudanesische Flüchtlinge über die grüne Grenze zu Ägypten nach Israel. Heute halten sich etwa 2.000 Sudanesen im Land auf. Auch wenn die Politik weiter auf die Einwanderung jüdischer Bürger fixiert bleiben und das Anwachsen nichtjüdischer Bevölkerungsgruppen abgewehrt wird: Israel wird bunter und pluralistischer werden.

Foto:
Martin Link, Jaffa 2003

Der Holocaust sollte lehren, gegen jedes Unrecht aufzutreten



Kritik an Israel darf kein Tabu sein

Uri Avnery ist israelischer Journalist und Politiker, 2001 erhielt er den Alternativen Nobelpreis.

Der israelische Publizist und Friedensaktivist Uri Avnery warnt davor, jede Kritik an Israel pauschal mit Antisemitismus gleichzusetzen. Gerade die Deutschen sind aufgrund des Holocaust moralisch dazu verpflichtet, gegen Unrecht aufzutreten.

„Wer Jude ist, bestimme ich!“, sagte der antisemitische Bürgermeister Wiens, Karl Lueger, vor hundert Jahren. Jetzt hat sich der Spieß umgedreht: „Wer Antisemit ist, bestimmen wir.“ Es ist für die Regierung Israels sehr bequem, jede Kritik an ihrer Politik im Ausland als antisemitisch zu stigmatisieren – auch wenn die Kritiker dasselbe sagen wie viele Israelis. Natürlich gibt es überall in Europa Antisemiten. Natürlich ist ihr Gedankengut ekelhaft. Natürlich versuchen sie, die Entrüstung über die israelische Politik auszunutzen. Ist das ein Grund, jegliche Kritik an Israel zu tabuisieren? Wir Israelis wollen ein Volk wie alle Völker sein, ein Staat wie alle Staaten, und Israel muss mit denselben moralischen Maßstäben wie jeder andere Staat gemessen werden.

Kritik an Israel darf nicht mit Antisemitismus gleich gesetzt werden

Dürfen Deutsche Israel kritisieren? Um Himmels willen, warum denn nicht? Das Schreckliche, was Deutsche den Juden vor 60 Jahren angetan haben, hat mit der heutigen israelischen Politik nichts zu tun. Daraus den Schluss zu ziehen, Deutsche müssten schweigen, wenn sie glauben, dass wir Unrecht begehen, ist unmoralisch. Das Vermächtnis des Holocaust sollte sein, dass gerade Deutsche mehr als andere gegen Unrecht auftreten, ganz egal, wo es passiert.

Man tut uns keinen Gefallen, wenn man uns nicht kritisiert. Wer einen Menschen liebt, darf und muss ihm die Wahrheit ins Gesicht sagen. Deutsche, die für die Existenz Israels sind, sollten die Ersten sein, diejenigen Israelis zu unterstützen, die für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen.

Man darf Israel also nicht nur kritisieren, man muss es sogar tun. Die Frage ist, von welchem Standpunkt aus übt man Kritik. Bejaht man das Existenzrecht Israels, oder zielt die Kritik darauf, dies Israel abzusprechen. Wenn man sein Land liebt, dann muss es gestattet sein, die Politik seiner Regierung zu kritisieren. Natürlich gibt es Antisemitismus, aber ich warne davor, das mit Kritik an Israel gleichzusetzen.

Nein, Antisemitismus hat Merkmale, die klar erkennbar sind, Kritik an Israel zu üben, gehört nicht dazu. All jene, die nur allzu leichtfertig überzogene Antisemitismusvorwürfe austeilten, vergessen die Gefahr, dass dann die wahren Antisemiten unerkennbar werden. Auf keinen Fall darf der Holocaust für politische Zwecke missbraucht werden – weder von Israelis noch von denen, die Israel kritisieren. Dieser industrialisierte Völkermord eines modernen Staates ist einmalig, er ist mit nichts zu vergleichen. Wenn israelische rechtsradikale Demagogen behaupten, Arafat sei ein zweiter Hitler gewesen, so ist das genauso zu verdammen wie die Behauptung, Israel wende nazistische Methoden an.

Es gibt kein Auschwitz im Nahen Osten, weder ein israelisches noch ein arabisches. Auch kein Dachau. Jede Funktionalisierung des Holocaust zu politischen Zwecken ist unbedingt abzulehnen. Man kann Israel vorwerfen, es führe einen Kolonialkrieg im Westjordanland, oder man kann es der Apartheid zeihen, man kann viele schwere Vorwürfe formulieren. Israel aber beispielsweise vorzuwerfen, es wende Nazimethoden an, ist absurd. Der Holocaust war geschichtlich etwas Spezifisches, ihm fielen 6 Millionen Menschen zum Opfer.

Der palästinensische Intellektuelle Edward W. Said hat einmal gesagt, ein Araber könne sich nicht mit Israel auseinandersetzen, wenn er den Holocaust nicht versteht. Araber haben allerdings ein verständliches Problem damit, denn der Holocaust wird in der israelischen Propaganda gegen die Palästinenser verwendet. Das führt natürlich leicht zur arabischen Gegenreaktion, den Holocaust zu verharmlosen oder zu leugnen.

Gemeinsame Interessen: Frieden

Mit europäischem Antisemitismus hat das allerdings nichts zu tun. Ich glaube übrigens, dass Deutschland seine Vergangenheit noch nicht überwunden hat, daher dieser ungesunde Zustand, der jede normale Diskussion über den Palästina-Konflikt in Deutschland unmöglich macht. Wenn ich Deutscher wäre, würde ich die Politik Israels in vielem ablehnen, und ich hoffe, ich hätte den Mut, dann auch zu sagen, was ich hier und heute als Israeli vertrete. Eigentlich hätte doch jede deutsche Partei die Möglichkeit, die wirkliche Situation in Israel und Palästina zur Kenntnis zu nehmen. Sie haben jedoch alle Angst davor, als antisemitisch bezeichnet zu werden.

Kein Mensch auf der Welt braucht zwischen Israel und Palästina zu wählen.

Man kann – und soll – für beide sein.

Kein Mensch auf der Welt braucht zwischen Israel und Palästina zu wählen. Man kann – und soll – für beide sein. Die wahren Interessen Israels und Palästinas stehen nicht im Widerspruch, denn beide Völker brauchen Frieden. Die Eskalation der Gewalt und die gegenseitigen Gräueltaten, die täglich begangen werden, können uns alle ins Unglück stürzen. Um zu einer vernünftigen Lösung zurückzukommen, brauchen wir, Israelis und Palästinenser, die Unterstützung Europas, auch Deutschlands, für eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs. Wer eine der beiden Seiten, Israel oder Palästina, einseitig und bedingungslos unterstützt, hilft keinem. Wer Israel in diesem Sinne,

aus dieser Gesinnung heraus, kritisiert, tut eine gute Tat. Ihn als Antisemiten zu beschimpfen, ist gemein und auch schädlich, denn damit bagatellisiert man den Antisemitismus. Wirkliche Antisemiten sind leicht zu erkennen. Sie haben einen Stil, der unverkennbar ist. Es ist eine Art kollektiver Geisteskrankheit, die mit Logik nichts zu tun hat.

Wenn ein Araber glaubt, die Antisemiten seien seine Freunde, dann irrt er sich gewaltig. Das Wort „Antisemitismus“ ist nur wenige Jahre vor dem Wort „Zionismus“ geprägt worden. Der Zionismus war eine klare Reaktion auf den modernen europäischen Antisemitismus, und die russischen Pogrome haben die ersten Siedler nach Palästina getrieben. Der Holocaust hat die Errichtung des Staates Israel schließlich beschleunigt und vielleicht erst möglich gemacht.

In den letzten Jahren hat auch der russische Antisemitismus eine Million Einwanderer nach Israel gebracht, wo viele von ihnen in den besetzten Gebieten auf enteignetem palästinensischem Boden angesiedelt worden sind. Jetzt wird der erneute Antisemitismus wieder Juden aus Frankreich und auch aus Deutschland nach Israel bringen. Der Antisemitismus ist der Feind der Juden. Er ist aber auch ein Feind der Araber.

*Abdruck mit Genehmigung der
tageszeitung*

*Foto Martin Link:
Jenin, Juni 2008*



Nach dem Krieg ist vor dem Krieg



Sicherheitslage und Menschenrechtssituation im Irak

Michael Kirschner recherchiert die Entwicklung im Irak regelmäßig für die Schweizerische Flüchtlingshilfe. Sein ausführlicher Bericht aus August 2008 steht im Internet: www.osar.ch

Millionenfach ist die irakische Bevölkerung nicht erst seit 2003 infolge von Pogromen, Attentaten und der Gewalt verschiedener Kriege geflohen. Anderen ist der Verbleib oder die Rückkehr wegen der in der Heimat vollständig zerstörten ökonomischen und sozialen Infrastruktur nicht möglich. Sie leben als Inlandsvertriebene oder als Flüchtlinge in den Nachbarländern des Irak unter erheblich prekären Bedingungen. In einem ausführlichen Bericht „Irak – Aktuelle Entwicklungen“ berichtet Michael Kirschner der Schweizerischen Flüchtlingshilfe im August 2008 über die aktuelle Gefährdungslage im Irak.

In regelmäßiger Kontinuität herrscht seit 1980 im Irak Krieg: bis 1988 gegen Iran, 1991 gegen die USA und ihre Alliierten mit anschließenden Aufstandsunterdrückungsgewalt innerhalb des Iraks und immer wiederkehrenden Scharmützeln gegen die Alliierten bis zum Beginn des Dritten Golfkriegs 2003, den seit dem die USA und ihre zeitweilig bis zu 50 Alliierten führen. Von 1990 bis 2003 litt die Bevölkerung darüber hinaus unter härtesten Sanktionen und einen internationalen Boykott, dem nach Schätzungen Hunderttausende zum Opfer fielen.

Der Irak gilt als failed state. In Folge des Krieges gibt es keine funktionierende Zentralregierung und –verwaltung. Erpresserische Macht wird von Milizen, Banden, Militär- und Verwaltungschefs in den Provinzen, im Zentral- und im Südirak z.B. durch kleptokratische Stromversorgung, durch Klientelversorgungspraktiken oder mafiöse Gewalt demonstriert. In Bagdad und anderen zentralirakischen Gebieten ist trotz alliierter Omnipräsenz die Situation am problematischsten. Unüberwindbare ethnische und (pseudo) religiöse Barrieren haben sich in den Köpfen von Interessensgruppen etabliert: Nachbarschaften, Schulen, Hospitäler, Basare und allemal Verwaltungen verlieren ihre Diversität.

Einer von vielen Gründen für zunehmende Binnenfluchtbewegungen – zahlreich in den kurdischen Norden. Doch seit Mai 2007 erlaubten kurdische Behörden Inlandsflüchtlingen die Einreise in kurdisches Gebiet nur, wenn diese einen Einheimischen als Bürgen vorweisen konnten. Die autonome Region Kurdistan funktioniert vergleichsweise stabil. Die Intervention der türkischen Armee zur Bekämpfung der nordkurdischen PKK hat

im Nordirak zu tausendfacher Vertreibung von Zivilisten, zur Zerstörung von Dörfern, Brücken, Gesundheitszentren und Schulen geführt.

Sicherheitslage

Heute unterstehen 10 von 18 Provinzen offiziell wieder der Kontrolle zentralirakischer Sicherheitskräfte. Das bedeutet aber nicht, dass sie dort auch in der Lage sind, terroristische, extremistische oder kriminelle Bedrohungen zu kontrollieren. Ein Heer junger Männer, die nicht in die irakische Armee aufgenommen werden, sind Zielgruppen der Rekrutierung durch Aufständischen und der Mafia gleichermaßen und bilden eine nicht versiegende Reservearmee für Attentate, Entführungen, und Erpressungen. Immer wieder aufflammende Kämpfe und Mordanschläge verunmöglichen Einwohnern der betroffenen Gebiete die Flucht und verhindern die Rückkehr der intern Vertriebenen.

Im Südirak sind seit Frühjahr 2008 die Kämpfe zwischen irakischer Armee und Aufständischen in einer weiterdrehenden Spirale von Gewalt und Gegengewalt wieder aufgeflammt. Mitglieder von Milizen unterwandern die irakischen Sicherheitskräfte und kommen so an Waffen, Salär und Legitimation. Zivilisten irren beim Versuch der Gewalt zu entkommen ziellos umher, werden aber auch gezielt am Verlassen der Kampfzonen gehindert.

Nicht nur in Bagdad haben schiitische Milizen in den Stadtteilen ein System von willkürlich herrschenden „islamischen Gerichten“ etabliert, die Angst und Terror verbreiten. In der Provinz Diyala haben eine sunnitische mit Al Kaida verbündete Gruppe ein Kriegskabinett ausgerufen, das mit Bombenanschlägen, Überfällen

Irak: Flüchtlinge

Im deutschen Ausländerzentralregister waren zum Stichtag 31. Oktober 2007 ca. 72.000 IrakerInnen erfasst. Davon sind seit Beginn des aktuellen Irak-Krieges 16.291 Personen nach Deutschland eingereist. Zum Stichtag waren etwa 5.381 noch im laufenden Asylverfahren, 3.335 waren Asylberechtigte, 24.552 hatten einen GFK-Flüchtlingsstatus und 9.358 waren aufenthaltsrechtlich geduldet. Über 10.000 IrakerInnen galten schon im Herbst 2007 als ausreisepflichtig bzw. ihnen wurde die Abschiebung angedroht.

Seit 2004 wurden über 40.000 anerkannte irakische Flüchtlinge mit Widerrufverfahren ihres Flüchtlingsstatus überzogen. Diese Praxis stellte das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erst 2008 aufgrund zahlreicher Proteste aus Politik und Nichtregierungsorganisationen vorläufig ein. Im Jahr 2007 sind 600 irakische Flüchtlinge an den Grenzen der BRD abgewiesen worden. Viele derjenigen, denen die Einreise jedoch gelungen ist, werden auf dem Weg zu ihrem Fluchtziel Skandinavien in Schleswig-Holstein aufgegriffen, festgesetzt und gem. dem Dublin-Übereinkommen in das EU-Land zurückgeschoben, über das sie nach Europa eingereist sind.

Gleichzeitig ist seit Anfang des Jahres eine Mediendiskussion über die Aufnahme von ca. 60.000 laut UNHCR besonders schutzbedürftigen irakischer Flüchtlingen entbrannt, die zunächst in den Nachbarländern des Iraks Erstaufnahme gefunden haben. Heute leben 2,78 Mio. Menschen als intern Vertriebene im Irak. Mindestens 2 Mio. Iraker hat es in Flüchtlingsexil in den Nachbarländern verschlagen. Während Kirchen, Verbände und Flüchtlingsorganisationen hierzulande ein nationalitäten- und herkunftslandunabhängiges jährliches Flüchtlingsaufnahmekontingent (Resettlement) von ca. 30.000 Flüchtlingen einfordern, ist Bundesinnenminister Schäuble allenfalls zur einmaligen Aufnahme von 5.000 IrakerInnen bereit. Eine Kleinstaufnahmekontingent, die PRO ASYL als „traurig und beschämend“ kritisiert.

Martin Link, Oktober 2008

Angst vor Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Vertreibung ist ein Hauptgrund für zunehmende Erkrankungen und Erschöpfungen in der Bevölkerung.

auf Dörfer, Enthauptungen, öffentlichen Hinrichtungen und Foltergefängnissen die Einhaltung „radikal-islamischer“ Gesetze erzwingt.

Die ursprünglich zur Bekämpfung von Aufständischen von den USA bewaffneten und bezahlten sunnitischen Bürgerwehren in den sunnitischen Stammesgebieten des Zentralirak umfassen 80 – 90.000 Mitglieder und haben sich zum Vertreibungsfaktor der nichtsunnitischen Bevölkerung entwickelt. Sie sind von Extremisten unterwandert.

Shiitische Milizen, wie die Mahdi-Armee, außer Kontrolle geratene Untergruppen oder andere shiitische Verbrecher- und Mordzellen, die keinen Anweisungen mehr folgen, haben sich zur stärksten, gefährlichsten und bestbewaffneten Bewegung im Irak entwickelt.

Foto: Fotoworkshop
Freedom Theatre, Jenin 2008



Menschenrechte

Angst vor Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Vertreibung ist ein Hauptgrund für zunehmende Erkrankungen und Erschöpfungen in der Bevölkerung. Menschenrechtsverletzungen von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren werden in einem Klima von Anarchie und Gewalt im Zentral- und Südirak vielerorts zumeist nicht einmal aufgezeichnet und geahndet. Eher werden von US-Militärstandards abweichende «irakische Methoden» im Kampf gegen Gewalt und Terror als Alternative zu einer unbegrenzten Besatzungszeit hingenommen.

Werden Einzelpersonen als Terroristen, Kollaborateure oder zum Beispiel frühere Baath-Mitglieder verdächtigt, droht ihnen unmittelbar Lebensgefahr. An Checkpoints werden Hunderte Personen unter dem Verdacht, für bewaffnete Gruppen zu arbeiten, festgenommen und verschwinden oftmals spurlos.

Frauen werden landesweit Opfer von Erniedrigungen und gezielten Tötungen wegen ihren politischen Einstellungen, bei Verstößen gegen die «islamischen Lehre», islamische Kleidungs Vorschriften oder die Familienehre.

Frauen werden landesweit Opfer von Erniedrigungen und gezielten Tötungen wegen ihren politischen Einstellungen, bei Verstößen gegen die «islamischen Lehre», islamische Kleidungs Vorschriften oder die Familienehre. Frauen werden mancherorts von militanten Gruppen regelrecht gejagt und gezielt ermordet, wenn sie sich entgegen „religiösen Normen“ verhielten, militante Gruppen kritisierten oder weil sie früher zur Baath-Partei gehörten. Frauen sind regelmäßig Opfer von Zwangsehen oder so genannten «Ehrenmorden». Frauen verüben auch Selbstmordversuche, um der innerfamiliären Gewalt zu entkommen.

Etwa 70'000 Frauen wurden zu Witwen. Frauen sind dennoch in die Öffentlichkeit gezwungen, da ihre Männer wegen Bedrohungen und aus Angst vor Entführungen nicht mehr ihre Häuser verlassen. Geistig behinderte Frauen wurden als Selbstmordattentäterinnen rekrutiert. Schwangere sehen sich extremen Problemen gegenüber. Frauenaktivistinnen werden Opfer von Bedrohungen. Bei Nichtregierungsorganisationen tätige Frauen werden entführt.

Angehörige von ethnischen und religiösen Minderheiten sind extremistischer und terroristischer Gewalt in der Regel schutzlos ausgeliefert. Christen, Yeziden, Shabak, Turkmenen, Kurden und Faili-Kurden (schiitische Kurden), arabische Schiiten und Sunniten wurden Opfer von Bedrohungen, Entführungen, Vertreibungen, gezielten Attentaten, Zerstörungen und Tötungen.

Kinder sind wegen der allgemeinen Gewalt, zunehmend auch wegen häuslicher Gewalt sowie aufgrund von interner Vertreibung extremen Belastungen ausge-

setzt. Kinder wurden zu Hunderten von ihren Eltern verlassen. Aus Angst, ihre Kinder wegen der anhaltenden Gewalt und Entführungen zu verlieren, halten Eltern ihre Kinder im Haus und von der Schule fern. Kinderarbeit stellt wegen zunehmender Armut ein ernsthaftes Problem dar. Kinder werden als Kindersoldaten vor allem von der Kaida im Irak und der Mahdi-Armee rekrutiert.

Journalisten werden durch verschiedene Gruppen bedroht, entführt oder gezielt ermordet. Hunderte mussten das Land verlassen. Kritische Berichterstattung wird von Politikern als persönliche Beleidigung empfunden und mit Drohungen (Verhaftung, Blutrache) beantwortet.

Personen, die für die US-Koalition gearbeitet haben, und deren Familien und Verwandte sind gefährdet, Opfer von Entführungen, Racheakten und gezielten Tötungen zu werden. Militante haben Preisgelder ausgesetzt für Informationen zu «Kollaborateuren». Kurden, die für das US-Militär gearbeitet haben, gelten in Kurdistan-Irak nicht als Verräter.

Nicht-irakische Flüchtlinge aus Palästina oder kurdische Flüchtlinge aus dem Iran befinden sich weiterhin in einer prekären Lage. Sie werden Opfer von Attentaten und Verhaftungen und den verschlechterten Lebensbedingungen in ihren Lagern. Das gilt auch für ehemalige iranische Volksmujahedin oder iranische Kurden.

Irak: Bevölkerung und Religion

Der Irak hat nach verschiedenen Quellen ca. 24-28 Mio. Einwohner. Die zentralen Provinzen Bagdad und Babylon sind am dichtesten besiedelt. Etwa 75 bis 80 % der heute im Irak lebenden Bevölkerung sind Araber, 15 bis 20 % sind Kurden, die Kurmandschi, Sorani und Südkurdisch sprechen. Verbreitetste kurdische Sprache im Irak ist Sorani. Die restlichen ca. 3 % setzen sich aus Turkomanen, Assyern und Armeniern zusammen. Die Übergriffe auf die Chaldo-assyrischen Christen im Irak ließen fast eine Million Menschen dieser Urbevölkerung des Iraks aus dem Land entfliehen.

Etwa 95 % der Bevölkerung sind muslimisch. Über 60 % sind Schiiten und knapp 35 % Sunniten. Die große Mehrheit der muslimischen Kurden ist sunnitisch.

Christen und andere Religionen sind derzeit nur mehr mit ca. 5 % vertreten, davon etwa 3 % Christen, während sie vor 100 Jahren noch etwa 25 % ausmachten. In den letzten Jahren sind fast 2 Millionen Christen geflohen. Die Christen zählen überwiegend zu den orientalisch-christlichen Gemeinschaften: Chaldäisch-Katholische Kirche, Assyrische Kirche des Ostens, Alte Apostolische Kirche des Ostens, Armenier, römische und syrische Katholiken, Altsyrisch-Orthodoxe, Protestanten und andere.

Des Weiteren gibt es noch die kurdischen Jesiden, deren Zahl teilweise mit über 500.000 angegeben wird, Schabak die entweder als extreme Schiiten oder als eigene Gruppe angesehen werden und einige Tausend Mandäer. Weiterhin sollen im Südosten 20.000-50.000 Marsch-Araber leben.

Bis 1948 lebten noch 150.000 Juden im Irak, aufgrund der gemischten Politik des Baath-Regimes von erzwungenen und genehmigten Ausreisen wird die Zahl der noch dort leben Juden auf unter 10 Personen geschätzt.

Quelle: Wikipedia

Gestrandet im Zweistromland

Veit Raßhofer arbeitet bei der Redaktion von Zenith - Zeitung für den Orient und wohnt in Hamburg.



Binnenflüchtlinge im Irak

Ein Katastrophe im Verborgenen: Das größte Aufnahmeland für irakische Flüchtlinge ist der Irak selbst. Sie bilden ein großes Problem für das zerrüttete Land und stehen selbst vor noch größeren Problemen.

Der Krieg im Irak hat zu einer Flüchtlingskatastrophe bisher ungekannten Ausmaßes geführt. Dabei fallen die innerhalb des Landes Geflüchteten und Vertriebenen zwangsläufig weniger auf als die, die ins Ausland, vor allem die Nachbarländer Syrien und Jordanien, geflohen sind. Dabei ist ihre Anzahl enorm. Allein seit Februar 2006, so weisen es Zahlen der kurdischen Regionalregierung für die drei Nordprovinzen und des irakischen Ministeriums für Vertreibung und Migration für die fünfzehn zentral- und süd-irakischen Provinzen aus, sind 1,596448 Millionen Menschen vertrieben worden und geflüchtet, die innerhalb des Landes Schutz suchten. Zahlen der International Organization for Migration (IOM) und des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR geben für die Zeit davor 1,212108 Millionen interner Flüchtlinge an. So sind mehr als zehn Prozent der Gesamtbevölkerung (2007 geschätzt 27 Millionen) im Land selbst auf der Flucht – deutlich mehr als ins Ausland geflohen sind (ca. 2,5 Millionen).

Dass bei der Zählung der Binnenflüchtlinge die Zeit vor und nach Februar 2006 unterschieden wird, hat mit dem damals erfolgten Ausbruch interkonfessioneller Gewalt und konfessioneller Säuberung nach dem Attentat auf die Goldene Moschee in Samarra, ein zentrales Heiligtum der Schiiten, zu tun. Schiiten flohen aus gemischt-konfessionellen Gebieten im Zentralirak in den Süden, aus dem wiederum die Sunniten vertrieben wurden. Der Druck auf die irakischen Christen, die nicht schon vorher geflohen waren, wuchs. Diejenigen, die sich nicht ins Ausland begeben konnten, mussten in die wenigen christlich geprägten Gebiete im Nordirak migrieren. In der Hauptstadt Bagdad wurden die Viertel konfessionell

gesäubert, mit dem Ergebnis, dass von den Besatzungskräften teils hohe Betonmauern zwischen einzelnen Stadtteilen errichtet wurden. Fast zwei Drittel aller Binnenflüchtlinge stammen aus Bagdad. Die Hauptstadt ist zugleich der Ort, an dem die meisten Menschen Zuflucht gefunden haben, nach einer Zählung des Office for the Coordination of Humanitarian Affairs der Vereinten Nationen (UN-OCHA) waren das im Februar 2008 mehr als 375.000 Menschen.

Konfessionelle Homogenisierung

Doch während die religiösen Spannungen für einen großen Teil der Vertreibungen verantwortlich gemacht werden können, gibt es heute stärker im Vordergrund stehende Fluchtursachen. Im Nordirak spielen vielfache ethnische Spannungen eine Rolle, die teils noch auf die Politik unter Saddam Hussein zurückzuführen sind. Zu nennen ist hier vor allem die damalige Politik der Arabisierung der ölfreie Gebiete um die Stadt Kirkuk. Seit den späten 60er Jahren verfolgte die irakische Regierung eine Politik der ethnischen Säuberung, nach der Niederschlagung eines kurdischen Aufstands 1975 wurden 200.000 bis 300.000 Menschen aus der Region ausgewiesen und vertrieben. Mittlerweile sind etwa 200.000 Menschen wieder dorthin zurückgekehrt. Das in der Verfassung für Dezember 2007 vorgesehene Referendum über die Zukunft der Region und über den Anschluss an die kurdischen Nordprovinzen wurde bis heute nicht durchgeführt.

Die Binnenflüchtlinge verfügen im Vergleich zu den ins Ausland Geflüchteten über weniger finanzielle und materielle Ressourcen, sie haben nach ihrer Flucht

Menschenrechtsorganisationen und Agenturen wie die IOM warnen aber vor einer verfrühten Rückkehr. Es ist nicht abzusehen, dass das Land an Euphrat und Tigris in absehbarer Zeit zur Ruhe kommen wird.

zumindest vorübergehend keinen Zugang zur staatlichen Lebensmittelhilfe, da diese an den Melde-, also den Herkunftsort gebunden ist. Eine Ummeldung würde eine Rückkehr an den Ort, von dem sie geflüchtet sind, voraussetzen. Tatsächlich berichten landesweit 70 % aller Flüchtlinge, dass die Lebensmittelversorgung eines der größten Probleme darstelle. Die Unterschiede in einzelnen Regionen sind dabei hoch. So hatten in der nordöstlich von Bagdad gelegenen Provinz Diyala 97,3 % der Befragten Probleme damit, genügend Nahrung zu bekommen, in Kirkuk waren es 95 %. Nur 29 % der Geflohenen haben Zugang zur staatlichen Lebensmittelhilfe, 41 % erhalten aus anderen Quellen Unterstützung bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Ein wichtiges Problem nimmt auch die Arbeitslosigkeit unter Binnenflüchtlingen ein. Zwei Drittel von ihnen sind arbeitslos. Die Rate derer, die den Zugang zu Arbeit als Problem einstuft, ist mit knapp 73 % noch etwas höher.

Zusammenbruch des Gesundheitssystems

Das früher gut ausgebaute irakische Gesundheitssystem hatte schon während des UN-Embargos während der 90er Jahre stark gelitten. Nach der Invasion 2003 brach es vollständig zusammen. Da viele Flüchtlinge im Land keinen oder nur sehr eingeschränkten Zugang zu sauberem Wasser haben – 17,6 % gaben als eines der drängenden Probleme die Wasserversorgung an –, auf der anderen Seite die Abwasserentsorgung und Hygiene schwerer als unter normalen Umständen zu gewährleisten ist, ist innerhalb der Gruppe der Binnenflüchtlinge die Krankheits- und Seuchengefahr besonders

groß. 14 % der Flüchtlinge haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, und 30 % berichten, sie bekämen nicht die benötigten Medikamente.



Ein weiteres Problem ist die mangelnde, inadäquate Versorgung mit Wohnraum und –möglichkeiten. Über 70 % der Flüchtlinge sehen ihre diesbezügliche Situation als sehr problematisch an. Die Unterkünfte der Flüchtlinge sind oft stark überbelegt und unverhältnismäßig teuer. Vielfach müssen die Flüchtlinge in Ruinen oder in notdürftig errichteten Behausungen wohnen, in denen es keine Versorgung mit Wasser oder Strom gibt.

Die irakische Regierung will nun nach eigener Aussage damit beginnen, die Rückkehr an die ursprünglichen Wohnorte zu unterstützen (im Fall der unter der Saddam-Regierung in Kirkuk zuge-

wanderten Araber geschieht dies schon länger). Jede heimkehrende Familie solle mit einer einmaligen Prämie von einer Million Dinar (in etwa 500 Euro) sowie weiteren monatlichen Zahlungen bedacht werden. Familien, die die Häuser und Wohnungen Heimkehrender besetzen und diese wieder räumen, sollen 300.000 Dinar erhalten.

Menschenrechtsorganisationen und Agenturen wie die IOM warnen aber vor einer verfrühten Rückkehr. Denn die ursprünglichen Fluchtgründe bestehen weiterhin. Nur 45 % der männlichen und 3 % der weiblichen Rückkehrer fanden laut einer Untersuchung der IOM mit 9.000 Befragten Arbeit. Nur 59 % fanden ihr Haus in gutem Zustand und frei zugänglich vor, der Besitz von 15 % war zerstört, und ein Viertel der Befragten

berichtete, dass ihr Haus von anderen bewohnt sei. Räumungen, die bei der Rückkehr von Flüchtlingen, aber auch in anderen Fällen anstehen (wenn sich die Geflohenen beispielsweise auf öffentlichem Land angesiedelt haben, das anders genutzt werden soll), werden, wie die IOM und andere Beteiligte es einschätzen, die nächste große Vertreibungswelle auslösen. Es ist also nicht abzusehen, dass das Land an Euphrat und Tigris in absehbarer Zeit zur Ruhe kommen wird.

Foto: Fotoworkshop
Freedom Theatre, Jenin 2008

Blood for oil?

Ralph Hötte und Isabel Schayani
sind freie Journalisten.
Abdruck mit freundlicher
Genehmigung des WDR
www.monitor.de



Wie die US-amerikanische Öl-Industrie den Irak erobert

Die Ära George Bush ist beendet. Mit seinem Namen wird sich auf ewig der Irak-Krieg verbinden. Als die US-Army damals einmarschierte, waren in Europa Millionen auf der Straße, um dagegen zu demonstrieren. Kein Blut fürs Öl. Denn sie vermuteten, dass es nicht nur um die Absetzung eines Diktators, sondern um den Griff nach dem irakischen Öl ging. Und jetzt? Jetzt zeigt sich, dass US-Ölkonzerne genau da angekommen sind, wo sie immer hin wollten: An der Schwelle zum Mega-Deal. Von der Weltöffentlichkeit kaum bemerkt.

Öl ist für Iraker Segen und Fluch, auf jeden Fall Trauma. Das hat Feras Alsamawi schon als Kind gelernt. Feras ist Student in Berlin. Er wird Wirtschaftsingenieur und würde gerne eine Zeit lang in den Irak. Genau jetzt, sagt er, entscheidet sich, ob der Irak etwas von seinem Ölreichtum hat: „Es steht auf dem Spiel, ob der Irak-Krieg im Nachhinein wirklich als Raubzug bewertet wird oder nicht. Und es steht auf dem Spiel, ob ein Volk jetzt über Jahrzehnte hinweg ausgebeutet wird oder nicht.“

Als der irakische Premierminister zum Staatsbesuch nach Berlin kommt, fragen Reporter: „Wie schützen Sie den Irak vor der Ausbeutung durch große Öl-Konzerne?“ Premier Nuri al-Maliki daraufhin: „Der Irak ist ein Land mit Rechten und Gesetzen. Für das Öl wird es ein Gesetz geben, um diesen Reichtum zu schützen. Dieses Gesetz wird niemandem die Möglichkeit geben, den irakischen Reichtum zu verschleudern.“

Neues Ölgesetz

Dieses künftige Ölgesetz ist der Schlüssel zur Kontrolle über die Ölreserven und zu Milliardenprofiten. Das Ölgesetz soll regeln, wer unter welchen Bedingungen Profite machen darf. Dazu heißt es in Artikel 35 des jüngsten Entwurfes: „Wer die Förder- und Produktionsrechte hat, kann alle Erträge nach Abzug der Steuern und Gebühren ins Ausland transferieren.“ Das hieß: Der Irak hätte keine garantierte Beteiligung an den Milliarden Erlösen. In keinem anderen Land mit so großen Ölreserven wäre das möglich. In Russland ist der Staat immer zu 51 Prozent an den Ölprofiten beteiligt, in Norwegen sind es 70 Prozent, in Libyen 89 und in Saudi-

Arabien behält er 100 Prozent der Profite ein.

Die Details des Ölgesetzes kennt im Westen kaum jemand so gut wie der unabhängige Experte Greg Muttitt, Direktor der Nichtregierungsorganisation Platform: „Das irakische Ölgesetz und die Verträge, die wir im Irak sehen, würden das Land sehr viel Geld kosten, ihm die Kontrolle über seine eigene Wirtschaft rauben. Es würde die Arbeitslosigkeit verstärken und Konflikte anheizen. Also warum um alles in der Welt sollte die irakische Regierung das unterschreiben? Die Antwort ist: Das irakische Ölgesetz und die Verträge sind nicht irakisches Recht, es ist amerikanisches, sie wurden von amerikanischen und britischen Interessen gelenkt und nicht von den Irakern.“

Invasion der Berater

Wie kann das sein? Die Übergangsregierung war noch nicht konstituiert, da hatten die USA schon ihre Ölberater ins Land mitgebracht. Und das waren nicht irgendwelche Diplomaten, sondern die Topmanager der US-Ölindustrie:

Der Generaldirektor von Shell USA wechselte nach Bagdad und wurde Chefberater im Irak. Dazu stellte ihn die US-Regierung an und bezahlte ihn. Ihm folgte der Vizepräsident von Chevron Texaco. Neuer Arbeitsplatz: Das irakische Ölministerium. Dann der Vizepräsident, einer der größten US-Ölkonzerne Conoco-Phillips. Und John Sickman von Duke Energy, Houston, Texas. Sickman gab am Telefon zu, er sei vom US-Außenministerium angestellt und bezahlt worden, um als Chefberater im irakischen Ölministerium zu arbeiten. Viermal pro Woche sei er

dort gewesen. Den Ölminister habe er persönlich beraten.

Ihren Einfluss hat Tariq Shafiq miterlebt. Wir spüren ihn in Amman auf. Er ist einer der Top-Ölexperten des Irak. Mehrfach wurde er gefragt, ob er Ölminister werden wolle, doch er lehnte ab, weil ihm sein Leben lieber ist, sagt er uns. Er schrieb am irakischen Ölgesetz mit, ehe es auf den Tischen der US-Berater landete.

Rückkehr der Konzerne

Tariq Shafiq: „Sie beeinflussen Entscheidungsprozesse im Irak. Präsident Bush macht immer wieder Erklärungen, wie das Öl im Irak produziert werden soll und muss. Oder er sagt, das Ölgesetz muss verabschiedet werden. Es ist auch völlig klar, dass die US-Botschafter bei jedem Thema involviert sind und ihre Kommentare abgeben, und zwar nicht nur beim Öl. Aber das Öl ist am wichtigsten.“ Unter Saddam Hussein war die Ölindustrie verstaatlicht, er hatte alle Ölkonzerne aus dem Land geworfen. Der Irak war für die „Big Five“, wie man sie nennt,

verloren. Doch heute haben die fünf großen Konzerne längst die lukrativsten Felder untereinander aufgeteilt und wollen so bald wie möglich Verträge über sie abschließen.

Bei diesen Verträgen „berät“ die Bush-Regierung auch. Rechtsanwälte und Unternehmensberater, von der Regierung bezahlt, formulieren einzelne Vertragstexte bis ins Detail für die US-Ölkonzerne, berichtet Greg Muttitt: „Ich glaube, die US-Regierung will jetzt unter allen Umständen Ergebnisse sehen. Sie verstärken den Druck, dass das Ölgesetz verabschiedet wird und zugleich wollen sie Plan B: dass nämlich auf jeden Fall die Verträge unterzeichnet werden.“

Den Druck standhalten

Dem Druck der Amerikaner standhalten – vor allem jetzt. Das will Tariq Shafiq. Denn so wie es jetzt aussieht, würde der Irak zum Selbstbedienungsladen für Ölkonzerne, und das irakische Volk hätte nichts von seinem Reichtum. Tariq Shafiq: „Der Irak besitzt Ölreserven, die doppelt so groß sind, wie die bisher entdeckten. Wenn man den internationalen Ölkonzernen diese Möglichkeit gibt, dann wird Folgendes passieren: Sobald die heutigen

Ölquellen ausgebeutet sind, werden die internationalen Konzerne mit den neuen Ölreserven die Produktion beherrschen. Langfristig wird dann die irakische Regierung mit ihren Einnahmen von den Schecks der internationalen Ölfirmen abhängig sein.“



Foto: Fotoworkshop
Freedom Theatre,
Jenin 2008

Im Land des Deutschen Stuhls

Martin Link ist Mitarbeiter
des Flüchtlingsrates
Schleswig-Holstein.



Syrien
- die Folterrepublik
im Nahen Osten

Seit 1963 steht die Arabische Republik Syrien unter Ausnahmezustand – zunächst unter Präsident Hafis Al-Assad und seit dessen Tod im Jahr 2000 unter seinem Sohn Baschar Al Assad. Dieser menschenrechtliche Unzustand erlaubt es seit Jahrzehnten den Geheimdiensten ohne jegliche Kontrolle gegen jeden aktiv zu werden, der oder die der Opposition verdächtig wird oder ihnen auch nur suspekt erscheint.

Die Infiltrierung oppositioneller Organisationen, Verweigerung der Erlaubnis zur Gründung neuer Parteien oder von Menschenrechtsorganisationen, Ausreiseverbote, die lückenlose Zensur und eine filigrane Kleptokratie sind bewährte Instrumente der Familiendiktatur des Al-Assad-Clans. Willkürliche Verhaftungen, Inhaftierung ohne Anklage, das Verschwindenlassen oder die systematische Folter – klassisch mit der Garotte oder modern auf dem „Deutschen Stuhl“ (Kursi Almani) – sind syrischer Unterdrückungsalltag.

Verfolgung in Syrien nicht asylrelevant

Kaum gelingt es Betroffenen, das Land auf dem Fluchtweg zu verlassen. Dennoch gehört die Gruppe der Asylantragsteller aus Syrien seit Jahren zu den Top Ten der in Deutschland Schutzsuchenden. 2007 besetzten die syrischen unter den bundesweit 19.164 AsylantragstellerInnen mit 3,3% die 6. Stelle (1. Platz Irak 22%; 2. Serbien 10,4%; 3. Türkei 7,5%), in Schleswig-Holstein mit 5% der gesamten 785 AntragstellerInnen auf dem 7. Platz (1. Irak 27%; 2. Türkei 13%, 3. Aserbaidschan 8,3%). Daraus allerdings auf eine respektable Asylanerkenntnisquote zu schließen, geht fehl: bundesweit wurden von 749 nur 15 Personen als Asylberechtigter anerkannt und 83 ein Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) zugestanden; während im selben Jahr in Schleswig-Holstein 38 SyrerInnen Asyl beantragten, wurden gerade einmal 10 SyrerInnen der GFK-Status zuerkannt.

Die meisten syrischen Flüchtlinge landeten demzufolge wegen tatsächlicher Abschiebungshindernisse z.T. über viele Jahre in der aufenthaltsrechtlichen „Dul-

dung“ – ein Un-Status, der Integration systematisch unterläuft und die Betroffenen angesichts irgendwann drohender Abschiebung in ständiger Angst hält. Das im Juli 2008 mit Syrien vereinbarte Rücknahmeabkommen bläst jetzt zum ultimativen Kehraus der geduldeten syrischen und aller anderen über die Arabische Republik Syrien einst eingereisten Flüchtlinge (vgl. S. 8).

Wie sieht es also aus in dem Land, wohin die Innenminister des Bundes und der Länder künftig verstärkt Menschen ausliefern wollen, die sich hierzulande Schutz und Zukunft erhofft hatten?

Niemand traut niemandem

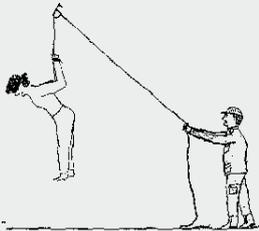
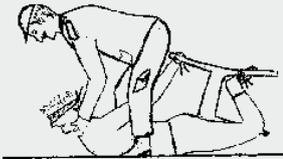
Präsident Baschar Al-Assad wurde im Mai 2007 mit 97,6% für weitere sieben Jahre im Amt bestätigt. Die alawitische Familiendiktatur Al-Assad herrscht politisch mit Hilfe der satten parlamentarischen Mehrheit der Baath-Partei und ihrer Blockparteien. Mitglieder der alawitischen Minderheit besetzen sämtliche entscheidenden Schlüsselpositionen in Militär, Polizei und Geheimdiensten. Letztere unterstehen direkt dem Präsidenten, haben unbegrenzte Macht und agieren außerhalb jeglicher Kontrolle. Das System permanenter und gegenseitiger Überwachung ist von den Geheimdiensten tief in der Gesellschaft hineingetrieben. Niemand traut Niemandem und Jeder bespitzelt Jeden. Syrische Sicherheitsdienste infiltrieren ebenso erfolgreich syrische Exilorganisationen im Ausland.

Demokratische bzw. oppositionelle Initiativen werden mit rüder Gewalt und Verhaftungswellen geahndet. Auch Menschenrechtgruppen werden mit Gesetzeskraft (Gesetz 93 aus 1958) und

Folter in Syrien

Seit Jahrzehnten kommen in Syrien in unverändertem Umfang und Ausmaß mindestens 38 verschiedene Foltermethoden zur Anwendung.

Bei der „Dullap“ wird das Opfer in einen Autoreifen gezwängt in völlig verrenkter Körperhaltung und wird dann gedreht und systematisch mit Knüppeln auf alle Körperteile geschlagen. „Falaka“ bedeutet das Schlagen mit Knüppeln auf die Fußsohlen. Systematisch wird mit Knüppeln auf alle Körperteile geschlagen. „Kursi Alman“ oder „Kursi Al Suri“, „deutscher“ oder „syrischer Stuhl“: hierbei wird die Person auf einen beweglichen Metallstuhl geschmalt, und die Wirbelsäule wird überdehnt; bei der syrischen Variante werden zusätzlich in Höhe der Füße Rasierklingen angebracht, die bei der geringsten Bewegung des Gefolterten seine Beine zerschneiden, was zu starken Blutungen führt. Beim „Faruch“, „Hühnchen“, wird das Opfer an eine Stange geschmalt und wie am Bratspieß gedreht und dabei wird mit Knüppeln auf den Menschen eingedroschen. Weiterhin kommen zur Anwendung Elektroschocks, die Garotte, Scheinexekutionen, Vergewaltigungen, Isolationshaft und diverse psychische Foltermethoden (Sippenhaft und Bedrohungen von Angehörigen, der Zwang, bei Folterungen anderer Personen zusehen zu müssen; der Entzug von Schlaf, Nahrung, Wasser, Licht und Luft).



Quelle: „Die blutigen Krallen des Löwen von Damaskus“, Martin Link, Frankfurt/M. 1996; Zeichnungen nach Berichten von Überlebenden der syrischen Folter.

kraft systematischer Überwachung in die Illegalität getrieben. Ein EU-finanziertes Menschenrechtsbüro wurde im März 2006 gleich nach der Eröffnung von Staats wegen geschlossen. Prominente Menschenrechtler wie Anwar Al-Bunni, Michel Kilo oder Mahmoud Issa wurden mit Vorwürfen wie „Verbreitung staatsgefährdender Falschinformation“ oder „Schwächung des Nationalgefühls“ zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Verhaftung bei Einreise

Wer als politisch verdächtiger syrischer Bürger, staatenloser Kurde oder palästinensischer Flüchtling nicht im Knast sitzt, wird i.d.R. mit Berufs- und Ausreiseverbot belegt. Ins Land heimgekehrte (vermeintliche) Oppositionelle werden meist schon bei der Einreise verhaftet. Das syrische Strafrecht erlaubt die Verfolgung von Personen, die versuchten, einer Strafe zu entgehen und dazu im Ausland um Asyl nachgesucht haben. Solche heimkehrenden oder nach Syrien abgeschobenen tatsächlichen oder vermeintlichen Dissidenten verschwinden häufig in den berüchtigten Folterkatakomben des Damazener Flughafens und anschließend bisweilen jahrelang im Gefängnis. Auch dort gehört die systematische Folter zum

Standard. Aber auch wer nicht im Fadenkreuz der Sicherheitsdienste steht, kann den Flughafen kaum ohne Bezahlung von Bestechungsgeldern verlassen.

Verschwunden

Internationale Menschenrechtsorganisationen beklagen systematische Einschüchterungen auch der Angehörigen von Inhaftierten, denen die Zugehörigkeit zu islamistischen oder kurdisch-nationalistischen Gruppen vorgeworfen wird. Im Juli 2008 zum Beispiel wurden drei Ehefrauen von Gefangenen ohne Anklage verhaftet und sind seither spurlos verschwunden. Kurdische Menschenrechtsorganisationen (MAF, DAD oder das Kurdische Komitee für Menschenrechte) dokumentieren zahlreiche Fälle von staatlicher Verfolgung. Verurteilungen insbesondere kurdischer Aktivisten vor Gerichten werden mit diffusen Vorwürfen, wie Verunglimpfung der syrischen Fahne, Mitgliedschaft in illegalen Organisationen, Kollaboration mit dem Ausland, Plünderung, Sabotage oder Gefährdung der nationalen Einheit begründet.

Die Gleichberechtigung der Frauen ist in der Verfassung verankert. Frauen werden offiziell im öffentlichen Berufs-

leben und im Bildungswesen gefördert. Oppositionelles Engagement ist für Frauen mithin nicht ungefährlicher, als für Männer. Davon abgesehen herrschen in Syrien allerdings archaisch patriarchalische Strukturen, die die Mehrheit der Frauen jedweder männlicher Unterdrückung ausliefern. Vergewaltigungen, Zwangsverheiratungen, Ehrenmorde – allein 300 in 2006 – oder häusliche Gewalt werden vom Staat toleriert, die Täter bleiben unverfolgt oder vor Gericht straflos. Seit 2007 sind darüber hinaus verschiedene einst legale Frauenrechtsorganisationen verboten worden. Darunter die seit 60 Jahren aktive „Syrian Womens Association“, die „Social Initiative Organization“ und die „Organization to Support Women and Victims of Domestic Violence“.

Auch die Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit haben Verfassungsrang, werden durch den andauernden Ausnahmezustand allerdings ausgehebelt. Proteste dagegen sind nicht nur ergebnislos, sondern auch gefährlich: Demonstrationen sind illegal und das Verbot der öffentlichen Zusammenkunft von mehr als 5 Personen, die politische oder wirtschaftliche Themen diskutieren, wird kategorisch durchgesetzt.

Zensur

Eine kritische Presse gibt es in Syrien nicht, selbst die „Hofberichterstattung“ unterliegt einer strengen Zensur. Absolut erklärte Tabus sind Kritik am Präsidenten, Berichte über Minderheiten, sexuelle Themen oder Artikel über religiöse „Splittergruppen“. Aber auch wer sich daran hält ist nicht auf der sicheren Seite. Selbstzensur ist aus Angst vor Haftstrafen weit verbreitet. Das Internet wird vollständig staatlich überwacht, kurdische, oppositionelle oder ausländische Seiten (z.B. Facebook, YouTube oder Arab. Wikipedia) sind zahlreich gesperrt. Für Webadministratoren besteht Meldepflicht über alle Personen, die auf ihren Seiten publizieren, Internet-Café-Betreiber müssen die Namen aller Kunden und deren IDs erfassen. Es heißt, jede eMail (aber auch jede Postsendung) werde staatlich mitgelesen. Zensur und Razzien geschehen allerdings vollkommen willkürlich. Es existieren keine Muster für Verhaftungen. Wann welche Aktivität toleriert wird oder ins Fadenkreuz der Sicherheitsbehörden gerät, ist für niemanden voraussehbar.

Eine halbe Heimat



Armenier in Syrien

Charlotte Wiedemann
Erstveröffentlichung:
www.qantara.de 2007

Bei den Massakern an den Armeniern um 1915 trieb die osmanische Armee hunderttausende Armenier in die syrische Wüste. Heute leben rund 80.000 Nachkommen der Überlebenden in Syrien. Charlotte Wiedemann hat sie dort besucht.

Eine wuchtige Sandstein-Fassade im Zentrum der Stadt Deir az-Zour: Die „Heilige Kirche der armenischen Märtyrer“ ist eine Gedenkstätte für die Massaker an den Armeniern, privat gestiftet, doch unter Schutz des syrischen Staats. Unter Glas sind Knochen und Schädeln der Opfer aufbewahrt; in beschrifteten Karaffen ist türkische Erde, die armenische Heimat war.

Deir az-Zour am Euphrat war 1915 Endpunkt der Vertreibungs- und Todesmärsche. Ungezählte kamen in der syrischen Wüstensteppe um, doch retteten Beduinen auch viele Frauen und Kinder.

Aleppo, bei den Nachfahren der Opfer: Die Türen der Klassenzimmer stehen offen, auf dem Flur überlagern sich helle Kinderstimmen, aus der einen Richtung ein armenischer Chor, aus der anderen ein arabischer. Die Grund- und Oberschule im wohlhabenden Viertel Azizaya ist eine von 16 armenischen Schulen in Aleppo.

1400 Schüler und Schülerinnen – in der Pause reden sie Armenisch, wie zu Hause, der Unterricht ist hingegen, dem staatlichen Curriculum folgend, in den meisten Fächern auf Arabisch. Armenisch wird also nur zusätzlich gelehrt, dennoch bevorzugen armenische Eltern für ihre Kinder eine armenische Schule.

Aleppo: Armenisches Zentrum in Syrien

Aleppo ist die Hauptstadt der syrischen Armenier, 40 000 leben hier, 80 000 sind es im ganzen Land. Im syrischen Mosaik der Religionen und Ethnien eine kleine Gruppe, doch herausgehoben durch die Geschichte. Dieses Schicksal eint die

Gemeinde nach Außen, im Inneren setzt sich das Mosaik-Prinzip fort, religiös wie politisch. Von den 16 Schulen in Aleppo sind sieben armenisch-orthodox, vier armenisch-protestantisch, drei armenisch-katholisch, zwei würden indirekt von Parteien unterhalten, sagen Insider; bei den Orthodoxen habe die nationalistische Tashnak-Partei viel Einfluss.

Nach syrischen Kriterien sind die Armenier bestens integriert; wer unter Integration allerdings Assimilation versteht, fände bei den Armeniern eine perfekte Parallelgesellschaft.

Die 26jährige Kunstlehrerin Maggie Zobian verkörpert viel von dieser Widersprüchlichkeit. Die gut aussehende, selbstbewusste Frau spricht fünf Sprachen, darunter auch das Türkisch ihrer Urgroßmutter. Zugleich ist ihr Arabisch so farbungsfrei, dass sie als Hobby-Schauspielerin in arabischen Fernsehserien auftritt. Maggi Zobian stellt sich mit ähnlichen Worten vor wie andere junge Armenier: Wir sind die vierte, die fünfte Generation „danach“.

Sie ist stolz, dass die Armenier ein berühmter Teil der syrischen Gesellschaft seien und fasst ihren Patriotismus in den Satz: „Wir verteidigen Syrien, als ob wir Syrer wären – zum Beispiel, wenn im Ausland jemand behauptet, hier sei es nicht sicher.“

Kein Zweifel, sie wird nur einen Armenier heiraten. „Ich kann mir nichts anderes vorstellen. Meine Kinder sollen Armenier sein.“ Wenn sie Armenier aus Frankreich trifft, sind das für sie Franzosen. „Die haben ihr Armenisch-Sein verloren, weil sie es nicht als lebendige Kultur praktizieren.“

Osman Sulayman

Syrien: Im November 2007 war Osman Sulayman in Ain al-Arab (kurdisch: Kobani) in der Provinz Aleppo während einer friedlichen Kundgebung von Kurden gegen den drohenden Einmarsch türkischer Truppen in Irakisch-Kurdistan festgenommen worden. Nachdem er wochenlang inhaftiert war, wurde er am 18. Januar 2008 unter falschem Namen in das al-Kendy Krankenhaus in Aleppo eingeliefert. Am 6. Februar wurden seine Angehörigen aufgefordert, Sulayman aus dem Gefängnis al-Muslemiye abzuholen. Sie brachten den bereits todkranken Familienvater wieder in ein Krankenhaus, wo er am 19. Februar vermutlich an den Folgen der Folterungen starb. Er hinterlässt eine Frau und zwei Kinder.

Maschal Tamo

Der syrisch-kurdische Menschenrechtler Maschal Tamo, der regelmäßig für die GfbV über die Menschenrechtssituation in Syrien berichtet, war in der Nacht vom 14. auf den 15. August 2008 festgenommen worden. Seinen Angehörigen wurde jede Auskunft über seinen Aufenthaltsort verweigert. Zwischenzeitig wurde die Festnahme Tamos, der auch der Sprecher der kurdischen Zukunftsbewegung ist, von den syrischen Behörden dementiert. Nach letzten Informationen aus Syrien wurde der syrisch-kurdische Menschenrechtler am 26.8.2008 im Justizgebäude in Damaskus gesehen. Eine syrische Menschenrechtsorganisation bestätigte, dass der einem Untersuchungsrichter vorgeführt worden ist. Bisher wurde jedoch nicht bekannt, was die syrischen Behörden dem kurdischen Menschenrechtler vorwerfen.

Dr. Kamal Sido

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Göttingen

Dass die syrische Regierung aus diplomatischer Rücksicht auf die Türkei den Begriff Genozid meidet, empört die Lehrerin nicht. „Uns reicht es, was die Regierung tut. Wir können auf der Straße Armenisch reden.“

Die wichtige Bedeutung der Heimat

Ein paar Häuser weiter der Club der armenischen Jugendvereinigung. Gegenüber ein eleganter Friseursalon in armenischem Besitz, ringsum Ärzteschilder mit arme-

nischen Namen. Dennoch verwendet die Sekretärin des Jugendclubs nebenbei das Wort Diaspora.

Im Leadership-Workshop für armenische Pfadfinder sitzen an diesem Abend anderthalb Dutzend junge Leute, modisch gekleidet und frisiert. Auf die Frage, was eine speziell armenische Führertugend sei, antwortet ein Teilnehmer: „Wir müssen den Kindern beibringen, ihre Heimatstädte nicht zu vergessen. Das ist wichtig, denn wir sind von der Heimat so weit entfernt.“

Solchen Parolen kann Haroutune Selimian nichts abgewinnen. Der Präsident der armenischen Protestanten, ein Mann mittleren Alters, hat sie noch von seinen Eltern und Großeltern im Ohr: Wir gehen zurück in die historische Heimat – nie „Türkei“ sagen! „Diese Diaspora-Psychologie hat uns marginalisiert. Geistig gesehen haben wir dadurch zwei Generationen verloren.“

Die Verlockung des Auslands

Der Protestant, vom Typus her mehr Manager als Kirchenmann, leitet den Aufsichtsrat des „Aleppo College“, eine Mädchenschule in armenischem Besitz. Allerdings sind hier heute mehrheitlich Musliminnen eingeschrieben; deren Eltern bevorzugen das College, weil es nicht wie die anderen Privatschulen koedukativ ist, hier also nicht Mädchen und Jungen in denselben Klassen sitzen.

Auf der Schulbank Armenisch zu lernen, ist Nicht-Armeniern indes per Gesetz verboten – um christliche Missionierung zu verhindern. Außerhalb der Schule steht es jedem Muslim frei, privat Armenisch-Unterricht zu nehmen.

„Das ist das einzigartige Modell Syriens“, sagt Selimian, „es erhält den Frieden zwischen den Religionen.“ Ihn bekümmert nur, wie viele talentierte junge Armenier zum Studium nach Europa oder nach Beirut gehen. „Ich will sie in Syrien halten. Darum will ich eine armenische Universität gründen, hier in Aleppo.“ Bisher ist das nur ein Traum. Und eine neue Variante von armenischer Integration.



Foto:
Martin Link, Jerusalem 2008

Politik des kreativen Chaos

Marie Nassif-Debs,
Universität Pompeu Fabra,
Barcelona.
Aus dem Französischen von
Martina Sabra. Aus redaktionellen
Gründen gekürzt.



Die libanesische Krise

Das Abkommen von Ta'if, ein Dokument der nationalen Versöhnung, das den Bürgerkrieg beendete, beinhaltet eine Reihe von Maßnahmen, die das libanesisches Herrschaftssystem reformieren sollten. Die Autorin behandelt die Machtverschiebungen innerhalb des konfessionalistischen Systems, die mittels des Verfassungsgesetzes vom 21. September 1990 umgesetzt wurden und macht zwei Konstanten libanesischer Politik fest: Die Flucht zu Schutzmächten und die abrupt wechselnden Allianzen.

Zur Zeit herrscht im Libanon ein ständiges Kommen und Gehen der Delegationen politisch und militärisch Verantwortlicher, seien es US-amerikanische oder europäische, die seit drei Jahren durch Beirut und Umgebung flanieren. Woher kommt das internationale Interesse an diesem winzigen Land, dessen Fläche gerade einmal 10452 Quadratkilometer misst und dessen Einwohnerzahl – hoch geschätzt – bei 4,3 Millionen liegt?

Es lebe die Republik!

Der moderne Libanon entstand im Jahr 1860, nach einem blutigen dreijährigen Bürgerkrieg, in dem sich die Drusen und Christen des Landes bekämpft hatten. Die einen wurden unterstützt von Großbritannien, die anderen von Frankreich (jeweils mit dem Ziel, die mittelöstlichen Gebiete des osmanischen Reiches zu zerstückeln). Seither zählt der Libanon zu jenen kleinen Staaten, die immer wieder in Instabilität geworfen sind.

Der Libanon ist ein multikonfessionelles Gebilde, in dem jede der 18 religiösen Gemeinschaften den Status eines Mini-Staats im Staat innehat. Denn sie verfügen über eigene Gerichtsbarkeit, sie haben eigene Vertreter in der Legislative und Exekutive, haben eigene konfessionelle Schulen und sie sind über Quoten in der Verwaltung und den öffentlichen Diensten vertreten.

Die Spitze des Staats wird gebildet von einer Hydra mit drei Köpfen: ein Präsident der Republik, der zur christlich-maronitischen Gemeinschaft gehört, ein Premierminister, der zur muslimisch-sunnitischen Gemeinschaft gehört, und ein Parlamentspräsident, der zur muslimisch-

schiitischen Gemeinschaft gehört. Es lebe die Republik!

Privilegien über alles

Diese Situation ist die Ursache der jüngsten Krise, die der Libanon durchlebt. Diese Krise unterscheidet sich in nichts von den Krisen, die das Land bereits in den Jahren 1952, 1958, 1967 und vor allem seit 1975 durchlebte.

Es überschneiden sich die Interessen einer mächtigen Finanzoligarchie, welche im Gefolge des Öl-Booms in den 50er Jahren auf der arabischen Halbinsel auf die Bühne katapultiert wurde, mit den Interessen der Nachkommen alter Feudalherren, die ihre ökonomischen Vorteile längst verloren haben, die aber immer noch ein Teil der politischen Landschaft sind. Dazu kommen dann noch die Interessen der Intelligentsia der verschiedenen Konfessionen.

Ausgangspunkt der Streitigkeiten und Auseinandersetzungen ist nicht der Wille, das von der Kolonialmacht geerbte politische System zu modernisieren, sondern die Ausdehnung und der Erhalt der jeweils eigenen Privilegien. Gleichzeitig aber vereinen sich alle kriegsführenden Gruppen und beenden ihre politischen Auseinandersetzungen, ja sogar Bürgerkriege, sobald sie Gefahr für das Regime wittern, das sie alle schützt. Immer wieder wird nach einem äußeren Beschützer gerufen, international oder regional.

Die politischen Allianzen im Libanon entstehen und vergehen in einem schwindelerregenden Tempo und sie können schon beim ersten Windhauch aus Ost oder West wechseln. Seit 1975 haben wir solche Allianzen kommen und

Auch wenn es die beiden gegenwärtigen Hauptakteure schaffen, sich zu einigen: Die inhärente Krise des politischen Systems im Libanon wird sich verstärken.

gehen sehen: das «Dreierbündnis» zwischen Maroniten-Führern, der ebenfalls maronitischen «Libanesischen Front», dem die «Allianz der progressiven und muslimischen Kräfte» gegenüberstand. Danach kam das «Viererbündnis», dem im Jahr 2000 die vier wichtigsten muslimisch geprägten Parteien angehörten: Die Zukunftsbewegung von Rafik Hariri, die Hizbullah, die Amal-Bewegung von Nabih Berri, und die sozialistische Partei von Walid Jumblat. Die Spaltung der Viererallianz führte zur Bildung zweier neuer Gruppen: der sogenannte «8. März» (Opposition: Hizbullah und Michel Aoun) und die Allianz des «14. März» (Saad Hariri, Amin Gemayyel usw. oder auch Strömung al-Mustaqbal – benannt nach der Zeitung Rafiq Hariris), in der die untereinander ebenfalls zersplitterten Christen Zuflucht gefunden haben.

Die aktuelle Krise – eine allseitige Krise?

Auch wenn es die beiden gegenwärtigen Hauptakteure schaffen, sich auf Präsidentschaftswahlen, auf eine Regierung der «Nationalen Einheit», und auf die Verteilung der vier wichtigsten Ministerämter (Verteidigung, Inneres, Außenpolitik und Finanzen) zu einigen: Die inhärente Krise des politischen Systems im Libanon wird sich verstärken.

Denn ein Teil der libanesischen Konfessionen, die Christen im Allgemeinen und die Maroniten im Besonderen, haben erkannt, dass die Vereinbarung von Ta'if sie enteignet hat. Ta'if hat zwar den Bürgerkrieg beendet, aber es wurde auch ein neuer politischer Konsens installiert, demgemäß die Verfassung der zweiten Republik die wichtigsten Privilegien der Christen in die Hände der Sunniten

überträgt. Der immer noch maronitische Präsident der Republik hat seine Macht an den Ministerpräsidenten übergeben. Dieser ist zum eigentlichen Regierungschef geworden, denn die Vorrechte des Präsidenten sind allesamt an die «Zustimmung» des Regierungschefs geknüpft. Während die Christen sich an den Rand gedrängt fühlen, gewinnen die Muslime immer mehr Terrain. Der politische Aufstieg Rafiq Hariris – ein Freund Frankreichs und ein Günstling der USA und der Saudis – war der erste Schritt auf diesem Weg. Den USA fiel es leichter als den arabischen Staaten und Saudi-Arabien, den Preis für diese neue Politik zu zahlen: von Saudi-Arabien wurde verlangt, einen 10-Milliarden-Dollar-Vertrag für den Kauf von US-amerikanischen Waffen zu unterzeichnen, während die USA gleichzeitig Waffen im selben Wert an die Israelis versprochen, damit sie leichter mit dem Palästinenseraufstand fertig würden?

Die Regierung

Nach der Ermordung von Rafiq Hariri wurde rasch Fuas Siniora als Ministerpräsident eingesetzt, der nun den gleichen Weg wie sein Vorgänger und persönlicher Freund geht.

Schon unter Rafiq Hariri war es Siniora, der die Wirtschaftspolitik plante und bestimmte. Er unterstellte das Land dem ausländischen Großkapital: Der Zehnjahresplan, der Anfang 1993 begann, hat dem Libanon einen Schuldenberg von 40 Milliarden Dollar beschert. Dazu kamen in den vergangenen zehn Jahren weitere 10 Milliarden, allesamt zu hohen Zinskonditionen. Nahezu die Hälfte des aktuellen Staatshaushaltes ist für Zinszahlungen, während die produktiven Bereiche, wie Industrie und Landwirtschaft dahinve-

getieren und die Dienstleistungen, allen voran das Mobiltelefongeschäft (das «Schwarze Gold» des Libanons) zur Privatisierung freigegeben wurden, damit bestimmte Familienmitglieder einiger Minister und politischer Clanchefs sich bereichern konnten.

Eine neue geopolitische Karte

All dies bildet den Hintergrund der Bestrebungen der US-Regierung den arabischen und persischen Golf stabiler zu beherrschen, wo 65% der Weltvorkommen des Erdöls liegen, aber auch, weil in dieser Region mehr als 30% der Weltvorkommen an Erdgas liegen. Man darf auch nicht die Wasservorräte des Libanons vergessen, eine weitere wichtige, für Israel unverzichtbare Energiequelle in den kommenden Jahren.

Wir befinden uns mitten in einer Übergangsperiode, in der die USA – bislang vergeblich – versuchen, die geopolitische Karte des Mittleren Ostens neu zu zeichnen. Ihre «Politik des kreativen Chaos» bedeutet, alle möglichen Arten von Zersplitterung und Bürgerkriegen – religiöse, konfessionelle und ethnische – eher zu schüren als einzudämmen.

Da sie aber vom Irak bis Libanon auf Probleme stoßen, und da ihre Versuche, den libanesischen Widerstand mit Hilfe Israels auszulöschen, kläglich gescheitert sind, finden sie nur noch einen Ausweg: die Flucht nach vorn, in einem Konflikt, der sie zum Gegner von mehreren Völkern in der Region macht.

Doch wo ist bei all dem die Europäische Union? Die Politik der EU überrascht immer wieder durch ihre Schwäche und ihre Ambivalenzen gegenüber diesen Projekten. Dies vor allem, da alle europäischen Regierungen, die in Afghanistan, dem Irak und in den UNIFIL-Truppen im Südlibanon präsent sind, sich durchaus im Klaren sind über die Absurdität der Ziele der Bush-Administration, sowohl ökonomisch als auch in Hinsicht des Kampfes der Zivilisationen, den er unter der Decke des Kampfes gegen den Terror versteckt.

Die Kurden – Ein Jahrzehnte langer Kampf für Freiheit

Chira Germiani ist im Irak geboren, 1993 nach Deutschland gezogen und hat 2008 in Hannover Abitur gemacht.

Unterscheiden sich die Kurden vom türkischen, arabischen und persischen Volk? Wie kann es sein, dass ein Volk in so vielen Staaten verstreut ist? Kurden sind überall bekannt, jedoch wissen nur wenige woher sie wirklich stammen, welcher Kultur und Religion sie angehören und von welchem Gedanken ihr politisches Bestreben geleitet wird. Fest steht, dass die Kurden die größte staatenlose Nation sind.

Kurdische Bevölkerungszahlen weltweit

Allein in der Türkei leben ca. 20 Mio., im Iran ca. 10 Mio., im Irak bis zu 5,5 Mio. und in Syrien ca. 1,5 Mio. Kurden. In Europa durchbrechen sie ebenfalls die Millionengrenze, in den Gebieten der damaligen Sowjetunion leben schätzungsweise 420.000 Kurden. Die Zahl der in Deutschland lebenden Kurden beläuft sich auf ca. 800.000.

Vor der Einbürgerung wird Einwanderern die Staatsangehörigkeit des Landes zugewiesen, aus dem sie ursprünglich kamen. Da die Kurden kein eigenes Land haben, werden sie je nach dem als irakische, iranische, syrische oder türkische Staatsbürger eingetragen. Insgesamt beruhen die Schätzungen auf ca. 40 Millionen Kurden weltweit.

Die kurdische Sprache und Zeitrechnung

Das kurdische Volk gehört zu den Ariern, dessen Sprache indogermanischer Herkunft ist. Viele Sprachwissenschaftler, so auch Ferdinand Justi, schreiben, die kurdische Sprache habe sich aus der Sprache der Meder entwickelt. Auch die Eigenbezeichnung „Kurmanç“ deutet auf eine Abstammung von den Medern, da dies übersetzt „Söhne der Meder“ heißt.

Die kurdische Geschichte und somit auch ihre Zeitrechnung beginnt 612 v.Chr. mit einem Mythos. Demnach wird das kurdische Volk durch den Kurden „Kawa“ aus der Unterdrückung befreit, als dieser den Tyrannen „Dahak“ erschlägt. Von da an lebt das kurdische Volk in Freiheit und feiert jedes Jahr am 21. März Neujahr,

Newroz, als Zeichen ihres Widerstandes und der Befreiung.

Das Osmanische Reich

Das kurdische Volk lebte im Osmanischen Reich zwischen und um die Flüsse Euphrat und Tigris – zur damaligen Zeit mit dem Namen „Kurdistan“. Es war in ständige Auseinandersetzungen verwickelt, unter anderem mit Arabern, Griechen, Mongolen, Persern und Osmanen. Von der Ausbreitung und Islamisierung der arabischen Länder war auch Kurdistan betroffen.

Das Argument der religiösen Zusammengehörigkeit nutzte das Osmanische Reich stets für seine Ausbreitungspläne. Nach und nach verlor das kurdische Volk durch die Oberherrschaft der Osmanen seine Eigenständigkeit, seine Freiheit und seinen Wohlstand. Selbstverständlich setzten sich die Kurden in zahlreichen Aufständen zur Wehr, jedoch ohne dauerhaften Erfolg.

Nach dem Ersten Weltkrieg stand das Osmanische Reich auf der Seite der Verlierer und geriet unter die Verwaltung europäischer Mächte. Diese teilten das Gebiet in die Staaten Irak, Iran, Syrien und Türkei. Die Kurden wurden bei dieser willkürlichen Teilung nicht berücksichtigt und ihr Bevölkerungsgebiet unter den vier neu entstanden Staaten aufgeteilt.

Durch die Übernahme der Verwaltung des irakischen Gebietes gewann Großbritannien nun Mosul und Kirkuk mit reichen Erdölvorkommen, das zuvor zu Südkurdistan gehörte. Die geographische Lage Kurdistans hatte durch die großen Öl- und Wasservorkommen eine große



Die Gründung der kurdischen Republik Mahabad

Nach dem zweiten Weltkrieg gelang es den im Iran lebenden Kurden am 22. Januar 1946, mit der Unterstützung der Sowjetunion, im ehemaligen Ostkurdistan die kurdische Republik Mahabad zu gründen. Die Kurden lebten dort eigenständig, wie vor der Teilung des Osmanischen Reiches. Nachdem die Sowjets jedoch wieder abzogen, wurde Mahabad sofort vom Iran, zusammen mit Großbritannien und den USA, angegriffen. Es kam zu zahlreichen Ermordungen, auch von großen Teilen der zivilen Bevölkerung. Der Herrscher der kurdischen Republik wurde in aller Öffentlichkeit hingerichtet.

Bis heute sind Kurden nicht an der Politik Irans beteiligt, noch immer leben sie an den Rändern der Städte, oft in Armutsvierteln, und haben nur wenige Möglichkeiten Schulen zu besuchen. Es gibt zwar kurdische Zeitungen, jedoch stehen diese unter einer sehr strengen Zensur.

Bedeutung, was der Name „die Seidenstraße“ verdeutlicht.

Der Vertrag von Sevres – ein Hoffnungsschimmer für die Kurden

Die Türkei versuchte, das Gebiet um Mosul und Kirkuk für sich zu erobern. Um erfolgreich gegen Großbritannien vorzugehen bat die türkische Regierung die Kurden um Hilfe. Als Gegenleistung versicherte ihnen die Türkei 1920 im „Vertrag von Sèvres“ das Selbstbestimmungsrecht. Nachdem im Kampf um Mosul und Kirkuk eine Niederlage abzusehen war, hoben die Türken den Vertrag auf und schlossen 1923 mit den westlichen Mächten zusammen den „Vertrag von Lausanne“, ohne die Kurden mit einzubeziehen. Dies hatte zur Folge, dass die Kurden nicht einmal mehr als Minderheit angesehen und praktisch vollkommen von der Landkarte ausgeradiert wurden.

Es begann der Ausnahmezustand für die Kurden. Von den Türken wurden sie als „Bergtürken“ bezeichnet, womit Kurden aus dem allgemeinen Sprachgebrauch entfernt und ihre Existenz geleugnet wurde. Es kam zur Verhaftung und Ermordung zahlreicher kurdischer Abgeordneter der Nationalversammlung, zur Schließung sämtlicher kurdischer Schulen und dem Verbot aller kurdischen Zeitungen. Es gab

Massenhinrichtungen und Deportationen, ohne Rücksicht auf die zivile Bevölkerung wurden Dörfer bombardiert, in denen sich Kurden aufhielten.

Es folgten Aufstände, in denen die Kurden zunächst als Sieger hervorgingen. Ihre Erfolge waren nur von kurzer Dauer, da die Nachbarstaaten der Türkei immer wieder zur Hilfe kamen.

Hilferuf nach Westen

Oft haben die Kurden versucht, sich an den Völkerbund zu wenden, jedoch stießen sie nie auf Aufmerksamkeit. Obwohl der Kampf mit Massenvernichtungswaffen offensichtlich war, sah sich niemand verpflichtet einzugreifen.

Im November 1937 schrieben Kurden an den Völkerbund: [...] Die kurdischen Schulen sind geschlossen, die kurdische Sprache ist verboten. Die Wörter Kurde und Kurdistan sind aus den wissenschaftlichen Büchern entfernt worden, jede bestialische Art wird angewendet, um die Kurden einschließlich Frauen und Mädchen zur Zwangsarbeit nach Anatolien zu bringen. Die Kurden werden in türkische Gebiete umgesiedelt, sie sollen nirgendwo mehr als 5 % ausmachen. [...] Der Westen zeigte keinerlei Reaktion und überließ sie ihrem Schicksal.

Giftgasanfall im Irak

Da der Irak Mandatsgebiet der Engländer war und damit unter Beaufsichtigung des Völkerbundes stand, konnten Kurden ihre eigene Sprache sprechen und die Pressefreiheit zu nutzen.

Als die Kurden dann im Golfkrieg auf der Seite des Irans standen, rächte sich der Irak mit Giftgasanschlägen in der Provinz Halabja, die von Kurden bewohnt war. 5.000 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, kamen zu Tode. Über 10.000 Menschen wurden lebensgefährlich verletzt und starben an den Folgen. Es folgte die Zerstörung von 4.500 Dörfern und die Verschleppung von 180.000 Menschen, die bis heute nicht wieder aufgetaucht sind. Dies ist nur einer von mindestens 42 Fällen, in denen das irakische Regime Giftgas gegen die kurdische Bevölkerung einsetzte. Hier waren deutsche Unternehmen beteiligt, die Rohstoffe, Fertiganlagen und das Know-How zur Produktion an den Irak weiterreichten.

Der Umgang der Syrier mit den Kurden

In Syrien hatten die Kurden erst die Möglichkeit Zeitungen herauszugeben, jedoch wurden sie nicht als ethnischen

Gruppe anerkannt und konnten ihre eigene Kultur nicht leben. Um die politischen Mitwirkung zu verhindern, wurde zahlreichen Kurden die syrische Staatsangehörigkeit entzogen, wodurch sie so gut wie alle Rechte zur Mitbestimmung verloren. Weder die Schulen, noch die Infrastruktur der von Kurden bewohnten Dörfer wurden gefördert. Auch hier gehören Razzien, Verfolgungen etc. zu der Tagesordnung.

Was hat sich bis heute geändert?

Im Irak kam es nach dem Sturz des Saddam-Regimes zu einem positiven Wandel in der kurdischen Geschichte. Hier haben auch Kurden die Presse und Meinungsfreiheit. Ein Kurde ist Bundespräsident des Iraks.

Hier scheint es für die Kurden aufwärts zu gehen. Leider wird ihnen dieser Erfolg nicht gegönnt. Die arabischen Chauvinisten im Parlament entscheiden oft gegen Maßnahmen, die zur Förderung des kurdischen Volkes beitragen. Die Rückkehr von Kurden in die ehemaligen kurdischen Gebiete Kirkuk, Khanakin und Mosul ist für viele Araber ein Dorn im Auge. Diese Städte gehörten vor der Teilung zu Kurdistan, nun lassen die arabischen Chauvinisten nicht zu, dass dieser Teil unter die regionale Verwaltung der Kurden kommt.

Leider sind die hier geschaffenen Grundlagen für die Entwicklung des kurdischen Volkes nur ein Einzelfall. In den anderen Staaten geht die Unterdrückung weiter.

In der Türkei sind Kurden noch immer stark benachteiligt. Viele Berichte erzählen von Folter und Verfolgung kurdischer Zivilisten. Zwangsumsiedlungen in der Türkei haben zur Folge, dass tausende von Kurden nun an den Stadträndern in heruntergekommenen Armutsvierteln leben müssen. Fakt ist, dass die PKK Waffenstillstände angeboten hat und bis heute versucht, mit der Türkei zu verhandeln. Diese weigert sich, auch nur in irgendeiner Weise zu verhandeln. Der PKK wird der Kampf durch die fehlende Kompromissbereitschaft praktisch aufgezwungen.

Alltäglich bezahlen viele Menschen, unter ihnen auch viele Zivilisten, sowohl auf kurdischer, als auch auf türkischer Seite, mit ihrem Leben. Das Ende ist

Unterdrückung kurdischer Opposition in Syrien

Jeglicher Versuch, das syrische Regime zu kritisieren, wie z.B. die Demonstrationen in Damaskus am 10. Dezember 2002 sowie am 25. Juni 2003 werden durch syrische Sicherheitskräfte brutal unterdrückt. Nach diesen Demonstrationen wurden viele Kurden verhaftet, einige sind heute noch inhaftiert. Angeklagt werden diese gewaltlosen politischen Gefangene wegen dem Versuch „eine Verfassungsänderung durch illegitime Mittel erreichen zu wollen“ und „Verbreitung falscher Informationen“.

Im März 2004 griffen syrische Sicherheitskräfte in der Stadt Qamishli bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen kurdischen und arabischen Fußballfans ein. Dabei gab es Tote und Verletzte. Bei den nachfolgenden Demonstrationen wurden mindestens 30 kurdische Zivilisten getötet, mehr als 1000 wurden verletzt und mehr als 2500 verhaftet. Nach Informationen der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), wurden mindestens fünf Kurden in Haft zu Tode gefoltert. Diese Auseinandersetzungen ereigneten sich vor dem Hintergrund des US-amerikanischen Einmarschs in den Irak und markierten den Beginn einer langen Reihe von Demonstrationen und Aufständen auf kurdischer Seite. Bis heute sind noch 153 Kurden in Haft, die in Folge der Auseinandersetzungen von Qamishli festgenommen worden sind. Dort sind sie weiterhin systematischer Folter hilflos ausgeliefert.

Im gleichen Jahr wurde sechs kurdische Wehrpflichtige während ihres Militärdienstes ermordet. Im April 2006 wurde der 19 Jahre alte kurdische Rekrut Mohammed Othman während seines Militärdienstes zu Tode gequält. Wie seiner Familie bekannt war, wurden er und andere kurdische Rekruten regelmäßig von Kameraden und Vorgesetzten geschlagen, diskriminiert und gezwungen unwürdige Dinge zu tun. Nach seinem Tod gelang es seiner Familie Fotos vom Leichnam zu machen, auf denen die Misshandlungen zu erkennen waren.

Auch im April 2006 und im Juli 2006 kam es erneut nach einer friedlichen Demonstration in den nordsyrischen Städten Aleppo und Qamishli zu Massenverhaftungen von mehr als 100 Kurden im April und 28 Menschen im Juli. Bis 2008 wurden immer wieder Protestkundgebungen in den von Kurden bewohnten Gebieten organisiert, denen in der Regel willkürliche Verhaftungen folgten. Unter den Verhafteten waren auch Politiker und ein bekannter Sänger.

Dr. Kamal Sido
Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Göttingen

immer noch nicht in Sicht. Im Gegenteil, der Hass zwischen den beiden Nationen wächst immer weiter.

Nicht einmal an ihrem nationalen Feiertag Newroz ist es den Kurden gewährt, friedlich zu feiern. In diesem Jahr gab es bei den Feierlichkeiten drei tote und etliche verletzte Kurden in der Stadt Qamishli in Syrien. Es kam zu einem Streit zwischen Kurden und der Polizei, um Newroz zu feiern. Daraufhin zogen die Polizisten ihre Waffen und erschossen drei Jugendliche. Es gab mindestens zehn weitere Verletzte.

Auch in der Türkei kam es zu Auseinandersetzungen. Berichten zufolge sei ein Demonstrant ums Leben gekommen, über 50 verletzt und ca. 130 festgenommen.

Auf offener Straße griffen die türkischen Sicherheitskräfte unter anderem Frauen, älteren Männer und Kinder an, schlugen auf sie ein – vor laufenden Kameras. Kurden werden als Staatsfeinde bezeichnet, weil sie ihre Fahne zeigen und ihre eigene Sprache legitimieren möchten.

Schon damals haben sie sich an den Völkerbund gewendet, wurden dennoch abgewiesen. Man wollte und will sich bis heute nicht in die Politik der östlichen Länder einmischen heißt es immer wieder. Hier geht es aber um die Jahrzehnte lange Unterdrückung einer Nation, dem bis heute das Recht genommen wird sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen.



Kurdistan: Anfal, unser Leben



20. Jahrestag des Giftgasangriffs des irakischen Militärs auf kurdische Dörfer im Nordirak

Shazada Hussein Mohammed und
Gulnaz Aziz Qadir
Abdruck des Interviews mit
freundlicher Genehmigung von
medico international.

Im Jahr 1988 verschleppte die irakische Armee in der Anfal-Operation mehr als 100.000 Kurdinnen und Kurden. Zum 20. Jahrestag veranstaltete das Zentrum Moderner Orient in Berlin die Tagung „Gewalt, Erinnerung und Aufarbeitung der Vergangenheit im Irak“. Shazada Hussein Mohammed, die ihre Angehörigen während der Deportationen verlor, und Gulnaz Aziz Qadir, die während Anfal 17 Jahre alt war und heute Abgeordnete im kurdischen Regionalparlament ist, nahmen daran teil. Mit ihnen sprach Martin Glasenapp.

Sie wurden selbst ein Opfer der Anfal-Operationen. Wie erging es ihnen?

Shazada Hussein: Wir waren Bauern in der Region Germian und hatten bis 1988 ein schönes Leben, wir hatten viel Vieh, über 800 Tiere. Der Tag, an dem die Soldaten kamen, veränderte alles. Unser Haus wurde bombardiert, sie trieben uns zusammen und brachten uns mit Lastwagen in ein Militärcamp in Tikrit im Zentralirak. Unsere Männer mussten sich bis auf die Unterwäsche ausziehen, dann wurden sie weggebracht. Wir Frauen wurden auf verschiedene Lager verteilt. Mich deportierten sie nach Nura Salam im Süden. Zwei Tage sperrten sie uns in den Lastwagen ein, ohne Wasser, Nahrung und Toilette. In Nura Salam sah ich das letzte Mal einige unserer Männer, aber wir durften keinen Kontakt aufnehmen. Das Lager lag inmitten einer Sandwüste. Am Tag gab es nur zwei, drei Stücke hartes Brot, dazu bitteres Wasser, das viele von uns umbrachte. Einmal starben bis zum Abend über 200 Menschen. Sie warfen die Toten über den Stacheldraht, bedeckten sie nur mit wenigen Schippen Sand. Nachts kamen die ums Lager streunenden Hunde, ich sah, wie sie die Körper ausgruben und fraßen. Bis heute verfolgt mich die Erinnerung an eine Kinderhand, die die Hunde im Sand zurückgelassen hatten. Erst nach drei Tagen brachten sie die Überreste der Toten weg. Das Lagerleben war sehr grausam. Manchmal mussten wir bei den täglichen Appellen vier Stunden in der brütenden Hitze stehen. Kinder und ältere Menschen fielen in Ohnmacht und wurden häufig ohne Hilfe liegengelassen, bis sie starben. Die Wächter schlugen uns mit Schläuchen. Niemals vergesse ich die Geschichte von Massun, die drei kleine Kinder hatte. Als ihr jüngstes Kind immer schwächer wurde, weinte sie ununterbro-

chen. Da band man sie mit ihrem Haar an ein Fensterkreuz und zwang sie, hilflos mit anzusehen wie ihre kleine Tochter vor ihr im Sand langsam verstarb.

Wie konnten Sie nach Kurdistan zurückkehren?

Nach sieben Monaten, in denen wir in überfüllten und verdreckten Baracken zusammengepfercht verharreten, sagten uns die Soldaten, dass wir freikommen würden. Wir glaubten ihnen nicht. Wir waren so dreckig, hungrig und hoffnungslos. Viele von uns hatten bereits Würmer oder Maden in ihren offenen Wunden. Aber dann gaben sie uns Wasser und Nahrung. Wir konnten uns erstmals wieder waschen. In Gruppen von 250 verfrachteten sie uns in Transporter und brachten uns in zwei Tagen und Nächten zurück nach Suleymania, danach in die Lagerstadt Smout. Die Soldaten verteilten uns an die Dorfbewohner, die für uns bürgen mussten. Monatlich mussten wir uns melden und einen Fingerabdruck abgeben. Jedes Mal fragten wir nach unseren Söhnen und Männern und bekamen nie eine Antwort.

Was bedeutete es, eine „Anfal-Witwe“ zu sein?

Mein Mann kehrte nicht zurück. Ich war allein mit meinem Kind, das damals ein Jahr alt war, hatte nichts mehr, kein Haus, kein Geld, nicht mal einen Löffel. Lange Jahre verdingte ich mich als Tagelöhnerin. Tagsüber waren wir Männer und abends Frauen, waren Väter und Mütter zugleich. Viele von uns mussten sechs bis sieben Kinder ernähren. Ich selbst hatte zwei Kinder. Das eine starb kurz nach der Geburt. Aber meine zweite Tochter studiert heute Geographie und Geschich-

te. Ich bin sehr stolz auf sie. Auch andere Anfal-Witwen haben sehr darauf geachtet, dass ihre Kinder die Schule besuchen. Bis 2003 hoffte ich, dass mein Mann doch zurückkehren würde. Aber als das Regime gestürzt wurde, sahen wir die kurdischen Kleidungsreste, die die Bagger aus den Massengräbern holten. Viele von uns sind seelisch sehr belastet, weil sie nicht wissen, wie und wo ihre Angehörigen umgebracht wurden. Als Anfal-Witwen sind wir nur locker organisiert, aber wir treffen uns regelmäßig und sprechen uns Mut zu. Wir fordern, dass Anfal als Genozid anerkannt wird und alle Massengräber geöffnet werden. Wir möchten auch, dass in unseren Dörfern und Regionen Orte des Gedenkens entstehen.

Was empfanden Sie, als Sie im Verfahren gegen Saddam Hussein aussagten?

Große Genugtuung. Saddam ließ meinen Mann ohne Gerichtsverfahren umbringen, so wie er mich deportieren ließ. Für mich

Der Tag, an dem die Soldaten kamen, veränderte alles. Unser Haus wurde bombardiert, sie trieben uns zusammen und brachten uns mit Lastwagen in ein Militärcamp in Tikrit im Zentralirak.

war es sehr wichtig, ihm gegenüberzusitzen und ihm zu sagen: Du, warum verlangst du ein Gerichtsverfahren, nachdem du uns das alles angetan hat? Saddam verlor seine Paläste und musste miterleben, wie seine Söhne starben. Als ihm selbst die Schlinge um den Hals gelegt wurde, fragte ich mich, ob er in diesem Moment daran dachte, wie er

alle unsere Männer und Söhne umbringen ließ. Wir begrüßten die Hinrichtung, aber wünschten uns, er wäre auch wegen Anfal angeklagt worden.

Sollte damit die europäische Beteiligung an Anfal verschwiegen werden? Saddam Hussein trat vor Gericht ja sehr selbstbewusst auf...

Gulnaz Aziz Qadir: Sicher war das der Grund. Er sollte keine Namen, keine Verantwortlichen mehr nennen. Anfal hat eine internationale Dimension: Die Technik für das Giftgas kam aus Deutschland.

Das US-Außenministerium riet 1988 dem Kurdenführer Talabani, er möge sein „Auskommen“ mit Saddam Hussein suchen, ehemals ein „Partner“.

Gulnaz Aziz Qadir: Auf Tonbandaufnahmen der Verhandlungen zwischen der irakischen Regierung und den Kurden gibt es

einen berühmten Wortwechsel. Chemical Ali, der Verantwortliche für Anfal, sagt zu Talabani, als dieser die Zahl von 182.000 Toten anspricht: ‚Na ja, übertreib mal nicht, es waren nur 100.000.‘ Wir wissen auch, dass die Amerikaner Bilder von allen Anfal-Dörfern vor und nach der Zerstörung haben.

Die Erinnerung an Anfal spielt im kollektiven Gedächtnis der Kurden eine große Rolle, aber viele der Opfer, besonders die Frauen, leben noch immer in Armut.

Gulnaz Aziz Qadir: Als ich 2005 ins Parlament kam, war dort niemand aus den Anfal-Regionen. Heute haben wir einen Gedenktag und ein spezielles Ministerium. Am Gedenktag 2008 forderten wir im irakischen Parlament die Anerkennung von Anfal als Genozid und finanzielle Entschädigungen. Beides wurde akzeptiert, aber die Umsetzung wird noch dauern. Noch bekommen die Überlebenden nur eine kleine Rente. Die größte Last neben der Armut ist das ungeklärte Schicksal unserer Angehörigen. Viele Massengräber sind noch ungeöffnet. Die Regierung bevorzugt ein zentrales Mahnmal, die Opfer selbst möchten symbolische Gräber oder Gedenkstellen an den Orten des Geschehens.

Shazada Hussein: Wir wollen dort trauern, wo wir leben. Die Diskussion um die Frage, wie wir uns erinnern, beginnt bei uns gerade. Ihr in Deutschland habt Erfahrungen mit dem Gedenken. Vielleicht können wir voneinander etwas lernen.



Foto: Martin Link, Tel Aviv 2003

Massive Angriffe auf die Menschenrechte



Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte nach 60 Jahren im Nahen Osten

*Bahey El Din Hassan
ist der Direktor des Instituts für
Menschenrechte in Kairo, Ägypten*

Vor fast 60 Jahren, am 10. Dezember 1948, wurden die Menschenrechte von den Vereinten Nationen in einer feierlichen Zeremonie in Paris für als universell geltend erklärt und ausgerufen. Wie steht es mit den Menschenrechten im Nahen Osten? Bahey El Din Hassan, Direktor des Kairoer Instituts für Menschenrechte, dessen Arbeitsschwerpunkt auf den arabischen Ländern liegt, beantwortet Fragen von Veit Raßhofer.

Wie sieht es mit den Menschenrechten in den arabischen Ländern aus?

Das Bild der Menschenrechte in der arabischen Region ist allgemein leider sehr düster. Natürlich unterscheidet sich die Situation von Land zu Land, aber allgemein ist die Situation in der Region für Menschenrechtsaktivisten überhaupt nicht zufriedenstellend. Dazu hat sich die Lage in einigen Ländern in Vergleich zur Situation vor dem 11. September 2001 verschlechtert.

Gab es in den letzten Jahren auch positive Entwicklungen?

Die Jahre 2004 und 2005 waren vielversprechend, da zu dieser Zeit die internationale Gemeinschaft, vor allem die EU und die USA, in Reaktion auf die Attentate des 11. Septembers 2001 eine grundlegende Neubewertung ihrer Standpunkte und Ansichten gegenüber den despotischen Regierungen des Nahen Ostens vorgenommen hatten. Sie hatten sich

entschieden, die übliche Politik, die auf eine Stabilisierung der Machtverhältnisse und die Durchsetzung ökonomischer Interessen der USA und Europas konzentriert war, zu ändern und eine Politik zu verfolgen, die stärker auf die Förderung von Demokratie und Menschenrechten abzielte. In diesen zwei Jahren war die Politik der EU und der USA in einigen arabischen Ländern sehr hilfreich. Zumindest wurden der Unterdrückung Grenzen gesetzt. Doch danach kehrten die USA und Europa wieder zu ihrer alten Politik zurück, und das, was wir heute beobachten können, sind massive Angriffe auf die Menschenrechte in der ganzen Region, vor allem in Ländern wie Ägypten, Tunesien und Syrien. Auch in einigen anderen Ländern ist die Situation nicht weniger alarmierend.

Welche anderen Länder meinen Sie?

In einigen arabischen Ländern gibt es ernste und gefährliche bewaffnete Konflikte, etwa in Darfur im Sudan, in naher Zukunft vielleicht auch wieder zwischen



Foto: Martin Link, Gaza Stadt 2003

Nord- und Südsudan. Auch im Irak bleiben die Gefahren religiöser und ethnischer Auseinandersetzungen bestehen, es ist zu befürchten, dass die Spannungen zwischen Kurden und Arabern eskalieren. Dazu kommt der Libanon, hier gibt es nicht nur den bewaffneten Konflikt mit Israel, es droht dort die Internalisierung der Konflikte. Was im vergangenen Mai in Beirut passierte, als die Hisbollah die Medien des politischen Gegners Hariri bedrohte und belagerte, Raketen gegen deren Gebäude einsetzte, war alarmierend.

Und in den Ländern, die Sie nicht genannt haben, lief es besser für die Menschenrechte?

Leider gibt es nur sehr wenige Punkte, die Gutes verheißen. Vielleicht könnte man die Entwicklung in Marokko nennen, schon vor dem 11. September 2001. Es gibt dort langsame, aber stete Verbesserungen, was den demokratischen Prozess und die Lage der Menschenrechte angeht. Natürlich geht das noch nicht weit genug, was die marokkanischen und arabischen Menschenrechtsaktivisten auch monieren, aber wenigstens geht es hier ein wenig voran. Auch in Mauretanien gab es eine vielversprechende Entwicklung hin zu einem demokratischen Staat, bis die im letzten Jahr frei gewählte Regierung jetzt vor einigen Wochen, Anfang August, vom Militär gestürzt wurde.

Sie erwähnten die Politik der USA und der EU. Wie wird die von den Menschen in den arabischen Ländern wahrgenommen?

Die Jahre 2004 und 2005 waren eine Ausnahme. Man begann in Europa mit der Nachbarschaftspolitik, die im Barcelona-Prozess einen Schritt vorwärts bedeutete. Aber dann schloss Europa bilaterale Verträge mit einzelnen Ländern ab, die nicht den Standards und dem Modell, die von der Nachbarschaftspolitik eigentlich vorgesehen waren, entsprachen. Und nun, mit der sogenannten Mittelmeerunion, haben die ursprünglichen Ideen einen ernsten Rückschlag erhalten. Die Zivilgesellschaft hat darin keine Aufmerksamkeit gefunden, und die Menschenrechte und demokratische Werte verschwanden von der Tagesordnung.

Wie bewerten Sie die Politik des französischen Präsidenten, der der EU zurzeit vorsteht, mit der Mittelmeerunion und den Reisen in die Region?

Ich glaube nicht, dass diese Politik hilfreich ist. Frankreich hat schon während der Französischen Revolution die Erklärung der Menschenrechte erlebt, es könnte als „Vater“ der Universellen Erklärung der Menschenrechte angesehen werden. In Paris fand 1948 die Zeremonie der Ausrufung der Menschenrechte statt. Aber Frankreich – schon vor Sarkozy – verrät mehr und mehr seine wichtigsten moralischen Grundsätze. Frankreich ist weit weg von den Werten, auf denen diese Erklärungen basieren, die französische Politik hat nichts damit zu tun. Europa insgesamt sollte, und das ist die Minimalforderung, keine Menschenrechtsverletzungen in den arabischen Ländern decken oder rechtfertigen.

Was können Sie zu Flüchtlingen in der arabischen Welt sagen?

Das ist die zweite Seite derselben Medaille, der des fehlenden Respekts für die Menschenrechte im Innern. Denken Sie nur an das Massaker unter sudanesischen Flüchtlingen im Dezember 2005 in Kairo, dessen Untersuchung die ägyptische Regierung verweigerte. Auch eine Aufarbeitung durch die UN – schließlich spielte sich das unter den Augen des UNHCR ab – wurde verhindert. Noch mal: solche Ereignisse dürfen nicht unter den Teppich gekehrt werden, Europa darf hier keine falsche Rücksicht zeigen.

Der frühere Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros-Ghali, der heute den regierungsnahen Rat für Menschenrechte in Ägypten leitet,

sagte vor kurzem in einem Interview, dass die Erziehung in Bezug auf Menschenrechte lange dauern würde und dass man auf einem guten Weg sei.

Das ist in der Tat die Rhetorik, die der Rat immer und immer wieder verwendet. Sie ist sehr demütigend für die ägyptischen Bürger. Denn es bedeutet doch, dass die Bürger für den schlechten Zustand der Menschenrechte verantwortlich sind. Dass die Regierung an deren Verbesserung arbeiten würde, die Bevölkerung aber sich dagegen sperre aufgrund ihrer Kultur. Das ist doch ein Witz. Es würde heißen, dass die Folter in unseren Gefängnissen durchgeführt wird, weil die Kultur der normalen Leute das verlangt. Oder dass die Bevölkerung sich gegen gleiche Rechte für alle, unabhängig von Geschlecht, Religion, verwehrt.

Wenn sie heute nach Ägypten kommen und Professoren und Dozenten an den Rechtsfakultäten nach einem Modell für eine Verfassungsreform befragen, würde niemand antworten, wir wollen die französische, die deutsche oder die US-amerikanische Verfassung als Vorbild. Nein, das Modell, das alle hier bevorzugen, ist das der Verfassung von 1923. Übrigens war Ägypten aktiv an der Vorbereitung der Universellen Erklärung der Menschenrechte vor 60 Jahren beteiligt, erst nach 1952 hat sich die Lage komplett geändert. Das Problem, das wir hier also haben, ist kein Problem der Kultur. Nein es ist ein politisches Problem: dass wir ein Regime haben, das nicht einmal die Minimalstandards von Demokratie und Menschenrechten beachtet.





Foto: Martin Link, Jerusalem 2003

Der drei Billionen Dollar Krieg



Neue Berechnungen der Kosten der Irakkriege übersteigen alle Befürchtungen

*Andrea Dallek arbeitet im
Projekt Landesweite Beratung im
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein*

Die USA führen seit fünf Jahren zwei Kriege gleichzeitig und werden dies vermutlich auch im nächsten Jahrzehnt tun. Was das für die US-amerikanische Wirtschaft bedeutet, haben zwei WirtschaftswissenschaftlerInnen versucht in Zahlen zu fassen.

„Eine maßlose Geldverschwendung“ ist ein Ergebnis der Irakkriege, das der Wirtschafts-Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz und die Harvard-Ökonomin Linda J. Bilmes in ihrem Buch „Der Drei-Billionen-Dollar-Krieg“ zusammen fassen. Laut taz, Stern und Zeit online sind nach Berechnungen der AutorInnen die monatlichen Kosten des Irak-Krieges von ca. 4 Milliarden Dollar im Jahr 2003 auf inzwischen über 12 Milliarden Dollar gestiegen. Das betrifft allerdings nur die rein operationellen, direkten Kriegskosten. Werden die Folgekosten dazu gezählt, wie z.B. die Versorgung für die körperlich oder seelisch verehrten SoldatInnen, dann verdoppeln sich die monatlichen Kriegskosten der USA in Irak bereits auf 25 Milliarden Dollar. Langfristig werden laut AutorInnen die Irak-Kriegskosten der USA insgesamt auf 3 Billionen Dollar (zu Preisen von 2007) steigen. Werden die Kosten für den Afghanistan-Krieg und Folgekosten des Krieges wie die Steigung des Ölpreises hinzu gezählt, dann wird die unglaubliche Summe von 4,95 Billionen Dollar erreicht. Laut Rainer Rupp - unsere Zeit vom 14.03.2008 - erreichen die Berechnungen anderer Ökonomen ähnliche Größenordnungen.

Vernichtung von Ressourcen

Seit März 2008 befinden sich die Vereinigten Staaten von Amerika im sechsten Kriegsjahr gegen den Irak. Seit 2003 sind die materiellen Kosten des US-Angriffskrieges ständig gestiegen. Aber erst vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Finanzkrise rückt die Vernichtung US-amerikanischer Ressourcen und Steuergelder in dem Krieg zunehmend ins Bewusstsein der Öffentlichkeit.

Die tatsächlichen Kriegskosten liegen weit höher als die 100 bis 200 Milliarden Dollar, die der damalige Wirtschaftsberater von Präsident Bush, Lawrence Lindsey, vor dem Krieg als „absolute Obergrenze“ in Aussicht gestellt hatte. Der „Verteidigungsminister“ Donald Rumsfeld wies diese Schätzungen als „Quatsch“ zurück und gab selbst Kosten mit „etwas unter 50 Milliarden Dollar“ an, die mit irakischen Öl-Exporten bezahlt werden sollten.

Inzwischen geht auch der US-Haushaltsausschuss davon aus, dass der „Krieg gegen den Terrorismus“ die USA bislang mindestens 750 Milliarden Dollar gekostet hat - und diese Summe bis 2017 auf bis zu 1,7 Billionen Dollar ansteigen wird.

Kostenfaktoren außerhalb der reinen Militärkosten

Doch wie kommen die drei Billionen Dollar zusammen, die Stiglitz und Bilmes nun veranschlagen? In ihrem Buch berücksichtigen Stiglitz und Bilmes nicht nur die reinen Militärkosten für die beiden Kriege, sondern auch Ausgaben für die Botschaft, den Wiederaufbau und andere kriegsbedingte Angelegenheiten.

Ein Faktor in den Berechnungen der AutorInnen sind die Kosten, die der US-Volkswirtschaft durch die gefallenen US-Soldaten entstehen. Es werden nicht nur rund 500.000 Dollar an die Hinterbliebenen gezahlt, sondern es gehen für die nächsten Jahrzehnte Arbeitskräfte und Konsumenten unwiderruflich verloren. Daraus resultieren nach Ansicht der AutorInnen für die US-Volkswirtschaft pro Todesfall Belastungen von rund sieben Millionen Dollar.

Auch die Kosten der Folgebehandlungen für verwundete Soldaten gehören zu den Posten, die Stiglitz und Bilmes anführen. Die tatsächliche Zahl der Verwundeten sei systematisch verschleiert worden, unter anderem dadurch, dass weil die Regierung Verletzungen bei Soldaten häufig als Unfall und nicht als Kriegsverletzung zähle. Würde zum Beispiel in einem US-Militärkonvoi das erste Fahrzeug durch eine Miene in die Luft gehen und das folgende auffahren, würden die Opfer im zweiten Wagen nicht als Kriegsverletzte gezählt. In der Statistik würden sie als „Unfallopfer“ auftauchen.

Die Kosten für Verwundete sind u.a. deshalb exorbitant hoch, weil verglichen mit früheren Kriegen der USA die Überlebensrate in den Irakkriegen dank der verbesserten medizinischen Versorgung im Kriegsgebiet sehr hoch ist. Auf einen Gefallenen kommen also etwa 15 Verwundete.

Ein Kostenfaktor, den Stiglitz und Bilmes anführen, ist der massiv gestiegene Ölpreis. Seit Beginn der Irakkriege stiegen die Kosten für ein Fass Rohöl von 40 auf 100 Dollar. Diese Preissteigerung lässt sich nicht nur auf den Krieg zurückführen, auch die größere Nachfrage auf dem Weltmarkt lässt den Preis nach oben klettern.

Zurückhaltende Berechnungen

Insgesamt nennen die beiden Ökonomen ihre Berechnungen zurückhaltend und die Schätzungen „konservativ“. Weitere versteckte Kosten sind gar nicht berücksichtigt. So z.B. die Zinsen für das Geld, das sich die USA geliehen habe, um den Krieg überhaupt führen zu können. George W. Bush hat nach 2003 die Steuern gesenkt und den Krieg komplett mit Schuldscheinen finanziert. Nach den

Schätzungen der beiden US-WissenschaftlerInnen werden die Zinszahlungen bis 2017 die 1.000-Milliarden-Dollar-Marke erreichen - zusätzlich zur bereits riesigen Verschuldung des Landes. Dies sind Lasten, die zukünftige Generationen zu tragen haben.

Auch die regierungsamtlichen PrüferInnen vom Government Accountability Office (GAO) gehen von gewaltigen Kosten aus. Darin ist noch nicht enthalten, wie teuer die beiden Kriege andere Staaten zu stehen kommen. Ein Sprecher des Internationalen Währungsfonds (IWF), Niels Buenemann, sagte, niemand habe bisher versucht, die Kosten für den Irak selbst zu berechnen. Die Schäden durch die amerikanischen Luftangriffe zu Beginn des Krieges 2003, durch Brandstiftungen und Plünderungen danach, die erheblich beschädigten Versorgungsnetze für Strom und Wasser, die Zerstörungen der Ölindustrie, zahllosen Fabriken, Krankenhäusern, Schulen und Infrastruktur seien noch nicht genau erfasst worden.

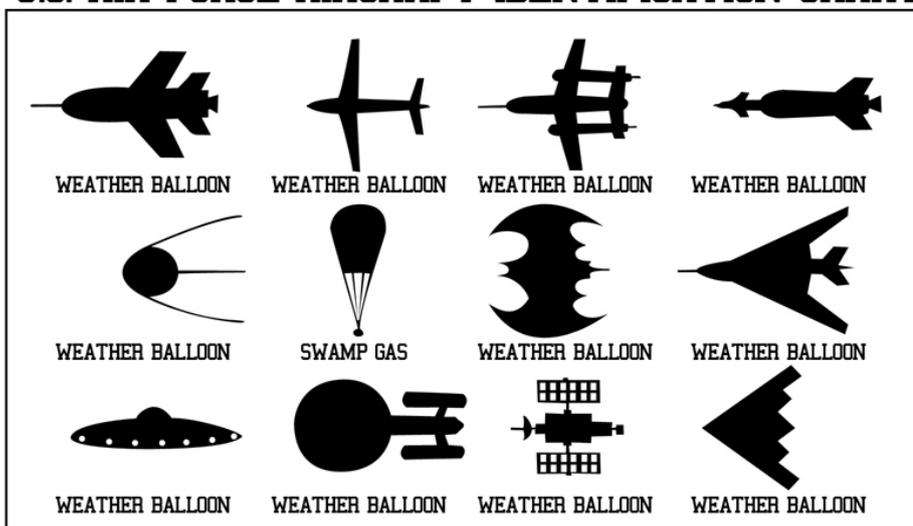
Soziale und politische Folgen

Die sozialen und politischen Kosten des Krieges, die Stiglitz und Bilmes thematisieren, lassen sich nicht in Zahlen fassen und berechnen, sondern nur benennen: Millionen Menschen sind vor dem Krieg innerhalb und außerhalb des Irak geflohen. Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung, Elektrizität, medizinische Hilfe und Bildungsangeboten ist schlechter als vor dem Krieg. Kinder hungern und wachsen als Analphabeten auf.

Weltweit haben die USA an politischem und moralischem Ansehen verloren. Das Buch „Der Drei Billionen Dollar Krieg“ dokumentiert das umfassende Scheitern einer Politik, die sich bis heute weigert, die Realität anzuerkennen.

Im Mai 2008 ist das Buch auch in Deutschland unter dem Titel „Die wahren Kosten des Krieges“ in den Handel gekommen.

U.S. AIR FORCE AIRCRAFT IDENTIFICATION CHART



Quelle: flickr.com - „Weather Balloon“

Welcher Frieden – und für wen?



Auslandseinsätze der Bundeswehr

Heino Schomaker
Heinrich-Böll-Stiftung Kiel

Seit Beginn der 1990er Jahre erlebt die Bundeswehr einen tiefgreifenden Wandel. Neue Bedrohungen und Risiken in Form des internationalen Terrorismus, der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, ihrer Trägersysteme und einer zunehmenden Konkurrenz um Rohstoffmärkte haben den Bezugsrahmen militärischen Handelns und die Rolle des Militärs in der Sicherheitsvorsorge grundlegend verändert.

Mit der Begründung der „Krisenbewältigung“ und „Friedenssicherung“ wird militärische Gewaltanwendung vom internationalen Krieg zwischen Staaten auf die militärische Intervention in innerstaatlichen Konflikten übertragen. Inzwischen ist der militärische Einmarsch in Krisengebiete und die Führung unerklärter Kriege nicht nur machbar sondern zu einem Mittel der internationalen Sicherheit, der Außenpolitik der Staaten und der Bündnispolitik der Allianzen geworden.

Auch der Blick auf die gesellschaftliche Situation in den Ländern des Nahen Ostens und die Frage nach möglichen politischen – auch sicherheitspolitischen – Perspektiven lässt die Bundeswehr ins Blickfeld geraten. Seit 2006 ist sie an der internationalen Seeüberwachung vor der Küste des Libanons beteiligt, derzeit mit einem Kontingent von bis zu 1.400 Soldaten. Dieses militärische Engagement ist Teil der Eingreiftruppe UNIFIL, die unter Leitung der Vereinten Nationen die militärische Lage nach dem Krieg zwischen Israel und der Hisbollah auf libanesischen Staatsgebiet beruhigen und stabilisieren soll. Die Überwachung des Seeraums soll Waffenlieferungen an die radikal-islamische Hisbollah verhindern.

Insgesamt sind derzeit rund 6.000 deutsche Soldaten im Ausland eingesetzt, neben dem Libanon-Engagement vor allem in Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, im Sudan und am Horn von Afrika. Damit sind Auslandseinsätze deutscher Soldaten im Auftrag der Vereinten Nationen oder der NATO seit der deutschen Wiedervereinigung ein Stück Normalität geworden. Hatte sich die Bundeswehr zuvor nur an humanitären Hilfseinsätzen beteiligt, kamen nach der Vereinigung zunächst Blauhelm-Missionen und dann

auch Kampfeinsätze hinzu. Und diese sind höchstgerichtlich abgesegnet: Am 12. Juli 1994 stellte das Bundesverfassungsgericht klar, dass sich Deutschland im Rahmen von Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit auch an bewaffneten Einsätzen beteiligen kann. Voraussetzung dafür ist die konstitutive Zustimmung des Bundestages in jedem Einzelfall.

Die politische Debatte wird weitergehen

Dieser Paradigmenwechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik war von Anfang an politisch sehr umstritten. Der politische Konflikt um das militärische Engagement vor der Küste des Libanons steht – neben den heftigen Kontroversen um das militärische Engagement in Afghanistan – beispielhaft für die inhaltlichen Auseinandersetzungen um die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Im Kern geht es um eine der zentralen Fragen aktueller und zukünftiger deutscher Beiträge zur internationalen Sicherheitspolitik. Die KritikerInnen dieser Einsätze sprechen von einer Militarisierung der deutschen Außenpolitik, die deutsche Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen ins Zentrum stellt. Dabei würden in den betroffenen Regionen häufig nicht einmal die militärischen Zielsetzungen erreicht. Die Einsätze würden diplomatisches Engagement und politische Perspektiven verbauen und damit angestrebte Krisenlösungen und politische Stabilisation zumindest erschweren.

Dagegen stellen die Befürworter die Auslandseinsätze in das Zentrum eines humanitären internationalen Auftrags. Sie sind davon überzeugt, dass die Auslandseinsätze dazu beitragen, gewaltsame Konflikte zu verhindern oder zu beenden,

Stabilisierung und Abschreckung würden Krisen und Konflikten entschärfen und Friedensprozesse ermöglichen. Den globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen mit ihren vielfältigen Gefährdungspotentialen müsse ein breites Spektrum an Handlungsoptionen entgegengesetzt werden. Im Originalton der Bundeswehr klingt das so: „Armut, Hunger, schlechte hygienische Verhältnisse sowie ethnische Konflikte kennzeichnen heutige Krisenregionen. Soziale, politische und humanitäre Faktoren sowie religiöse, wirtschaftliche und kulturelle Einflüsse sind daher unweigerlich Gegenstand moderner Militäroperationen.“

CIMIC – eine realistische Zaubersformel?

Das Zauberwort heißt CIMIC (Civil-Military-Cooperation) und steht für die zivilmilitärische Zusammenarbeit, auch in Krisengebieten. Allerdings gibt es erhebliche Zweifel, ob ausgerechnet die Bundeswehr der richtige Partner ist, um in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den jeweiligen regionalen Regierungen und Organisationen entscheidende Beiträge zur Konfliktvermeidung zu leisten. Ohne Zweifel sind die Erhöhung sozialer Standards und die Verbesserung der konkreten Lebenssituationen unverzichtbare Voraussetzung für menschenwürdige Lebensbedingungen und die Grundlage für friedliche und demokratische Konfliktlösungen im Alltag. Die jahrzehntelangen und vielfältigen Erfahrungen der Akteure in der staatlichen Entwicklungshilfe und in der Entwicklungszusammenarbeit von NGOs haben aber sehr deutlich gemacht, dass eine solche Arbeit zwei konzeptionelle Grundbedingungen erfüllen muss: Sie muss die örtlichen Akteure als gleichberechtigte Partner einbeziehen

und kann nur unabhängig und unparteilich agieren. Das bedeutet, sie muss von unterschiedlichen Interessensvertretern und Konfliktparteien akzeptiert und respektiert werden. Eine solche Position kann die auf den Einsatz von militärischer Gewalt setzende Bundeswehr nicht einnehmen. Darüber hinaus erfordert die Entwicklungsarbeit Qualifikationen, etwa im Hinblick auf soziales Engagement und interkulturelle Kompetenzen, die die Soldaten in Auslandseinsätzen in aller Regel nicht besitzen.

Erhebliche organisatorische und konzeptionelle Probleme werden sogar von der Bundeswehr selbst eingeräumt. In einem internen Gutachten des Verteidigungsministeriums kommt eine Exper-

tengruppe aus hochrangigen ehemaligen Generalen zu dem Ergebnis, dass die Auslandseinsätze unter fehlender strategischer Planung litten und dramatisch schlecht organisiert seien. Darüber hinaus verschlingen sie erhebliche finanzielle Mittel. Nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums haben die Auslandseinsätze der Bundeswehr im vergangenen Jahr 910,7 Millionen Euro gekostet. Damit stiegen die Ausgaben im Vergleich zu 2006 um 16,7 Millionen Euro an, besonders teuer war der Einsatz in Afghanistan.

Letztendlich muss die weitere Debatte um Auslandseinsätze der Bundeswehr wohl in einen größeren, perspektivischen Rahmen gesetzt werden, bei dem auch der Begriff der „deutschen Interessen“ noch mal ganz anderes, nämlich international und solidarisch, konnotiert sein muss. Die Herausforderungen der Zukunft im globalen Maßstab werden darin bestehen, die an Schärfe zunehmenden Auseinandersetzungen um knapper werdende Ressourcen, die durch den Klimawandel zusätzlich bedroht sind, gewaltfrei zu lösen und jedem Menschen ein Lebensrecht oberhalb der Armutsgrenze zu sichern.



*Foto: Capt. Edward Stewart (flickr.com)
Kanadische CIMIC Patrouille in Kandahar,
Afghanistan 2006*



Kultur des Widerstands



*Künstler und Kulturschaffende
in der politischen Auseinandersetzung
im Nahen Osten*

*Veit Raßhofer arbeitet
in der Redaktion von
Zenith - Zeitschrift für den Orient
und lebt in Hamburg.*

Politisches Engagement drängt sich angesichts der Lage im Nahen Osten direkt auf. Viele Musiker dort stellen sich dieser Herausforderung und versuchen, ihr gesellschaftliches Ansehen für den Kampf gegen Unterdrückung und Entrechtung zu nutzen.

Fairuz

Sie ist eine lebende Legende: wird es je wieder einen Star wie Fairuz (was übrigens „Türkis“ heißt) geben? Vor 50 Jahren begann sie mit ersten Aufnahmen und Auftritten. Die riesige Fangemeinde verehrt die große libanesische Chansonniersängerin und Sängerin, die so oft von der Liebe, Freiheit und Selbstbestimmung, der Sehnsucht nach Jerusalem und Palästina sang. Während des libanesischen Bürgerkriegs trat sie nicht auf, blieb aber in ihrer Gegenwart ‚über alle Fronten hinweg‘ ein Symbol der Einheit, des Friedens, der Hoffnung. Sie kritisierte in ihren Stücken die Unfähigkeit der Regierenden. Von Dutzenden Millionen Fans zu sprechen, dürfte in ihrem Fall nicht verkehrt sein, vor allem in der arabischen Welt, letztlich über die gesamte Welt hinweg. Auch heute, im Zenit ihrer Karriere, lässt sie sich nicht vereinnahmen: Im Januar dieses Jahres spielte sie zum ersten Mal seit fast 30 Jahren wieder in Syrien, in Damaskus, als ‚Botschaft der Liebe und des Friedens an Syrien‘ – bei ihr gibt das Anlass für Proteste von den syrienkritischen Top-Politikern im Libanon. Nur bei ihr. Fairuz’ Erbinnen, die ihre Töchter sein könnten, Reem Keilani oder Reem Banna etwa, müssen mit dem Vorwurf leben, ihr nacheifern zu wollen

Marcel Khalifé

Der libanesische Oudvirtuose und Komponist Marcel Khalifé ist bekannt für seine Absicht, die Techniken des Oud-Spiels zu erweitern und so dieses für die arabische Musik zentrale Instrument neu zu definieren. Das Überschreiten traditioneller Grenzen, ja das Rebellentum liege ihm schon seit der frühen Kindheit, erzählt Khalifé von sich. Das äußert sich

nicht nur in seiner Musik, immer wieder eckt er mit seinen Überzeugungen an – und wird von seinem großen Publikum dafür zusätzlich verehrt. Zuletzt geschah dies in Bahrain, wo im März 2007 die Aufführung eines gemeinsamen Projekts mit dem von dort stammenden Dichter Qassim Haddad – eine musikalische und szenische Umsetzung des traditionellen Liebesepos’ „Laila wa l-Madschnun“ – für einen Eklat im Parlament sorgte. In seiner Heimat stand er wegen des auf einem Gedicht von Mahmud Darwish basierenden Stücks „Ana Youssef, ya Abi“ (das die alttestamentarische Geschichte von Joseph und seinen Brüdern aufnimmt und dabei zwei Verse aus dem Koran zitiert, wo diese Geschichte auch enthalten ist) schon dreimal, zuletzt im Jahr 2003, vor Gericht. 2005 wurde die Aufführung seiner Werke in den tunesischen Medien verboten – er hatte während eines Auftritts dort nicht nur der arabischen Gefangenen in Israel gedacht, sondern auch der politischen Gefangenen in arabischen Ländern. Und sich zusätzlich solidarisch mit den Hungerstreikenden während des UN-Weltinformationsgipfels in Tunis im November 2005 erklärt.

Gilad Atzmon

„Israel ist der repressivste Staat der Welt.“ Oder auch: „Die Israelis sind die inhumansten Unterdrücker.“ Solche Aussagen irritieren, und Gilad Atzmon liebt es, das zu tun. Er, der das Existenzrecht seines Geburtslandes Israel grundsätzlich in Frage stellt, lebt seit vierzehn Jahren in London. Im selbstgewählten Exil, wie er betont. „Ich bin kein Politiker, ich muss keine Unterstützung suchen. Ich bin Künstler, meine Konzerte sind voll, was will ich mehr?“ Gilad Atzmon gilt in Großbritannien als einer der wichtigsten

zeitgenössischen Jazzmusiker. Man staunt über die Virtuosität, mit der er das Saxophon, die Klarinette, Flöten und diverse andere Blasinstrumente behandelt. Die Expressivität seines Spiels gemahnt an den Bebop. „Du willst ein Opfer sein? Dann sei Humanist.“ Unablässig setzt sich der Saxophonist mit der Politik Israels und dem Zionismus auseinander. Sein Alter Ego Artie Fishel, ein Saxophon spielender Zionist, verortet die Entstehung des Jazz' nicht etwa im afroamerikanischen Milieu, sondern in den Shtetls Osteuropas. Fishel und die „Promised Band“ servieren eine wilde, tanzbare Mischung aus Klezmer und Jazz.

„Ich bin ein stolzer ‚selbsthassender Jude‘“. Mit seinem politischen Engagement hat sich Atzmon viele Feinde gemacht. Er wurde auf die „Self-Hating and/or Israel-Threatening List“ (kurz auch: Shit-List) gesetzt - und reagiert darauf mit der Antwort, er sei stolz, in einem Atemzug mit den dort Angeführten, mit Woody Allen, Noam Chomsky, Amira Hass und Hunderten anderen, genannt zu werden. Die Meinungsfreiheit ist Gilad Atzmon ein hohes Gut. Er wendet sich konsequent gegen die, die das Jüdisch-Sein ideologisch, nationalistisch, rassistisch überhöhen. Besonders aufs Korn nimmt der Polemiker hier die „linken Zio-

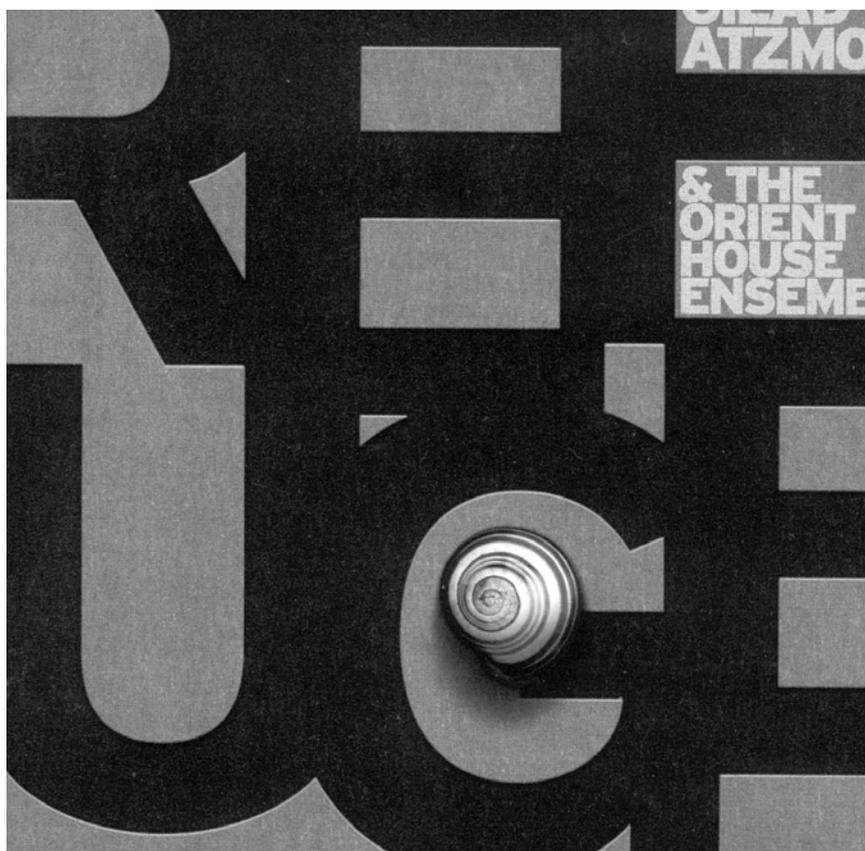
nisten“. Jüdische Marxisten sind für ihn ein Widerspruch in sich, und Friedensbewegte unter dem Banner des Judentums kritisiert er als inkonsequent.

Daniel Barenboim

Zusammen mit Edward Said gründete Daniel Barenboim 1999 in der damaligen Europäischen Kulturhauptstadt Weimar das ‚West-Östliche Diwan Orchester‘, in dem Jugendliche aus Israel und Palästina, Syrien, Jordanien, Ägypten, Libanon (und anderen Ländern) musizieren. Heute ist das Projekt in Sevilla ansässig. Es feierte schon große Erfolge, unter anderem einen Auftritt in Ramallah, und Barenboim hat Auszeichnungen und Preise zuhauf für seine Arbeit erhalten. Zuletzt widerfuhr ihm eine besondere Ehre: Der in Buenos Aires geborene israelische Kosmopolit bekam im Januar 2008 die palästinensische Ehrenstaatsbürgerschaft verliehen. Inzwischen, fünf Jahre nach dem Tod des Mitgründers Said, geht die Arbeit über das West-Eastern Diwan Orchestra hinaus. Die im Juli 2004 gegründete Barenboim-Said-Stiftung als Trägerin führt einen Musikkindergarten in Ramallah und sorgt für Musikunterricht in der Westbank. Die Stiftung hat sich viel vorgenommen, und ihr ist zu wünschen, dass sie ihre Ziele erreicht. Da Barenboim seine Hände im Spiel hat, wird sie es schaffen.

DAM

Sie kommen aus dem Herzen Israels, aus al-Ludd, hebräisch Lod, einer Kleinstadt mit knapp 70000 Einwohnern etwa auf der halben Strecke zwischen Tel Aviv und Jerusalem. Die beiden Brüder Tamer und Suhell Nafar und Mahmoud Jreri gründeten als Teens Ende der 1990er Jahre die Rap-Combo Da Arabian MCs. Abgekürzt wird daraus DAM, und wenn dieses Akronym im Arabischen gleichzeitig martialisch „Blut“ heißt und im Hebräischen für die Ewigkeit steht, DAM reihen sich nicht in die Riege der Gangsta-Rapper. Im Gegenteil, sie stehen für einen Hip-Hop mit politischer Botschaft. Wenn sie sich in einem Stück über ihre fehlende Freiheit beklagen, in einem anderen fragen, wer denn der eigentliche Terrorist sei, wenn sie den Wandel oder sogar eine Revolution einfordern und einen Song für die Gleichberechtigung arabischer Frauen aufnehmen – da verbinden sich politische Anliegen und Anklagen mit guter Musik.



**„Wir werden auf
der israelischen
Mauer
tanzen,
bis sie fällt.“**

**Theater gegen die Besatzung
im palästinensischen Flüchtlingslager Jenin**

2006 wurde das „Freedom Theatre“ für palästinensische Kinder und Jugendliche im Flüchtlingslager von Jenin, im Norden der Westbank, eröffnet. Gründer und Generaldirektor ist Juliano Mer-Khamis. Seine Mutter, die israelische Kunsttherapeutin Arna Mer, kam vor 20 Jahren – allen Widerständen zum Trotz – mit Bildungs- und Therapieangeboten und einem Kreis

Engagierter zu den Kindern des Flüchtlingslagers. Für ihre politische und pädagogische Arbeit gegen die Besatzung und ihre gewaltbedingten Folgen erhielt sie 1993 den Alternativen Nobelpreis. Ihr Sohn knüpft an diese Arbeit an. Martin Forberg hat sich mit Juliano Mer-Khamis unterhalten.

Herr Mer Khamis, Bei Ihnen steht auch „kreatives Schreiben“ auf dem Programm. Was hat das mit Theater im engeren Sinn zu tun?

Juliano Mer Khamis: Es gibt bei uns alle möglichen Kunstrichtungen: Kreatives Schreiben, Fotografie, Film, Theater, Psychodrama. Und bei allem geht es um Sprache und um Identität, um die Wiederherstellung von Identität. Und darum, die Werte des Freedom Theatre zu verwirklichen: Gedanken- und Meinungsfreiheit, die Freiheit zu kritisieren und Dinge in

Frage zu stellen. Um Bewegungsfreiheit und um die Freiheit zu leben.

Das ist natürlich nicht nur eine Herausforderung für die israelische Besatzung, sondern auch für die hiesigen Sozialstrukturen, Traditionen, für politische Haltungen und Parteien.

Können die Psychodrama-Gruppen in Ihrem Theater etwas für die Heilung traumatisierter Seelen tun?

Laut Untersuchungen, die hier am Ort von Experten gemacht wurden sind fast

65% der Kinder im Flüchtlingslager von Jenin auf verschiedene Art traumatisiert. Ihr Lernvermögen ist beschädigt, ihre Konzentrationsfähigkeit, ihre Fähigkeit, Gefühle auszudrücken. Und ihre Fähigkeit, anders als durch Gewalt zu kommunizieren. Denn die Gewalterfahrung ist das eigentliche Trauma.

Wir, die wir keine Psychiater sind, tun unser Möglichstes, indem wir die Kunst einsetzen, sowie Psychodrama und Dramatherapie. Und dies, um den Kindern die Mittel an die Hand zu geben, ihre Kommunikationsmöglichkeiten zu



vertiefen. Indem sie malen oder Theater spielen. Beim Theater geht es immer um Zusammenarbeit.

Inzwischen hat das Freedom Theatre auch eine Schauspielschule. Möchten Sie neben dem Kindertheater ein professionelles Theater schaffen?

Du kannst nicht von den Ruinen einer Gesellschaft auf die Bühne hüpfen. Erst muss ein Umfeld für das Theater entstehen, dann das Theater, schließlich eine Schauspielschule und dann hast Du - Inshallah, wenn Gott will - ein echtes Theater. Und dann gibt es auch ein Publikum dafür.

Indem wir die Kinder auf uns aufmerksam machen, versuchen wir zugleich, die Mauern um uns herum zu überwinden. Mauern, die vor allem durch die Besatzung entstanden sind. Aber auch aus den Konsequenzen der Besatzung: denn eine Gesellschaft unter Belagerung, die zersplittert ist und in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, kommt mit dem Theater nicht klar, und ganz generell nicht mit Kunst.

Das Freedom Theatre wurde also nicht von allen sofort begeistert aufgenommen?

Die Menschen haben keine Zeit. Sie versuchen, zu überleben. Sie flüchten sich dann in die Religion und in die Tradition –

und das ist genau das Gegenteil von dem was die Kunst will.

Wir müssen also eine Menge Mauern durchdringen und beweisen, dass wir es ehrlich meinen. Dass Theater kein dunkler Ort ist, an dem nur geküsst wird. Dass das Theater keineswegs die traditionellen Werte kaputt machen will. Ganz im Gegenteil: es kann bei der Entwicklung der Sprache helfen, die Identität und die sozialen Strukturen stärken und ganz generell den Zusammenhalt.

Hat sich die politische Situation entspannt und beruhigt, oder ist alles so geblieben wie zuvor?

Kennen Sie die Geschichte mit der Ziege? Ein Jude kommt zu einem Rabbiner und sagt zu ihm: „Rabbi, wir sind 15 Menschen in einem Raum. Das ist nicht auszuhalten.“ Der Rabbiner antwortet: „Geh nach Hause und tu noch deine Ziege hinzu.“ „Was, noch eine Ziege - in diesem Raum?“ „Ja“, sagt der Rabbiner. Der Mann befolgt den Ratschlag. Nach einer Woche kommt er zurück zum Rabbiner und klagt: „Rabbi, Rabbi, das ist jetzt wirklich nicht mehr zum Aushalten. 15 Menschen und eine Ziege!“ Der Rabbiner sagt: „Gut, jetzt nimm die Ziege wieder heraus!“ Das tut der Mann, geht wieder zum Rabbiner und schwärmt: „Mein Gott, Rabbi, das ist jetzt wirklich ein wunderbares Leben:



alle Fotos zu diesem Artikel:
Freedom Theatre, Jenin 2007

wir sind 15 in einem sehr komfortablen Raum." Und so verhält sich auch der Staat Israel. Aber die 15 Menschen leben seit 41 Jahren in einem Raum (solange, wie die Besatzung anhält). In den zwei Jahren, die jetzt folgen, müssen wir ein bisschen Fett ansetzen, denn danach kommt bestimmt noch einmal eine Intifada. Hoffentlich werden wir die Kraft haben, diese Zeit zu überleben.

Warum erwarten Sie eine weitere Intifada?

Schauen Sie: die Menschen haben sich auch früher, ohne Mauer, elektrischen Zaun, ohne nächtliche Überfälle, Belagerung und Ausgangssperre, ohne 125 Hauptcheckpoints und 250 weitere, „fliegende“ Checkpoints für ihre Befreiung eingesetzt. Warum sollten sie jetzt also keinen Widerstand leisten, wenn sie dies vorher schon taten, als es weniger Grund dazu gab?

Eine neue Generation wächst heran. Bei Befreiungsbewegungen geht es immer um Generationen. Die jüngere Generation wird diese Apartheid nicht akzeptieren. Die werden dagegen kämpfen. Ich hoffe aber, mit unseren Mitteln. Dann werden sie schießen - mit Kameras, Mikrofonen, Zeitschriften, Websites, und mit Shows und Tänzen. Wir werden auf der israelischen Mauer tanzen, bis sie fällt.

Juliano Mer-Khamis beim Mahnmal für die „Märtyrer“ auf dem Friedhof von Jenin (Foto: Martin Link)



THE FREEDOM-THEATRE in Jenin

Das palästinensische Flüchtlingslager Jenin ist in Folge der Vertreibungen im ersten israelischen Krieg 1948 am Rande der Stadt Jenin entstanden. Das Lager war und ist eine Hochburg des Widerstands unterschiedlichster palästinensischer Gruppen gegen die israelische Besatzung. Während der 2. Intifada im Jahr 2002 führte eine israelische Militärintervention zu großen Zerstörungen und zahlreichen Opfern. Heute leben im Lager fast 15.000 Menschen. Ihr Alltag ist von Armut, Korruption, Gewalt und Perspektivlosigkeit gekennzeichnet. Jenin gehört zu den seit dem Oslo-Abkommen zum palästinensischen „Autonomiegebiet“.

Das Freedom-Theatre ist ein im Gemeinwesen des Flüchtlingslagers Jenin verwurzelter Theater sowie Kultur- und Kommunikationszentrum. Das Projekt baut auf der Arbeit der jüdisch-palästinensischen Pädagogin und Kunsttherapeutin und Trägerin des Alternativen Nobelpreises Arna Mer-Khamis auf, die schon in den 80er Jahren Kinder und Jugendliche im Lager mit Bildungsangeboten unterstützte (www.arna.info). Das Freedom-Theatre ist unabhängig und finanziert sich ausschließlich über Spenden und nichtstaatliche Zuschüsse.

„Das Freedom-Theatre will eine künstlerische Einrichtung auf hohem Niveau in den Besetzten Gebieten etablieren. Der im Projekt erleb- und erlernbare kreative Prozess soll Modell für den sozialen Wandel sein, soll insbesondere Kindern und Jugendlichen Chancen eröffnen, ihre eigenen Fähigkeiten zu entwickeln, Kompetenz und Zuversicht zu gewinnen. Damit sollen die jungen Menschen in die Lage kommen, sich eigenverantwortlich den Widrigkeiten der Gegenwart stellen und selbst die Kontrolle über ihre Zukunft übernehmen.“ (aus dem Jahresbericht 2007)

Aktivitäten 2007:

79 Theater- und Kinoproduktionen mit 14.000 BesucherInnen; Psychodrama-, Zirkus- und Tanz-Workshops mit 180 TeilnehmerInnen; Multimedia-, IT- und Online-Kurse mit 340 TeilnehmerInnen; Sommerlager mit Theaterkursen, Sport und Spiel mit 60 TeilnehmerInnen; Arabisch- und Englisch-Sprachkurse, Ausstellungen, Gastspiele, Konzerte und Exkursionen.

Kontakt und Information:

Adnan Nagnaghiye, Manager; Juliano Mer-Khamis, Direktor
info@thefreedomtheatre.org www.thefreedomtheatre.org

Unterstützung: „Assoziation Freundinnen und Freunde des Freedom Theatre in Deutschland“

c/o Internationale Liga für Menschenrechte, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str.4, 10405 Berlin, Tel: 030-396 2122, Fax: 030-396 2147, Spendenkonto 33 17 103 BLZ 100 205 00

Könnten Sie sich vorstellen, mit Israelis zusammen zu arbeiten, die von Ihrem Projekt angetan sind? Die bei Ihnen mitmachen oder Sie unterstützen wollen?

Natürlich! Israelis, Amerikaner, Deutsche, Franzosen, auf jeden Fall, gerne. Solange sie wie wir gegen den israelischen Kolonialismus beziehungsweise gegen die israelische Apartheid – wie immer Sie es nennen mögen – Widerstand leisten, unterscheiden wir nicht zwischen Identitäten. Wir setzen uns für dieselben Werte ein. Da sehe ich keinen Grund, jemanden auszuschließen. Wir kamen hier mitten hinein in eine Horrorsituation: Invasionen durch die Armee, Ruinen überall. Und wir, Juden, Araber, Schweden, Finnen, wir kamen hierhin und bauten zusammen mit den Menschen ein Projekt auf. Wir wurden herzlich aufgenommen, und niemand wurde verletzt – nicht einmal aus Versee-

hen. Das ist ein Phänomen, das es speziell im Flüchtlingslager von Jenin gibt.

Erwarten Sie etwas Spezielles von den Deutschen?

Deutschland und Israel versuchen derzeit, ein gemeinsames Industrieprojekt in Jenin anzukurbeln, das im Ergebnis zu einer Normalisierung der Mauer beiträgt. Die Deutschen bauen mit den Israelis und gemeinsam mit einigen PLO-Fraktionen um Abu Mazen Industriezonen, um die billige Arbeitskraft der Palästinenser zum Nutzen der Israelis auszubeuten. Das ist moderne Sklaverei, und sie passiert heute. So sieht die deutsche Unterstützung aus. Aber ich kann mich auf Freunde in Deutschland verlassen, in Berlin, in Hamburg: sie versuchen eine Organisation zu gründen, die uns auf verschiedene Art unterstützen wird.

Hunger nach Unterhaltung



Der islamische Fastenmonat als kultureller Event

Die Autorin
Mona Naggar
lebt in Beirut.

Der Fastenmonat Ramadan, dessen Ende Anfang Oktober gefeiert wurde, hat sich gewandelt: Statt um Religion dreht sich in arabischen Ländern jetzt alles um TV-Serien und Konsum.

Ramadan ist nach islamischer Überlieferung der Monat, in dem die Tore der Hölle geschlossen werden und die Tore des Paradieses weit offen stehen. Ramadan ist auch der Monat der Gebete und der Vergebung: Die Fürbitten der Gläubigen stoßen bei Gott mehr als im übrigen Jahr auf offene Ohren, lehrt die islamische Tradition. Aber Ramadan ist heutzutage auch der Monat der nicht-religiösen Unterhaltung, der Monat des großen Geldes und der Geschäfte. Der heiligste aller islamischen Monate unterliegt mehr denn je den Gesetzen des Marktes. Bestes Beispiel dafür ist die Flut der Ramadan-TV-Soaps, die Fastende und Nichtfastende in der gesamten arabischen Welt, von Marokko bis Dubai hinweg, in ihren Bann ziehen. Sie beginnen pünktlich zum ersten Fastentag und finden jetzt, mit dem dreitägigen Ramadanfest Id al-Fitr, ihren Abschluss.

Die Vermarktungsmaschine beginnt allerdings schon lange vorher. Bereits einige Wochen vor Beginn des „heiligen Monats“ kündigen auf fast allen arabischen Satellitenkanälen die ersten Werbespots, die auf die kommenden Soaps hinweisen, und viele regionale arabische Zeitungen geben Sonderbeilagen heraus - mit kurzer Inhaltsangabe, Kanal, Sendezeit und Wiederholungsterminen -, damit die Zuschauer bei den über 30 Produktionen pro Ramadan-Saison nicht den Überblick verlieren. Ramadan ohne TV-Soaps ist für viele Muslime nicht mehr denkbar: Sie gehören dazu wie das Essen und Trinken nach Sonnenuntergang.

Die Publikumsrenner dieser Saison waren Biografien bekannter Persönlichkeiten der jüngeren arabischen Geschichte, etwa die Verwicklungen im Leben der Sängerin Asmahan oder Stationen im

Fotos: Freedom Theatre Jenin 2007



Leben von Gamal Abdel Nasser, Ägyptens panarabischem Präsidenten von 1954 bis 1970. Hinzu kam die dritte Staffel von „Tor zum Stadtviertel“, dem Straßenfeger der letzten beiden Ramadan-Jahre - eine syrische Produktion, die im Damaskus der Dreißigerjahre spielt. Manchmal tauchen die Stars aus den Soaps später auch in den Werbeunterbrechungen auf, wo sie Softdrinks oder Elektrogeräte empfehlen. Auffällig viele historische Filme handeln in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, jener Ära des Widerstands gegen die westlichen Kolonialmächte, der Geburt des arabischen Nationalismus und der Unabhängigkeit vieler arabischer Staaten. Diese historischen Seifenopern befriedigen offenbar nostalgische Gefühle nach der guten alten Zeit, als der Traum von einer besseren Zukunft für die arabischen Gesellschaften greifbar schien.

Vor den Serien gibt es während des Ramadan kein Entrinnen: Sie werden zu Hause und unter Freunden wie in Chatforen, Feuilletons und auf den Medienseiten der Zeitungen ausgiebig diskutiert, dort gibt es Besprechungen, Interviews mit den Schauspielern oder Berichte zu den Produktionen aus Syrien oder Ägypten zu lesen. Fast alle arabischen Satellitenkanäle bereiten sich das ganze Jahr auf diesen einen Monat vor und basteln monatelang an einem Sonderprogramm mit leichter religiöser Kost, Kochsendungen und Serien. Komödien, Liebesfilme, historische Soaps oder sozial Kritisches prägen das Programm. Streifen mit religiösem Inhalt machen nur einen Bruchteil der Sendezeit aus.

Für die TV-Sender ist Ramadan die ertragreichste Zeit im ganzen Jahr: Die Werbetarife steigen um das Drei- bis Vierfache an, und für die Werbeindustrie, dem eigentlichen Motor hinter dem Ganzen, bietet dieser Monat geradezu paradiesische Zustände: Die Menschen arbeiten weniger, verbringen viel mehr Zeit vor dem Fernseher, sind konsumfreudiger und dürsten und hungern wortwörtlich auch nach Unterhaltung.

Der lukrativste Markt liegt auf der Arabischen Halbinsel, im Umkreis der heiligen Stätten Mekka und Medina, denn die Bewohner der Golfstaaten sind am kaufkräftigsten, während Saudi-Arabien dort das bevölkerungsreichste Land ist. Wenn es darum geht, das Ramadan-Programm zu planen, Serien in Auftrag zu geben oder einzukaufen, haben TV-Satellitensen-



der und Werbeindustrie deshalb stets den saudischen Zuschauer und Konsumenten, seine Vorlieben, seinen Geschmack und seine Tabus im Blick. Drehbuchautoren und Programm Direktoren achten darauf, dass „Unmoralisches“ gar nicht erst auf den Bildschirm kommt - keine Küsse und Umarmungen, auch keine Liebesgeschichten, an Bettszenen ist gar nicht zu denken. Gleiches gilt für Szenen, in denen Wein oder Whisky getrunken wird.

Unterhaltung gibt es aber auch außerhalb des Wohnzimmers satt, denn das Etikett „Ramadan“ taugt bestens zur Vermarktung der verschiedensten Aktivitäten, von Konzerten arabischer Popstars über klassische Musik bis hin zu Kinofilmen, ganz zu schweigen von Werbeaktionen großer Supermarktketten und Shoppingcenter. „Ramadan“ ist ein Markenzeichen geworden, das die Kassen noch heller klingeln lässt.

Angesichts dieses Rummels muten die Reaktionen islamischer Institutionen, von Imamen und Muftis eher hilflos an. Das religiöse Establishment kann einem fast schon leid tun, so machtlos wirkt es angesichts dieses Unterhaltungsrauschs im „heiligen Monat“. Sie, die nicht nur den „rechten Glauben“ predigen und den Gläubigen doch gern auch in seinen Alltag hineinreden, indem sie ihm über unzählige religiöse Satellitensender und Websites vorschreiben, wie sie sich zu verhalten haben, wissen angesichts dieses „neuen Ramadan“ keinen Rat und werden zu Randfiguren degradiert.

Einige wittern deshalb eine „große Verschwörung“, angeblich von „geheimen Mächten“ ausgeheckt, um die arabischen Massen mit den Mitteln billiger Unterhaltung mit Nichtigkeiten zu beschäftigen

und so vom Islam abzubringen. Andere sprechen von einer „ausländischen Kulturinvasion“, während wiederum andere die Serien und jegliche Unterhaltung schlicht als Teufelswerk verdammen - die „klassische“ Methode. So hoffen sie, die Gläubigen davon abzuhalten, etwa die Abenteuer einer mutigen Journalistin - verkörpert durch den ägyptischen Star Youssra - weiter allabendlich zu verfolgen.

Ein Richter aus Saudi-Arabien ging sogar so weit, gleich eine schwerwiegende Fatwa zu erlassen: Er meinte, dass die Besitzer von Satellitenkanälen den Tod verdienten, weil sie „Versuchung, Verwerfliches und Hexerei“ verbreiteten. Einige Tage später schwächte er seine Fatwa ab - der Sinneswandel kam wohl zustande, nachdem er erkennen musste, dass einige der Besitzer wichtiger Unterhaltungsprogramme Saudis sind. Dass die Einschaltquoten der Ramadan-Serien durch solche religiösen Kampagnen einen Einbruch erlitten hätten, ist nicht bekannt.

Der Fastenmonat, wie er in vielen arabischen Ländern gelebt wird, erlebt einen tiefgreifenden Wandel, dessen Motor die TV-Satellitensender und die Werbeindustrie sind. Unterhaltung und Konsum stehen immer mehr im Mittelpunkt. Dieses Schicksal teilt Ramadan nun mit dem christlichen Weihnachtsfest.



Kulturwochen Nahost – radius of art



**Kulturelle und politische
Veranstaltungsreihe
in Kiel und anderswo**

Anke Müffelmann und
Katrin Eckstein,
Projektbüro „radius of art“

**Nach der großen
Resonanz der
Kulturwochen Nahost
2006 findet auch in
diesem Jahr wieder
ein vierwöchiges
Veranstaltungsprogramm
statt, das zahlreiche
Gäste aus den Ländern
des Nahen Osten
und Europa, darunter
Autoren, Theater- und
Filmemacher, Bildende
Künstler, Musiker und
Referenten, nach Kiel
führen wird.**

Die Kulturwochen Nahost sind diesmal eingebettet in ein internationales Kunst- und Kulturprojekt, das von der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein, dem Amt für Kultur und Weiterbildung der Landeshauptstadt Kiel sowie mit Partnern aus Dänemark (Danish Center for Culture and Development, DCCD, Kopenhagen), Polen (Academy of Management, Lodz) und Nahost realisiert wird: RADIUS research-based art. RADIUS wird von der EU im Europäischen Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008 als Modellprojekt gefördert.

Neben einem breiten Veranstaltungsprogramm in Kiel, einem Theaterworkshop und einer Fachkonferenz in Salzaun beinhaltet das Projekt „radius of art“ mehrwöchige Art-in-Residence-Aufenthalte. Von April bis Oktober 2008

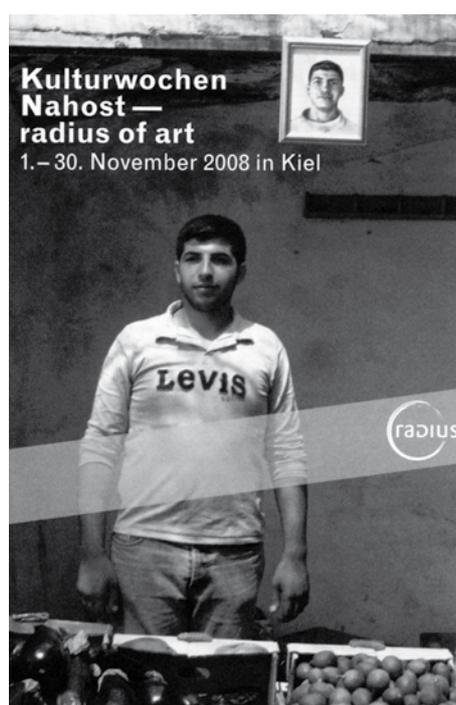
sind achtzehn Künstler/innen eingeladen worden, für sechs bis acht Wochen in unterschiedlichen Einrichtungen in Europa und Nahost zu arbeiten.

Während der „Kulturwochen Nahost – radius of art“, die vom 31. Oktober bis 28. November in Kiel stattfinden, werden in verschiedenen Kieler Galerien, Ausstellungsorten und im öffentlichen Raum Arbeiten von Künstler/innen aus Europa und Nahost vorgestellt.

Neben den Ausstellungen ist zusammen mit zahlreichen Kooperationspartnern aus Kiel ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm auf die Beine gestellt worden, das ein facettenreiches und vielschichtiges Bild der Kulturen und Lebenswirklichkeiten des Nahen Osten zeichnet. Dazu gehören Filmvorführungen, Lesungen und Konzerte, aber auch Vorträge und politische Diskussionsrunden.

Die Veranstaltungen der Kulturwochen wollen den Besuchern in verschiedenen Themenbereichen die Möglichkeit einer eigenen Auseinandersetzung mit der Region Nahost bieten. Dazu zählt die Reflexion des durch die koloniale Vergangenheit geprägten Verhältnisses zwischen europäischer und arabischer Welt, aber auch die kritische Auseinandersetzung mit den Konsequenzen der Staatsgründung Israels und den noch immer nicht gelösten Problemen für die dort lebenden Menschen und die Weltgemeinschaft. Dazu gehört z.B. die historische Aufarbeitung der Flüchtlingsproblematik (und der sogenannten Nakba), aber auch die literarische Auseinandersetzung mit Alltagsrealitäten.

Auch die vielfältigen kulturellen Verbindungen zwischen Orient und Okzident,



die seit Jahrhunderten einen fruchtbaren Austausch ermöglichen, werden im Programm sichtbar sowie der christlich-jüdische Dialog, mit Veranstaltungen zum Holocaust.

Eröffnet werden die „Kulturwochen Nahost - radius of art“ und die Ausstellungen „radius of art“ am 2. November um 11 Uhr in der Ansgarkirche von der Schirmherrin Angelika Volquartz, Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Kiel, und von Adrienne Goehler, Kuratorin und Publizistin. Bereits am 31. Oktober spielt zum Auftakt das deutsch-palästinensische Ensemble „Matabb“ im Kieler

Aussteller und Kooperationspartner

BBK Schleswig-Holstein
 Christian-Albrechts-Universität
 Das Atelier Birgit Brab
 Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein
 Der Werkhof
 Deutsch-Palästinensische Gesellschaft
 Evangelische Studierendengemeinde an der CAU Kiel
 Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein
 Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
 Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit
 Heiligengeistgemeinde Kiel
 Internationales Monodrama Festival THESPIS
 Jüdische Gemeinde Kiel
 Kommunales Kino in der Pumpe
 KulturForum in der Stadtgalerie
 Kunstraum B
 Litera Weinkultur und Schöne Bücher
 Literaturhaus Schleswig-Holstein
 Luna Club
 Mahnmal Kilian e.V., Flandernbunker
 Muthesius Kunsthochschule
 STATT-CAFÉ
 Umtrieb-Galerie für aktuelle Kunst
 Verein der Musikfreunde Kiel

Kontakt:

Projektbüro »radius – research-based art«
 Amt für Kultur und Weiterbildung,
 Landeshauptstadt Kiel
 Andreas-Gayh-Str. 31, D-24103 Kiel
 Anke Müffelmann, künstlerische Leitung und
 Koordination
 Katrin Eckstein, Projektmanagement
 Telefon: +49 431 901 33 85/86
 anke.mueffelmann@kiel.de, katrin.eckstein@kiel.de

STATT-Café auf: Anna-Mareike Vohn, Ahmed Eid und Tareq Rantisi verbinden in ihrer Musik europäischen Jazz mit orientalischen Elementen und sind bereits auf zahlreichen internationalen Jazzfestivals aufgetreten. In Kiel spielen sie gemeinsam mit Manfred Leuchter, in der internationalen Jazzszene bekannt als Akkordeonspieler, Komponist und Produzent.

Mit „Lemon Tree“ (Eran Riklis, 2007), einem Film über den ungleichen Machtkampf zwischen einer Palästinenserin und ihrem Nachbarn, dem israelischen Verteidigungsminister, wird am 1.11. eine Filmreihe im kommunalen Kino eröffnet, die mit fünf Beiträgen einen Ausschnitt palästinensischer Lebenswirklichkeit im Spiegel des Kinos zeigt. An einem Kurzfilmabend mit prämierten Beiträgen des Wettbewerbs „Alle Menschen sind frei und gleich...“ des Goethe-Instituts und der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ werden die Regisseure Timor Britva (Israel) und Michael Masarof (USA) zu Gast sein.

Mit „Be-Longing“ (Haifa 2007) wird am 19. und 20.11. eine aufwendige Theaterperformance aus Israel, produziert vom Goethe-Institut Tel Aviv, in Deutschland zur Uraufführung kommen. Die multimediale Installation und Performance der israelischen Künstlerin Sharon Paz reflektiert das psycho-politische Kräftefeld zwischen Palästinensern, Deutschen und Israelis und eröffnet einen emotionalen Diskurs über Sehnsucht, Besitz, Zugehörigkeit und Heimat, Longing und Be-Longing.

Zu den literarischen Gästen der Kulturwochen gehören neben dem irakischen Autor Sherko Fatah, der mit seinem aktuellen Roman „Das dunkle Schiff“ auf der Liste für den Deutschen Buchpreis 2008 steht, die israelischen Schriftsteller Michal Zamir („Das Mädchenschiff“) und Assaf Gavron („Ein schönes Attentat“).

Der bekannte libanesische Autor Abbas Beydoun trifft in einer weiteren Doppellesung unter dem Motto „West-Östlicher Diwan: Zwischen Berlin und Beirut“ im Literaturhaus Schleswig-Holstein auf den Berliner Autor Michael Kleeberg.

Höhepunkte der politischen Veranstaltungen sind Diskussionen und Vorträge mit dem israelischen Historiker Ilan Pappé („Die ethnische Säuberung Palästinas“, 14.11.) und Mustafa Barghouthi, Generalsekretär der Palestinian National Initiative (27.11.) sowie eine Tagung in der Kunsthalle Kiel am 15.11. Unter dem Titel „Alltag unter Besatzung – Palästinensisches Leben im 60. Jahr der Nakba“ diskutieren hier u.a. Rita Giacaman (Palestinian Medical Relief Committee, Ramallah) und Juliano Mer-Khamis (Freedom-Theatre, Jenin) verschiedene Aspekte des gesellschaftlichen Lebens von Palästinensern unter der israelischen Besatzung.

Ihren Abschluss finden die Kulturwochen Nahost 2008 mit einem Konzert des jungen palästinensischen Pianisten Bshara Harouni mit dem israelischen Violinisten Zohar Lerner. Beide Musiker sind Mitglieder des West-Östlichen Diwan-Orchesters von Daniel Barenboim, in Kiel spielen sie Stücke von Brahms, Mozart und Schubert.

Während der Kulturwochen Nahost werden außerdem die Ergebnisse zweier internationaler Theaterworkshops im Landeskulturzentrum Salza zu sehen sein. Unter der Leitung des Regisseurs Alexander Stillmark (Internationales Theaterinstitut Deutschland) treffen sich Schauspieler aus Europa und Nahost. Am 6. und 13.11. zeigen sie die Resultate ihrer Arbeit zum Thema „Rache“ – nach Texten von Shakespeare (Hamlet) und Heiner Müller (Hamletmaschine).





Kulturwochen Nahost – radius of art



In über 30 Veranstaltungen zeichnen die »Kulturwochen Nahost – radius of art« ein differenziertes Bild einer spannungsreichen Region und ermöglichen ungewohnte Blickwinkel und neue Perspektiven auf die Kulturen und Lebenswirklichkeiten des Nahen Osten. Dazu ist mit zahlreichen Veranstaltern in Kiel ein umfangreiches Programm zusammengestellt worden. Wenn nicht anders vermerkt, sind die Veranstaltungen in Kooperation mit den jeweiligen Veranstaltungshäusern entstanden.

MUSIK

Fr 31.10. um 20 Uhr
STATT CAFÉ, Andreas-Gayk-Str. 31
Eintritt: Spende
»**Matabb**«

featuring Manfred Leuchter

Das deutsch-palästinensische Trio Anna-Mareike Vohn, Ahmed Eid und Tareq Rantisi (Klarinette/Bass/Perc.) spielt gemeinsam mit dem Akkordeon-Virtuosen Manfred Leuchter Jazz mit starken orientalischen Einfüssen.

FILM

Sa 1.11. + So 2.11. um 20.30 Uhr
Kommunales Kino in der Pumpe
Haßstr. 22, Eintritt: 4,50 / erm. 4,- Euro
»**Lemon Tree**«, Ein Film von Eran Riklis,
Isr / F / D 2007. 106 Min. OmU

ERÖFFNUNG

So 2.11. um 11 Uhr
Ansgarkirche, Holtenuer Str. 91
Eintritt frei
Kulturwochen Nahost – radius of art
Eröffnung des Veranstaltungsprogramms
und der Ausstellungen. Es sprechen: An-
gelika Volquartz und Adrienne Goehler

FILM

Mo 3.11. um 20 Uhr ,metro-Kino im
Schloßhof, Eintritt: 5,- Euro
»**Matzpen – Antizionistische
Israelis**« Ein Film von Eran Torbi-
ner, Isr 2003. 54 Min. OmU; **Eine
Veranstaltung des Flüchtlingsrats
Schleswig-Holstein**, www.frsh.de

FILM

Mi 5.11. um 20.30 Uhr
Kommunales Kino in der Pumpe, Haßstr. 22
Eintritt: 4,50 / erm. 4,- Euro
»**Atash**«
Ein Film von Tawfik Abu Wael, Palästina /
Israel 2004. 113 Min. OmU

THEATER

Do 6.11. um 20 Uhr
KulturForum, Andreas-Gayk-Str. 31
Eintritt: frei
»**Am siebten Tag ... (I)** «
Ergebnisse eines internationalen Thea-
terworkshops zu Hamlet (Shakespeare)
und Hamletmaschine (Heiner Müller). Teil
des ITI / CIDC-Projekts »my unknown
enemy«. In Zusammenarbeit mit dem
Kieler Monodrama Festival THESPIS und
mit dem Internationalen Theaterinstitut
der UNESCO (ITI).

FILM

Do 6.11. um 20 Uhr
Traum-Kino, Grasweg 19
Eintritt: 6,- Euro
»**Waltz with Bashir**«
Ein Film von Ari Folman, Isr / D / F 2008. 87 Min.

THEATER

Sa 8.11. um 18 Uhr
Theater im Werftpark, Ostring 187 a
Eintritt: 12,- / erm. 8,- Euro
»**Light Sky**«
Palästinensisches Monodrama von Ghassân Zaqtân
mit Tahani Salim. Regie: Susanne-Marie Wrage.
Eine Veranstaltung des Internationalen Monodrama
Festival THESPIS

VORTRAG

So 9.11. um 11.30 Uhr
KulturForum, Andreas-Gayk-Str. 31
Eintritt frei
»**Politisches Theater in Israel**«
Ein Vortrag von Gad Kaynar, Professor
für Dramatik an der Universität Tel Aviv.
In Kooperation mit dem Internationalen
Monodrama Festival THESPIS

AUSSTELLUNG UND VORTRAG

Mo 10.11. um 17 Uhr
Universitätskirche Kiel, Westring 387
Eintritt frei
»**Die integrierende Kraft der
islamischen Kunst**«
Eine Ausstellung von Studierenden des
Seminars für Orientalistik der Christian-
Albrechts-Universität (10. – 14.11.2008)

VORTRAG

Mo 10.11. um 19 Uhr
Jüdisches Gemeindezentrum, Wikingerstr. 6
Eintritt frei
»**Die Nacht der brennenden Synagogen
in Schleswig-Holstein**«
Ein Vortrag von Frauke Dettmer, ehe-
malige Leiterin des Jüdischen Museums
in Rendsburg. In Kooperation mit der
Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zu-
sammenarbeit

THEATER

Di 11.11. um 20 Uhr
Studio im Schauspielhaus, Holtenuer Str. 103
Eintritt: 12,- / erm. 8,- Euro
»**Denuded – Bis auf die Haut**«
Israelisches Monodrama von und mit

Miki Peleg-Rothstein. Eine Veranstaltung des Internationalen Monodrama Festival THESPIS

FILM

Mi 12.11. um 20.30 Uhr
Kommunales Kino in der Pumpe, Haßstr. 22
Eintritt: 4,50 / erm. 4,- Euro

»Close to Home«

Ein Film von Dalia Hager, Vidi Bilu. Isr 2005. 90 Min. OmU

LESUNG

Do 13.11. um 20 Uhr
Literaturhaus Schleswig-Holstein, Schwanenweg 13

Eintritt: 7,- / erm. 4,- Euro

»Das dunkle Schiff«

Lesung und Gespräch mit dem deutsch-irakischen Autor Sherko Fatah

VORTRAG UND DISKUSSION

Fr 14.11. um 19 Uhr
Audimax CAU, Hörsaal H, Christian-Albrechts-Platz 2, Eintritt frei

»Die ethnische Säuberung Palästinas«

Lesung / Vortrag mit Ilan Pappé, Israel. Historiker an der Univers. Exeter, GB. Flüchtlingsrat SH, Deutsch-Paläst. Gesellschaft und Heinr.-Böll-Stiftung SH

www.frsh.de

TAGUNG

Sa 15.11. um 10 Uhr
Kunsthalle, Düsternbrooker Weg 1
Eintritt: 15,- Euro

»Alltag unter Besetzung – Palästinensisches Leben

im 60. Jahr der Nakba« Mit Tsafir Cohen (medico international), Juliano Mer-Khamis (Freedom-Theatre, Jenin), Maysa Zorob (Al Haq, Ramallah), Shir Hever (Alternative Information Center, Jerusalem) Flüchtlingsrat SH, Deutsch-Paläst. Gesellschaft und Heinr.-Böll-Stiftung SH

www.frsh.de

THEATER

Mo 17.11. um 18 Uhr
KulturForum, Andreas-Gayk-Str. 31
Eintritt: 8,- / erm. 6,- Euro

»Splitter der Kristallnacht«

Musikalisch-dramatisches Schauspiel des jüdischen Theaters »Mechaje«. In Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit

FILM

Di 18.11. um 20.30 Uhr
Kommunales Kino in der Pumpe, Haßstr. 22, Eintritt: 4,50 / erm. 4,- Euro

»Rana's Wedding«

Ein Film von Hany Abu-Assad. Palästina / NL 2002. 90 Min. OmU

THEATER

Mi 19.11. + Do 20.11. um 20 Uhr
KulturForum, Andreas-Gayk-Str. 31

Eintritt: 12,- / erm. 8,- Euro

»Be-Longing«

Eine multimediale Theaterperformance der israelischen Künstlerin Sharon Paz. In Kooperation mit dem Goethe-Institut

FILM

Fr 21.11. um 20.30 Uhr
Kommunales Kino in der Pumpe, Haßstr. 22, Eintritt: 4,50 / erm. 4,- Euro

»Alle Menschen sind frei und gleich ...«

Ein Abend mit preisgekrönten Kurzfilmen des 2. Intern. Kurzfilmwettbewerbs des Goethe-Instituts und der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« zum Thema Menschenrechte. Anschließend Gespräch mit den Regisseuren Michael Masarof (USA) und Timor Britva (Israel)

VORTRAG UND MUSIK

Fr 21.11. um 22 Uhr
Luna Club, Bergstr. 17 a
Eintritt: 5,- Euro

»From Kiel to Beirut – Electronic Music in the Middle East«

Deutsch-libanesisches DJ-Projekt im Luna Club, mit Jade (Beirut – the basement), Dora (Beirut – the basement), Ptoile (Berlin – Channel Rec.), Till von Sein (Berlin – Morris Audio) und Xenon (Kiel – Sweat)

LESUNG

Mo 24.11. um 19 Uhr
Landeshaus, Casino 3. Stock, Düsternbrooker Weg 70

Eintritt frei, Ausweis mitbringen

»Verschleierte Wirklichkeit. Die Frau, der Islam und der Westen«

Lesung mit der Kulturwissenschaftlerin und Vize-Präsidentin des Goethe-Instituts Christina von Braun. Eine Veranstaltung der Landtagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

LESUNG

Di 25.11. um 20 Uhr
Literaturhaus Schleswig-Holstein, Schwanenweg 13, Eintritt: 7,- / erm. 4,- Euro

»Ein schönes Attentat« und »Das Mädchenschiff«

Lesung und Gespräch mit Assaf Gavron und Michal Zamir (Israel)

LESUNG

Mi 26.11. um 20 Uhr
Literaturhaus Schleswig-Holstein, Schwanenweg 13, Eintritt: 7,- / erm. 4,- Euro

»West-Östlicher Diwan: Zwischen Berlin und Beirut«

Lesung und Gespräch mit Abbas Beydoun (Beirut) u. Michael Kleeberg (Berlin)

VORTRAG UND DISKUSSION

Do 27.11. um 19 Uhr
Landeshaus, Schleswig-Holstein Saal, Düsternbrooker Weg 70
Eintritt frei, Ausweis mitbringen

»Der Dritte Weg – Alternativen für eine zukunftsorientierte Politik in Palästina«

Vortrag und Diskussion mit dem palästinensischen Politiker Mustafa Barghouthi, Palestinian National Initiative. (Flüchtlingsrat SH, Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, Beauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes SH und Heinrich-Böll-Stiftung SH)

www.frsh.de

MUSIK

Fr 28.11. um 19.30 Uhr
Bachsaal der Christian-Albrechts-Universität, Rudolf-Höber-Straße 3
Eintritt: 8,- / erm. 5,- Euro

»Bshara Harouni und Zohar Lerner in Concert«

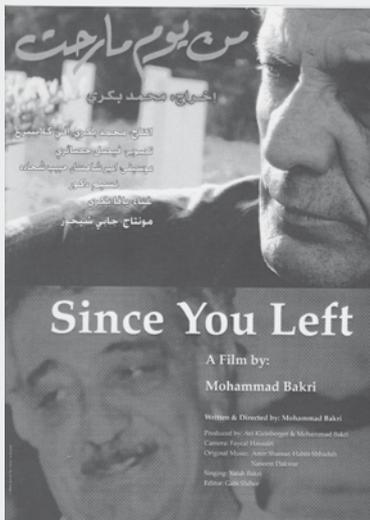
Bshara Harouni (Piano) und Zohar Lerner (Violine), Mitglieder des West-Östlichen Diwan-Orchesters von Daniel Barenboim, spielen Stücke von Brahms, Mozart und Schubert. In Kooperation mit dem Verein der Musikfreunde Kiel

KARTENVERKAUF

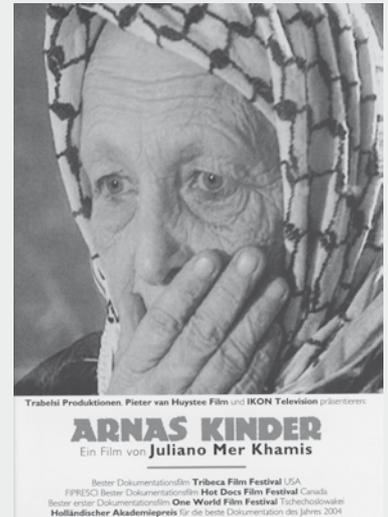
Karten für die Veranstaltungen erhalten Sie an der Abendkasse, Informationen zum Vorverkauf finden Sie unter www.radius-of-art.de

JENIN: Zwei Filme über Besatzung, Gewalt und Kultur in Israel und Palästina

DVD „Arnas Kinder“ (Palästina, Israel, Niederlande 2004). Der Dokumentarfilm von Juliano Mer-Khamis behandelt die Bildungsprojektarbeit der israelischen Kunsterzieherin Arna Mer-Khamis im Flüchtlingslager Jenin und über das von Besatzung und Widerstandsgewalt geprägte Schicksal der von ihr unterstützten Kinder und Jugendlichen. Arna Mer-Khamis erhielt für ihre Arbeit 1993 den alternativen Nobelpreis, sie verstarb 1996. Über Arnas Tod hinaus dokumentiert die DVD am Beispiel des Lagers Jenin ein Stück palästinensische Zeitgeschichte zwischen der 1. und 2. Intifada in der Westbank.



DVD mit den Filmen „Since you left“ (Israel 2006) und „Jenin, Jenin“ (Israel 2003). Der Film „Since you left“ von Mohammad Bakri behandelt die öffentliche Diskussion und den juristischen Nachstellungen gegen den Filmemacher, nachdem dieser mit seinem Dokumentarfilm „Jenin Jenin“ die Intervention der israelischen Armee im Flüchtlingslager Jenin aus dem Jahr 2002 und die nachwirkenden Folgen für die betroffenen Bewohnerinnen spektakulär und international bekanntgemacht hatte.



Die Filme können für jeweils 20 EUR zzgl. Versandkosten beim **FÖRDERVEREIN Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.** bestellt werden (Oldenburger Str. 25, 24143 Kiel, F. 0431-736077, office@frsh.de).

Der Erlös geht an das **Freedom Theatre** (siehe Seite 90) in Jenin (www.thefreedomtheatre.org), das mit Theaterworkshops, Drama-Therapie und vielfältigen Kulturveranstaltungen insbesondere Kinder und Jugendliche in dem seit 1948 bestehenden Flüchtlingslager in der palästinensischen Westbank unterstützt.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

- » versteht sich als landesweite, parteiunabhängige und demokratische Vertretung derjenigen, die sich für Flüchtlinge und MigrantInnen in Schleswig-Holstein einsetzen,
- » koordiniert und berät die Arbeit von Flüchtlingsinitiativen und fördert das Verständnis für Flüchtlinge und MigrantInnen in der Öffentlichkeit,
- » setzt sich politisch für die Rechte der Flüchtlinge und die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse ein, durch Kontakt mit der Regierung, Verwaltung und parlamentarischen Gremien in Schleswig-Holstein,
- » arbeitet bundesweit eng zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL e.V. und den anderen Landesflüchtlingsräten.

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
Oldenburger Str. 25
24143 Kiel
Tel. 0431-735 000
Fax 0431-736 077
office@frsh.de
www.frsh.de

Mitglied werden?

- Ich interessiere mich für die Arbeit und bitte um weitere Informationen.**
 - Ich möchte Mitglied beim Flüchtlingsrat werden und hiermit meinen Beitritt erklären:**
 - als individuelles Mitglied**
 - als delegiertes Mitglied der Gruppe/Organisation:**
- Mein jährlicher Mitgliedsbeitrag beträgt:**
- den Regelbeitrag von 18,40 Euro**
 - den ermäßigten Beitrag von 9,20 Euro**
 - den mir genehmen Beitrag von Euro**
 - ich beantrage eine beitragsfreie Mitgliedschaft**
 - Ich ermächtige den Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. diesen Beitrag von meinem Konto abzubuchen:**

Absender:

Konto-Nr.:

Name:

BLZ:

Anschrift:

Bankverbindung:

Telefon/Fax:

Datum:

Unterschrift:

alles was ich habe

I never carried a rifle
On my shoulder
Or pulled a trigger.
All I have
Is a flute's melody
A brush to paint my dreams,
A bottle of ink.
All I have
Is unshakeable faith
And an infinite love
For my people in pain.

Tawfiq Ziad



FÖRDERVEREIN Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
SPENDENKONTO 383 520 • BLZ 21060237 • Ev. Darlehensgenossenschaft eG • Kiel • www.frsh.de